

Protokoll der 56. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Dienstag, dem 14. Dezember 1993; Beginn: 10.00 Uhr; in Erfurt, Thüringer Landtag, Arnstädter Str. 51; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU); Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Die Haltung der evangelischen Kirchen zum SED-Staat im geteilten Deutschland“

Inhalt

Begrüßung

Gottfried Müller, Landtagspräsident	7
Bernhard Vogel, Ministerpräsident	7

Eröffnung

Vorsitzender Rainer Eppelmann	9
---	---

Vortrag

Eberhard Jünger	12
„Wege und Aporien der evangelischen Kirchen in der DDR“	

Diskussion

.	24
-----------	----

Vorträge

Johannes Hamel	39
„Die Auseinandersetzung um die Obrigkeitsfrage und das Staatsverständnis“	
Michael Beintker	47
„Die Schuldfrage im Licht der Barmer Theologischen Erklärung und des Stuttgarter Schuldbekenntnisses und die Stellung zur Deutschlandfrage“	

Diskussion

.	53
-----------	----

Vorträge

Götz Planer-Friedrich	76
„Die Beteiligung der evangelischen Kirchen in der DDR an der Ökumene“	
Heike Schmoll	82
„Die ökumenische Arbeit der Kirchen in der DDR unter politischen Aspekten“	

Diskussion

unter der Leitung von Markus Meckel 90

Vorträge

Ehrhart Neubert 104

„Die Kirchen und der Staatssicherheitsdienst“

Clemens Vollnhals 116

„Die Stasi-Akte Gerhard Lotz“

Diskussion

unter der Leitung von Karl Wilhelm Fricke 120

Podium

unter der Leitung von Martin-Michael Passauer 134

Einleitung: Werner Leich 136

Reinhard Steinlein 141

Gerhard Besier 147

Richard Schröder 149

Werner Krusche 150

Diskussion 155

Dr. Gottfried Müller, Präsident des Landtags: Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, sehr verehrter Herr Vorsitzender Eppelmann, verehrte Mitglieder der Enquete-Kommission, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie sehr herzlich in den Räumen des Thüringer Landtags. Es ist selbstverständlich, daß wir als ein Parlament die parlamentarischen Vorhaben auch anderer Parlamente unterstützen. Aber Sie werden es mir abnehmen, daß ich gerade Ihre Tagung mit besonderer Freude und Hoffnung in diesem Saal begrüßen darf. Bitte sagen Sie es uns, wenn Sie Hilfestellungen benötigen. Ihre Tagesordnung ist sehr gefüllt, und so nehme ich an, daß Sie es auch als eine erste Hilfestellung sehen, wenn ich mein Grußwort ganz kurz halte. Deshalb will ich mich darauf beschränken, Ihnen für diese Tage, an denen ich gerne selber teilnehme, Erkenntnisgewinn, gute Beratung und ein gerechtes Urteil zu wünschen, kurzum: eine gelungene Tagung. (Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident: Sehr verehrter Herr Vorsitzender Eppelmann, sehr verehrter Herr Landtagspräsident, meine verehrten Damen und Herren Mitglieder der Enquete-Kommission, verehrte Gäste! Mit Spannung verfolgen wir seit Monaten die Arbeit Ihrer Kommission und zollen Ihnen Hochachtung für das bisher Geleistete. Ihre Arbeit ist eine Antwort auf die häufig gestellte Frage, ob man nicht lieber die Vergangenheit ruhen lassen sollte. Für mich besteht keine Frage: Trotz aller Dringlichkeit unserer täglichen Aufgaben müssen wir uns mit der jüngsten Vergangenheit, mit der Geschichte

des geteilten Deutschlands beschäftigen. Wir sind es nach meiner Überzeugung uns selbst und den zukünftigen Generationen schuldig, die Vergangenheit nicht ad acta zu legen. Aus den Lehren, die wir ziehen, können uns Erkenntnisse für die Gestaltung einer besseren Gegenwart und einer besseren Zukunft innerhalb unseres Staates erwachsen.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit kann zu einem besseren gegenseitigen Verstehen der Deutschen in allen Ländern führen. Diese Vergangenheit ist nach meiner Überzeugung nicht nur Vergangenheit derer, die in der ehemaligen DDR gelebt haben, sondern die Vergangenheit ist die Geschichte der Deutschen im wiedervereinigten Deutschland. Unser Land, auch seine Landesregierung, hat entschieden dafür gefochten, daß es zu keiner Verjährung der sogenannten minderschweren Straftaten des SED-Regimes zum 3. Oktober 1993 gekommen ist. Wir wollten nicht, daß der Tag der Freiheit der Tag der Verjährung von SED-Unrecht werde, und wir glaubten, daß die Zeit noch nicht reif dafür sei, insbesondere weil viele ehemalige DDR-Bürger noch keine Gelegenheit hatten, ihre Akten einzusehen und über die Möglichkeit einer Strafanzeige zu befinden. Ich weiß, meine Damen und Herren, viele haben ihre Probleme damit, wie ihnen der Rechtsstaat begegnet. Manche erfüllt es mit Zorn, daß es im ersehnten Rechtsstaat so schwer möglich erscheint, die wirklich Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Viele können nicht vergessen und es geht ihnen wider den Strich, daß es einer der Hauptverantwortlichen ist, und deswegen fragen sich viele kritisch, ob die Mittel der Justiz hinreichen. Viele haben mit dem Rechtsstaat die populäre Forderung nach einem schnellen Prozeß für Hauptverantwortliche verbunden.

Verständnis für den Rechtsstaat zu wecken, Vertrauen in den Rechtsstaat zu vermitteln, ist keine leichte Aufgabe. Um aber Vertrauen in den Rechtsstaat aufzubauen und zu stärken, ist es besonders wichtig, eine funktionierende und rechtsstaatliche Justiz aufzubauen. Wir sind deswegen ein bißchen stolz darauf, daß die Gerichtsorganisation seit dem 01. September 1993 in Thüringen auf dem Stand des Gerichtsverfassungsgesetzes ist und daß alle 740 Planstellen für Richter und Staatsanwälte besetzt sind. Wir können sagen, daß nach nunmehr drei Jahren der Aufbau der Justizverwaltung abgeschlossen ist und auch von DDR-Unrecht Betroffene, soweit Verfahren eingeleitet wurden, weitestgehend rehabilitiert wurden. Von über 19.000 Anträgen auf strafrechtliche Rehabilitierung sind 84 Prozent abgeschlossen. Im kommenden Jahr 1994 werden alle ausstehenden Verfahren abgearbeitet sein.

Sie haben sich, meine Damen und Herren, für die heutige Anhörung die Haltung der evangelischen Kirchen gegenüber dem SED-Staat und der Bundesrepublik Deutschland zum zentralen Thema gewählt. Sicherlich ist auch hier keine Verallgemeinerung möglich, Unterscheidung ist nötig. Dennoch, es ging von dieser Gemeinschaft ein starker Impuls aus, der die friedliche

Revolution von 1989 stützte. Vor allem Teile der evangelischen Kirchen, Oppositionelle sowie Bürgergruppen setzten sich für gesellschaftlichen und politischen Wandel bei absoluter Gewaltfreiheit ein. Ein Einsatz, der mit großem persönlichem Risiko verbunden war. Leipzig, die Stadt der Montagsdemonstrationen und Friedensgebete, wurde, wie Friedrich Schorlemmer gesagt hat, für viele zu einem Symbol der Friedfertigkeit und des friedlichen Wandels. Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie durch die Beratungen hier die Situation tiefer erfassen und näher erkennen können.

Ich freue mich sehr, daß Sie zu dieser Sitzung hier nach Thüringen gekommen sind, und ich wünsche mir, daß Sie sich ein paar Minuten Zeit nehmen können, sich auch in den Städten und Gemeinden dieses Landes ein wenig umzusehen. Wenn Sie das tun, werden Sie feststellen: Es ist manches auf den Weg gebracht, aber es ist vieles noch zu tun. Herzlichen Dank für Ihr Kommen nach Erfurt! (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Landtagspräsident, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schwestern und Brüder! Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ beginnt heute mit einer Folge von Anhörungen zum Themenfeld „Die Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur“.

Ich weiß, daß wir in der Öffentlichkeit, besonders aber auch aus den Kirchen heraus gefragt werden: Wie kommt diese Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages eigentlich dazu, sich mit den Kirchen zu beschäftigen? Sollen die Kirchen in der DDR etwa auf die Anklagebank gesetzt werden? Spiegelt sich hier bereits eine neue Variante jener alten Thron-und-Altar-Ideologie wider, die gerade in Deutschland so viel Unheil angerichtet hat?

Ich verstehe diese Sorgen und spreche sie deshalb gleich zu Beginn ganz deutlich an. Gerade deswegen will ich nochmals an die Plenardebatte des Deutschen Bundestages vom 12. März 1992 erinnern, deren Protokoll ich mir noch einmal angeschaut habe. Zahlreiche Redner in dieser Aussprache sind damals auch auf die Bedeutung und das Handeln der Kirchen in der DDR eingegangen. Sie haben diese gewürdigt als die „einzigen nicht gleichgeschalteten Institutionen in diesem Staat“, mit Respekt vermerkt, daß die Kirchen „unendlich viel geleistet“ haben für die Menschen in der DDR, und schließlich auch festgestellt: „Natürlich gab es auch Fehleinschätzungen, Versagen und Schuld.“

Wenn wir uns bei der Aufstellung des Themenplanes für die Arbeit der Enquete-Kommission dazu entschlossen haben, den „Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur“ ein eigenes Themenfeld einzuräumen, dann war und ist das Ausdruck

1. unseres Respektes vor diesen Kirchen, die in einem Umfeld, das von

- weltanschaulicher und politischer Gegnerschaft bestimmt war, ihren eigenständigen Weg gesucht und gefunden haben;
2. unseres Dankes für alle Hilfe, die die Kirchen in der DDR sehr vielen Menschen geleistet haben in ihren unterschiedlichen Nöten;
 3. unserer Einsicht, daß auch diese Kirchen, denen manche unter uns auch auf eine ganz persönliche und direkte Weise verbunden waren und sind, auf ihrem Wege von Fehleinschätzungen, Versagen und Schuld nicht frei geblieben sind, nicht frei bleiben konnten.

Wenn wir uns heute vor einer Öffentlichkeit, die sehr viel größer ist als die hier im Augenblick im Saal des Thüringer Landtags versammelte, den Kirchen zuwenden, ist das zuerst ein Zeugnis dafür, wie hoch wir die Bedeutung der Kirchen in der DDR einschätzen. Ich danke deshalb schon jetzt allen Menschen, die unserer Einladung in die thüringische Hauptstadt gefolgt sind, um uns zu informieren und unsere Fragen zu beantworten. Wir alle hoffen, am Ende dieser zweitägigen Unternehmung wieder ein bißchen klüger zu sein als wir das im Augenblick sind. Wir haben uns bei den Einladungen darum bemüht, möglichst viele und unterschiedliche Stimmen zu Wort kommen zu lassen.

Es geht unserer Enquete-Kommission um die politische Beurteilung der Rolle und der Funktion der Kirchen in der SED-Diktatur. Das ist die uns gestellte Aufgabe. Mit theologischen Fragen und Problemen des christlichen Glaubens werden wir uns deshalb nur am Rande beschäftigen. Aber wir dürfen und können von Glauben und Theologie in dieser Anhörung nicht gänzlich schweigen, denn diese Kirchen sind ihren Weg durch die 40 Jahre DDR gegangen, getragen vom Glauben und einer theologischen Arbeit, die dem Ernst der Situation Rechnung zu tragen hatte.

Die evangelischen Kirchen in der SBZ und dann der DDR wurden auf ihrem Weg begleitet von einigen grundlegenden Texten, die ihr Selbstverständnis geprägt haben. Ich zähle hierzu die Barmer Theologische Erklärung von 1934, das Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945, die Schriften Dietrich Bonhoeffers und das theologische Werk Karl Barths. Wer verstehen und politisch beurteilen will, was Kirchen und Christen in der DDR in ihrem Glauben und in ihrem Handeln bestimmte, muß hier anfangen. Wir werden deshalb in dieser politischen Anhörung um ein gewisses Maß an Theologie nicht herumkommen.

Die Evangelischen Kirchen in der DDR sahen sich als Erben der Bekennenden Kirche. Ihre ersten Führungsgestalten, die das Leben der Gemeinden und ihre Gottesdienste tiefgehend und bleibend geformt haben, kamen aus der Bekennenden Kirche. Am Anfang der Geschichte der Kirchen in der DDR stand ein Schuldbekenntnis, in dem auf theologische Weise sehr politisch geredet wird vom Versagen der Kirche gegenüber der ersten totalitären Diktatur in Deutschland. Gerade die, die dem Nationalsozialismus in den

Grenzen ihrer Einsichten und ihrer Kräfte widerstanden hatten, bekannten 1945, sie hätten mutiger bekennen, treuer beten, fröhlicher glauben und brennender lieben müssen.

Wir werden das heute vielleicht etwas weniger schwungvoll formulieren, aber die Fragen sind doch nach dem Ende der zweiten Diktatur in Deutschland keine grundsätzlich anderen geworden. Wie sah es denn mit dem Bekenntnis, dem Gebet für Kirche und Welt, dem Glauben und der Liebe in den Kirchen und bei den Christen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur aus? Das läßt sich gewiß auch sehr viel einfacher ausdrücken: Wo haben wir mehr gekungelt und wo haben wir mehr geglaubt? Wie haben wir glaubwürdig und uneigennützig den Auftrag der Christen und der Kirchen in der Welt und gegenüber der Welt wahrgenommen? Wie haben wir es mit der Taktik gegenüber den Machthabern gehalten? Wie geht eine Kirche, wie eine Kirchenleitung, damit um, wenn sie von Repräsentanten einer Diktatur gelobt wird? Was tut eine Kirche, was muß eine Kirche tun, wenn die Diktatoren öffentlich erklären, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche sei bei ihnen gut? Es gibt so viele Fragen und gewiß auch sehr viel mehr Fragen als in dieser Enquete-Kommission überhaupt besprochen werden können, die sich an die Kirchen in der DDR richten!

Ich möchte noch einige Beispiele nennen, bei denen ich hoffe, im Verlauf unserer Anhörung klarer zu sehen:

Wie geht eine Kirche mit ihrem guten Ruf um? Die Kirchen in der DDR genossen in der Ökumene hohes Ansehen. Ich persönlich hatte den Eindruck, daß dieses Ansehen oft größer war als das der westlichen Schwesterkirchen. Das war, so empfand ich das immer, eine große Auszeichnung und Anerkennung. Wie konnte dann aber der Eindruck entstehen, die Kirchen in der DDR meldeten sich beim Antirassismusprogramm des Ökumenischen Rates der Kirchen laut und entschieden zu Wort, aber zur Religionsverfolgung in Osteuropa wären sie sehr viel leiser oder redeten nur hinter verschlossenen Türen?

Wie ging man damit um, wenn die Regierenden die Repräsentanten der Kirchen wegen einzelner Oppositioneller massiv unter Druck setzten? Wie ist man zum Beispiel mit Christoph Wonneberger, dem Pfarrer in der Dresdener Weinbergsgemeinde, verfahren? Wem ist Kirche da gefolgt, als Pfarrer Wonneberger an den Rand gedrängt wurde?

Was meinte die Formel „Kirche im Sozialismus“ ursprünglich, und was meinte sie zum Ende der DDR? Wozu befreite diese Formel, und wo schlug sie in Ketten? Wo verwischte sie Gegensätze, und wo half sie, Blockaden abzubauen? Wo ließ man zu, daß diese Formel von der „Kirche im Sozialismus“ als Instrument der politischen Manipulation innerhalb und außerhalb der Kirche mißbraucht wurde? Welche Hoffnungen und welche Enttäuschungen wurden mit dieser Formel ausgelöst?

Wir müssen nach den Verstrickungen fragen, die die Stasi in die Kirchen hinein aufbaute. Wieviel Vertrauen ist da mißbraucht worden von einzelnen? Wie gehen die Kirchen mit dieser Vergangenheit um? Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Kirchen auch hier Wege aufzuzeigen vermögen, die aus einer schwierigen, manchmal auch dunklen Vergangenheit in die Zukunft führen. Wer sollte das leisten, wenn nicht die Kirchen? Die Kirchen wissen doch von Schuld und Bewahrung, von Reue und Buße, von Vergebung und neuem Anfang aus gutem Grund zu reden. Die Menschen in unserem Land, die sich auf so vielfache Weise mit der Vergangenheit herumschlagen, warten auch hier auf Antworten. Ich möchte sogar sagen, die Menschen warten darauf, daß die Kirchen und Christen hier zu Vorbildern werden und Signale geben. Wir brauchen diese Vorbilder heute genauso wie damals, als in den Kirchen der DDR Zeichen dafür gesetzt wurden, was Frieden, Vertrauen, Versöhnung und Leben für andere heißen kann.

Die Kirchen in der DDR waren entscheidend an der Wende beteiligt. In den von ihnen geschützten Freiräumen lernten die Menschen den aufrechten Gang. In den Kirchen versammelten sich die Menschen. Darunter waren auch sehr viele Nichtchristen. Sie ließen sich Mut machen, zündeten ihre Kerzen an und gingen dann hinaus auf die Straßen und Plätze, wo die Greifkommandos der Mächtigen und die Stasi-Häscher bereitstanden. In jenen Tagen und Nächten standen die Kirchen, und nicht nur die Gebäude, weit offen. Niemals zuvor und leider auch nicht mehr danach war Kirche dem Volk in den letzten Jahren, nach meiner Meinung, so nahe. Das darf nicht vergessen werden! Das haben Hunderttausende von Menschen in dieser DDR so erlebt.

Wir wollen heute und morgen sehr genaue Fragen stellen. Wir wollen auch kritische Fragen stellen und danach fragen: Wie erklärt sich, daß diese Kirchen dann so schnell als Gemeinschaft von Opportunisten und Verrätern, von Spitzeln, Transmissionsriemen und Aktentaschenträgern der Regierenden in der DDR verdächtigt werden konnten? Wie gehen Kirchen mit der Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise um, unter der sie heute – gemeinsam mit den Politikern und Gewerkschaftern übrigens und vielleicht auch nicht ganz ohne Grund – zu leiden haben?

Ich hoffe, daß diese Anhörung sehr bald den Charakter eines offenen Gespräches annimmt. Wir wollen lernen zu verstehen, welchen Weg die Kirchen in der DDR gegangen sind. Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat bei unserer letzten Anhörung in Bonn die Kirchen „die greifbarste Opposition“ in der DDR genannt. Präziser läßt sich meiner Meinung nach kaum sagen, weshalb sich die Enquete-Kommission, die sich mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur in Deutschland zu beschäftigen hat, heute den Kirchen in den verschiedenen Phasen dieser Diktatur zuwendet.

Ich wünsche dieser Anhörung einen guten Verlauf. (Beifall)

Als ersten bitte ich Herrn Prof. Jünger, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Eberhard Jüngel D.D.: Herr Landtagspräsident, Herr Ministerpräsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Kirchengeschichte ist zwar nicht zuerst und vor allem, sie ist aber immer auch politische Geschichte. In der neuesten deutschen Geschichte ist jedoch auch umgekehrt die politische Geschichte Deutschlands zu einem nicht unwesentlichen Teil mit der Kirchengeschichte verwoben. Das gilt jedenfalls für die Geschichte der Evangelischen Kirche in der DDR, die zwar nicht im selben Maße wie etwa der polnische Katholizismus für die Geschichte Polens bedeutungsvoll war, deren Kenntnis aber für das Verständnis der politischen Nachkriegsgeschichte Deutschlands sehr viel weniger entbehrlich ist als die Kenntnis der westdeutschen Kirchengeschichte. Ich habe die Aufgabe, hier in aller Kürze und sehr grob die Wege und Aporien der Evangelischen Kirche in der DDR darzustellen. Das soll in drei Schritten geschehen: Zuerst gilt es, auf die Komplexität dieser Geschichte aufmerksam zu machen, dann sollen die wichtigsten, weil weichenstellenden Ereignisse innerhalb dieser Geschichte zur Sprache gebracht werden, und schließlich soll die Funktion der evangelischen Kirche als Gegenöffentlichkeit in einer entmündigten und geknebelten Öffentlichkeit bedacht werden.

I. Die Wege, aber auch die Ausweglosigkeiten der evangelischen Kirche im Osten Deutschlands fangen da an, wo die nationalsozialistische Herrschaft endete. „Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden“ – mit dieser Bestimmung des Potsdamer Abkommens war der Kirche die Möglichkeit gegeben, ihre bisherige institutionelle Gestalt aufrechtzuerhalten und ihre Geschichte mehr oder weniger kontinuierlich fortzusetzen. Daß sich diese Möglichkeit nicht ohne weiteres realisieren ließ, hatte innerkirchliche, hatte theologische Gründe. War es doch unter der nationalsozialistischen Diktatur auch in der evangelischen Kirche nicht nur zu opportunistischer Anpassung, sondern in Gestalt der Häresie der Deutschen Christen zu einer auch von vielen Kirchenleitungen mitvollzogenen ideologischen Gleichschaltung mit dem Nationalsozialismus gekommen, so daß am Ende des Zweiten Weltkrieges nur wenige sogenannte „intakte Landeskirchen“ existierten – im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone keine einzige. In diesen Landeskirchen drängte 1945 die „Bekennende Kirche“, die während des Dritten Reiches der Entstellung der evangelischen Christenheit zu einer ideologisch und politisch gleichgeschalteten Größe entgegenzuwirken versucht hatte, auf eine Ablösung der kompromittierten Kirchenleitungen. Man konnte sich dabei auf die 1934 von der Bekenntnissynode in Barmen verabschiedete „Theologische Erklärung“ berufen, die in ihrer fünften These die falsche Lehre verworfen hatte, „als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen“, und „als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selber zu einem Organ des Staates

werden“. Insofern und insoweit die evangelische Kirche dieser falschen Lehre verfallen war, war ihre Erneuerung 1945 das Gebot der Stunde.

Für die gebotene Erneuerung erschien es darüber hinaus unerlässlich, im Blick auf die vergangenen zwölf Jahre die Schuld des deutschen Volkes und mit ihr auch die Schuld der Kirche zur Sprache zu bringen. Dieser Aufgabe hat sich die evangelische Kirche nicht entzogen. Als der Vorläufige Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland im Oktober 1945 in Stuttgart mit Vertretern der Ökumene zusammentraf und von diesen um ein entsprechendes Wort gebeten wurde, entstand das sogenannte „Stuttgarter Schuldbekenntnis“, in dem von einer „Solidarität der Schuld“ die Rede ist und sodann erklärt wird: „Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“

Zwei Jahre später hat dann der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland in Gestalt eines „Darmstädter Wortes“ das Stuttgarter Schuldbekenntnis erneuert, radikalisiert und konkretisiert, insofern nun die Irrwege auch der Kirche präzise benannt wurden. Vor allem die Kirchen im Osten Deutschlands haben sich später darauf berufen, daß es nun als Irrweg bezeichnet wurde, „gegenüber notwendig gewordenen Neuerungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen“ eine sogenannte „christliche Front“ aufgerichtet zu haben. „Das Bündnis der Kirche“, so heißt es da, „mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt [...] Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen.“

Die Wege und wohl auch die Aporien der Evangelischen Kirche in der DDR lassen sich besser verstehen, wenn man diese längst vor der Gründung der DDR formulierten Sätze vor Augen hat. Und man tut wohl auch gut daran, sich dessen zu erinnern, daß selbst die CDU auf ihrer ersten „Reichstagung“ im Dezember 1945 in Bad Godesberg ausdrücklich „einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ zu vertreten beanspruchte. Ein Satz, den man sich heute ab und zu in Erinnerung rufen sollte! Es brauchte allerdings geraume Zeit, bis die Kirche in der DDR eine ähnliche Sprache zu sprechen begann wie das Darmstädter Wort. Zunächst war die Reaktion in den Kirchen der sowjetischen Besatzungszone eher kritisch. Von einigen Kirchenvertretern wurde dieser Erklärung des Reichsbruderrates sogar eine typisch westliche Perspektive nachgesagt, die für die Christen in der sowjetischen Besatzungszone nicht nachvollziehbar sei.

Der Vorgang macht deutlich, wie differenziert die Geschichte der evange-

lischen Kirche im östlichen Teil Deutschlands wahrgenommen zu werden verlangt. Angesichts der in der Regel nur allzu undifferenzierten derzeitigen Darstellung in den Medien muß man sogar eigens daran erinnern, daß die Geschichte der evangelischen Kirche in der DDR keineswegs erst mit der organisatorischen Trennung der ostdeutschen Landeskirchen von der EKD 1969 beginnt. Ein Eindruck, der allerdings bereits von nicht wenigen Repräsentanten des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR mit erweckt wurde. Nein, es gab mehrere gleichgewichtige Abschnitte in dieser Geschichte, wenn es nicht sogar mehrere Geschichten innerhalb der einen Geschichte gab, sozusagen mehrere Strömungen innerhalb desselben Geschichtsstromes. Ich nenne einige Namen, die für jene unterschiedlichen Strömungen repräsentativ sind. Da ist Otto Dibelius, der das totalitäre Regierungssystem der DDR nicht als „Obrigkeit“ im Sinne von Röm. 13 verstanden wissen wollte. Er konnte in diesem politischen System nur ein „Regime“ erblicken, das er „um Gottes und um des Herrn Jesus Christus willen überwunden sehen“ wollte. Da sind Siegfried Ringhandt und Johannes Hamel, die theologisch, politisch und kirchenpolitisch in einem unübersehbaren Gegensatz zu Dibelius standen und doch jedwede Anpassung oder Gleichschaltung sowohl der Kirche als auch der einzelnen Christen genauso verwarfen wie einen prinzipiellen theologischen Widerstand gegen das totalitäre sozialistische Regime, dem es jedoch im konkreten Fall unerschrocken zu widerstehen galt. Beide Theologen hielt das Regime denn auch bezeichnenderweise für zumindest genauso gefährliche Gegner wie Otto Dibelius. Da ist Moritz Mitzenheim, der von der DDR-Regierung privilegierte und drei Tage nach dem Bau der Berliner Mauer mit dem „Vaterländischen Verdienstorden in Gold“ ausgezeichnete Gesprächspartner unter den Bischöfen, die sich ihrerseits immer wieder veranlaßt sahen, den damaligen Thüringer Landesbischof vor Sonderabsprachen mit der Regierung zu warnen. Heute ist aktenkundig, daß der den Thüringer Landesbischof je länger je mehr beeinflussende Oberkirchenrat Gerhard Lotz intensiv mit dem Staatssicherheitsdienst kooperierte. Da ist der unbestechliche, aber realistische Hans Joachim Fränkel, der, als die Rede von der „Kirche im Sozialismus“ kirchlich approbiert worden war, unmißverständlich präziserte: Die Kirche in der DDR sei zwar „bewußt Kirche im Sozialismus, aber nicht unter ihm und in seinem Geist“. Und da ist Albrecht Schönherr, der Architekt und erste Vorsitzende des 1969 gegründeten, die organisatorische Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland beendenden Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, der dem Staatssekretär für Kirchenfragen schon 1967 in Aussicht stellte, „daß er für die EKD 'keinen Finger rühren werde'“ und 1969 versicherte, auch in der Ökumene eine gegenüber der EKID „neue, selbständige Linie“ zu vertreten. Die wenigen Namen, meine Damen und Herren, mögen genügen, um deutlich zu machen, daß die Geschichte der Evangelischen Kirche in der DDR komplexer ist, als sich darstellen läßt, und daß jede Analyse zwangsläufig vereinfachen muß. Solche Vereinfachung ist

keineswegs schon eine Entstellung. Ein terrible simplificateur ist nur der, der die komplexe und überkomplexe Wirklichkeit mit schief gestellten Fragen auf allzu einfache und eben deshalb falsche Antworten reduziert.

II. In einigermaßen deutlich lassen sich folgende Abschnitte in der Geschichte der Kirche der DDR unterscheiden:

1. Die Zeit bis zur Gründung der DDR von 1945 bis 1949;
2. die Zeit des offenen Kirchenkampfes von 1949 bis 1953;
3. die Zeit bis zum Bau der Berliner Mauer 1953 bis 1961;
4. die Zeit bis zur Aufnahme förmlicher Beziehungen zwischen Regierung und Kirchenbund von 1961 bis 1971;
5. die Zeit wechselseitiger Stabilisierung und deren Scheitern von 1971 bis 1989.

Ich gehe nur ganz grob auf die weichenstellenden Ereignisse ein:

Während die sowjetische Besatzungsmacht gegenüber den Kirchen zunächst eine „relativ großzügige Haltung“ an den Tag legte und auch die SED zunächst eine ausgesprochen freundliche politische Strategie verfolgte, entwickelte sich mit der Umformung der SED von einer „Partei des schaffenden Volkes“ zur stalinistischen „Kampfpartei des Marxismus-Leninismus,“ zur „Partei neuen Typus“, ein ohne Vorbehalt so zu nennender Kirchenkampf. Zwar hatte die erste Verfassung der 1949 gegründeten DDR den Kirchen ein Höchstmaß an Freiheit, Selbständigkeit und Wirkungsmöglichkeit garantiert – bis hin zu dem Recht, „zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen“. Wie im Grundgesetz der Bundesrepublik waren auch in der ersten DDR-Verfassung die Kirchenartikel denen der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet worden, so daß das „Staatskirchenrecht in der DDR [...] dem in der Bundesrepublik – in seiner Normgestalt – zwei Jahrzehnte lang glich wie ein Ei dem anderen“. Doch das „dynamische“ kommunistische Verfassungsverständnis erlaubte es der Staatsmacht, die Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut zu interpretieren oder einfach zu ignorieren. Verfassungsrechte konnten nirgends eingeklagt werden. Dem entsprach die völlige Instrumentalisierung des Staates zu einem bloßen „Staatsapparat“, der nach bolschewistischem Verständnis nichts anderes als „das wichtigste Instrument beim Aufbau des Sozialismus“ war. Dieser „Aufbau des Sozialismus“ und die für ihn notwendige „Diktatur des Proletariats“ unterlief den verfassungsmäßig garantierten großzügig bemessenen Freiraum der Kirchen in der DDR penetrant. Die evangelische Kirche bestand ihrerseits nicht nur auf ihren Rechten, sondern sie verstand sich zugleich als Anwalt aller Entrechteten. In diesem Sinne erklärte Präses Kurt Scharf auf einer Synode der EKV die Entschlossenheit der Kirche, „für die, deren Mund verstummt ist, unseren Mund auch vor der Öffentlichkeit zu öffnen“.

Besonders empfindlich wirkte sich der Aufbau des Sozialismus für die Kirche

auf dem Bildungssektor aus. Daß die Schule ihre Aufgaben „auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“, und zwar „in allen Unterrichtsfächern“, also auch in der Mathematik, zu erfüllen hat – wie es eine Entschließung des Zentralkomitees der SED 1951 forderte –, führte zu einem Grundsatzkonflikt zwischen Staat und Kirche, der sich in einer vom Staatssicherheitsdienst gesteuerten massiven Behinderung der kirchlichen Jugend- und Studentearbeit auswirkte. Schüler, Studenten und Studentenpfarrer wurden massiv unter Druck gesetzt – bis hin zur Verhaftung. Die „Junge Gemeinde“ wurde als „Verbrecherorganisation“ bezeichnet und bekämpft. Ich habe die damaligen Vorgänge am eigenen Leibe erfahren und werde den Tag nicht vergessen, an dem ich in der Aula der Magdeburger Humboldtschule vor der versammelten Lehrer- und Schülerschaft als „Feind der Republik“ gebrandmarkt und als solcher einen Tag vor dem Abitur aus dem Gymnasium ausgeschlossen wurde. Die Folge war dann, daß die Kirche ein Notabitur abnahm; derweil fand der Arbeiteraufstand statt, ich machte also zwei Abiture, übrigens mit sehr unterschiedlichen Noten, woraus man sieht, daß ein gerechtes Examen wohl erst am lieben Jüngsten Tag stattfinden wird. Die Repressalien, zu denen auch die Beschlagnahmung kirchlich-karitativer Einrichtungen gehörte, nahmen ein solches Ausmaß an, daß schließlich sogar der Kreml intervenierte. Der daraufhin am 10. Juni 1953 vor den evangelischen Bischöfen und einen Tag später öffentlich verkündete „Neue Kurs“ wurde indessen nicht lange durchgehalten. Der wenige Tage danach einsetzende Arbeiteraufstand ließ es am Ende auch der sowjetischen Besatzungsmacht geraten erscheinen, zum harten Kurs der Repression zurückzugehen. Dazu gehörte auch der als „innere Differenzierung“ bezeichnete Versuch, die verschiedenen Kirchenleitungen gegeneinander und die Pfarrer gegen die Kirchenleitungen auszuspielen.

Seit 1954 wurde durch die Wiedereinführung der Jugendweihe ein neuer Konflikt provoziert, dessen Langzeitwirkung gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Denn die erste theologisch kompromißlose Reaktion der Kirchen, Jugendliche, die sich der Jugendweihe unterzogen, nicht zur Konfirmation zuzulassen, ließ sich auf die Dauer nicht halten und mußte praktikableren Regelungen weichen. Diese Einsicht führte bei nicht wenigen Theologen und Kirchenleuten zu einer tiefen kirchenpolitischen Identitätskrise, die eine neue Selbsteinschätzung der Rolle der Kirche in der sozialistischen Gesellschaft vorbereiten half. Nachdem 1956 die in der Verfassung garantierte Erhebung der Kirchensteuer und 1958 die verfassungsmäßig garantierte Erteilung des Religionsunterrichtes in den Räumen der Schulen praktisch unmöglich gemacht wurde, zudem die atheistische Propaganda bis hin zur Verkündung von – den biblischen Dekalog parodierenden – „10 Geboten der sozialistischen Moral und Ethik“ verschärft wurde, kam es zu einer erneuten Krise zwischen Staat und Kirche. Erhebliche Bedeutung für deren Zuspitzung hatte die Tatsache, daß die Evangelische Kirche in Deutschland mit der

Bundesregierung einen Militärseelsorgevertrag abgeschlossen hatte, der im März 1957 von der Synode der EKD ratifiziert wurde, wobei auch die überwiegende Zahl der DDR-Synodalen diesem Vertrag zustimmte. Daß DDR-Bürger einem mit der Bonner Regierung abgeschlossenen Vertrag kirchenrechtliche Gesetzeskraft geben konnten, war für die ostdeutsche Regierung ein Ärgernis ersten Ranges. Der Sachverhalt erklärt sich aus der Tatsache, daß nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges alle evangelischen Landeskirchen sich als Evangelische Kirche in Deutschland eine äußere organisatorische Einheit gegeben hatten. Für die sichtbare Einheit des deutschen Protestantismus war es von entscheidender Bedeutung, daß diese EKD gemäß ihrer Grundordnung „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ für „ein einheitliches Handeln“ aller Gliedkirchen zu sorgen hat, ja, daß „die gesamtkirchlichen Anliegen gegenüber den Inhabern öffentlicher Gewalt“ von ihr, und nur von ihr, zu vertreten sei. Dieser gesamtkirchliche „Alleinvertretungsanspruch“ der EKD gegenüber der öffentlichen Gewalt hatte zur Folge, daß die Gründung zweier deutscher Staaten zunächst nicht auf die Kirche durchschlug. Die DDR hatte dagegen auch so lange nichts einzuwenden, solange sie ihrerseits an der in Artikel 1 ihrer ersten Verfassung ausdrücklich bejahten Einheit Deutschlands festhielt. Doch das war 1957 längst nicht mehr der Fall. Mit dem Bau der Berliner Mauer hatte die Ostberliner Regierung dann endlich die Möglichkeit in der Hand, die organisatorische Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland empfindlich zu verletzen und die Kirchen in der DDR erheblich unter Druck zu setzen. Als die Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR 1963 ihr Selbstverständnis in „Zehn Artikel[n] über Freiheit und Dienst der Kirche“ so formulierte, daß ihre Eigenständigkeit klar hervortrat – bis hin zum Eintreten „für gutes irdisches Recht“ in der DDR und „für den gesetzlichen Schutz der Wehrdienstverweigerer aus Glaubens- und Gewissensgründen“ –, da wurde diese kirchliche Wegweisung von den Politikern der DDR als „Instrument des kalten Krieges“ denunziert. Die Wegweisung sei mit der Tinte der westdeutschen Militärkirche geschrieben, konnte man in der „Neue[n] Zeit“ lesen. Als schließlich 1968 die neue DDR-Verfassung beschlossen wurde und diese von der Regierung im Sinne der Übereinstimmung von Staatsgrenzen und Kirchengrenzen interpretiert wurde, bedrohte man die an der gesamtdeutschen EKD festhaltenden Christen mit den Vorwürfen der Illegalität, ja des Verfassungsbruchs sowie mit entsprechenden Sanktionen. Damit drohte aber zugleich die der Kirche wesentliche Aufgabe, „die Botschaft der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk“, wenn nicht unerfüllbar, so doch nur unter außerordentlichen Einschränkungen wahrnehmbar zu werden. Zugleich hatten sich auch die Kirchen der Einsicht zu stellen, daß die sozialistische DDR kein Provisorium, sondern ein Staat unter Staaten geworden war, mit dessen Existenz auf unabsehbare Zeit zu rechnen ist. Es ergab sich insofern aus der sehr weltlichen Bedrängnis eine geistliche Notwendigkeit, der veränderten politischen und rechtlichen Situation gerecht zu werden. Aus dieser gleichermaßen weltlichen

und geistlichen Notlage heraus wurde der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR geboren, der sich bewußt als „Kirche im Sozialismus“ verstand. Als Kirche, wie Bischof Schönherr interpretierte, in „dieser so geprägten Gesellschaft nicht neben ihr, nicht gegen sie“. Schon am 15. Februar 1968 hatten die Bischöfe der DDR in einem Brief an den Staatsratsvorsitzenden erklärt: „Als Staatsbürger eines sozialistischen Staates sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen.“ Das war zweifellos eine Loyalitätserklärung, doch sie bot der Kirche die Möglichkeit, den real existierenden Sozialismus „mit der engagierten Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus“ zu verbinden, wie es der Erfurter Propst Heino Falcke dann auf der Bundessynode in Dresden 1972 gefordert hat.

Die Ordnung des Bundes hat trotz der organisatorischen Trennung von der EKD die besondere Gemeinschaft mit der westdeutschen Christenheit nicht aufgegeben, sondern mit dem theologisch starken Begriff des Bekennens ausdrücklich bejaht. Dieses Bekenntnis zur **besonderen** – also über die ökumenische Verbundenheit hinausgehenden – Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland stieß noch während der Beratungen der Ordnungen – der vom Staatssicherheitsdienst gelenkte Oberkirchenrat Lotz versuchte, Einfluß zu nehmen – und erst recht nach deren Verabschiedung auf erhebliche Kritik, wurde aber niemals preisgegeben. Die Aufnahme förmlicher Beziehungen zwischen Regierung und Kirchenbund 1971 stellte dann eine regelrechte Wende der Kirchenpolitik dar. In den siebziger Jahren wurde „der mit der Staatsgründung eingeleitete Prozeß der Zurückdrängung der Kirchen aus der Gesellschaft gestoppt, ja zum Teil rückgängig gemacht“. Orientierungsstadium für das entspanntere Verhältnis von Staat und Kirche war das Gespräch des Staatsratsvorsitzenden Honecker mit dem Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirchen am 6. März 1978. Seitdem gab es auf beiden Seiten so etwas wie eine Konfliktvermeidungsstrategie, wie Propst Falcke das nannte. Dieser fügte mit unüberhörbar kritischem Unterton hinzu, daß das ein „System wechselseitiger Stabilisierung“ war, in dem der Staat der Kirche einen „staatsfreien Raum eigenständigen Lebens und Wirkens“ einräumte und dafür von der Kirche erwartete, „daß sie sich loyalitätsverstärkend [...] als Stabilisierungsfaktor bewährt“. In der Tat gab es, obwohl die ostdeutschen Kirchen sich in betonter Abhebung von den westdeutschen Kirchen als besonders staatsfern darstellten, eine zunehmende Affinität der Kirche zur sozialistischen Staatsmacht. Und es ist zu fragen, ob das Selbstverständnis der evangelischen Kirchen der DDR als einer „Kirche im Sozialismus“ nicht eine Pseudolegitimierung des real existierenden Sozialismus als eines demokratischen nolens volens begünstigt hat.

Paradoxerweise war es dann aber gerade die partielle Erfüllung jener staatlichen Erwartungen, die der Kirche die politische Bedeutung einer Gegenöf-

fentlichkeit zuwachsen ließ, die die staatskritischen Gruppen für ihre Proteste und „Konfliktinszenierungen“ so intensiv zu nutzen wußten, „daß das System wechselseitiger Stabilisierung [...] arg ins Schlingern geriet“. Die Kirchenleitungen waren darüber in der Regel alles andere als glücklich und waren sich übrigens auch in der Regel selber nicht ganz einig. Ich war Zeuge eines Streites zwischen einem Generalsuperintendenten und dem Propst des Berliner Konsistoriums über die Frage, ob man denn für politische Interessen die Kirchen öffnen dürfte; der Generalsuperintendent argumentierte: „Da kommen doch viele, die haben doch von Kirche noch nie etwas gehört, die kennen noch nicht einmal das Vaterunser.“ Und der Propst antwortete: „Tolle Gelegenheit, da lernen sie es endlich kennen, lassen wir sie rein.“ Die Kirchenleitungen also waren darüber in der Regel alles andere als glücklich und warnten „die Gruppen vor übertriebenen Aktionen und Demonstrationen“, gewährten ihnen aber dennoch Raum zur Entfaltung. Am Ende war es dann die von Moskau aus bestimmte politische Großwetterlage, die es den evangelischen Christen in der DDR ermöglichte, ihren Teil zu dem beizutragen, was als „friedliche Revolution“ in die deutsche Geschichte eingegangen ist. Daß die „Wende“ gewaltlos vollzogen werden konnte, war nicht zuletzt eine Folge der Tatsache, daß die evangelische Kirche sich und ihre gottesdienstlichen Veranstaltungen als die einzige Gegenöffentlichkeit zur geknebelten Öffentlichkeit erhalten konnte.

III. Zur Gegenöffentlichkeit konnte die Kirche nur deshalb werden, weil sie selber vom Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums lebt. Man kann die Bedeutung des Öffentlichkeitscharakters des christlichen Glaubens in diesem Zusammenhang gar nicht hoch genug veranschlagen. Die kommunistische Strategie wollte die Rolle der Kirche bekanntlich, wie in Rußland, auf die Befriedigung privater religiöser Bedürfnisse durch gottesdienstliche Kulthandlungen reduzieren. Doch der christliche Gottesdienst ist mehr als eine religiöse Bedürfnisbefriedigungsanstalt, wird er doch durch das Evangelium konstituiert, das Gottes öffentliches Wort für alles Volk ist. Der Öffentlichkeitscharakter des Gottesdienstes zeigt sich übrigens nicht zuletzt in der Fürbitte, die die christliche Gemeinde den politisch Verfolgten, aber auch den Regierenden schuldet, die durch die gottesdienstliche Fürbitte unmißverständlich an ihre Verantwortung erinnert werden. Es ist übrigens zu fragen, seit wann und warum die namentlichen gottesdienstlichen Fürbitten für die zu Unrecht Verhafteten und politisch Verfolgten in der evangelischen Kirche der DDR eingestellt wurden – seit wann und warum? Weil aber schon der liturgische Gottesdienst seinem Wesen nach eine res publica ist, drängt der Öffentlichkeitscharakter des christlichen Glaubens notwendig über das kultische Geschehen hinaus, um sich als – wie das der Apostel Paulus nannte – „vernünftiger Gottesdienst“ im Alltag der Welt fortzusetzen und sich dennoch nicht dem „Schema dieser Welt“ gleichzuschalten.

Zum Schema der sozialistischen Welt gehörte eine entmündigte Öffentlichkeit. Die evangelische Kirche hat in ihr eine Gegenöffentlichkeit erzeugt, die man durchaus den fortgesetzten Ausgang des Bürgers aus einer aufgezwungenen Unmündigkeit nennen darf. Dabei erwies sich die volkshirchliche Organisationsform als überaus nützlich. Die evangelische Kirche war ja sozusagen flächendeckend in der ganzen DDR präsent. Trotz des erheblichen Pfarrermangels wurde versucht, die in jedem Ort bestehenden christlichen Gemeinden mit Geistlichen und Katecheten zu versorgen. Der theologische Nachwuchs wurde an sechs staatlichen Fakultäten und an drei kirchlichen Hochschulen ausgebildet, wobei die völlig staatsunabhängigen kirchlichen Hochschulen den Machthabern zumeist ein Dorn im Auge waren. Sie waren ein Ort uneingeschränkter geistiger Freiheit. Ich habe dort studiert, ich habe dort gelehrt, ich weiß, was ich sage: Das waren intellektuelle Oasen in einer ideologischen Wüste.

Auf die von der Regierung mehrfach angedeutete Bereitschaft, die Pfarrer staatlich zu besolden, sind die Kirchen niemals eingegangen. Für die sehr geringen Einkommen aller kirchlichen Mitarbeiter kam die Kirche selber auf, allerdings nicht ohne massive finanzielle Unterstützung durch die westdeutschen Kirchen, die der valutahungrige Staat übrigens ausgesprochen gern sah. Es wäre zu untersuchen, welche Rolle diese finanzielle Unterstützung der DDR-Kirchen durch die westdeutschen Kirchen nicht nur faktisch, sondern auch für die Selbstwahrnehmung der „Kirche im Sozialismus“ gespielt hat. Doch trotz der Aufrechterhaltung der äußeren volkshirchlichen Struktur war gegen Ende der DDR der Anteil der Getauften an der Bevölkerung auf ein Drittel geschrumpft; und das waren keineswegs immer „praktizierende Christen“. Dennoch hat die evangelische Kirche in der DDR sich nicht ghettoisieren lassen. Als „Kirche für andere“ ist sie in einer besonderen Bedeutung des Wortes „Volkshirche“ geblieben, die man etwas boshaft dahin definieren könnte, daß diese Volkshirche eine Kirche für ein Volk war, das nicht zur Kirche geht. Doch auf diese Weise war sie unübersehbar und unüberhörbar präsent.

Zur Gegenöffentlichkeit in einem eminenten Sinne wurde in den späten achtziger Jahren dann schließlich der auch von der katholischen Kirche mitverantwortete „Konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, der allen auf eine grundlegendere Reform des „real existierenden Sozialismus“ drängenden Kräften ein Forum bot. So war die Minderheitenkirche tatsächlich für alle da. Sie war es sehr einfach und sehr elementar dadurch, daß man in ihr die Wahrheit sagen konnte. Wer heute über die evangelische Kirche in der DDR urteilen will, der möge die Protokolle der Synoden lesen und sich fragen, wo sonst in der DDR, von einigen Theateraufführungen vielleicht abgesehen, ein vergleichbarer Mut zur Wahrheit zu finden war. Wahrheit war ja in der sozialistischen Diktatur der eigentliche „Klassenfeind“.

Die Machthaber haben sie so sehr gefürchtet, daß sie nicht nur die Bevölkerung mit dem Terror der Lüge zu entmündigen versuchten, sondern je länger je mehr auch sich selbst belogen – bis hinein in die Dimension ökonomischer Daten und Zahlen. Doch auch die Ökonomie verträgt nur ein begrenztes Maß an Lügen. Wer zuviel lügt, richtet die Wirtschaft zugrunde. Der „real existierende Sozialismus“ war nicht nur eine permanente ideologische Lebenslüge, sondern auch ein permanenter ökonomischer Selbstbetrug. Selbstbetrug und Lebenslüge gründeten in dem pseudoreligiösen Anspruch, aus dem alten Adam, der wir alle sind, einen neuen Menschen machen zu können, insofern der als Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse begriffene Mensch durch deren Veränderung ein neuer Mensch werden sollte.

Es gehörte notwendig zu dieser Lebenslüge, daß der Staat einen totalitären Zugriff auf alle Lebensbereiche beanspruchte, um den Bürger total abhängig zu machen.

Auch das Recht wurde zur Erreichung dieses Zieles konsequent zu einem bloßen Machtmittel funktionalisiert, so daß es in vielen Bereichen überhaupt kein verlässliches Recht gab. In einer Diktatur weiß keiner genau, was er wirklich darf, hat Richard Schröder einmal formuliert. Eben deshalb konnte die Wahrheit zu sagen außerordentlich gefährlich werden – und das nicht nur für den entmündigten Bürger, sondern eben auch für den entmündigenden Staat selbst.

Es ist ja denn auch der Mut zur Wahrheit gewesen – Gorbatschow nannte ihn Glasnost –, der das ganze totalitäre Lügengebäude zum Einsturz brachte. Im Johannesevangelium (8, 32) heißt es: „Die Wahrheit wird euch frei machen.“ Der Satz hat auch in weltlicher Hinsicht seine Gültigkeit. Um so bedrückender stellt sich die Frage, ob die Kirche zugunsten einer unchristlichen Überlebensstrategie oder gar um billigerer Vorteile willen sich jenem politischen Halbdunkel anvertraut hat, in dem die Lüge regierte. Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu berücksichtigen, daß die unerläßlichen Beziehungen der Kirche zum Staat in der sozialistischen Diktatur insofern ständig problematisiert wurden, als eine staatskirchenrechtliche Regelung dieser Beziehungen verweigert und durch jederzeit widerrufbare Gewohnheitsrechte ersetzt wurde. Dadurch entstand auf beiden Seiten ein hoher Verhandlungsbedarf, wobei sowohl die Aktivitäten gegen die Kirche wie auch die Verhandlungen mit ihr weitgehend vom Staatssicherheitsdienst gesteuert wurden. Dessen Ziel war neben der Beschaffung von Informationen die Beeinflussung kirchlicher Entscheidungsprozesse und die Zersetzung der kirchlichen Identität. Um diese Zielsetzung mußte die Kirche wissen. Um so weniger durfte sie sich selbst auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst einlassen. Nicht wenige Kirchenleitungen haben denn auch schon die Studenten der Kirchlichen Hochschulen und erst recht die Amtsträger schriftlich zur Dienstverschwiegenheit verpflichtet – über die mit der Ordination gesetzte Pflicht zur Wahrung des

Beichtgeheimnisses hinaus. Vom Staatssicherheitsdienst verlangte Gespräche ließen sich zwar in bestimmten Konfliktfällen nicht vermeiden, doch dafür gab es geregelte innerkirchliche Zuständigkeiten.

Eine Kooperation mit dem Staatssicherheitsdienst unter den Zielsetzungen des Staatssicherheitsdienstes konnte für eine theologisch verantwortungsbeußte Kirche unter keinen Umständen in Betracht kommen. Galt doch für den Staatssicherheitsdienst in gesteigertem Maße, was Georg Lukács für die kommunistische Ethik generell behauptet hatte: nämlich, daß sie die Anerkennung der Notwendigkeit, Böses zu tun, zur höchsten Pflicht mache, und daß die Erfüllung dieser Pflicht das größte Opfer sei, das die Revolution ihren Anhängern abverlange. Der Kirche konnte dergleichen nur als verwerflicher Aberglaube erscheinen. Dennoch ist es zu höchst problematischen, zum Teil auch verwerflichen Kontakten mit dem Staatssicherheitsdienst gekommen. Dabei sind nicht so sehr die Fälle bedeutsam, in denen kirchliche Mitarbeiter zur Kooperation erpreßt wurden. Dergleichen Fälle, so bedrängend sie auch sind, hat die Kirche nicht selber zu verantworten. Eine höchst problematische Verantwortung hat die Kirche jedoch übernommen, als einzelne Amtsträger sich zu einem pragmatisch-politischen Umgang mit dem Staatssicherheitsdienst entschlossen, um diesen zugunsten kirchlicher und humanitärer Anliegen, aber auch – von westdeutschen Politikern dazu indirekt gar sehr ermuntert – für politische Brückenschläge zwischen Bonn und Ostberlin zu nutzen.

Zwar war vor allem im letzten Jahrzehnt der Staatsapparat der DDR gerade in besonders empfindlichen Problemlagen kaum mehr entscheidungsfähig, so daß es sich nahelegen konnte, den Staatssicherheitsdienst als die einzig wirklich effektive Entscheidungsinstanz zu bemühen. Doch erfolgversprechend konnte die Einschaltung des Staatssicherheitsdienstes nur sein, wenn diesem Verschwiegenheit zugesichert wurde. Das aber war nur dadurch zu erreichen, daß kirchliche Amtsträger im Alleingang handelten. Dabei setzte man sich zwangsläufig der Gefahr aus, den Eindruck eines Einverständnisses mit den Interessen und Zielen des Staatssicherheitsdienstes zu erwecken, zumal dann, wenn man die konspirativen Spielregeln der anderen Seite akzeptierte. Dem Selbstverständnis evangelischer Kirchenleitung widersprach das allerdings in hohem Maße. Es widersprach in hohem Maße dem theologischen Verständnis evangelischer Kirchenleitung, daß hochbrisante Verhandlungsaufgaben einzelnen Personen überlassen wurden, ohne für deren eindeutige Beauftragung und für innerkirchliche Rechenschaftsablegung zu sorgen. Evangelische Kirchenleitung vollzieht sich ja wesentlich, wenn ich ein bißchen lateinisch reden darf, als *mutuum colloquium fratrum sororumque*, als gegenseitiges Gespräch der Brüder und Schwestern, also in wechselseitiger Rechenschaftsablegung, mit dem Ziel eines größtmöglichen Einverständnisses.

Es ist deshalb primär gar nicht das Fehlverhalten einzelner Amtsträger zu beklagen, die sich auf die Schmutzarbeit des Kontaktes mit dem Staatssi-

cherheitsdienst eingelassen haben. Sofern sie ihre geheimen Kontakte nicht aus Opportunismus oder um eigener Vorteile willen gepflegt haben, sind sie eher das Opfer einer Kirchenleitungspraxis, die sich emanzipierte von der theologischen Reflexion an dieser Stelle.

Das Problem kirchlicher Sicherheitskontakte war deren Personalisierung, ja Privatisierung.

Die evangelische Kirche hat das Zwielicht, in das durch das mehr oder weniger oder gar nicht nachvollziehbare Agieren einzelner kirchenleitender Personen nun die ganze Kirche geraten ist, mutig und ohne Larmoyanz aufzuklären. Dazu gehört allerdings, alle Quellen zur Geltung zu bringen, also zum Beispiel auch die Akten über die Operativvorgänge, die Personen betreffen, über die zugleich IM-Akten vorliegen. Nur dann kann es zu angemessener Beurteilung des Verhaltens einzelner Personen kommen. Und dazu gehört ebenfalls eine Hermeneutik der Quellen, die den unterschiedlichen Wahrheitswert der Akten zu reflektieren hat. Es gibt genug Hinweise darauf, daß auch der Staatssicherheitsdienst ein Unternehmen war, das Erfolg melden mußte und deshalb Mißerfolge gern undefinierte. Vollzieht die Kirche vorbehaltlos solche Aufklärungen im Lichte des Evangeliums, dann wird mit ihren Schwächen ganz von selbst auch ihre eigentliche Stärke offenbar. Halten wir fest, meine Damen und Herren: Die evangelische Kirche war auch im Sozialismus ein Ort, an dem man die Wahrheit sagen konnte. Weil sie dem Terror der Lüge, mit dem die sozialistische Diktatur ihren Totalitätsanspruch durchzusetzen versuchte, trotz aller unverkennbaren Schwächenanfalle und Aporien immer wieder den Mut zur Wahrheit entgegengesetzt hat, kann von einer sozialistischen Gleichschaltung oder auch nur Anpassung der Kirche keine Rede sein. Gewiß, es gab bedenkliche, ja verwerfliche Kooperationen kirchlicher Funktionäre mit dem Staatssicherheitsdienst. Es gab aber keine babylonische Gefangenschaft der Kirche im Sozialismus. Die Bindung an die befreiende Wahrheit des Evangeliums war stärker, Gott sei Dank! (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir danken Herrn Professor Jüngel und haben noch ein paar Minuten Zeit, um an den Referenten Fragen zu stellen. Die erste Frage stellt Herr Kollege Müller.

Abg. Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Prof. Jüngel, ich habe drei Fragen, wozu ich eine Ergänzung haben möchte:

1. Ich hatte Probleme mit Ihrer Darstellung, daß man nach den Erfahrungen des Dritten Reiches mit dem Begriff „Kirche im Sozialismus“ durchaus einen Schritt auf die sozialistische/kommunistische Bewegung zu machte. Wie konnte man das theologisch verarbeiten? Die SED war ja keine Partei, die die Kirche duldete oder nicht duldete oder nicht zur Kenntnis nahm. Sie war eine Partei, die militant atheistisch in ihrer Ideologie war, also von vornherein ein Gegner jeglicher Kirche sein mußte.
2. Weiter würde mich interessieren: Sie sagen in Ihrer These 1.6: Die

zunehmende Privilegierung der Kirche im Sozialismus durch die Ökumene spielte eine Rolle. Gibt es hier Erkenntnisse über ein Zusammenspiel, auch über die Grenzen der DDR hinaus, mit sozialistischen Ländern, wo es – denken Sie an Prag, Christliche Friedenskonferenz und so weiter – auch von anderen kommunistischen Staatssicherheitsdiensten inspirierte und geleitete Agenten innerhalb des kirchlichen Netzwerkes gab? Gibt es hier ein Zusammenspiel von Ost nach West? Gab es auch in den westlichen Kirchen Leute, die über den Staatssicherheitsdienst, andere Einrichtungen, auch aus anderen Ländern, ein gemeinsames Ziel verfolgten, sich sozusagen die Bälle zuspülten?

3. Sie sprachen davon, daß eine staatliche Besoldung immer abgelehnt wurde. Sie haben zugleich erwähnt, daß die Finanzierung aus der alten Bundesrepublik auch über die verschiedenen Kirchengeschäfte – da haben wir gerade einiges in den Zeitungen gelesen – gelaufen ist. Wie war das eigentlich nach dem 9. November 1989? Nach meiner Information liefen solche Geschäfte noch im Frühjahr 1990. Es wurden insgesamt 90 Mio. DM damals bezahlt. Wie konnte man das erklären, wie konnte man das begründen, nachdem eine ganz andere Situation entstanden war? Mich würde in dem Zusammenhang auch interessieren, inwieweit – und Sie haben es ja selbst erwähnt – Kreise in der Bundesrepublik (alt), vor allem innerhalb der Kirche, daran mitwirkten, die Rolle derjenigen in der Kirche der DDR zu konterkarieren, die bereit waren, ihre Kirchen gegenüber Widerstandsgruppen usw. zu öffnen. Konkret gesagt: Gab es Leute in den westlichen Kirchen, in der Bundesrepublik (alt), die hier eher bereit waren, im Sinne des Staatssicherheitsdienstes auf die evangelische Kirche in der DDR (alt) einzuwirken, die Kirchen nicht gegenüber Widerstandsgruppen zu öffnen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Ich habe im Augenblick neun Fragensteller auf meiner Liste. Ich bitte darum, daß jeder einzelne Fragende versucht, in drei Minuten seine Fragen abgeschlossen zu haben. Herr Professor Weber bitte.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe zwei Fragen: Ist nach Ihrer Einschätzung die Haltung der Kirche oder die Distanz der Kirche zum SED-Staat stärker beeinflußt gewesen von der Tatsache, daß wir es mit einem atheistischen Staat zu tun hatten oder von der Tatsache, daß es eine politische Diktatur war? Ist da in den verschiedenen Phasen, die Sie aufgezeigt haben, auch eine unterschiedliche Einschätzung möglich?

Die zweite Frage: Sie haben in Ihrer These 6.4. das Thema „real existierender Sozialismus“ oder „Legitimation eines demokratischen Sozialismus“ genannt. Ohne der heute abend stattfindenden Diskussion vorgreifen zu wollen, würde mich interessieren, ob an der Spitze der Kirche diese Unterschiede überhaupt

ein Diskussionspunkt gewesen sind, ob man sich in irgendeiner Form darüber verständigt hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Nächster Frager, Markus Meckel bitte.

Abg. Meckel (SPD): Meine Frage bezieht sich auf die theologische Auseinandersetzung mit Demokratieverständnis und Gesellschaft. Sie haben die Positionen von Otto Dibelius und die dezidierten Gegenpositionen in der evangelischen Kirche dann beschrieben, ohne daß diese Anpassung an den Staat sein mußten. Sie hatten bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre als DDR-Bürger – nach dem Paß noch länger, aber faktisch dann als Bürger im Westen Deutschlands – viele Kontakte in die DDR. Welche Rolle hat diese Frage, ob es nötig wäre, sich vom Evangelium her auch in grundsätzlicher Weise mit diesem Staat als System auseinanderzusetzen, für Sie gespielt? In der DDR war diese grundsätzliche Frage dann ja erst in den Texten der Ökumenischen Versammlung ein Thema, auch wenn vorher in einzelnen Politik- und Gesellschaftsbereichen sehr viel Kritik geübt wurde. Wie haben Sie das damals gesehen, und welcher Art waren Ihre Kontakte und Gespräche in dieser Frage? Denn auch in der theologischen Ausbildung hat diese Frage als eine grundsätzliche Auseinandersetzung, jedenfalls seit Mitte der siebziger Jahre – oder auch schon vorher –, kaum eine Rolle gespielt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Frau Kollegin Wisniewski bitte.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Vielen Dank für diesen wirklich spannenden historischen Abriß. Ich habe noch nicht verstanden, wie es möglich war, daß – was in Ihrer These 6.13. beschrieben ist – durch den Rückgriff auf das Darmstädter Wort die Bischöfe der evangelischen Landeskirchen 1968 gegenüber dem Staatsratsvorsitzenden die Erklärung abgaben, es sei Aufgabe der Christen, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen, sozusagen eine offizielle Erklärung. Dann kommt nachher diese Entwicklung, auf die Sie hier eingegangen sind: „Die Wahrheit wird euch frei machen“, die dazu führte, daß die Wahrheit der „eigentliche Klassenfeind“ der sozialistischen Diktatur war. Meine Frage zielt darauf: Wie konnte denn damals – jetzt abgesehen von dem atheistischen Element, auf das schon hingewiesen wurde – bei den unterschiedlichen anthropologischen Vorstellungen der christlichen Kirchen und des Sozialismus diese Aussage Ihrer These 6.13. getroffen werden? Ist es so, daß es nachher einzelne Pastoren waren, die eine Änderung der offiziellen Haltung der Kirche herbeiführten, oder wie muß man das sehen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Dehnel bitte.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich möchte mich auch für den hervorragenden Vortrag bedanken. Ich habe das in ähnlicher Weise selbst erleben können. Ich bin selbst nur konfirmiert (1959) worden und habe dann das Abitur und das Studium in der Abendschule gemacht. Meine Frage geht dahin: Inwieweit konnte die Kirche damals in der DDR mehr Einfluß nehmen gegenüber

Jugendweihe und Konfirmation. Ich meine die Entscheidung in der Familie: Muß mein Kind aufgrund seiner späteren Karriere unbedingt die Jugendweihe machen, oder kann es sich dazu bekennen, nur konfirmiert zu werden? Wir wissen alle, daß es einen Verfassungsbruch darstellte, daß welche nicht zum Abitur oder zum Studium gelassen wurden, weil sie keine Jugendweihe hatten. Ich weiß von vielen christlichen Freunden, die besonders darunter gelitten haben, daß die Kirchenführung sich nicht stärker dafür eingesetzt hat, daß Nur-Konfirmierte mehr Rechte besaßen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Hilsberg bitte und dann Herr Kollege Weisskirchen.

Abg. Hilsberg (SPD): Herr Prof. Jüngel, ist sich die Kirche eigentlich darüber bewußt gewesen, in welchem großen Maße in der DDR die Mitgliedszahlen der Volkskirche, der evangelischen Kirche, geschwunden sind, obwohl die Möglichkeit eingeräumt wurde, in den Neubaugebieten Kirchen neu zu bauen, Gemeindezentren zu bauen? Hat das dem Trend überhaupt keinen Abbruch getan? Die Kirche in der DDR ist mitgliedermäßig viel kleiner als vergleichsweise die Kirche in der alten Bundesrepublik. Wenn man die Leute damals fragte, und das war ja unser eigener Lebensraum, stellte man fest, daß hier ein Glaubwürdigkeitsproblem in großem Maße hergestellt wurde. Es wurde von Privilegien gesprochen. Ist sich die Kirche hier darüber im klaren gewesen, daß diese Kontakte in Richtung Staat sie in Mithaftung gebracht haben? Dieses schöne Wort „das System wechselseitiger Stabilisierung“, das Sie von Herrn Falcke zitieren, könnte ja auch die Folge gehabt haben, daß die Kirche in den Sog, in den der Staat zunehmend geriet, mit hineingezogen wurde.

Sie sagten, die Kirche sei die einzige Gegenöffentlichkeit in der DDR gewesen. Ich würde das vorsichtig bestreiten. Mein Eindruck ist nämlich, daß sich innerhalb der Kirche eine zweite Gegenöffentlichkeit entwickelt hat, die auch die Möglichkeit hatte, dieses laut und deutlich kundzutun. Diese trieb dann zunehmend aus dem Bereich der Kirche hinaus, nahm eigene politische Aktivität an und zeigte sie auch. Die hat in Wahrheit im Raum der Kirche, von einem eigenen protestantischen Selbstverständnis her, ganz andere Schritte in Richtung auf eine politische Aktivität unternommen. Die war selbständig, und die muß man auch als selbständig sehen im Gegensatz zur Öffentlichkeit, die in der Kirche ansonsten statthätte.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Weisskirchen bitte.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Herr Prof. Jüngel, ich möchte indirekt meinem Kollegen Hilsberg „vorsichtig“ widersprechen. Weil es zum Beispiel für jemanden wie mich nur eine Chance gegeben hat, in die DDR zu kommen, nämlich dadurch, daß die Kirche es möglich gemacht oder jedenfalls geholfen hat. Wir als Kritische aus dem Westen konnten nur diese Chance nutzen, zu

bekannten Gruppen innerhalb der Kirche und am Rande der Kirche zu gehen. Insofern also ein leichter und vorsichtiger Widerspruch.

Die Frage ist, ob Sie die Auffassung teilen, daß der Konziliare Prozeß mitgeholfen hat, die Instabilisierung der DDR mit voranzutreiben, indem die Wahrheit im konziliaren Prozeß gegenüber der Gesellschaft in einer sehr ambivalenten Weise ausgesprochen werden konnte: Indem man nämlich auf der einen Seite an dem utopischen Ziel eines verbesserlichen Sozialismus festgehalten hat, aber dann in der Realität, in der offenen Debatte und in der Verknüpfung – nicht nur der kritischen Debatte in der ehemaligen DDR, sondern auch in der Debatte mit anderen kritischen Gruppierungen des Westens und im Westen – doch ein kritisches Potential wachsen konnte. Ich frage, ob Sie diese Interpretation für zulässig erklären könnten?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Mir liegen noch vier Wortmeldungen vor. Darf ich davon ausgehen, daß wir für diesen Vortrag die Namensliste schließen können? Danke schön. Herr Prof. Fischer bitte.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Eine Anmerkung, Herr Kollege Jüngel, und zwei Fragen: Die Anmerkung bezieht sich auf Ihre Unterscheidung zwischen den beiden Richtungen, die Sie mit den Namen Dibelius und Hamel charakterisiert haben. Ich möchte als Zeitzeuge aus dem Bereich der Mitarbeiterschaft der sächsischen Landeskirche der damaligen Zeit anmerken, daß wir diese Unterscheidungen, das werden Sie wahrscheinlich auch aus Ihren eigenen Erfahrungen so sehen, in den Anfängen der fünfziger Jahre nicht gemacht haben. Für uns waren beide Autoritäten für unsere Haltung gegen SED und DDR. Das war wichtig! Es ist mir eigentlich nicht mehr in Erinnerung, daß damals über Unterschiede diskutiert worden wäre. Hamel hat vielleicht insofern eine gewisse stärkere Position gehabt, weil er damals verhaftet war und in unsere Gebete sehr viel stärker einbezogen wurde, als das bei Dibelius der Fall gewesen ist.

Zu den Fragen: Sie haben fünf Strömungen und fünf Namen dazu genannt. Ich weiß, daß Sie abkürzen mußten, möchte aber noch einmal nachfragen. Müßte hier nicht auch die Strömung von Dompfarrer Karl Kleinschmidt in Schwerin erwähnt werden, also die der sogenannten Friedenspfarrer? Meine Frage: Welche Bedeutung messen Sie eigentlich dieser Richtung bei? Eine weitere Strömung möchte ich charakterisieren mit dem Namen Emil Fuchs. Ich meine konkret die theologischen Fakultäten. Hier sträubt sich ein bißchen meine Empfindung, wenn Sie von einer gewissen Unabhängigkeit der evangelischen Kirche sprechen. Ich stimme Ihnen im Prinzip zu, aber was die theologischen Fakultäten angeht, möchte ich nachfragen, ob das nicht sehr viel kritischer gesehen werden muß, wenn ich etwa an die Berufungsvorgänge um die Nachfolge von Franz Lau in Leipzig denke – Stichwort Kurt Meier! Was da ablief, war ja wohl nicht mehr unabhängig, sondern ist massiv beeinflusst

worden, wohl zum Teil von unserem Freund Walter Ulbricht selbst. Aber vielleicht können Sie das im einzelnen noch einmal kurz darlegen.

Eine letzte Frage, Herr Jüngel, unter dem Eindruck – ich bin kein Fachmann, aber ein interessierter Laie in diesen theologischen und kirchengeschichtlichen Fragen – eines Kolloquiumsbandes von Trutz Rendtorff über eine Tagung 1992 in München zur Problematik der DDR-Kirchen: Hier ist ein Stichwort behandelt worden, nämlich das Stichwort der Sozialismusaffinität. Ich würde den Begriff der Kapitalismuskritik hinzufügen. Mir stellt sich die Frage, und ich wäre dankbar für eine Antwort aus Ihrer Kenntnis, inwieweit diese beiden Kriterien eine Rolle gespielt haben auch für die Definition, für die interne Definition der einen oder anderen Richtung, die Sie genannt haben, in der DDR, im Blick auf dieses Stichwort „Kirche im Sozialismus“. Ist hier nicht aus bestimmten Richtungen eine sehr viel stärkere Affinität zu diesem Sozialismusmodell existent gewesen, als wir das vielleicht jetzt im nachhinein noch wahrhaben wollen? Übrigens auch als ein Problem im Blick auf den derzeitigen Vereinigungsprozeß und seine Schwierigkeiten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Prof. Fischer, es reizt mich, nachher in der Pause mit Ihnen zu klären, wen sie mit „uns“ meinten, als Sie von unserem Freund Walter Ulbricht sprachen. Meiner, das möchte ich hier gleich erklären, ist das nicht gewesen. (Zwischenruf Prof. Dr. Fischer: Das war doch unser aller Freund.) Ach so. Der nächste, der das Wort hat, ist Martin Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte noch einmal auf dieses spezifische Staat-Kirche-Verhältnis zu sprechen kommen. Gerade diese Wendung, also diese Formel Staat-Kirche-Verhältnis, war für uns, jedenfalls in den achtziger Jahren eine schwierige Konstellation. Meine Frage: Sehen Sie in der theologischen Tradition der evangelischen Kirchen vielleicht einen Ansatzpunkt dafür, daß sich von hier ein besonderes Verhältnis zwischen führenden Kirchenleuten und dem Staat herleitet? Ein besonderes Verhältnis innerhalb der Entwicklung der Moderne, wo man nicht nur von Staat und Kirche, sondern vielleicht erst einmal von Staat und Gesellschaft zu reden hat, und wo so eine Sonderrolle der Kirche gar nicht vorkommt. Ließen sich eventuell aus so einer unaufgearbeiteten Geschichte der Moderne auch gewisse Fehlverhaltensweisen ableiten wie ein in gewisser Weise konspiratives, nichtöffentliches Verhandeln mit staatlichen Vertretern?

Zum zweiten habe ich gewisse Schwierigkeiten mit Ihrem Satz, daß jene verwerflichen Kontakte einzelner, von denen Sie sagen, sie seien zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS erpreßt worden, die Kirche nicht selber zu verantworten hat. Gewiß muß man einzelne Schuld aufweisen, weil das ja nicht unbedingt erlaubt gewesen ist, das ist klar. Aber hat sich hier nicht die Kirche zu fragen, inwiefern gerade kirchenleitende Vertreter in ihrem eigenen Verhalten, das eben gewisse Gespräche nicht in der nötigen Form

offenlegte, die Erlaubnis für andere durchschimmern ließen, weitergehende und tatsächlich verwerfliche Handlungen zu begehen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Vorletzter Frager, Herr Dr. Faulenbach, bitte.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Uns interessieren in besonderer Weise die Fragen der politischen Rolle der evangelischen Kirche. Diese politische Rolle der Kirche in der SBZ/DDR war immer eine, die auch bestimmt war durch das Verhältnis zur Bundesrepublik, eben nicht nur zur DDR. Deshalb etwas allgemein noch einmal gefragt: Hat aus Ihrer Sicht die evangelische Kirche der SBZ/DDR eine eigenständige deutschlandpolitische Rolle in den verschiedenen Phasen gespielt? – Sie haben, bezogen auf die fünfziger Jahre, die Probleme im Zusammenhang mit der Westintegrationspolitik und Wiederaufrüstungspolitik angesprochen, den Militärseelsorgevertrag – inwieweit können Sie so etwas, wie den Versuch der Formulierung einer eigenen deutschlandpolitischen Konzeption im Bereich der evangelischen Kirche erkennen, oder war sie weitgehend gleichsam Reflex der Politik, insbesondere in der alten Bundesrepublik?

Zweiter Unterpunkt in dem Zusammenhang: Die Entspannungspolitik in Deutschland ist in besonderer Weise durch die Kirchen gefördert worden. Gibt es aus Ihrer Sicht einen eigenen Beitrag der evangelischen Kirchen in Deutschland, insbesondere auch der evangelischen Kirchen in der DDR, zur Formulierung dieser Entspannungspolitik?

Letzter Unterpunkt zu diesem Fragenkomplex: Inwieweit war diese deutschlandpolitische Rolle der evangelischen Kirche aus Ihrer Sicht politisch begründet? Inwieweit war sie kirchenpolitisch begründet, und wieweit war sie theologisch begründet? Vielleicht könnten Sie einmal eine Einschätzung vornehmen im Hinblick auf die Motivationsstrukturen, die hier vorlagen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Als letzter Superintendent Passauer, und dann bitte ich darum, daß Sie antworten, Herr Prof. Jüngel.

Sv. Superintendent Martin-Michael Passauer: Die Beantwortung der Fragen, Professor Jüngel, erfordert ja einen neuen Vortrag, denn Sie werden ja hier noch einmal in alle Bereiche hineingeschickt. Vielleicht delegieren Sie in der Ihnen eigenen Weise bestimmte Fragen an Menschen, die sich noch einmal zu Kirche und MfS oder zu Kirche und Ökumene äußern, so daß Sie da jetzt nicht im Detail zu referieren brauchen. Ich will jetzt Ihre Antwort nicht noch verlängern, dennoch liegt mir noch einmal daran, daß Sie uns vielleicht eine Unterscheidung verdeutlichen und uns helfen, zu differenzieren. Wir reden ja sehr ungebrochen von „der Kirche“ und assoziieren dabei Unterschiedliches. Sie haben in Ihrer These 8.1. auf Seite 4 geschrieben: „Das Evangelium macht die Kirche zum Ort der Wahrheit.“ Da ist die Kirche wieder in ganz anderer Weise beschrieben, als wenn wir von der Kirche als der Institution oder der Leitung der Kirche sprechen. Ob Sie uns vielleicht auch bei unserer

Aufarbeitung des Themenfeldes „Kirche“ noch einmal mit einer nicht nur soziologischen, sondern theologischen Struktur des Begriffes „Kirche“ aus Ihrer Sicht helfen, damit wir jeweils wissen, wovon wir reden, wenn wir von Kirche reden?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich hoffe, daß Sie das alles in gut zehn Minuten packen können, Herr Professor. (Heiterkeit)

Prof. Dr. Eberhard Jüngel D.D.: Das kann ich nicht, ich bin nicht der Heilige Geist. Ich stehe also vor der Alternative, einige Fragen einfach nicht zu beantworten. Sie brechen meine Antwort ab, wenn die Zeit um ist. Ich gehe gleich von der letzten gestellten Frage aus, weil die ja für das Ganze wichtig ist.

Was meinte eigentlich der Ausdruck „Kirche“, wenn er als Singularetantum gebraucht wird, im Unterschied zu den vielen Landeskirchen zum Beispiel, aber auch zu den Ortsgemeinden. Das ist gut, daß man sich das klarmacht. Die reformatorische Theologie unterscheidet zwischen Kirche im eigentlichen und wesentlichen Sinne, die Confessio Augustana hat das so definiert: *Est autem ecclesia congregatio sanctorum, in qua evangelium pure docetur et recte administrantur sacramenta.* Es ist die Kirche diejenige Versammlung der Gläubigen, in der das Evangelium rein verkündigt und die Sakramente recht verwaltet werden. Diese Kirche ist unsichtbar. Die kann man als solche nicht verifizieren. Das kann nur jeder einzelne, indem er „Amen“ dazu sagt, wenn das Evangelium rein verkündigt wird, und wenn er die Sakramente genießt. Aber diese unsichtbare Kirche drängt ständig in die Sichtbarkeit, und indem sie das tut, differenziert sie sich sofort in verschiedene institutionelle Gestalten. Diese institutionellen Gestalten sind auf ihr eigenes Wesen, also auf die unsichtbare Kirche so bezogen, daß sie sich ständig in einem Streit um die Wahrheit der Reinheit des Evangeliums befinden, so daß hier eine ständige Spannung existiert zwischen der sichtbaren, institutionellen, vielgestaltigen, ja sogar pluralistisch verfaßten Kirche und dem, was diese Kirche zur Kirche macht, also ihrem Wesen. Das muß man vor Augen haben. Wenn man von der Kirche als Singularetantum spricht, dann ist in der Regel diese unsichtbare Kirche gemeint, die sichtbar werden will und sichtbar wird in den institutionellen Gestalten, dort aber auch sofort kritisierbar und angreifbar wird.

Nun versuche ich, an den übrigen Fragen entlangzugehen, so schnell ich kann. Die „Kirche im Sozialismus“ ist eine Wendung, die durch das Darmstädter Wort vorbereitet worden ist. Es wurde gefragt, ob die SED nicht durch ihr atheistisches Selbstverständnis den Begriff „Sozialismus“ derart diskreditiert hat, daß er für die Kirche eigentlich nur mit einem „pfui Teufel“ zitiert werden kann. Nun, hier ist es einfach notwendig zu differenzieren. Der Begriff „Sozialismus“ impliziert nicht notwendig die Selbstverpflichtung auf den Atheismus. Es gibt eine ganze Fülle von Gesichtspunkten, die unter

dem Begriff „Sozialismus“ zusammenzufassen sind, die mit der atheistischen Weltanschauung des Marxismus nicht identisch sind. Dessen muß man sich erinnern. Es ist einfach unsachlich, wenn man heute unter „Sozialismus“ immer den militanten Atheismus mit versteht und deshalb vorschreibt, daß der Ausdruck nicht mehr gebraucht werden darf. Wenn es so wäre, hätte die Christlich-Demokratische Union 1945 nicht den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben.

Die ökumenische Privilegierung der Kirche im Sozialismus wurde angefragt. In der Tat, die hat es gegeben, und zwar nicht nur bei der Prager Friedenskonferenz, die ja ein Fall sui generis ist, und die zum Beispiel von der Kirchenleitung der Kirchen der DDR überhaupt nicht gedeckt wurde, sondern die hat es auch gegeben bei der Genfer Ökumene. Es ist noch der Untersuchung wert, das alles genau zu eruieren. Sie müssen bedenken, daß in der Genfer Ökumene die russisch-orthodoxe Kirche massiv präsent ist, und daß immer, wenn – es wurde ja vorhin schon angesprochen von Herrn Eppelmann – Mißstände im Osten in Genf zur Sprache gebracht wurden, die Russisch-Orthodoxen Vertreter mit ihrem Auszug gedroht haben. Das hat zu einer eigenen Genfer Diplomatie geführt, die zu meinem eigenen Entsetzen eben so endete, daß man alle Mißstände im Westen, in Südafrika, in Südamerika und natürlich auch im eigenen Land heftig kritisierte und im Blick auf den Osten weitgehend stumm war. Das hat dann durchgeschlagen, insbesondere auf Theologiestudenten. In Tübingen konnte man im Staatsexamen sein eigenes Thema wählen. Ich saß einer Kandidatin gegenüber – Welches ist ihr Thema? Antwort: Theologie der Revolution. Ja, wo hat die ihren Sitz im Leben? In Südafrika. Ja, wo noch? In Südamerika. Wo könnte sie noch ihren Sitz im Leben haben? Ich habe doch schon gesagt, Südamerika. Ich sage, was liegt 300 km östlich von Tübingen? Entsetztes Anblicken des Prüfers. (Heiterkeit)

Diese Sache bedarf der Untersuchung, und ich wünschte mir, daß die UNO eine Enquete-Kommission dieser Art gründen würde. (Heiterkeit und Beifall)

Zur Besoldung: Auch nach dem 9. November, wurde mir eben mitgeteilt, hätte es noch Geldzuwendungen gegeben. Ich habe nicht ganz verstanden, ob an den Staat oder an die Kirchen. An die Kirchen, verehrte Damen und Herren, gibt es heute noch massive Geldzuwendungen, und zwar der westdeutschen Landeskirchen an die ostdeutschen, und das ist auch gut so. Wir schränken unsere Haushaltspläne zur Zeit in den westdeutschen Landeskirchen ein, damit unsere ostdeutschen Landeskirchen auf diese Weise subventioniert werden und jetzt zunächst einmal wichtige Aufbauarbeiten leisten können. Dagegen, finde ich, ist nichts einzuwenden, sondern das ist zu begrüßen.

Herr Weber fragte, ob stärker der Atheismus oder die Diktatur bei der Haltung der Kirchen in der Wahrnehmung des Staates eine Rolle gespielt hat. Ich meine schon doch stärker die Diktatur. Der Atheismus dieser DDR ist ja ein

eigenartiges Gebilde gewesen. Vielleicht – ich will etwas sagen, was sicherlich nicht überall Zustimmung findet – war er das Ehrlichste an der ganzen DDR und verdient insofern auch einen gewissen Respekt. Man lese etwa einmal die Literatur der DDR, die auch systemkritisch, natürlich mit leisen Tönen, ist. Systemkritische Literatur, in der man oft auf einen erstaunlich ehrlichen Atheismus trifft. Ich kann nur aus meiner eigenen Wahrnehmungsweise sagen: Für die Kirchen war das Diktatorische an dem „real existierenden Sozialismus“ das viel Bedrängendere als der Atheismus. Mit dem konnte man sich ja einigermaßen sauber auseinandersetzen.

Zweitens: War die Unterscheidung zwischen „demokratischem Sozialismus“ und „diktatorischem Sozialismus“ an der Spitze der Kirche überhaupt ein Thema? Insofern die Kirchenleute mit dem Staat nicht nur verhandelten, sondern auch Gespräche führten, in denen man auf Verbesserungen drang, war das natürlich ein Thema, aber nicht so, daß man das aussprechen konnte: „Ihr seid ja Diktatoren, und wir wollen, daß Ihr Eure Diktatur schleunigst in eine Demokratie verwandelt.“ Dann wäre das Gespräch am Ende gewesen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen solche Gespräche geführt hat. Aber sich allein in die Rolle solcher Gesprächslagen zu versetzen, ist hermeneutisch sehr hilfreich. Insofern, Herr Meckel, würde ich sagen, daß das natürlich in erster Linie ein Thema bei solchen Gruppen, wie Sie sie gebildet haben, im kirchlichen Untergrund war. An der Spitze war es implizit Thema, aber nicht explizit. Implizit war es gerade dadurch Thema, daß man auf Verbesserungen zu dringen versuchte. Dazu bedurfte es einer Psychologie der Gesprächsführung. Ich habe das in einer der Thesen formuliert. Es ist ein fast wörtliches Zitat aus einem Gespräch mit Bischof Krusche, der hier anwesend ist und Ihnen daher aus eigener Erfahrung Bericht geben kann. Man mußte Verbesserungen so vorschlagen, daß die Staatsvertreter sagen konnten: „Ach, das wollen wir ja eigentlich selbst.“ Das war die Kunst der Psychologie der Gesprächsführung.

Welche Rolle hatte die Aufgabe, sich mit dem Staat theologisch grundsätzlich auseinanderzusetzen, gespielt? An den kirchlichen Hochschulen kaum, da stimme ich Ihnen ganz zu, wir haben uns gehütet, das explizit zum Thema zu machen, denn dann wäre vielleicht unsere Freiheit eingeschränkt worden. Wir haben das in kleinen Kreisen getan, die Kirche hat das in ihren theologischen Ausschüssen getan. Die von mir zitierten zehn Artikel, an denen Herr Hamel maßgebend mitgewirkt hat, sind ein solcher Versuch. Und da konnte man nun lesen, was die Kirche zu diesem Thema sagt. Das konnte man so deutlich lesen, daß diese Thesen nie in der DDR gedruckt werden durften. Die existierten nur als graue Literatur. Im Westen wurden sie gedruckt, im Osten nicht. Im Osten wurden nur die Widerlegungen gedruckt. Auch das ist übrigens ein hochinteressanter Vorgang, daß man oft nur aus den Widerlegungen erfahren konnte, was eigentlich gesagt worden war. Ich weise aber darauf hin,

daß die theologische Kommission der EKU, deren Vorsitzender ich bin, unter damals leitender Mitarbeit von Herrn Schmude zu Barmen 5 eine ausführliche Ausarbeitung gemacht hat, wo genau dieses Thema des grundsätzlichen Verhältnisses von Staat und Kirche ausführlich bedacht worden ist. Zu unserem Bedauern haben damals die DDR-Mitgliedskirchen der EKU gesagt, da wollen wir nicht mitarbeiten. Aber als wir das Papier dann fertig hatten, da wollten sie es massenweise beziehen. Das sind die Probleme, die in der Tat kritisch, aber auch verständnisvoll benannt werden müssen. Als diese Ausarbeitung über Barmen 5 dann da war, hatte die DDR-Regierung von den DDR-Kirchen verlangt: „Nun macht einmal etwas ähnliches für uns.“

Frau Wisniewski hat die Wendung aus dem Brief an den Staatsratsvorsitzenden „gerechteres Zusammenleben“ angefragt und gefragt, wie das gemeint ist mit dem gerechteren Zusammenleben. Zunächst ist wichtig, daß das ein Komparativ ist, daß schon diese Wendung davon ausgeht, daß wir etwas aufbauen müssen, was besser ist als das, was jetzt besteht. Außerdem sagt die Wendung nicht, daß nur der Sozialismus eine Form gerechteren Zusammenlebens ist. Sie läßt offen – man muß freilich sehr scharf lesen können –, ob es auch andere Formen gerechteren Zusammenlebens gibt. Und daß der Sozialismus eine mögliche Form gerechteren Zusammenlebens ist, seiner Grundintention nach, das zu bestreiten, hieße Ignoranz verraten. Der Sozialismus hat zum Beispiel Anfragen zu stellen an das Bodenrecht, also die Frage, wie man Grund und Boden erwerben soll, um wohnen zu können. Ist das in Ordnung, wie das in unserer Gesellschaft heute läuft, insbesondere in den neuen Bundesländern? Ich füge hinzu: Ich bin kein Sozialist. Ich habe auch, als Freund Gollwitzer die These aufstellte, „ein Christ muß Sozialist sein“, leidenschaftlich protestiert. Das kann man nachlesen. Aber ich werde stets verteidigen, daß ein Christ ein Sozialist sein kann. Er muß es nicht, das wäre Häresie, aber wenn er aus Gründen seiner redlichen Vernunftseinsicht meint, es zu können, dann soll er es in Gottes Namen sein und das Beste daraus zu machen versuchen, so wie jeder andere mit anderen politischen Grundoptionen auch.

Inwieweit konnte die Kirche Einfluß nehmen auf die alternative Jugendweihe – Konfirmation? Sie hat das ja zunächst versucht, indem sie ganz scharf erklärt hat, wer zur Jugendweihe geht, wird nicht konfirmiert. Das ist gescheitert, und dann standen wir vor der Alternative: Sollen wir nun sofort die Kirche reduzieren auf die kleine Schar der Kinder der Pastoren und noch ein paar anderer tapferer Aufrechter? Das wollte man natürlich nicht, und dann kam es zu jenen Kompromissen, die nach meiner Einschätzung auf die kirchenpolitische Selbsteinschätzung der Kirche in der DDR eine enorme Wirkung ausgeübt haben. Die Aporien, die aus den jungen Leuten aufgezwungenen Entscheidungen hervorgingen, hat die Kirche aufzufangen versucht, indem sie immer wieder gefordert hat: Keine Benachteiligung von

Christen in der DDR, laßt sie auch zur Oberschule! Und für die, die das nicht konnten, hat sie dann eigene kirchliche Oberseminare gegründet, wo man das Abitur erwerben konnte. Dergleichen gab es – auch das ist weitgehend unbekannt –, daß die Kirche in dieser Hinsicht eigene Bildungsarbeit geleistet hat.

Herr Hilsberg fragte, ob die Kirche sich über den Schwund ihrer Mitgliedszahlen im klaren war. Ja, Herr Hilsberg, fragen Sie doch einmal Ihren Herrn Vater, der hat Gottesdienste in St. Golphatha gehalten und wird gemerkt haben, wie die Gemeinde klein und kleiner wurde. Die Frage können Sie innerfamiliär beantworten. (Heiterkeit)

Wichtiger ist wohl die Frage nach dem Glaubwürdigkeitsverlust und der Mithaftung der Kirche für den Staat. Angesichts schwindender Mitglie­derzahlen hat sie doch ihren Öffentlichkeitsanspruch weiter aufrechterhalten. Ich würde das nicht kritisch beurteilen. Die Frage ist, wie sie es tut? Aber auch, wenn sie eine Minderheitenkirche ist, wenn sie noch mehr schrumpft, als sie jetzt schon geschrumpft ist, hat sie durch das Evangelium den Auftrag, öffentlich zu reden, publice docere. Dazu gehört, daß man zu den Vorgängen in der Gesellschaft, freilich aus der Sicht des Evangeliums, Stellung nimmt. Die Kirche hat keine Gesetze zu machen. Sie hat aber Zumutungen des Evangeliums an den Gesetzgeber zu formulieren. Die kann sie nur in Form der Bitte vortragen, wie die Autorität der Bitte überhaupt ihre einzige Autorität ist. Das „So bitten wir denn an Christi statt...“ muß alle politische Rede evangelischer Kirche begleiten können.

„Einzig Gegenöffentlichkeit?“ wurde kritisch gefragt. Gab es nicht innerhalb der Kirchen eine zweite Gegenöffentlichkeit? In der Tat, und das habe ich auch gemeint. Die Kirchen haben den institutionellen Rahmen für diese zweite Gegenöffentlichkeit, jedenfalls zunächst, dargestellt. Daß dann diese zweite Gegenöffentlichkeit überhaupt in der Lage war, aus dem schützenden Rahmen der Kirche auszuwandern und sich daneben zu artikulieren, ist doch auch eine Langzeitwirkung der Kirche, und sie blieb auch außerhalb der Kirche zwar nicht unter dem schützenden Dach, aber unter dem schützenden Schatten der Kirche. Interessant wäre gewesen, wenn die DDR weiter existiert hätte, ob sich dann nicht in der Tat weitere völlig eigenständige, vielleicht mehrere Gegenöffentlichkeiten etabliert hätten. Aber ich bin kein Prophet.

Widerspruch zu Hilsberg wurde angemeldet, die Kirche sei doch die einzige Institution gewesen, unter deren Schutz man in die DDR kommen konnte. Es gab noch ein paar andere, die Bach-Gesellschaft zum Beispiel und die Goethe-Gesellschaft, aber die Kirche war schon die prominenteste darunter. (Heiterkeit)

Zur Frage, ob der konziliare Prozeß die Destabilisierung der DDR kräftig mitvorangetrieben hat: Ich vermute, daß es so war. Nach meiner Wahrnehmung würde ich jetzt glatt mit Ja antworten, denn dort wurden in der Tat die Defizite

einigermaßen klar ausgesprochen, die im real existierenden Sozialismus bestanden, übrigens immer mit dem Ziel eines besseren Sozialismus. Ich habe mir diese ganzen Texte angesehen, habe selten einmal, vielleicht war Richard Schröder der einzige, Texte gefunden, wo auch andere politische Modelle bei den Christen der DDR ernsthaft erwogen wurden.

Prof. Fischer fragte, ob die Unterscheidung Dibelius – Hamel wirklich gegolten hat. In Sachsen hätten sie sie kaum wahrgenommen. In Naumburg habe ich sie wahrgenommen. Ich hatte Hamel erlebt. Als Student hat er damals uns gegenüber vor allen Dingen darauf gedrungen, daß wir uns möglichst bald verloben. (Heiterkeit und Beifall) Er war nicht immer erfolgreich. Darüber hinaus hat er dann doch sehr deutlich gemacht, daß seine politische Einstellung sich von der des großen Berliner Bischofs deutlich unterschied. Man muß Dibelius nicht kritisieren, wenn man solche Unterschiede feststellt, man muß zunächst erst einmal nur feststellen: Es gab sie.

Zur Frage, ob die Friedenspfarrer eine konstitutive Bedeutung in der DDR gehabt haben: Nein, sie war eine zu vernachlässigende Größe. Es waren übrigens auch, das muß man leider sagen, nicht nur, aber auch und sehr stark Opportunisten, die sich dort versammelt haben. Aber für die institutionelle Kirche waren sie eine *Quantité négligeable*.

Die theologischen Fakultäten, das ist ein weites Feld. Da ich nie das Privileg hatte, an einer theologischen Fakultät der DDR zu studieren und nur heimlich an einzelnen Seminaren von Rudolf Hermann und von Heinrich Vogel teilgenommen habe, fällt es mir schwer, hier zu urteilen. Das wird dann schnell ausgelegt als Konkurrenz eines immer nur an Kirchlichen Hochschulen – jedenfalls in der DDR – lebenden Menschen gegenüber den Fakultäten. Man muß sich klar darüber sein: Diese Fakultäten waren keine kirchlichen Institutionen. Die Kirche hatte kein Mitspracherecht bei den Berufungen. Deshalb ist es wichtig, daß in den jetzigen Landesverfassungen ein entsprechendes nihil obstat eingebaut wird. Ich habe das immer für richtig gehalten. Die einzige Zugangsweise war die, daß die Leute, die dort studierten, nachher bei der Kirche ein Kolloquium ablegen mußten, bevor sie in den kirchlichen Dienst übernommen wurden. Wenn ich richtig informiert worden bin, ist das in der Humboldt-Universität später nicht mehr nötig gewesen. Ich glaube, Herr Bischof Schönherr hat da irgendeine Sonderregelung eingeführt, so daß auch diese Hürde nicht mehr existierte. Aber für die Berufungspolitik trägt die Kirche keine Verantwortung. Es war rein eine Sache des Staates. Man kann nur sagen, daß es erstaunlich ist, wieviel saubere und redliche theologische Arbeit gleichwohl an den theologischen Fakultäten geleistet wurde. Natürlich gab es dort auch beklemmende Erscheinungen. Die einzelnen Fakultäten waren auch sehr unterschiedlich. Man kann die Hallenser Fakultät nicht mit der Berliner gleichsetzen. Das ist ein weites Feld, das auch sorgfältiger Aufarbeitung bedarf, die zum Teil im Gange ist, die Akten werden

durchforscht. Man lernt natürlich erschreckende Dinge kennen in den Akten, Dinge, die wir freilich zum Teil auch schon wußten: daß Lehrer ihre eigenen Schüler denunziert haben. Das ist leider auch in den theologischen Fakultäten vorgekommen.

Dann wurde nach der „Münchener Tagung“ gefragt und nach der dort behaupteten Sozialismusaffinität des deutschen Protestantismus. Ich habe bei dieser Tagung mitgewirkt. Uns wurde dort einfach historisch mitgeteilt, daß sich schon im vorigen Jahrhundert, nicht gerade bei den institutionellen Kirchen, aber im deutschen Protestantismus insgesamt, eine starke Sozialismusaffinität nachweisen ließe und eine deutliche Kapitalismuskritik. Mich hat das etwas überrascht, weil man ja – das Darmstädter Wort tut das ja auch – davon ausgeht, daß die Kirche eigentlich immer mit den Herrschenden kooperiert hat. Nun, die Sache ist offensichtlich komplizierter. Unter diesem Aspekt rücken auf einmal die römisch-katholische Kirche und die evangelische – wenn es denn stimmt – enger zusammen, denn der letzte, der den Kapitalismus ja noch in aller Schärfe kritisiert, ist der Papst. (Heiterkeit)

Ich erlaube mir im übrigen darauf hinzuweisen, daß der Gegensatz zu „Kirche im Sozialismus“ nicht ist „Kirche im Kapitalismus“. Das hat zum Beispiel an der Humboldt-Universität Hanfried Müller gepredigt. Das ist falsch. Der eigentliche Gegensatz ist der von „Kirche im Sozialismus“ als einer alles gleichschaltenden Staatsform – real existierender Sozialismus – und „Kirche im Pluralismus“. Wir werden sachgerecht die Differenzen überhaupt nur herauskriegen, wenn wir diesen Unterschied beachten.

Herr Gutzeit wollte wissen, ob es in der theologischen Tradition einen Ansatz für eine grundsätzliche Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Kirche gibt. Die Reformatoren haben in dieser Hinsicht zweifellos zu wenig getan. In unserem Jahrhundert hat sich aber Karl Barth in sehr grundsätzlicher Weise zur Sache geäußert. Allemal zitierenswert ist sein Satz: Daß man in einer Diktatur in den Himmel kommen und in einer Demokratie zur Hölle fahren kann – das ist wohl wahr, es ist aber gleichwohl nicht so, daß die Kirche eine gleiche Affinität zum Nationalsozialismus, zum Faschismus hat wie zur Demokratie. Hier sind also grundsätzlich Überlegungen angestellt worden über die von der Mitte der Schrift her sich einstellende Einsicht, daß die Kirche zu Pluralismus und Demokratie eine größere Sachaffinität hat als zu diktatorischen Formen. Aber Kirche kann auch unter der Diktatur Kirche sein. Das ist wichtig festzuhalten. Ich habe auf meine Weise versucht, diese Barthschen Gedanken in einigen Publikationen fortzuführen. Es gibt zumindest in unserem Jahrhundert in dieser Hinsicht doch grundsätzliche Besinnungen, wobei Sie zu Recht den Finger darauf gelegt haben, daß die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft erst im Pluralismus wirklich gedeiht. Das ist ja ein Charakteristikum der kommunistischen Diktaturen, daß sie diesen Unterschied überhaupt nicht

gelten lassen. Und dieser Unterschied ist lebensnotwendig für eine freie Gesellschaft. Was dann aus der Freiheit gemacht wird, ist eine ganz andere Sache.

Dann wurde beanstandet, daß ich gesagt habe, daß einzelne Personen durch den Staatssicherheitsdienst erpreßt wurden, sei ein Vorgang, den nicht die Kirche selbst zu verantworten hat. Natürlich betrifft das auch die Kirche. Nach evangelischem Verständnis ist es ja nicht so, wie Pius XII. das einmal behauptet hat: Wenn einzelne ihrer Glieder sündigen, dann berührt das die mater ecclesia nicht, sie erstrahlt trotzdem in ihren Sakramenten usw. Das ist katholisch; das ist nicht evangelisch. Das berührt uns schon gar sehr. Aber es stimmt nicht, daß das Verhalten der Erpreßten sozusagen als Verhaltensmaßstab durchschimmerte und dadurch pseudomoralische Maßstäbe setzte. Es durfte ja gar nicht durchschimmern. Es mußte ja geheimgehalten werden.

Hatte die evangelische Kirche eine eigene deutschlandpolitische Rolle gespielt? Sie hat, sie hat es zumindest versucht. Otto Dibelius hat das mit großer Leidenschaft getan, Hanns Lilje, der Hannoveraner Landesbischof, auch. Auch Kurt Scharf war in dieser Sache sehr engagiert – jeder wieder anders – und in der Zeit des Kirchenbundes Manfred Stolpe. Man mag gegen ihn und über ihn sagen, was man will. Er hat auf seine Weise leidenschaftlich Deutschlandpolitik im Mantel des Oberkonsistorialrates getrieben. Er hat zum Beispiel in meiner eigenen Wohnung in Tübingen dafür plädiert, daß das Wiedervereinigungsgebot aus der Verfassung gestrichen werden soll, aber mit Begründung. Ich war nicht dafür, aber hören Sie doch auch seine Begründung. Er sagte: „Solange dies da ist, dieses Gebot, hängt das wie ein Damoklesschwert über den östlichen Funktionären.“ Das zu beenden war sein Ziel. Und wir kommen nicht zu einer Konföderation beider deutscher Staaten, weil die sich schon von Anfang an gar nicht darauf einlassen. Dieses Gebot heißt ja für sie selbst: Dann sind wir weg. Nun sind sie auch weg. Es ist ja auch so gekommen, Gott sei Dank. Aber unter den damaligen Auspizien war auch das durchaus ein Denkmodell, zumindest: ob nicht beide deutsche Staaten im Sinne einer Konföderation enger zusammenkommen könnten. Man sollte nicht alles aus der heutigen Perspektive beurteilen. Aber wenn zwei dasselbe tun, sagt schon ein lateinisches Sprichwort, ist es nicht notwendig dasselbe.

Es gab so etwas wie die Versuche einer gesamtdeutschen Politik auch von seiten der Kirche. Sie ist nur im Detail erfolgreich gewesen. Auch da werden die Meinungen sofort auseinandergehen, ob z. B. der Freikauf von Menschen eine erfolgreiche Deutschlandpolitik war. Wenn man die Menschen kennt, die freigekauft wurden, wird man dazu ja sagen. Wenn man nur das Problem sieht und nicht die Menschen, sagt man vielleicht eher nein. Ob solche politischen Optionen eher politisch begründet waren, eher kirchenpolitisch oder eher theologisch, das müssen Sie die Betroffenen selber fragen. Fragen

Sie Pastor Hamel, fragen Sie Bischof Krusche, die ja agiert haben und die aus authentischerem Urteil als ich hier reden können.- Damit habe ich es nun doch geschafft, alle Fragen zu beantworten. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor. Nur mit Zagen wage ich es, Ihnen an einer Stelle zu widersprechen und an einer Stelle zu ergänzen. Wenn ich richtig informiert bin, hat es eine solche Schönherrsche Sonderregelung in Berlin nicht gegeben. Das zweite ist, Sie haben, wenn ich mich richtig entsinne, vorhin die Ausbildungsmöglichkeiten aufgeführt, die zum evangelischen Pfarrer führten. Da gab es auch noch zwei theologische Fachschulausbildungsstätten, eine hier in dieser Stadt und eine in Berlin. Als nächstes bitte ich den schon mehrmals genannten jetzigen Pfarrer in Ruhe, den Bruder Hamel, um das Wort. (Beifall)

Pfarrer D. Johannes Hamel: „Evangelische Christenheit unter der marxistisch-leninistischen Diktatur 1945–1989, Bewährung und Versagen“ – ich habe mir gestattet, meinen Titel zu ändern. Ich habe ganz bewußt den Lutherschen Ausdruck „Christenheit“ aufgegriffen. Der Blick soll also nicht gerichtet werden auf die Sprecher der Kirche, die Gremien der Kirche, die Verwaltung der Kirche, sondern auf uns selbst. Wir sind die Kirche, die evangelische Christenheit.

Vor einigen Monaten hielt der bekannte anglikanische Pfarrer Paul Oestreicher einen Vortrag über die Kirche in der DDR und erwähnte für diesen östlichen Teil Deutschlands die Bezeichnung „Gottes geliebte Ostzone“. Eine wohl jüngere Journalistin kommentierte in der Kirchenzeitung, offenbar habe der Redner einen Witz machen wollen. Aber das Wort ist viel älter. Im Januar 1951 erschien im „Schweizer evangelischen Pressedienst“, der in der DDR weit verbreitet war, ein Bericht aus der Ostzone von einem dort nicht genannten Pfarrer. Er habe neulich von einem Theologiestudenten in Basel, der für ein Jahr außerhalb der Ostzone studiere, einen Brief erhalten, in dem er dankbar von jener anderen Welt erzähle, in der er für ein Jahr sorgenfrei leben dürfe. Es sei ihm aber gerade dort aufgegangen, welche Gaben Gott uns in der Ostzone dauernd schenke, und er meine, man solle nicht mehr von „Ostzone“, sondern von „Gottes geliebter Ostzone“ reden. Der Briefschreiber kehrte nach einem Jahr in die DDR zurück, wurde dort Pfarrer, ein fröhlicher Pfarrer, und lebt jetzt als Pensionär in Chemnitz. Aber wie konnte die Sowjetzone, wie der Bonner Kanzler Ostdeutschland bis in die sechziger Jahre zu bezeichnen pflegte, von jenem Studenten „Gottes geliebte Ostzone“ genannt werden? Sie war ein Staat, in dem jedermann rund um die Uhr Menschen begegnete, begegnen mußte, die in irgendeiner Form offene, mitunter verdeckte Repräsentanten der Machthaber waren, sein wollten oder sein mußten. Jedermann hatte es, wenn auch indirekt, täglich, laufend mit dem Politbüro und der von ihm eingesetzten, geleiteten und kontrollierten

Regierung und ihren Behörden zu tun, die bis in die örtlichen Staatsorgane von den Sekretären der SED kontrolliert und manipuliert wurden.

Welch schrecklicher Staat! Aber Welch riesengroße Chance für die Christenheit! Wie ist das zu verstehen? Als Paulus inhaftiert wurde, jammerten und sorgten sich die Philipper. Und er schreibt im Brief an die Philipper: „Meine Lage hat aber eher zum Fortschritt des Evangeliums geführt. Meine Fesseln wurden in Christus offenbar im ganzen Gerichtsgebäude und bei allen übrigen. Und die Mehrzahl der Brüder, die im Herren Zuversicht gewannen durch meine Fesseln, wagt immer mehr, furchtlos das Wort zu reden.“ Soweit Paulus. Unter dem Auftrag, Gottes Freudenbotschaft weiterzugeben an alle, erkennt er und schreibt den anderen: „Meine Situation, Euer aller Situation, ist ganz ganz anders als Ihr meint.“ Gottes rettende Botschaft schreitet voran. Das läßt uns nutzen, darüber läßt uns Gott danken, bitten, anbeten und mit Freuden, ganz neu und besser als bisher in Liebe zu den vielen Menschen gehen, denen wir unter einer Weltanschauungsdiktatur begegnen, die Herrgötter spielt, wie oftmals die Kirchen aller Spielarten früher – vielleicht möchten sie es heute wieder –, und darum Menschen entmenschte wie auch zum Entmenschlichen verführt oder erpreßt. Unter dieser nicht zu beschönigenden Zwangsherrschaft wurde vielen das Ohr geöffnet für Gottes Gnade unter seinen Gerichten, für Jesus Christus, der uns rettet vor dem kommenden Zorn, für seine unverdiente Haltung und tägliche Bewahrung im großen und im kleinen, und für die Öffnung auf eine Zukunft hin, in der wir schauen werden, worauf wir heute gegen allen Augenschein schauen dürfen. Er macht alles neu, wie er alles schon neu gemacht hat. Viele wurden so mit einer neuen Existenz beschenkt, hinfert in Wort und Tat das Evangelium zu bezeugen, koste es, was es wolle. Diese neue Existenz überraschte sie, denn sie hatten sie nicht für möglich gehalten, geschweige denn gesucht.

In den fünfziger Jahren fand im Deutschen Bundestag eine mehrstündige Debatte über den Marxismus statt. Diese Sitzung war einer der Höhepunkte dieses Gremiums, wie damals Kommentatoren verschiedener politischer Richtungen urteilten. Ein Abgeordneter formulierte den Satz: „Jesus Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben.“ Denn auch die Mächtigen sind, ob sie das wissen oder nicht, Adressaten dieses Evangeliums, wie alle Menschen. Das haben sich nicht wenige Christen, wenn auch gewiß keine Mehrheit, seit 1945 immer wieder, in allen Anfechtungen durch diese marxistischen Mächtigen von der Heiligen Schrift sagen lassen. Ich zitiere nur eine Stelle, ich habe da sehr viele aufgeschrieben. Im ersten Petrusbrief heißt es sehr merkwürdig: „Alle ehret, die Brüder liebet, Gott fürchtet, den Kaiser ehret.“ Der Kaiser, der Repräsentant der Mächtigen, kommt zum Schluß. Und er kriegt dasselbe Verbum „ehret“, was für alle gilt. „Alle ehret“, und nun hört man zwischen den Zeilen förmlich: Aber bitte überseht nicht, daß auch der Kaiser zu den „allen“ gehört, auch der

Kaiser Adressat des Evangeliums ist. Und wie man nun auch Staatstheorien entwickelt: Zuerst und zuletzt bleiben die Mächtigen, auch die marxistisch Mächtigen, Adressaten des Evangeliums, dessen Kern heißt: „Christus ist für uns alle gestorben“, also für die Boten Jesu und für die Angeredeten, die ihn noch nicht oder nicht mehr kennen und glauben wollen. Entsprechend ermahnt Paulus in Röm. 13, in den vielfach als grundsätzliche Staatstheorie mißverstandenen und mißbrauchten Versen, eine übermütige, stolze und allzu selbstgewisse Christengemeinde in Rom. Er mahnt sie, die heidnischen Amtsinhaber und Mächtigen wie alle anderen Menschen zu ehren und sich ihnen unterzuordnen, denn sie sind Gottes Dienstleute mit dem Auftrag, das Gute zu fördern, das Böse aber zu verurteilen. Zitat aus einer Synode der evangelischen Kirche der Union von 1957: „Wir werden uns wohl mit Ernst fragen müssen, ob wir das Ja zum Staat als dem guten Werk Gottes und das Nein zu jedem falschen Anspruch laut und glaubwürdig gesagt haben, oder ob wir in allzukluger Taktik Entscheidungen ausgewichen sind, die von uns gefordert waren. Wenn wir unseren Herrn nicht verraten wollen, werden wir die folgenden Weisungen beachten müssen: 1. Christus selbst verpflichtet uns, Menschen zu rufen, daß sie seine Jünger werden. Nach evangelischem Verständnis ist das keine Zutat zu dem, was die Kirche sonst noch zu tun hat. Dieser Auftrag macht ihr Leben aus. In jedem Falle und allen Menschen gegenüber sind wir an Jesu Wort gebunden: 'Liebet Eure Feinde, segnet, die Euch fluchen. Bittet für die, die Euch beleidigen und verfolgen.' Unsere einzige Sorge hat zu sein, daß wir beim Ausrichten der guten Botschaft unserem Herrn die Treue halten. Den Raum für sein Wort wird er uns geben, soweit und solange es ihm gefällt. Nur unser Unglaube, Ungehorsam, Menschenfurcht und Menschengefälligkeit könnten uns von dieser seiner Fürsorge und Treue ausschließen.“ Soweit die Synode.

Im Jahre 1959 nahm dieselbe Synode der Evangelischen Kirche der Union eine Handreichung entgegen: „Das Evangelium und das christliche Leben in der DDR“ und beauftragte den Rat, dieses Schriftstück in Zusammenarbeit mit den Gliedkirchen allen Pfarrkonventen und kirchlichen Organen aller Art als Grundlage und Ausgangspunkt verantwortlicher Prüfung und Stellungnahme zuzuleiten. Auf über 70 Seiten – Westfalen druckte es gleich nach – wurde versucht, ausgehend von der Anfechtung der Gemeinde und ihrer Glieder, die Botschaft der Königsherrschaft Gottes in Jesus Christus zu entfalten und anschließend Richtpunkte im einzelnen für das Leben der Christen in der DDR unter neun Stichworten zu skizzieren: Die Umkehr – unser politischer Gehorsam unter einer Diktatur, im sozialistischen Weltanschauungsstaat, unter einer deutschen Teilregierung – unser Beruf in der sozialistischen Gesellschaft – unsere Mithilfe bei der Aufrichtung und Findung des Rechtes – Republikflucht – unser Stehen in der Kirche – unser Trauen auf den Geist der Wahrheit – die besondere Verantwortung der Pfarrerschaft und die

christliche Gemeinde und der Atheismus. Diese Ausarbeitung, im Auftrag in der kirchlichen Hochschule Naumburg verfaßt, beginnt mit folgenden Sätzen: „Unter dem Worte Gottes finden wir uns als Menschen vor, die in höchster Gefahr stehen, ihrem Herrn und dem Schöpfer abzusagen und damit unter den Zorn des Allmächtigen zu geraten, aus dem es keine Rettung gibt. Das ist die Situation der Anfechtung oder Versuchung, die sicher zu allen Zeiten, darum aber nicht weniger aktuell in der jetzigen Stunde besteht. Mit ihr ist die wahre Dimension angezeigt, in der wir leben und auch heute zu handeln haben. Mag uns die Welt der sozialistischen Gesellschaft noch so fremdartig und unheimlich sein, so gibt es doch heute wie je nur jene einzige, wirklich tödliche Bedrohung. Ihr Ausmaß für Zeit und Ewigkeit aber wird gerade erst dann recht erkannt, wenn uns unter dem gleichen Wort Gottes bewußt wird, daß wir sogar mit Freuden genau diese so bedrohte Existenz als den Boden annehmen sollen, auf dem wir unseren Gehorsam einüben dürfen.“

Keine Rede also davon, daß wir den Ansturm gottfeindlicher Mächte übersehen oder verharmlosen dürften. Ebenso wenig aber auch Raum dafür, angesichts der übermächtigen Verführung zum Abfall zu resignieren oder in dieser Situation voller Absturzmöglichkeiten zur Rechten und zur Linken etwas anderes als die Lage zu sehen, die uns ohnehin vom Evangelium als die dem Weg unseres Herrn und seiner Gemeinde in der Fremdlingschaft dieser Welt entsprechend verkündigt wird.

Eine Nebenbemerkung: Als im Jahre 1953 sieben Amtsträger der Kirchen verhaftet waren – meistens für fünf Monate –, habe ich mit einer ganzen Reihe dieser Leute gesprochen. Und es war einhellig, bis auf ganz wenige Ausnahmen, daß sie alle, als sie verhaftet wurden – mit völlig ungewissem Ausgang natürlich –, den Gedanken hatten, daß wir uns nur als Boten dieses Evangeliums bewähren, ohne das wir verloren wären, ohne die andere verloren sind. Verständlich, daß diese Ausarbeitung von seiten der SED äußerst mißfällig als Angriff auf den sogenannten Sozialismus aufgenommen wurde. In Pfarrkonventen und kirchlichen Gremien war von der anderen Seite die Aufnahme umstritten. Viele wollten sich ja nicht auf eine vor Gott verantwortliche Existenz als Freudenboten des Evangeliums einlassen, was einem ja nur zusätzliche Schwierigkeiten machte.

Ein Gegenbeispiel: Ungefähr ein halbes Jahr vorher, am 21. Juli 1958, hatten fünf Mitglieder der leitenden Gremien evangelischer Landeskirchen in der DDR – es waren zwei Bischöfe, ein Generalsuperintendent, ein Propst und ein Synodalpräses – ein sofort publiziertes Dokument unterzeichnet, das als das „Kommuniqué“ von seiten der Partei bzw. der Regierung hochgespielt wurde und viele Jahre später von einem der beiden Bischöfe dem Staat gegenüber als Beweis seiner Loyalität angeführt wurde. Was es heißt, trotz bester Absichten in der Stunde der Versuchung zu versagen, wird durch Entstehung und Wortlaut dieser gemeinsamen Erklärung staatlicher und kirchlicher Vertreter

deutlich. Nach der Publizierung war für mich Gelegenheit, mit vier der fünf Sprecher eingehend jeweils unter vier Augen zu sprechen. Drei von ihnen schämten sich dieses Tages. Aber wer will sie richten? Sie unterzeichneten, um vor allem vielen Katecheten zu helfen, die beschuldigt, angeklagt, zum Teil verurteilt in Gefängnissen saßen, und um Kindern und Eltern die Möglichkeit der Christenlehre zu erhalten bzw. wiederzugewinnen. Die Behandlung der Fünf durch den Ministerpräsidenten war wohl absichtlich demütigend, um sie einzuschüchtern. Als die Mittagspause kam, schlug die kirchliche Seite vor, sich nach West-Berlin zurückzuziehen und mit den Mitgliedern der sogenannten Ost-Kirchen-Konferenz die Regierungsvorlage dieses Kommuniqués und eventuelle Abänderungsvorschläge in diesem Gremium zu beraten. Grotewohl antwortete, heute müsse man zu einem Abschluß kommen, denn das nächste halbe Jahr habe er keine Zeit mehr für diese Angelegenheit. Sie könnten sich ja hier in diesem Raum unter sich beraten. Er werde sich mit seinen Mitarbeitern zum Mittagessen zurückziehen. Sie könnten hierbleiben, Kaffee würde ihnen hier gereicht. Und so geschah es: Die fünf Gotteskinder stellten sich in einer Ecke zusammen mit den Kaffeetassen in der Hand und berieten flüsternd, denn die Abhörgeräte waren allzu sichtbar, was an der Regierungsvorlage unbedingt abzuändern wäre. Als die andere Seite wohlgestärkt zurückkam, einigte man sich auf den Text. Der kirchliche Entwurf, Grotewohl vorher zugesandt, fiel unter den Tisch, und die fünf unterschrieben folgende Zweideutigkeiten. Ich lese jetzt wörtlich vor: „Die Vertreter der evangelischen Kirchen in der DDR erklären, daß die Kirche“, nicht die fünf, sondern die Kirche, „mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Regierungen übereinstimmt. Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei. Der gegen den Staat erhobene Vorwurf von Ihnen des Verfassungsbruches wird nicht aufrechterhalten. Die Regierung erklärt: Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.“ Jeder verlesene Satz ist vollendet zweideutig. Sie ist bewußt zweideutig formuliert. „Gesetzlichkeit“ in der DDR, das waren ja nicht einfach Gesetze, sondern Gesetzlichkeit war ein ganzer Komplex, zu dem sämtliche Verordnungen, Auslegungen und Polizeiverfügungen gehörten.

Die Friedenspolitik der DDR. Dazu brauche ich überhaupt nicht zu sagen, was das für eine Friedenspolitik war. Ein führendes Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland hat nach Bekanntgabe dieses Kommuniqués unter Protest seinen Sitz im Rat der EKD aufgegeben. Er könne die Verantwortung nicht übernehmen, denn diese Unterschrift sei nicht zurückzunehmen. Es war derselbe Mann, der 1939/40 wohl als der einzige

Jurist im NS-Staat „Mordanzeige gegen Unbekannt“ bis zum Justizminister einreichte, als er feststellen mußte, daß mehrere seiner Mündel, er war Amtsrichter, unter verdächtigen Umständen verstorben waren. Damals wurde er fristlos entlassen, weil er Hitler angeklagt habe. Der Minister, ein Nichtnazi, sagte ihm dabei: „Es ist mir gelungen, Sie vor dem KZ zu bewahren. Sie haben ja, und das wissen Sie genau, den Führer des Mordes angezeigt.“

Das war damals der Präses. Die führenden Sprecher in den westdeutschen Kirchen, angeführt vom Berliner Bischof, schwiegen amtlich. Auch der Rat der EKD sah sich nicht in der Lage, die Unterschrift der Fünf für null und nichtig zu erklären. Die Folgen dieses zweideutigen Redens waren in den folgenden Jahren, ja Jahrzehnten zu spüren. Wer dachte hier nicht an den Apostel Petrus, der aus Angst vor Menschen mit vielen anderen Christen in Antiochia heuchelte (Gal 2), was ihm Paulus damals öffentlich vorhielt.

Im Laufe des Jahres 1960 flüchteten immer mehr Bürger aus der DDR in den Westen. Die Synode der Evangelischen Kirche der Union richtete daher am 11. November 1960 an die Gemeinden eine Kanzelabkündigung, in der sie alle zum Bleiben in der DDR unter dem Zuspruch des Evangeliums, das in sieben Worten Jesu entfaltet wurde, anhielt. Der Brief wurde in einer geschlossenen Sitzung beschlossen; eine der Enthaltungen stammte von einem der Unterzeichner des Kommuniqués von 1959. In diesem Brief an Grotewohl, den Ministerpräsidenten, heißt es: „Unser Ruf zum Bleiben in der DDR verpflichtet uns, in dieser Lebensfrage unseres Volkes für viele Menschen einzutreten, die in Angst und Sorge geflohen sind oder sich mit bitteren Fluchtgedanken tragen. Die gegenseitige Propaganda mißbraucht oder entstellt die eigentlichen Gründe der verhängnisvollen Fluchtbewegung. Es ist einfach wahr, daß Bürger der DDR flüchten, weil sie es nicht aushalten, weiter heimliche Zuträger des Staatssicherheitsdienstes zu sein, zu dessen Gehilfen sie sich, sei es leichtsinnig oder angstvoll, gemacht haben oder machen sollen. Gott, der nicht will, daß der Mensch zum Verräter an seinem Nächsten wird, fordert sie auf, ihrem Teil dieser Zerstörung aller menschlichen Gemeinschaft ein Ende zu machen. Darum halten wir auch unsere Gemeindemitglieder und Pfarrer an, solche Zuträgerdienste zu verweigern.“ Nun geht es genau darum, warum so viele Bauern flüchten, so viele Handwerker, Kaufleute, Unternehmer, Rechtsanwälte usw. Der Brief schließt: „Alle diese Gründe zur Flucht vieler Menschen und ihre Flucht selbst schaffen eine Atmosphäre der Angst und Unsicherheit. Macht und Würde des Amtes, in dem Sie und Ihre Regierung stehen, sind von Gott. In diesem Amt ist Ihnen von Gott der Auftrag zugewiesen, allen Staatsbürgern ein geordnetes Zusammenleben zu sichern und darin Würde und Recht des einzelnen zu achten. Wenn Sie und Ihre Regierung unter Einsatz der Macht und Autorität des Staates bei allen Bürgern den Marxismus-Leninismus als Grundlage aller Lebensformen zusetzen wollen, so überschreiten Sie die Grenze Ihres gottgegebenen Amtes.“

Damit aber gefährden Sie die echte staatliche Ordnung. So aber schaffen Sie selbst die allgemeine und hauptsächliche Ursache für die oben erwähnten einzelnen Gründe zum Weggehen vieler. Tun Sie um Gottes und der Ihnen anbefohlenen Menschen diesem Mißbrauch staatlicher Gewalt Einhalt...“ Dieses Schreiben wurde durch einen Boten an das Innenministerium in der DDR gebracht – mit der Unterschrift eben dieses erwähnten Juristen – und zwei Tage später ohne Kommentierung der Kanzlei der EKU in Berlin durch einen Boten zurückgereicht, allerdings geöffnet und mit dem Eingangsstempel des Innenministeriums versehen. Kurze Zeit später rief das Staatssekretariat die EKU-Kanzlei an und erbat sich weitere 30 Exemplare dieses Briefes. Wochen später antwortete der Staatssekretär auf eine entsprechende Frage eines Bischofs: „Wenn wir mit Ihnen über diesen Brief überhaupt diskutieren würden, würden wir die Grundlage unseres Staates preisgeben.“ Es hieß, das Politbüro habe nur deshalb den Präses nicht verhaftet, weil man fürchtete, in der Westpresse mit Hitler und seinen Schergen parallelisiert zu werden.

Neben Bewährung stand vielfaches Versagen, wie bei den zwölf Jüngern Jesu, aber das entschuldigt uns nicht, im Gegenteil. An einem Versagen, das ich hier als Beispiel für vieles Versagen in solchen Sachen bringe, bin ich selbst schuldhaft beteiligt. Es spielte sich ab zwischen einem Bischof und einem Mitglied des Politbüros. Mitte der sechziger Jahre fanden etwa sechs bis acht Gespräche statt, zu denen beide Häupter jeweils fünf bis zehn Begleiter mitbrachten. Selbst die Tatsache dieser Gespräche, über drei Jahre hinaus haben sie sich erstreckt, kam auf entschiedene Bitte des Bischofs nicht in die Presse. Es wurde sehr offen geredet. Über die nun zu erzählende Begebenheit schäme ich mich, als wenn sie gestern passiert wäre.

Der Bischof stellte abrupt die Frage, ob diejenigen Bürger der DDR, die sich an den in Kürze stattfindenden Wahlen nicht beteiligten, trotzdem in den Augen des Mächtigen loyale Staatsbürger seien. Wenn ja, möge er das doch hier sagen. Der Bischof hatte sich bisher nie an Wahlen beteiligt, was seinem Gegenüber natürlich bekannt war. Dieser reagierte mit Gegenfragen, warum denn ein Bürger sich nicht an den Wahlen beteiligen könne. Die Wahlen seien doch eine gute Sache. Die Kandidaten seien gut, die Auswahl sei ordnungsgemäß erfolgt, die Wahlordnung sei gut, das Ganze sei gut. Warum also keine Beteiligung? Der Bischof ging auf diese Gegenfrage nicht ein, sondern wiederholte nur seine Bitte ohne Begründung. Der andere wiederholte, er verstehe des Bischofs Frage und Anliegen nicht. Der Bischof wiederholte noch einmal seine Bitte ohne Begründung. Der Mächtige wurde nun scharf. Er verstehe den Bischof überhaupt nicht mehr. Wir anderen schwiegen ratlos bei diesem Zusammenstoß der beiden Häupter. Warum habe ich nicht gesagt, was ich den Wahlschleppern alle zwei Jahre entgegenhielt? Nein, diese Wahlen sind keine gute Sache. Sie sind, im Widerspruch zum Wahlgesetz, nicht geheim.

Sie sind nicht frei. Es sind überhaupt keine Wahlen, denn die Wähler könnten

nicht auswählen. Warum verhielt sich der Bischof so? Hinterher erfuhren wir amtlich: Er wollte dieses Mal zur Wahl gehen, mit der Begründung, die Gesprächslage zwischen Staat und Kirche nicht verschlechtern zu wollen. Aber vorher wollte er mit Rücksicht auf viele Kirchenglieder, die wieder nicht zur Wahl gehen würden, eine feierliche Erklärung über deren Loyalität durch den Mächtigen hören, denn er sah voraus, daß sein Gehen zur Wahl als propagandistische Akklamation des DDR-Systems und als Mißbilligung aller Nichtwähler mißbraucht werden würde, was dann auch nach den Wahlen passierte, an denen er sich aus Diplomatie, trotz fehlender Zusage des Mächtigen, beteiligte.

Warum antwortete er dem Mächtigen damals nicht? Er konnte es ja wegen seines diplomatischen Tricks nicht, den er vorhatte. Er konnte ja nicht entgegnen: „Nein, diese Wahlen sind keine gute Sache“. Schlimmer als dieses Mißlingen seiner Diplomatie war etwas anderes. Eine Sternstunde war verpaßt. Natürlich hätte ein offenes Gespräch an diesen Wahlen, an deren gesteuertem Verlauf, nichts geändert, aber die Unterredung hätte zu einem Gespräch über die Zentralfragen der Menschlichkeit und Mitmenschlichkeit im politischen Raum und über die Reichweite des Evangeliums bis hin in diesen Raum führen können. Aber wir waren alle in dieser Stunde nur Schwarzröcke oder nur Kirchenbeamte, die ihre Kirche und den Fortbestand ihrer Betätigung sichern wollten und damals nicht eingriffen, als ein Bischof heuchelte wie Petrus nach Gal 2. Ich kann mich am wenigsten entschuldigen, denn seit meiner Studienzeit 1933 war ich diesem Bischof wie einem väterlichen Freund verbunden. Er hätte mein kritisches Eingreifen auch ihm gegenüber respektiert und toleriert, wie er das in seiner Amtszeit mehreren seiner Kritiker gegenüber immer wieder vorbildlich getan hat. Ob als geschmähter Pfarrer unter den Nazis, ob in grauenhaften Zeiten 1945/47 unter den Schikanen der Russen in Ostpreußen, er blieb ein menschlicher Mensch auf der Jagd nach dem wirklichen Evangelium, das uns alle als verlorene Sünder entlarvt, gerade wenn wir treue Boten sind für viele.

Der erwähnte Mächtige überlebte die Wende und starb im Frühjahr 1990. Acht Tage vor seinem Tode hat er eine Botschaft hinterlassen, in Gestalt eines von ihm unterzeichneten Interviews im Spiegel, das dann kurz nach seinem Tode publiziert wurde. Aus dem Interview: Frage: „War Ihre Schuld größer als die Schuld anderer Spitzenfunktionäre der SED, denn viele haben von Ihnen mehr erwartet als von anderen?“ Seine Antwort: „Was ich mir selbst vorwerfe, ist die strikte Parteidisziplin, an der ich mein ganzes politisches Leben gehangen habe, bis zum bitteren Ende. Ich habe in den 40 Jahren immer auf Schwachstellen und auf Fehler hingewiesen, habe Verbesserungen und Reformen verlangt, aber ich habe mich allzuoft damit abgefunden, daß meine Kritik abgewehrt wurde, meine Vorschläge verworfen wurden. In der Disziplin, mit der ich diese Einstellung vor mir selbst begründete, steckt natürlich ein

gehöriges Stück Opportunismus. Und weil ich mir weit mehr Kritik hätte erlauben können als andere, empfinde ich wahrscheinlich mehr Schuld als andere.“ Schon als junger Mensch hatte er sich, in einem sozialdemokratischen Elternhaus aufgewachsen – sein Vater war SPD-Abgeordneter im Kaiserreich –, dem Marxismus-Leninismus in Theorie und Praxis anvertraut und war darum als Primaner 1932 – nicht 1933–1932 von der Schule entlassen worden und hat das NS-Reich im wesentlichen im Zuchthaus verbracht – 12 Jahre. Nun stand er als alter Mann vor dem totalen Scherbenhaufen dessen, was er ein Leben lang glaubte und verwirklichen wollte. Wenn ein solcher Mensch sich dann so äußert – Ehre dem Andenken Horst Sindermanns.

Zum Schluß: „Es sind Letzte, die werden die Ersten sein“, sagt Jesus (Lk 13). Wir waren uns am Anfang der siebziger Jahre ein einziges Mal begegnet. Wie mir der Bischof einer Landeskirche in der DDR schon vorher mitteilte, sollte er meinen Synodalvortrag abhören und dann seinen Oberen berichten, was der Feind der DDR, als solcher galt ich spätestens seit 1968, wie er mir viel später schrieb, gesagt habe. Wenig später forderten die Räte der Bezirke von Magdeburg und Halle von der Kirchenleitung meine Entlassung als Dozent an der Kirchlichen Hochschule in Naumburg, wenn auch ohne Erfolg. 1990 trafen wir uns zufällig bei einer Tagung wieder. Er war seit 1972 die Funktionärsleiter sehr hoch empor geklettert und 1990 entsprechend abgestiegen. Ich: „Wir kennen uns doch, Herr ...“ Er: „Mensch, Johannes Hamel, daß ich Sie in diesem Leben noch einmal sehe, ist mir eine ungeheuerere Freude. Ich schäme mich vor Ihnen.“ Antwort: „Und ich mich vor Ihnen.“ Und dann haben wir in den nächsten Tagen lange miteinander gesprochen, vor allem über meinen Satz, denn wie wenig, wie ungenügend, wie halbherzig habe ich gemäß dem Satz Gustav Heinemanns gedacht, gesprochen und gehandelt: „Jesus Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben.“ (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: In Absprache mit dem Leiter der Vorbereitungsgruppe möchte ich den nächsten Referenten bitten, weil wir dann eine Chance haben, in etwa zumindest im Zeitrahmen zu bleiben. Ich bitte Herrn Prof. Beintker ums Wort.

Prof. Dr. Michael Beintker: Herr Landtagspräsident, Herr Vorsitzender, ich habe gegenüber dem ausgedruckten Thema eine leichte Variation, die auf eine Vorabsprache zurückgeht, vorgenommen. Ich werde weniger über die Barmer Theologische Erklärung sprechen, vielmehr über das Verhältnis zwischen der Stuttgarter Schulderklärung und dem Darmstädter Wort des Bruderrates der Bekennenden Kirche. Und ich werde methodisch so vorgehen, daß ich zunächst die deutschlandpolitischen Optionen, die schon angefragt waren, in den knapp 45 Jahren des Nachkriegsprotestantismus in Deutschland untersuche. Mir ist dabei deutlich geworden, daß man hier nicht nur von den Kirchen in Ostdeutschland sprechen kann, sondern im Grunde ein

gesamtdeutsches Thema vor sich hat. Ich beabsichtige natürlich keinen Enquetebeitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit der EKD.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konstituierte sich der deutsche Protestantismus in der Evangelischen Kirche in Deutschland als Bund lutherischer, reformierter und unierter Kirchen. Nach innen föderalistisch gegliedert, verstand sich, wie Herr Jüngel schon deutlich machte, die EKD als Band und als Sprecherin der evangelischen Christenheit in den vier Besatzungszonen und dann in den beiden deutschen Staaten. Relativ rasch geriet sie zwischen die Fronten des Kalten Krieges und des sich immer mehr zuspitzenden deutschlandpolitischen Konflikts. Die damit gegebenen Zerreißproben haben schwer auf ihr gelastet. In ihren Verlautbarungen während der fünfziger Jahre hat sich die EKD immer bemüht, ihr öffentliches Wort kritisch sowohl an den Osten als auch an den Westen Deutschlands zu richten. Daß dieses Wort im Hinblick auf die Verhältnisse in der DDR weitaus kritischer ausfallen mußte, lag in der durch die SED-Politik geschaffenen schwierigen Lage im Osten Deutschlands begründet.

Der SED-Optik galt die EKD als religiöser Stoßtrupp des imperialistischen Klassenfeindes, und das erst recht, als die EKD im Jahr 1957 den Militärseelsorgevertrag mit der Regierung Adenauer abgeschlossen hatte und damit eindeutig als Partnerin des gegnerischen Verteidigungsbündnisses, propagandistisch „NATO-Kirche“ genannt, verstanden werden mußte. Dennoch hat die EKD bis zum Mauerbau ihren organisatorischen Zusammenhalt, und bis zum Jahre 1968 – dem Jahr der Inkraftsetzung der neuen DDR-Verfassung und der mit dieser Verfassung motivierten Vorbereitung der Gründung eines eigenen Kirchenbundes der östlichen Gliedkirchen – wenigstens ihre rechtliche Einheit bewahren können. Ihrem eigenen Selbstverständnis nach blieb sie erstaunlich lange die „Klammer der evangelischen Christenheit“ im gespaltenen Deutschland. Über mehr als zwei Jahrzehnte bildete sie tatsächlich die einzige funktionierende gesamtdeutsche Großorganisation. Die besondere, nunmehr partnerschaftlich verstandene, Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland ist dann in Artikel 4,4 der Grundordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR festgeschrieben worden, sehr zum Ärger des auf komplette Westabgrenzung bedachten sozialistischen Staates. Für die 40jährige Dauer der deutschen Teilung haben weder die EKD noch dann die EKD und der Bund Evangelischer Kirchen eigene deutschlandpolitische Konzepte ausgearbeitet. Darin sahen sie eine genuine Aufgabe der Politik. Wohl aber haben sie zeitbezogene deutschlandpolitische Optionen entwickelt, von denen sie sich politikbestimmende Wirkungen erhofften. Ich sehe im Grobtraster vier Optionen:

Option 1, aufrechterhalten bis zum Mauerbau, votierte nachdrücklich für die politische Einheit des deutschen Volkes. In dieser Zeit beschäftigten sich mehr als die Hälfte aller offiziellen Äußerungen mit der als Unglück empfundenen

Spaltung Deutschlands. Der Grundtenor läßt sich so beschreiben: Die gegenwärtige Trennung ist Folge deutscher Schuld, aber für die Festigung des Friedens mit den Nachbarn und des Friedens mit sich selbst braucht das deutsche Volk die volle staatliche Einheit. Deshalb ist alles zu unterlassen, was die Systemgegensätze in Deutschland unüberwindlich werden läßt. Die Stimmen derer, die sich aus diesem Grund für eine Blockfreiheit Westdeutschlands einsetzten und vehement die Wiederbewaffnung und schließlich die Integration in die NATO ablehnten, repräsentierten freilich nur einen beachtlichen Ausschnitt des Meinungsspektrums der EKD.

Option 2 dürfte als repräsentativ für die Zeit von 1961 bis etwa 1979/80 gelten. Sie läßt sich so stilisieren: Mit dem 13. August 1961 war die Hoffnung auf eine absehbare Wiedervereinigung gescheitert. Die Teilung muß als Ergebnis der deutschen Schuldgeschichte angenommen werden, denn die Erhaltung des Friedens ist wichtiger als die deutsche Wiedervereinigung. Die Härte der Teilung muß jedoch durch graduelle Öffnung, durch wirksame Schritte der Entspannung, durch menschliche Begegnungsmöglichkeiten und Erleichterungen gelindert werden. Das Ziel ist jetzt: Normalisierung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten und Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn. Mit den großen Denkschriften der sechziger Jahre hat die EKD die westdeutsche Politik in Richtung „Wandel durch Annäherung“ ermutigt. Darin sprach sie auch für die Menschen in der DDR, die von der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt – Scheel Rückwirkungen auf eine Verbesserung der Verhältnisse auch in der DDR erwarteten. Die Begeisterung für Willi Brandt hier in Erfurt ist anders überhaupt nicht zu erklären. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hat sich seinerseits von der Honeckerschen Doppelstrategie „Entspannung nach außen mit verschärfter deutschlandpolitischer Abgrenzung nach innen“, wobei die Abgrenzung nicht finanzpolitisch verlief, nicht vereinnahmen lassen. Er setzte – darin völlig konform mit der Schwesterkirche – auf Austausch, auf Begegnungen, auf den Transfer von Ideen und Literatur. Das erfolgte aufgrund der schwierigen äußeren Bedingungen zwar verhalten, aber alles in allem höchst wirksam. Nach innen hob der Bund seine organisatorische und rechtliche Eigenständigkeit hervor und entwickelte im Zusammenhang mit seiner Gründung die Strategie einer „Einwanderung“ in die sozialistische Gesellschaft in der DDR – mit dem schwierigen Balanceakt zwischen den Extremen der Verweigerung und der Anpassung.

Option 3 profilierte sich auf dem Hintergrund der Nachrüstung und der neuen Furcht vor den Folgen der Destabilisierung des atomaren Gleichgewichts und war gültig für die achtziger Jahre bis zum Fall der Mauer. Die Herstellung der politischen Einheit Deutschlands stand nicht mehr auf der Tagesordnung. Wie in der Politik war sie allenfalls im Rahmen eines sich auf mehrere Jahrzehnte erstreckenden gesamteuropäischen Einigungsprozesses vorstellbar. Ihre besondere Verantwortung sahen die evangelischen Kirchen im Osten und

im Westen Deutschlands darin, die Politik der Sicherheitspartnerschaft und der gradualistischen Abrüstung zu unterstützen, und dies sowohl in Richtung Osten wie in Richtung Westen zur Geltung zu bringen. Hierfür beispielhaft sind die gemeinsam abgegebenen Erklärungen der EKD und des Kirchenbundes zum 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs 1979 – es war nach der Trennung, nach der rechtlichen Trennung, die erste gemeinsame öffentliche Erklärung – und zum 40. Jahrestag seines Endes von 1985. Das Bewußtsein für das gemeinsame Sicherheitsinteresse führte einerseits zu einer Relativierung der Systemgegensätze – die Erhaltung des Friedens, so konnte gesagt und argumentiert werden, sei wichtiger als der Streit um die Vorzüge und Schattenseiten der jeweils leitenden Gesellschaftskonzepte – und andererseits zu einer Verklammerung des Rüstungsproblems mit der Ungerechtigkeit des Nord-Süd-Gefälles und der ökologisch immer bedrohlicheren Vernutzung der Ressourcen. Fragestellungen, wie sie etwa im konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zum Ausdruck kamen und das Thema Gerechtigkeit dann auch auf die Verhältnisse in der DDR kritisch anwandten.

In der Phase des Zusammenbruchs der DDR erwuchs daraus partiell eine vierte deutschlandpolitische Option, die allerdings wenig Resonanz fand, aber doch unbedingt erwähnt werden muß, weil sie möglicherweise auch Aufschlüsse über das gibt, was tatsächlich unter „Kirche im Sozialismus“ verstanden worden ist. Da die Zukunft nicht der industriellen Wachstumsgesellschaft eines ungezügelten Kapitalismus gehöre, sondern das Überleben der Menschheit von der gerechten Verteilung der Güter und der Schonung des natürlichen Lebensraums abhängig sei, sollte die Chance ergriffen werden, eine aus der friedlichen Revolution hervorgegangene neue DDR als eine soziale, ökologische und demokratische Gesellschaft freier Bürger aufzubauen. Genaugenommen scheiterte diese Vorstellung am breiten politischen Votum der Ostdeutschen für eine rasche Wiedervereinigung Deutschlands. Für die Turbulenzen, die intern bis heute anhalten, ist sie sicher noch von Gewicht.

Unübersehbar taucht in den deutschlandpolitischen Optionen der Kirchen immer wieder die Frage nach der geschichtlichen Schuld des deutschen Volkes auf, insbesondere auf dem Hintergrund der Verbrechen des Nationalsozialismus und der damit verbundenen Folgen. Im Unterschied zu anderen gesellschaftlichen Institutionen haben die Kirchen die Schuldfrage wachzuhalten versucht und von Anfang an gegen die gängige Strategie der Schuldabwehr argumentiert. Sich selbst haben die Kirchen keineswegs von der Frage nach ihrer spezifischen Mitschuld suspendiert, ganz im Sinne der essentiell christlichen Auffassung, daß vor dem Aufweis von Fremdschuld immer die Einsicht in die eigene Schuld, hier die Einsicht in die kirchliche Mitschuld am Irrweg des deutschen Volkes, stehen muß. Über die Frage, wie die spezifische Schuld

der Kirchen zum Ausdruck zu bringen und welche Schlußfolgerungen aus solcher Schulderkenntnis zu ziehen seien, gingen die Meinungen im deutschen Protestantismus bald nach dem Kriegsende ziemlich auseinander. War ein Schuldbekenntnis eher im prinzipiellen Sinne zu fassen und zu sprechen, jeweils im konkreten Blick auf die Adressaten als Bitte um Vergebung vor Gott zur Wiederherstellung zerstörter Gemeinschaft zu formulieren? Dieser Weg wurde mit der Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945 gewählt, die die Vertreter der EKD vor den Vertretern aus der Ökumene abgaben. Oder mußte man darüber hinausgehen und Formen der Schuld wie Formen der Umkehr konkret benennen, damit der in Stuttgart angesprochene neue Anfang nicht ein bloßes Postulat blieb? Diesen von Anfang an sehr kontrovers beurteilten Schritt über Stuttgart hinaus beschritt der Bruderrat der EKD, der aktive Kern der Bekennenden Kirche um Martin Niemöller, maßgeblich beraten von dem Schweizer Theologen Karl Barth, der bis zu seiner Vertreibung aus Deutschland im Jahr 1935 eine herausragende Rolle bei der Formierung der kirchlichen Opposition gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung der Kirche gespielt hatte. Das Bemühen um eine gesellschaftspolitische Konkretion der Schulderkenntnis der evangelischen Kirche fand seinen Niederschlag im sogenannten Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes vom 8. August 1947. Die Schuld der Deutschen und die Schuld der Kirche wurden hier als Ergebnis einer bis ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Geschichte des Versagens vor den Herausforderungen der Zeit interpretiert.

Die Kirche habe sich, so muß man interpretieren, stets mit den Kräften des Konservatismus, der Restauration und des Nationalismus verbündet und die Interessen der Mächtigen gestützt, statt sich den wahren Nöten der Menschen zu stellen. Sie sei blind gewesen für die menschenwürdige Gestaltung des Diesseits und habe sich mit verhängnisvollen Fernwirkungen antiliberal, antirevolutionär, antidemokratisch und antisozialistisch verhalten bzw. ver-einnahmen lassen. Im Rekurs auf die Barmer Theologische Erklärung von 1934, das maßgebliche Bekenntnisdokument gegen den Nationalsozialismus in der Kirche, rief das Darmstädter Wort zur Umkehr zum Evangelium auf und verknüpfte diese Umkehrforderung mit der Absage an die Parole vom christlichen Abendland und der Forderung nach einer gesellschaftspolitischen Neuorientierung der evangelischen Kirche an Haupt und Gliedern.

Das Darmstädter Wort ist bis zum heutigen Tag ein hart umstrittener und angefochtener Text geblieben. Seine Wirkungsgeschichte verlief außerordentlich ambivalent, es ist von den unterschiedlichsten Gruppierungen in Anspruch genommen und rezipiert worden. In Westdeutschland hat es faktisch die Annäherung zwischen Teilen der evangelischen Kirche und der Sozialdemokratie fördern können und die politische Meinungsbildung des linken Spektrums des Protestantismus geprägt. In Ostdeutschland haben sich zunächst nur Minder-

heiten auf das Darmstädter Wort bezogen, unter ihnen auch Theologen und Pfarrer, die den Aufbau des Sozialismus in der DDR einschränkungslos befürworteten und sich so zu Helfershelfern der SED-Kirchenpolitik entwickelten. In kirchenamtlichen Äußerungen wurde – und das bis zum Schluß – weitaus häufiger die Stuttgarter Erklärung zitiert, und das auch dann, als sich der Bund der Evangelischen Kirchen auf den Lernweg einer Kirche im Sozialismus gewiesen sah. Für die Bejahung des staatspolitischen Grundziels der DDR, dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, bot freilich das Darmstädter Wort legitimierende Aussagen, auf die häufig hingewiesen wurde. Abschnitt 5 spielte hier eine herausragende Rolle:

„Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.“

Neben dieser These, die als Ermutigung zu einem neuen Dialog und zur Kooperation zwischen Christen und Marxisten gelesen werden konnte, war es vor allem die erklärte Absage an die Schwarzweißzeichnung des Ost-West-Gegensatzes, die das Darmstädter Wort anziehend machte. Obwohl es den Antikommunismus nicht explizit verwarf, mußte es von seinem Gesamtduktus her als Absage an den Geist des Antikommunismus verstanden werden. Man würde die äußerst differenzierte Sachlage schablonisieren, wenn man eine direkte Linie vom Darmstädter Wort zur Programmformel „Kirche im Sozialismus“ zöge. Das Darmstädter Wort ist ein wichtiges Dokument der kritischen Selbstbesinnung des Nachkriegsprotestantismus, auch wenn man Gründe genug findet und schon damals finden mußte, die gewählte Form und das Gefälle der Argumentation zu problematisieren. Die Autoren von Darmstadt haben keinen Zweifel daran gelassen, daß die SED-Diktatur ihren Vorstellungen von einem künftigen deutschen Staatswesen widersprach, „... das dem Recht der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient“. Andererseits haben sie und ihre Sympathisanten die Verhältnisse hinter dem eisernen Vorhang in ihrer komplexen Tragik häufig relativiert. Die Absage an den Geist des Antikommunismus hatte Denkverbote zur Folge, die es langfristig verhinderten, die Lage im Osten Europas in der Perspektive der Opfer des Kommunismus wahrzunehmen. Die in den intellektuellen Eliten des Westens insgesamt verbreitete Mentalität eines „Anti-Antikommunismus“ fand in den evangelischen Kirchen vielfältig Widerhall und hat hier die gebotene Realitätswahrnehmung nachhaltig getrübt. Dem korrespondierte allerdings eine weitreichende Wahrnehmungstrübung auf seiten derer, die es immer schon besser wußten und aus dem Ost-West-Konflikt ebenfalls eine ungebrochene Selbstaufwertung der eigenen politischen Präferenzen ableiteten. Auch hier

gibt es interessante wechselseitige Stabilisierungen. Auf diese Weise ist die Schuldfrage vielfältig instrumentalisiert worden. Statt der Selbstprüfung zu dienen, wurde sie meist entweder als Instrument der Selbstlegitimierung gehandhabt oder aber als Waffe der Delegitimierung abweichender politischer Positionen mißbraucht. Mit anderen Worten – und dabei bin ich beim Heute -: Der Ost-West-Konflikt ist der Aufarbeitung unserer deutschen Schuldgeschichte schlecht bekommen und hat zu Schädigungen der politischen Orientierungsfähigkeit geführt, die zu durchschauen wir noch viel Zeit und Geduld benötigen werden – in beiden Teilen des vereinigten Deutschlands. Ich danke Ihnen und bitte um Nachsicht für diesen Schlußsatz. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bitte, jetzt die Fragen zu stellen und darum, deutlich zu machen, an welchen der beiden Referenten diese Frage gestellt werden soll. Ich werde danach beide bitten, darauf zu antworten. Es beginnt der Kollege Meckel.

Abg. Meckel (SPD): Meine erste Frage richtet sich an Herrn Hamel. Sie sind u. a. bekannt als ein Gegner der Bemühungen zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen. Ich würde darum bitten, daß Sie noch einmal kurz Ihre damaligen Argumente darstellen, mit denen Sie gegen die Gründung des Bundes votiert hatten, und diese kurz angesichts der zwanzigjährigen Geschichte des Bundes reflektieren. Ich weiß nicht, ob das kurz geht, aber ich wäre für einige Bemerkungen in dieser Richtung dankbar. Ich würde eigentlich die umgekehrte Frage an Werner Krusche stellen wollen, vielleicht kann er heute abend in der Diskussion dazu etwas sagen.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Prof. Beintker. Sie haben sehr interessant über die inneren Reflexionen der Schuldfrage in bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus in Ost und West referiert. Welche Konsequenzen könnte dies haben oder welche Folgerungen könnte man ziehen für eine in den östlichen Kirchen stattfindende Diskussion, ob ein Schuldbekenntnis über die 40 Jahre Kirche in der DDR nötig ist?

Vorsitzender Eppelmann: Frau Dr. Wilms bitte.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich glaube, meine Frage geht mehr an Herrn Beintker, vielleicht auch an beide Herren. Sie haben, auch in dem Referat von Herrn Jüngel, viel von der Barmer Erklärung, dem Stuttgarter Schuldbekenntnis und dem Darmstädter Wort gesprochen. Was mich bewegt, ist, warum nach den Erfahrungen mit der NS-Zeit, mit der NS-Diktatur, nicht doch deutlichere Worte gegen die zweite Diktatur in Deutschland gefunden worden sind, als man sie gefunden hat. Das ist für mich eine Frage, auf die ich bisher keine Antwort weiß. Damit wir uns jetzt recht verstehen: Da ich aus dem Westen bin, möchte ich betonen: Ich sitze nicht auf dem hohen Roß und möchte hier nicht als Pharisäer gelten, denn ich weiß nicht, wie wir uns alle verhalten hätten, wenn uns in der Altbundesrepublik eine neue Diktatur beschert worden wäre. Ich sage das gleich hinzu, damit die

menschliche Dimension hier richtig verstanden wird. Aber unter historisch-wissenschaftlichen Aspekten würde mich diese Frage doch noch einmal interessieren, und ich würde gern ein paar Antworten darauf hören.

Zweiter Punkt: In den politischen Äußerungen – Herr Beintker, Sie haben darauf hingewiesen –, die von beiden Kirchen in Ost und West ja gerade in den siebziger Jahren veröffentlicht worden sind, war immer die Rede von „Gerechtigkeit“, „Friede“, „Bewahrung der Schöpfung“. Der Begriff „Freiheit“ fehlt hier völlig. Auch das ist eine Frage, auf die ich bisher keine Antwort gefunden habe. Der Begriff des Friedens wurde immer nur interpretiert im Blick auf die militärische Rüstung, was eine Verkürzung des Friedensbegriffs bedeutet. Daß die Äußerungen zum Frieden nicht immer sehr friedvoll waren, haben wir in der Altbundesrepublik, jedenfalls ich, leidvoll erlebt. Es war sehr militant, das hatte mit Frieden oft nicht mehr viel zu tun.

Dritte Frage vielleicht an beide Herren, vielleicht auch noch an Herrn Jünger: Man redet – und das tut man bis heute – eigentlich von „Sozialismus“ und „Kapitalismus“, und ich habe manchmal Zweifel, ob die beiden Begriffe genügend philosophisch, staatsrechtlich, auch wirtschaftlich hinterfragt werden. Denn wenn von „Kapitalismus“ auch in der DDR die Rede war, meinte man natürlich den Privatkapitalismus. Daß die DDR ein zutiefst staatskapitalistisches Land war, davon wurde natürlich nicht gesprochen, das ist insoweit auch eine Verengung. Meine Frage wäre, auch an die Herren aus der damaligen DDR: Inwieweit sind eigentlich Überlegungen des damals sehr bekannten Professors Alfred Müller-Armack, der, von der evangelischen Sozialethik kommend, Professor in Münster, eben den Weg der sozialen Marktwirtschaft theoretisch, auch sozialetisch begründet hat, in die zumindest theoretische Reflexion geflossen, daß es wohl zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch andere Möglichkeiten menschlicher und gesellschaftlicher Ordnung gibt? Sie wissen, daß Müller-Armack auch zum Berater von Erhard gehörte, und ich muß Ihnen sagen – er war mein Lehrer –, wenn man heute die Bücher von Müller-Armack lesen würde, wären die Ideen von hoher Aktualität und Modernität. Aber ich frage mich, warum diese Reflexionen und auch Theorien von Müller-Armack, die von einem hohen ethischen Niveau herkamen, dann so wenig als dritter Weg reflektiert worden sind.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Büttner bitte.

Abg. Büttner (CDU/CSU): Ich habe drei Fragen, zunächst an Herrn Beintker und Herrn Hamel: Die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR: Wie strittig war denn die Diskussion intern um die Gründung des Bundes? War die Gründung nicht eigentlich auch eine Absage an die Einheit Deutschlands? Mußte sie nicht so verstanden werden, oder zumindest als weitergehende Lockerung der gesamtdeutschen EKD – wie intensiv war die Diskussion innerhalb der Kirche in der DDR?

Die zweite Frage: Wir haben vorhin den besonders starken Rückgang des

Anteils der evangelischen Christen an der Bevölkerung in der DDR angesprochen. Gibt es genauere Zahlen, wann die Austrittswelle besonders stark war? Kann es mit irgendwelchen besonderen Ereignissen zusammenhängen – politischen Ereignissen, z. B. dem 17. Juni, dem 13. August, oder aber kirchlichen Ereignissen, z. B. der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirche oder dem Wehrkundeerlaß von 1978? Kann man da Parallelitäten ableiten, und stimmt der Eindruck, daß die Diasporakirche, die katholische Kirche, von der Erosion nicht so betroffen war wie die evangelische Kirche in den letzten Jahren? Dann würde mich doch Ihre Einschätzung interessieren, was denn Ihrer Meinung nach Hauptgrund der inneren Auszehrung der Kirche war. War das der Dauerangriff des sozialistischen Staates auf den ganzen Menschen, oder was war das eigentlich?

An Herrn Jüngel hätte ich noch eine Nachfrage, wenn es erlaubt ist. Sie haben den brandenburgischen Ministerpräsidenten in anderer Eigenschaft in die Diskussion gebracht. War dieser Beitrag von Herrn Stolpe in Ihrem Tübinger Haus, von dem Sie sprachen, nicht im Interesse der SED-Politik besonders wirkungsvoll? Denn das Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz zu streichen, war ja in der Tat ein Vorhaben, das über Jahre und Jahrzehnte verfolgt wurde. Und war nicht gerade die Abweichung in der Begründung Stolpes deshalb so wirkungsvoll für die innerpolitische Diskussion innerhalb der EKD, weil sie nicht dieselben Termini gebrauchte, wie man sie von der SED kannte, sondern andere, die man vielleicht besser nachvollziehen konnte?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Prof. Weber bitte.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe eine Frage an Herrn Kollegen Beintker. Sie haben in ihrer Option 3 mit Recht darauf hingewiesen, daß damals alle beeindruckt waren von den Fragen Sicherheit, Partnerschaft, Abrüstung. Ich habe das Gefühl, daß wir heute manchmal vergessen, daß dies eine Periode war, in der die Menschheit auch existentiell wirklich bedroht gewesen ist. Meine Frage ist folgende: Ist in diesem Zusammenhang von der evangelischen Kirche aufgenommen worden, hat es vielleicht sogar eine Rolle gespielt, daß zumindest Ansätze dieser Erkenntnis auch in der SED zu finden waren, Hinweise etwa, daß die Ideologie auf Rang zwei gerückt sei? Das ist damals etwas untergegangen. Hat es eine Rolle gespielt, oder war das etwas, was man gar nicht bemerkt hat?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dr. Mitter bitte.

Sv. Dr. Armin Mitter: Meine Frage richtet sich an Herrn Hamel. Sie haben davon gesprochen, daß im Zuge der Fluchtwelle 1960 eine Kanzelabkündigung erfolgte. Das gleiche geschah auch im Frühjahr 1953, wo sich die evangelische Kirche explizit zu dieser Fluchtwelle geäußert hat, daß die Menschen doch bleiben sollten. Das stand vor allen Dingen in engem Zusammenhang mit den verschärften Kollektivierungsbestrebungen in der Landwirtschaft,

vor allen Dingen die Landbevölkerung ist ja im Frühjahr 1953 geflüchtet. Den gleichen Prozeß finden wir wieder Anfang der sechziger Jahre, als auch eine gesellschaftliche Umwälzung von seiten der SED durchgeführt wurde. Inwiefern – das ist meine Frage – hat die evangelische Kirche gerade in solchen Phasen, wo man versucht hat, den Sozialismus auch in praxi durchzusetzen, beispielsweise die Kollektivierung der Landwirtschaft, dazu Stellung genommen? Sie hat sehr explizit Anfang 1953 Stellung genommen. Inwiefern hat sie das noch Anfang der sechziger Jahre getan, und inwiefern hat diese gesellschaftliche Umwälzung – der Sozialismus muß ja erst einmal errichtet werden, Eigentumsverhältnisse müssen umgewandelt werden – innerkirchlich eine Rolle gespielt, welche Auswirkungen hatte das für den seelsorglichen Bereich?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Hilsberg bitte.

Abg. Hilsberg (SPD): Herr Hamel, ich möchte meinen großen Respekt ausdrücken vor Ihrem sehr glaubwürdigen und ehrlichen Versuch, eine Art persönliche Schuldaufarbeitung vorzunehmen. Das hängt zusammen mit den eigenen Auseinandersetzungen, in die man begriffen war, wenn man versuchte, in der DDR – ganz gleich an welcher Stelle – sich irgendwie glaubwürdig, auch vor sich selber, diesen Fragen gegenüber, mit denen man permanent konfrontiert wurde, zu verhalten. Marxistisch-leninistische Ideologie besteht de facto nur aus Phrasen, und der Charakter der Phrase ist eigentlich eine Lüge, es ist sozusagen kein Wahrheitsgehalt dahinter, sondern lediglich eine Art Wortgeklingel. Und jetzt eine solche Phrase nachzusprechen, bedeutete eine Unterwerfung unter diese Lüge, nämlich das Nichtaussprechen dessen, was diese Phrase wirklich war, daß sie nämlich überhaupt nichts ausdrückte und insofern keine Wahrheit ausdrückte, sondern eine Lüge darstellte. Das Fatale war, daß vieles und insbesondere auch die Kirche den Eindruck erweckte, als ob sie an manchen Stellen in diese Falle mit hineinging. Ich erinnere an den Begriff „Kirche im Sozialismus“. „Kirche im Sozialismus“ hatte mehrere Interpretationsmuster; und das staatliche Interpretationsmuster, das Interpretationsmuster der SED, die natürlich darunter eine Kirche verstand, die sich im Raum des von ihnen so definierten Sozialismus zu bewegen hatte, war ein ganz anderes als das Verständnis vieler Kirchenmitglieder, die sozusagen eine territoriale Bestimmung daraus machten. Hier den Angriff nicht zu führen und zu sagen: Wir verstehen es lediglich territorial und in keiner anderen Hinsicht, hatte den Charakter einer Unterwerfung. Dies ist einer der Urgründe der psychischen Deformierung, die viele unserer Landsleute hatten. Da hat man mitgemacht, da beginnt auch persönliche Schuld. Sie beginnt zum Beispiel, wenn man die Resolution unterschrieben hat, die man eigentlich so nicht nachvollziehen konnte, wenn man schwieg, wenn solche Sachen in der Klasse, in der Schule passierten oder wenn im Betrieb Entlassungen vorgenommen wurden usw. Überall da spielt persönliche Schuld eine ganz

große Rolle. Ich habe den Eindruck, es herrscht nach wie vor an diesem Punkt ein großes Schweigen. Man kommt mit der Natur dieser Verstrickung nicht richtig zurecht, man traut sich wohl auch nicht, das richtig einzusehen, und so wie in der DDR die Menschen allein gelassen wurden und sich selber allein gelassen haben, so geschieht es jetzt weiter. Es wird ein großer Mantel über diese Geschichte gedeckt. Es ist nach wie vor notwendig, die Prozesse, die damals stattgefunden haben, auszusprechen, sonst kommt man, glaube ich, nicht zu einer gewissen Freiheit, und das ist auch einer der Zwecke unserer Vergangenheitsaufarbeitung hier. Das hat mit Schuld-Zusprechen überhaupt nichts zu tun, sondern Schuld erkennt man nur ganz persönlich und ganz allein auf sich selbst gemünzt. Wenn ich jemandem sage: „Du bist schuldig“, verhindere ich eher diesen Prozeß. Was wir hier machen können, das ist, über Verantwortung zu sprechen, das ist ein anderer Zustand.

Herr Beintker, an Sie habe ich noch eine Frage: Können Sie etwas zu den Reaktionen in der Kirche auf den Einmarsch 1968 in die Tschechoslowakei sagen, an der ja auch die NVA beteiligt war? Gibt es da so etwas wie ein Schuldbekennnis, und welches waren die Reaktionen der westdeutschen Kirche?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Dehnel bitte.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Pfarrer Hamel: Glauben Sie, daß Gustav Heinemann das, was Sie zitiert haben – „Christus ist nicht gegen den Marxismus, sondern für uns alle gestorben.“ – heute noch genauso aussprechen würde? Würde er nicht noch sagen, daß er auch nicht gegen Ludwig Erhard gestorben ist? Denn angesichts der riesigen Altlasten, die wir zu bewältigen haben, angesichts des vielfachen Mordes, der millionenfachen Bespitzelung und Unterdrückung in der ehemaligen DDR, müßte doch in der Richtung das Zitat heute sicher auch anders ausgesprochen werden?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Müller bitte.

Abg. Dr. Müller (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Beintker. Die Frage nach der Stellungnahme der evangelischen Kirche zum Einmarsch in die Tschechoslowakei ist schon gestellt. Mich beschäftigt die dritte Option, die Sie erwähnt haben, die Stellung der evangelischen Kirche in ihrem Kampf für den Frieden im Zusammenhang mit der Nachrüstung. Ist es hier vielleicht so gewesen, daß die evangelische Kirche eine gute Gelegenheit fand, sich einmal mit dem identifizieren zu können, was der Staat DDR auch offiziell vertreten hat? Und von der anderen Seite: War es nicht so, daß es innerhalb der evangelischen Kirche Kräfte gegeben hat, die hier bewußt vom sozialistischen Staat instrumentalisiert wurden, ja sozusagen missionarisch in der Bundesrepublik (alt) tätig waren? Es ist ja bekannt, daß in diesem Kampf gegen die Nachrüstung gerade protestantische Organisationen im Westen, evangelische Studentengemeinden usw. eine große Rolle gespielt haben. Die

wurden zum Teil direkt aus der ehemaligen DDR finanziert. Es war so eine Art Recycling der Gelder, das da stattfand. Dafür gibt es Beweise und genügend Unterlagen. Das Erstaunliche ist dabei, daß dieser Kampf im wesentlichen nur gegen eine Richtung geführt wurde, von Ausnahmen abgesehen, die wir alle kennen. „Schwerter zu Pflugscharen“ usw. richtete sich nämlich gegen die Aufrüstung im Westen, nicht gegen den Aufrüstungsprozeß, der ja vorweg schon stattgefunden hat. Ich werde deswegen in diesem Zusammenhang etwas stutzig, weil das bis heute anhält. Es hat Demonstrationen gegen die Amerikaner im Zusammenhang mit dem Golfkrieg gegeben, gerade auch auf dieser Seite. Es gibt kaum eine Bewegung zu der Situation im ehemaligen Jugoslawien, die ja wirklich brennend wäre unter christlichen und theologischen Gesichtspunkten. Ich habe das Gefühl, daß man sich damals einfach zu sehr hat instrumentalisieren lassen für die Politik eines Staates, der hier zum Teil naive, zum Teil meiner Meinung nach auch bewußte Täter gefunden hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollegin Wisniewski bitte.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Eine Frage an Herrn Hamel: Wenn Sie den Satz zitieren, daß Jesus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle, dann suggeriert das natürlich, daß es aus theologischen Gründen falsch sein könnte, gegen die Lehre von Karl Marx zu kämpfen. Ist das so zu verstehen, oder ist es nicht richtig, abgehoben von der Tatsache, daß aus theologischen Gründen jeder Mensch – man spricht heute häufig von Opfern und Tätern – in gleicher Weise anzuerkennen und daß, sagen wir, das Gericht Gottes nicht für uns erkennbar ist? Ist es nicht so, daß wir zur politischen Auseinandersetzung mit Systemen, die zur Unterdrückung von Menschen und zum Tod vieler Menschen geführt haben, gezwungen sind?

Eine Frage an Herrn Beintker: Sie haben gesagt, daß die EKD sich keine deutschlandpolitischen Konzepte ausgedacht hat, das sei eine genuine Aufgabe der Politik. Wenn Sie dann auf der anderen Seite diese vierte deutschlandpolitische Option zitieren, ist das natürlich eine höchst fragwürdige deutschlandpolitische Aussage, die Sie machen, oder die die EKD gemacht hat. Nicht die EKD, gut, das werden Sie dann gleich erklären, nehme ich an. Die Frage nach der geschichtlichen Schuld des deutschen Volkes – offensichtlich wird die sehr verknüpft mit diesem Darmstädter Wort und mit der ganzen Geschichtsphilosophie, die Sie vorgeführt haben, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht: Versagen des deutschen Konservatismus, antiliberal, antisozialistisch, Absage an das christliche Abendland – wie ist denn das alles nun aufgenommen worden? Sie sagten nur, es sei teilweise sehr kritisch aufgenommen worden. Ich habe den Eindruck, diese Vorstellungen leben in der Gegenwart auch in Westdeutschland sehr vehement fort und werden in Kreisen von Intellektuellen durchaus als wahr vertreten. Wie ist da die Haltung der Kirche, welche Differenzierung nimmt sie vor? Die letzte Frage dazu: Wie

ist eigentlich die Frage der geschichtlichen Schuld Deutschlands verknüpft worden mit der Wiedergutmachung, und wie verhält sich die Schuld im Nationalsozialismus zu dem SED-Unrecht, ist das denn völlig ausgeklammert worden?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Im Augenblick habe ich noch sechs Fragende auf meiner Namensliste stehen. Ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sind, daß ich dann die Liste schließe. Ich sehe keinen Protest, dann ist der nächste Herr Dr. Faulenbach.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Meine erste Frage geht an Herrn Hamel. Ich hätte etwas mehr gewußt über Ihre damalige Beurteilung und die der evangelischen Kirche in der SBZ/DDR der Politik Konrad Adenauers. Sie haben umgekehrt in die Diskussion Stellungnahmen von Gustav Heinemann eingeführt; das hier schon mehrfach zitierte Wort ist aus der Deutschlanddebatte im Januar 1958. Inwieweit haben die Kirchen oder Teile der Kirchen der DDR damals in einer kritischen Distanz zur Adenauerschen Westpolitik gestanden, und inwieweit haben sie ihrerseits die Politik Gustav Heinemanns bejaht? Andersherum noch einmal gefragt: Ist nicht in mancher Hinsicht auch die Politik der Kirchen in der DDR durch die Politik im Westen, auch durch die EKD-Politik, erschwert worden? Hat diese Politik nicht auch die Situation der Kirchen in der DDR erschwert? Über den Militärseelsorgevertrag ist hier schon gesprochen worden. Oder so ein Mann wie Gustav Heinemann, der ja doch auch als Garant einer Deutschlandpolitik galt, verlor seine Funktion als Präses der evangelischen Kirche, als er aus dem Kabinett Adenauer ausschied und eine eigene politische Rolle spielte. Vielleicht könnten Sie einmal versuchen, die damalige Position der Kirchen in der DDR zu den verschiedenen deutschlandpolitischen Richtungen der fünfziger Jahre grob anzudeuten und auf die Frage, inwieweit diese verschiedenen Positionen zu Auseinandersetzungen in der DDR geführt haben, eingehen.

Eine Frage an Herrn Beintker: Sie haben in Ihrem Versuch, die verschiedenen Phasen darzustellen, notwendigerweise etwas vereinfachen müssen, denn selbstverständlich hat es in den verschiedenen Phasen auch immer verschiedene Richtungen nebeneinander gegeben. Aber auch an Sie möchte ich dann noch einmal die Frage nach der Handlungsfähigkeit der EKD in den fünfziger Jahren stellen, in denen die verschiedenen deutschlandpolitischen Positionen, die leidenschaftliche deutschlandpolitische Auseinandersetzung, in die EKD hineingetragen wurde. Inwieweit war die EKD in dieser Phase überhaupt handlungsfähig?

Zweite Frage an Sie: Sie haben auf die Schuldfrage hingewiesen, die zuerst im Stuttgarter Schuldbekennnis in sehr allgemeiner Form, vor allem auf den kirchlichen Bereich, auf den Glauben, bezogen worden ist, aber dann in dem Darmstädter Wort deutlich ausgeweitet worden ist. Die Beziehung der Schuldfrage auf die Frage der Akzeptanz deutscher Teilung ist sozusagen

wieder ein Vorgang, der später erst erfolgt ist. Können Sie den Prozeß darstellen, seit wann die deutsche Teilung als etwas akzeptiert worden ist, was man gleichsam zu akzeptieren habe, als etwas, was als Sühne, als Folge jedenfalls für schuldhaftes Versagen vorher zu begreifen sei. Ich hätte gerne die Aspekte des Prozesses, der Klimata und der Hintergründe dieser Verengung der Schulddiskussion von Ihnen näher beleuchtet.

Letzte Frage auch noch einmal an Sie: Die Frage nach der Eigenständigkeit des Beitrags der evangelischen Kirchen in den siebziger und achtziger Jahren auf der deutschlandpolitischen Ebene. Inwieweit haben die Kirchen eine eigene Rolle spielen können?

Und zuallerletzt die vorhin schon einmal aufgeworfene Frage: Inwieweit sehen Sie die Motivation primär gleichsam politisch, d. h. inwieweit sehen Sie die Motivation für die jeweiligen Handlungsweisen primär darin, bestimmte kirchenpolitische Fragen zu lösen – die übrigens ein bißchen zu kurz gekommen sind in unserer Diskussion bisher –, und inwieweit sehen Sie sie gleichsam ideologisch begründet? Herr Hamel hat da einiges im Hinblick auf die theologische Begründung angedeutet, aber vielleicht könnten Sie auch noch einmal versuchen, das in eine Beziehung zu setzen. Danke schön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bitte als nächsten Prof. Fischer zu Wort.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich würde gern noch einmal, Herr Kollege Beintker, auf Ihre deutschlandpolitischen Optionen zurückkommen, weniger auf die Optionen eins bis drei, die sind ja Geschichte, aber die interessante – auch wenn Sie formuliert haben, es sei die mit der geringsten Resonanz gewesen – scheint mir, auch im Blick auf mögliche Weiterwirkung, die vierte zu sein. Hier wäre ich dankbar, auch im Anschluß an die Frage von Frau Wisniewski, wenn Sie doch noch einmal ein bißchen präzisieren würden. Wo machen Sie eigentlich die Wurzeln für diese vierte Option aus? Wer sind die Repräsentanten? In diesem Zusammenhang wäre es aus meiner Sicht jedenfalls nicht ganz unwichtig festzustellen, ob diese Repräsentanten allein in den neuen oder auch in den alten Bundesländern zu finden sind. Ich will es einmal in Anklang an meine Frage von vorhin an den Kollegen Jüngel zugespitzt formulieren, ist diese vierte Option, von der Sie sprachen, sozusagen ein Ausfluß von – ich nehme jetzt die erwähnten Begriffe der Münchner Tagung auf – Sozialismusaffinität und Kapitalismuskritik im deutschen Protestantismus?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Martin Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Zuerst eine Frage an Herrn Hamel: Sie haben, wie schon Herr Hilsberg sagte, sehr schön und sehr glaubwürdig dieses Problem des Versagens kirchlichen Handelns beschrieben. Meine Frage läuft darauf hinaus, noch einmal zu sehen: Worin sehen Sie die Gründe oder das Verhältnis von Gründen für das Versagen von Kirche in der Geschichte der DDR? Wie

verhält sich das mit der mangelnden Zivilcourage als einer gewissen Tradition politischer Kultur? Wie weit hängt das vielleicht auch an einem Mangel, an Fehlern in der theologischen Reflexion, sozusagen in der Theorie? Und dahingehend dann: Wie haben Sie als theologischer Lehrer versucht, den nachwachsenden Theologen Hilfestellung von der Theologie her zu geben, sich mit dieser Situation der Kirche in der DDR auseinanderzusetzen und Fehler zu vermeiden?

An Herrn Beintker zuerst die Frage: Das eine ist so ein Schuldbekenntnis wie das Stuttgarter, aber daraus ergeben sich dann auch konkrete Folgerungen. Wie sind die DDR-Kirchen mit den Pfarrern umgegangen, die eben den Nationalsozialismus nicht ablehnten, sondern ihm sehr positiv gegenüberstanden? Wie wurde hier konkrete Aufarbeitung der Schuld, vielleicht auch disziplinarrechtlich oder theologisch, geleistet? Vielleicht noch ein weiteres: Das eine ist das Bekenntnis der Schuld, das zweite ist die Frage: Wie weit folgte aus den einzelnen Etappen, aus der Schuldkenntnis, der Erkenntnis fehlenden Mutes, dann nicht nur das Bekenntnis und das Tragen der Folgen, sondern wo wurde darüber reflektiert, daß die Erkenntnis von Schuld zur Folge haben mußte, entsprechend mutig den neu entstandenen diktatorischen Verhältnissen entgegenzutreten und nicht quasi das Sichunterwerfen unter das Verhängnis als Folgerung dazu zu nehmen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Superintendent Passauer bitte.

Sv. Superintendent Martin-Michael Passauer: Wir fragen in diesem Teil unserer Anhörung nach Leben in diktatorischen, totalitären Verhältnissen, nach christlichem Leben in totalitären Verhältnissen. Deshalb auch meine Frage an Sie, Dr. Hamel, ob Sie noch einmal etwas sagen können zu Ihrem Dissens zu Otto Dibelius, der ja aus Röm. 13 den Begriff der Obrigkeit, die von Gott ist, streichen wollte, weil er sagte: „Wenn Obrigkeit Macht ausübt und Macht ausübt zum Nachteil der Menschen, dann ist sie nicht von Gott.“ Sie haben da eine andere Position bezogen. Wenn Sie vielleicht diesen Unterschied zwischen Ihnen und Dibelius noch einmal kurz skizzieren könnten.

Die zweite Frage klang vorher schon an, ich will sie noch einmal auf den Punkt bringen. Es hat zu verschiedenen Zeiten Worte der Kirche zum Bleiben in der DDR gegeben. Viele Menschen haben sich an diese Worte gehalten und haben sich bis zum Ende der DDR auf dieses Wort verlassen, haben auch eine gewisse Hilfestellung dadurch erwartet. Andere Menschen haben sich dieser Bitte entzogen und sind ausgereist. Es gibt heute eine Initiative von Pfarrerinnen und Pfarrern, die aus der ehemaligen DDR ausgereist sind, die sagen: „Hier hat die Kirche ihre eigentliche Schuld, indem sie ja noch nachträglich Sanktionen ausgesprochen hat.“ Denn zwei Jahre durften sie dann, wenn sie in den Westen kamen, nicht Pfarrer sein. Mich interessiert bei Ihnen beiden, Herrn Hamel und Herrn Beintker, die Frage: Wie werten Sie diesen Vorgang – das ist ja, wenn Sie so wollen, auch ein gesamtdeutscher

Vorgang –, daß Menschen zum Bleiben aufgerufen werden und auch der andere deutsche Staat nicht ausdrücklich, jedenfalls nicht klar *expressis verbis*, gerufen hat: „Kommt alle her“, sondern gleichzeitig Sanktionen verhängt werden für diejenigen, die ausgereist sind? Ist das nicht so ein Teil von Schuld? Vielleicht können wir diese Frage heute abend noch einmal den emeritierten Bischöfen stellen, denn sie haben das zum Teil praktiziert.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Letzter Frager, Kollege Hansen bitte.

Abg. Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Passauer, für die Frage, die Sie zuletzt gestellt haben, denn die wollte ich stellen. Als Schüler, im Westen lebend, habe ich erlebt, wie ein ehemaliger Pfarrer der DDR, der nach dem Westen gekommen war, nicht mehr Pfarrer sein konnte und dann als Religionslehrer an Schulen arbeitete, und der auch – diese Anstellung hat lange gedauert – darunter gelitten hat, weil die Leitung seiner Kirche so verfuhr, wie Passauer es angedeutet hat. Meine Frage ist die gleiche. Ist das nicht auch eine Frage von Schuld gegenüber dem Einzelnen oder den vielen Einzelnen natürlich, und ist es nicht auch eine Frage von Schuld oder jedenfalls von politischer Exekution am Einzelnen auf dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes?

Meine zweite Frage geht an Herrn Hamel, aber auch an Herrn Jüngel. Ich habe in der Wendezeit häufiger, nicht nur einmal, von damaligen oder dann ehemaligen SED-Mitgliedern gehört, die mir sagten: „Ach was, wir in der SED, wir wollten im Grunde genau das gleiche, wie die in der Kirche.“ Und wenn ich das erste Mal, als ich das hörte, entsetzt war und dann immer in Diskussionen kam, war ich bald nicht mehr überrascht, dies immer wieder zu hören, daß SED-Genossen sich so verstanden und definierten und auch gar nicht im Gespräch nachvollziehen wollten oder konnten, wo denn vielleicht doch die Unterschiede liegen. Wie erklären Sie sich, daß dieses Mißverständnis offensichtlich, wie ich fand und finde, häufig verbreitet war? Ich denke auch daran, weil Jüngel davon gesprochen hatte: Der Atheismus, so sagt Olaf Klohr, sei ja, wenn man Marx und Lenin genau lese, ein sehr nach- und untergeordneter Begriff für den Marxismus gewesen, daß der Atheismus gar nicht so die Rolle gespielt habe. Mit anderen Worten: Hat vielleicht doch das Mißverständnis auftauchen können, daß Kirche, so paradox das klingt, säkularisiert oder politisiert worden ist, jedenfalls in der Anschauung von SED-Mitgliedern, aber vielleicht nicht nur denen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wie ich vorhin angekündigt hatte, möchten wir jetzt den beiden letzten Referenten die Möglichkeiten geben, Ihre Fragen zu beantworten. Wenn sie das in einem vertretbaren Zeitrahmen tun, können wir auch Professor Jüngel noch einmal die Möglichkeit geben, die drei Fragen, die an ihn nachklappend gestellt worden sind, ebenfalls noch zu beantworten. Ich würde zunächst Professor Beintker bitten, zu antworten.

Prof. Dr. Michael Beintker: Ich bitte, mich vorab zu entschuldigen für alle

Verkürzungen, die mit Rücksicht auf den Zeitplan unabweislich sind. Eine Reihe Ihrer Fragen haben auch die Qualität der Benennung von Forschungsvorhaben, da kann ich nur grobe Richtungsmarkierungen geben. Eine Frage, die nicht zu dieser Kategorie gehört, Herr Meckel, ist Ihre Frage nach einem Schuldbekennnis für 40 Jahre DDR-Zeit aus der Analogie zur Situation nach 1945. Man muß sagen, daß dies ein ganz kompliziertes Problem ist, weil auch die Schuldbekennnisse nach 1945 ihren Sitz im Leben gehabt haben. Es sind in erster Linie Synoden gewesen, die rückblickend solche Erklärungen abgegeben haben. Man müßte die synodale Öffentlichkeit unserer Kirchen daraufhin befragen, ob sie diese Erwägung schon einmal angestellt hat. Ich kann das vermuten. Die Stuttgarter Schulderklärung ist eine Erklärung, die stellvertretend für das Volk vor jemandem abgegeben worden ist, an dem man schuldig geworden ist. Schulderklärungen haben Adressaten, die um Versöhnung und um einen gemeinsamen neuen Anfang ersucht werden. Es ist gerade das Problem des Darmstädter Wortes, daß es aus diesem Genre herausfällt und de facto eine Deklaration der Schuld vornimmt, und dies gleichzeitig mit ganz bestimmten, wie schon gesagt wurde: bis in die Geschichtsphilosophie hineinreichenden Optionen verbindet, jedenfalls Optionen, die geschichtsphilosophisch deutbar sind. Da müßte man sich fragen: An welchen Personen ist man schuldig geworden, und wie ist diesen Personen oder diesen Guppen, diesen Menschen gegenüber Schuld zu bekennen und namhaft zu machen? Man kommt hier jedenfalls an den schwierigen, aber, ich denke, auch an den realitätsbezogenen theologischen Grundperspektiven eines Schuldbekennnisses nicht vorbei. Nicht, weil die Öffentlichkeit Schuldbekennnisse erwünscht, müssen sie gegeben werden. Das ist ganz eindeutig so. Übrigens waren 1945 und auch 1947 Schuldbekennnisse der Deutschen gar nicht erwünscht. Die Kirche hätte die „Stuttgarter Erklärung“ am liebsten wieder beiseite geschoben, weil ein Sturm der Entrüstung gegen sie losging, daß sie überhaupt eine solche Erklärung abgegeben hat. Wären zum Beispiel, ich darf einfach einmal springen, die Pastoren, die nach einem Ausreiseantrag in die Bundesrepublik zunächst einer bestimmten Sperre unterlagen bzw. nach Einzelfallprüfung nach zwei Jahren wieder eine Dienstmöglichkeit erhalten sollten, Adressaten eines solchen Schuldbekennnisses? Eine ganz schwierige Frage, denn es ist so gewesen, daß die Kirchen sich schon in den fünfziger Jahren darauf verständigt hatten, die Frage nach dem Wechsel des Systems hinter die Verantwortung für die Gemeinde, in die man berufen war, zu stellen. Das ist ein Grundproblem, welches nicht ohne weiteres mit der Verfassungswirklichkeit auf einen Nenner zu bringen ist, daß wir alle Deutsche sind. Da gibt es Reibungen. Aber für die Kirchenleitungen, die hier zu entscheiden hatten, war immer die Frage, wann die Indikatoren so beschaffen sind, daß der Weg eines Pfarrers von seiner Gemeinde weg – denn ein solcher Antrag bedeutete auch immer: Ich verlasse die Gemeinde, an die ich gewiesen bin – zu rechtfertigen ist. Da ist natürlich nach ganz strengen Kriterien entschieden worden. Meistens

waren es Kriterien, die etwa im nachweisbar gesundheitlichen Bereich liegen. Politische Optionen – jedenfalls in dieser Hinsicht – haben in den Verfahren, die ich kenne, keine erkennbare Rolle gespielt, sondern man hat immer gesagt: Auch als Christ muß man den Mut haben, hier in dieser Gesellschaft kritisch seinen Weg zu gehen. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen. Es ist etwa die Schwierigkeit des besonderen Kirchenrechts innerhalb des staatlichen Rechts. Das Motiv war nicht: „Wir bestrafen diejenigen, die in den Westen gehen, durch Berufsverbot“, sondern es war immer die Frage: Gibt es nicht Berufe – zu denen wurde in den Kirchen auch der Beruf des Arztes gezählt –, die einen solchen Weg ausschließen? Da wurde sehr genau geprüft, wann dieser Weg gerechtfertigt ist. Das ist eigentlich das Problem. Ich gebe zu, daß man darüber lange debattieren kann und Betroffene das zum Teil, auch lautstark heute, anders zur Geltung bringen.

Zu den Fragen von Frau Wilms möchte ich sagen, daß dieses Problem uns noch lange beschäftigen muß, daß man offenbar nicht frühzeitig genug die Demokratieunwürdigkeit des DDR-Systems durchschaut hat. Das ist übrigens ein Erbe, das mit dem paternalistischen Staatsverständnis des deutschen Protestantismus und überhaupt der deutschen Kirchen zusammenhängt. Die EKD hat bis 1985 gebraucht, um in einer Denkschrift ihr Demokratieverständnis und ihr Ja zur demokratischen Situation der Bundesrepublik zu artikulieren. Das ist ein sehr langer Lernprozeß. In den fünfziger Jahren war die Konfliktmasse primär mit dem Stichwort „Atheismus“ gegeben. Ich habe mir daraufhin sehr viele Erklärungen in Vorbereitung dieses Beitrages angeschaut, und es ist im Grunde so, daß man durchaus Äußerungen findet, wie: „Gegen die wirtschaftliche und politische Konzeption haben wir gar keine Einwände. Es ist im Grunde der Atheismus und die damit verbundene Menschenverachtung, die uns stört.“ Das zeigt sehr deutlich, daß entgegen manchen Vermutungen Demokratie ein Lernprozeß ist, aber es gibt sicher eine Reihe weiterer Aspekte, die ich hier nicht berühren kann, die aber für eine genauere Untersuchung wichtig wären. Ich habe das Stichwort „Freiheit“ bei den Überlegungen auch vermißt, die zu den Stichworten „Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung“ thematisiert worden sind. Man muß aber schlicht sagen, daß es eine gewisse Zurückhaltung gegenüber einem einseitig liberalen, mißdeutbaren Freiheitsbegriff gab. Ich möchte einfach versuchen zu verstehen, daß natürlich in den sozialen Optionen immer die Gerechtigkeit Vorfahrt bekam vor der Freiheit. Das war so etwas, was auch das Profil der Diskussionen um Sozialismus ausgemacht hat. Man kann dies zu den Faktoren der politischen Bildung rechnen, die uns, ich muß mich hier mit einschließen, so nicht zugänglich waren, etwa Müller-Armack. Wann hat eigentlich für einen durchschnittlichen DDR-Bürger, der auch kritisch nachdachte, die Möglichkeit bestanden, sich mit diesem Konzept vertraut zu machen? Tatsächlich haben wir in den Grundorientierungen mit den folienhaften Begriffen der politischen

Orientierungen des 19. Jahrhunderts hantieren müssen. Ich kann mich gut erinnern, daß noch 1989/90 eine massive Turbulenz aufkam, als man hier plötzlich die Worte „soziale Marktwirtschaft“ auch von ihren positiven Seiten her hat lernen müssen. Inzwischen bekommen wir freilich im Osten eine Art von Kapitalismus demonstriert, der im Lehrbuch steht, und ich würde mir wünschen, daß wir sehr viel Müller-Armack lesen und kritisch zur Geltung bringen würden.

Zu den Fragen von Herrn Büttner zur Gründung des Bundes: Ich habe das aus der Froschperspektive eines Theologiestudenten erlebt. Ich kann also nur ganz pragmatisch argumentieren und würde an dieser Stelle Herrn Hamel noch einmal um Auskunft bitten. Ich habe natürlich nachgelesen, wie das gelaufen ist, aber vielleicht ist das für Sie viel eindrücklicher, wenn Herr Hamel Ihnen diese Frage beantwortet. Für die jüngere Generation der DDR waren damit überhaupt keine Konflikte verbunden. Sie hatten alle ein relativ kritisches Bild vom Westen internalisiert, nicht ein positives Bild von der DDR. Unser Problem bestand darin, daß wir uns weder mit dem einen noch mit dem anderen identifizieren konnten. Das ist ein Dauerproblem gewesen, was im Grunde auch heute für unsere Orientierungsprobleme ausschlaggebend ist. Aber wir haben das pragmatisch gesehen und haben gesagt, daß natürlich der Bund der Evangelischen Kirchen in einer Situation, wo Kirchen gemeinsam nicht handlungsfähig sind und wo im Grunde auch die Rechtswirklichkeit, die sie verbindet, nur noch öffentlich demonstriert, aber nicht realisiert werden kann, pragmatisch einen solchen Weg gehen sollte.

Die Formel „Kirche im Sozialismus“ werden wir heute abend noch diskutieren. Dazu gab es auch Fragen. Man hat sie meist von ihrem Sollgehalt her interpretiert.

Austrittswelle – ich habe zu wenig Ahnung, um diese Frage beantworten zu können. Es hat im Grunde eine Art schleichende Austrittswelle gegeben, nachdem man durch die SED davon befreit wurde, vor dem Notariat seinen Austritt aus der Kirche zu erklären. Das ist meines Erachtens ein eingreifender Schnitt gewesen Mitte der fünfziger Jahre. Dann können wir eigentlich nur von einer Erosion sprechen, die nach und nach erfolgte, die eher schleichend voranging wie bei einer Schwindsucht, aber im Grunde nicht mit galoppierenden Frequenzen. Es ist nicht erkennbar, jedenfalls nicht für mich, daß auf irgendwelche besonderen Aktionen hin plötzlich eine Austrittswelle entstanden wäre. Der Hauptgrund der inneren Auszehrung, die wir hier in Ostdeutschland erleben, ist ganz schwer zu benennen: Er hat wahrscheinlich mit einem Grundzug des Protestantismus gegenüber der Modernität zu tun, der unter diktatorischen Bedingungen dieser Art oder bei einem hohen Grad von Säkularisierung besonders massiv durchschlägt. Es ist die Selbstunsicherheit durch Dauerreflexion, in die sich christliche Religiosität, auf theologischem Gebiet jedenfalls, begeben kann. Sie ist im Grunde für

mich immer beschreibbar gewesen als Selbstverunsicherungsmentalität, die an der entscheidenden theologischen Stelle sichtbar wurde. Sie ist bestimmt nicht den Leuten, die in den Kirchenleitungen oder in den theologischen Instanzen gearbeitet haben, anzulasten, aber sie bildet so ein Stückchen, wie wir es heute auch bemerken, das Grundproblem des östlichen Protestantismus. Die kritischen Phänomene sind eigentlich sehr viel deutlicher erst nach 1989 in der äußeren Öffentlichkeit in Erscheinung getreten. Ich meine auch, daß man dieses Rückprojizieren sichtbar machen kann. Da sind wir an einem sehr sensiblen Punkt, und es ist sehr schwer, die Befunde von außen sachgemäß zu beurteilen. Als Insider wünschte ich mir jedenfalls oft einfach mehr Glaubenszuversicht, Zuversicht und Glaubensgewißheit, das habe ich auch immer schon in den Jahren vor 1989 vermißt. Manchmal hatten für meine Wahrnehmung auch die sozialetischen Themen eine gewisse alternative Ersatzfunktion. Die Sozialethik trat an die Stelle des Zentrums. Aber wie gesagt: Ich lasse mir gerne Widerspruch gefallen. Es ist die ganz persönliche Perspektive, die ich hier benenne und die ich keineswegs verobjektiviert haben möchte.

Die komplizierte Frage, wie innerhalb des Friedenszeugnisses der Kirchen irgendwelche Handlangerdienste an irgendwelche Instanzen geleistet worden sind, wird man unterschiedlich beantworten müssen. Es ist jedenfalls so gewesen, daß das Friedenszeugnis der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen ein eigenständiges gewesen ist, und daß es ein auch vor den biblischen Grundaussagen verantwortetes Zeugnis sein sollte. Hauptkonfliktpunkt war immer die Frage der Militarisierung des Lebens in der DDR und die Frage, wie insbesondere Wehrdienstverweigerer Rechte gewährt bekommen sollten, die ihnen ein Handeln aus Gewissensfreiheit ermöglichten. Das verschlingt sich dann mit der schwierigen Strategie der Nachrüstung. Dort kommen wir tatsächlich zu einem Befund, der etwa – ganz kurz gefaßt – so aussieht, daß es jedenfalls eine protestantische Bewegung gegen den Doppelbeschluß der Nachrüstung in Ost und West gab. Ich möchte behaupten, daß das nicht von Ost nach West getragen worden ist, sondern daß es sich in einer gegenseitigen Verstärkerfunktion aufgebaut hat – ein ganz kompliziertes Feld. Aber es ist wichtig zu wissen, daß das nicht einfach eine Gefälligkeitstrategie gegenüber der SED war, weil man sich im Grunde der SED gegenüber auch den Kopf damit eingerannt hat. Diejenigen Strategen, die sich für die SED instrumentalisieren ließen, waren eher in der alten Blockflöte und in der CFK zu suchen, das muß man auch ganz eindeutig sagen, denn dort war durch die sozialistische Strategie das „aufrichtige Friedenszeugnis“. Hiervon haben sich die Kirchen übrigens sehr konfliktreich unterschieden, das war gerade der Punkt, an dem sie die Konflikte nie gescheut haben. (Beifall)

Anders sieht es dann schon mit den Reaktionen auf den Einmarsch 1968 aus, nach dem Herr Weber und Herr Hilsberg fragten. Es gab eine Kanzelabkündi-

gung, es gab Worte, die zu dieser Situation mit einer gewissen Besonnenheit Stellung zu nehmen versuchten. Aber wenn Sie unter den heutigen Bedingungen Deutlichkeit oder öffentliche Transparenz oder schlagzeilenkräftige Durchschlagsfähigkeit erwarten, ist das natürlich nicht der Erfolg. Es herrschte eine große Betroffenheit. Es war auch ganz klar, daß die Kirchen dies nicht rechtfertigten, im Unterschied zu kleinen politischen Gruppen, die von der SED vereinnahmt wurden. Es ist im übrigen ein interessantes Forschungsthema. Es müßte genauer untersucht werden: Wie haben die Kirchen auf den 13. August 1961 reagiert, wie auf den 20. August 1968, und wie haben sie dann 1980/81 im Zusammenhang mit den Solidarnosc-Ereignissen in Polen Stellung genommen? Das sind sehr interessante Fragen, die unbedingt der Aufarbeitung bedürfen.

Die deutschlandpolitischen Konzepte, Frau Wisniewski, Option 4: Ich kann diese Option 4 durchaus verstehen, obwohl ich sie für politisch nicht realisierbar halte und ihr deshalb auch mit einer gewissen Vorsicht begegne. Sie ist keine Option der EKD gewesen, das muß man ganz eindeutig sagen, sondern ganz bestimmter Meinungsführer, wie man es auch ausdrücken kann, innerhalb des Bundes der Evangelischen Kirchen. Diejenigen, die aufrichtig gemeint haben, den Aufruf für unser Land im November 1989 unterschreiben zu müssen, haben ja nicht gemeint: „Wir wollen jetzt die Errungenschaften à la Krenz perpetuieren“, sondern im Grunde war es die Hoffnung auf eine nun wirklich realisierbare Chance des Aufbaus eines demokratischen Sozialismus. Das sollte man auch auseinanderhalten. Es ist klar, daß unter demokratischen Bedingungen diese Option nicht aufrechtzuerhalten war. Ich habe damals immer argumentiert: „Wir haben eine Freiheit erlangt, die wir gar nicht finanzieren können, also die gar nicht den wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung trug.“ Richtig ist, daß der deutsche Protestantismus in einer ganz starken Weise an zwei Stellen angstbesetzt ist. Er hat eine Konservatismus- und eine Liberalismusangst. Das geht nach beiden Richtungen. Und Sie wissen auch, daß schon dieses eine sehr differenzierte, verzweigte Thematik ist. Das Darmstädter Wort ist jedenfalls Ausdruck einer Grunderfahrung, die den Zusammenbruch 1945 und die üble Geschichte davor als Gipfelpunkt einer ganz bestimmten fehlerhaften politischen Option der Kirche gedeutet hat und dann im Grunde mit Darmstadt Vergangenheitsaufarbeitung betreiben wollte. Das ist ein Wort, das eben nicht nur die Vergangenheit analysieren will, sondern auch zeigen will, wie wir aus dieser Situation heraus zu einer neuen Zukunft gelangen. Wenn man es noch globaler macht, hat man dahinter das Problem Kirche und Modernität. Wie reagiert die Kirche auf die Entwicklungen? Und Sie alle wissen, die Medien – auch heute – haben nichts Besseres zu tun, als den Kirchen immer ihre Modernitätsverzögerung vorzuwerfen. Und jetzt kommt eine solche Situation, wo man plötzlich, auch im Blick auf die sozialetischen Orientierungen, einfach bekennen wollte,

wie es weitergehen könnte und wie es nicht weitergehen sollte. Ich habe dafür sehr viel Verständnis und meine auch, daß wir nicht einfach mit den klassischen Eckwerten weiterkommen, wenn wir fragen: Wie können wir heute Verantwortung wahrnehmen? Daß dabei Fehler gemacht werden, die auch zu verhängnisvollen Wirkungsgeschichten führen können, muß ausdrücklich angemerkt und darf auch nicht gerechtfertigt werden. Man hat sich bei uns immer gegen die Parallelisierung von NS-Staat und SED-Staat gewehrt. Ich weiß dies sehr gut aus eigener Erfahrung. Ich weiß, daß es sehr schwierig ist, das Totalitarismuskonzept so zu entwickeln, daß es beiden Systemen gerecht wird. Aber es hat da so etwas wie einen Abwehrreflex gegeben. Man hat im Grunde für die geeignete Orientierung in diesem System sich an Menschen orientiert, die versucht haben, in der NS-Zeit Widerstand zu leisten. Für uns ist jedenfalls in einer ganz bestimmten Weise die Widerstandslinie des Dritten Reiches wichtig gewesen, wobei man hinzufügen muß, daß die auch mißbraucht, also wiederum auch kirchenpolitisch von einem ganz bestimmten, zahlenmäßig geringen, aber doch wirkungskräftigen Teil der Kirche in Anspruch genommen worden ist. Herr Jüngel hat gemeint, daß die Vertreter dieser Richtung eigentlich eine zu vernachlässigende Größe gewesen seien. Das waren sie sicher zahlen- und auch einflußmäßig, aber für die SED waren es die Figuren, mit denen man öffentlich demonstrierte: So sehen die Christen im Sozialismus aus, und wenn ihr eine andere Meinung habt als die, dann hat euch der Klassenfeind instruiert. Insofern waren sie doch politisch sehr ernst zu nehmen, trotz ihrer verschwindenden Einflüsse.

Herr Faulenbach, zu der Handlungsfähigkeit der EKD in den fünfziger Jahren kann man Bücher schreiben. Ich habe jüngst eine Untersuchung, die sich mit dem Thema „Kirche und Wiederbewaffnung“ beschäftigt, gelesen. Da wurde sogar vermutet, daß man, wenn die evangelische Kirche sich in den fünfziger Jahren hier einig gewesen wäre, in Sachen der Westintegration zu ganz anderen Befunden gekommen wäre, als es dann tatsächlich passiert ist. Darüber kann man streiten. Die evangelische Kirche war sich in dieser Frage jedenfalls nicht einig. Es hat sich der, wie man so sagt, realpolitisch konservative Flügel durchgesetzt, der Flügel übrigens, der immer gesagt hat: „Politik hat mit dem Evangelium nichts zu tun.“ Das hat die Sache auch so schwierig gemacht. Es hieß: Im Grunde sind das keine politischen Aussagen, die wir zu vertreten haben, sondern für uns gibt es eine andere grundsätzliche Orientierung: an Gesetz und Evangelium. Zum Akzeptanzverhalten gegenüber der deutschen Situation: Soweit ich sehe, ist die Schuldfrage von Anfang an immer sofort beschworen worden, wenn die deutschlandpolitische Situation kritisch annonciert wurde. Es gibt da nicht einfach einen Prozeß wachsender Erkenntnis. Es gibt eher einen Prozeß, in dem die Tiefendimension von Schuld so nicht mehr erkannt wird. Aber es war ganz klar immer ein Begleitthema, geradezu eine Art unterschwelliger Cantus firmus der deutschlandpolitischen

Äußerungen. Sie finden keine Äußerung, wo nicht irgendwo sofort auch die Schuldfrage kommt. In den fünfziger Jahren dominiert dabei noch die geschichtstheologische Interpretation, die dies viel stärker als Gericht Gottes, unter dem wir stehen, benennt. Das läßt dann nach. Und die Folgen des Krieges: Es wäre interessant, auch noch einmal unter diesem Gesichtspunkt die Ostdenkschrift zu untersuchen. Der Gerichtsgedanke spielte allerdings keine Rolle, aber der Schuldgedanke spielt eine Rolle. Und dann eben ganz vorbildlich, trotz der Einsicht in die Schuld, wird der Versuchung widerstanden, Unrecht zu verschweigen. Die Ostdenkschrift ist gerade dafür beispielhaft, diese schwierige Spannung durchgehalten zu haben.

Zu Ihrer Frage, ob Mut aus Schulderkenntnissen ableitbar ist, Herr Gutzeit: Schulderkenntnisse werden ja in der Regel auch als eine Selbstdemütigung erlebt. Es wäre viel plausibler, wenn man daraus tatsächlich Mut ableiten könnte. Für den, der diesen Prozeß durchleidet, ist daraus sicher Stehvermögen zu gewinnen. Aber grundsätzlich ist meine Vermutung doch die, und das erleben wir auch heute, daß man diesem Prozeß möglichst ausweicht und die Frage im Grunde dann eher stellvertretend wahrnehmen läßt, wo man selbst gefordert wäre. Zum Ausreiseproblem, Herr Passauer: Das hatte ich schon benannt, und mit dieser Frage bin ich dann auch so gut wie mit allen Fragen, die mir gestellt worden sind, durch. Vielen Dank für Ihr Verständnis. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Bruder Hamel bitte.

Pfarrer D. Johannes Hamel: Zunächst einmal die Interpretation des Wortes: „Jesus Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben.“ Das bedeutet ja eine radikale Kritik an den Boten des Evangeliums. Sie sind ja Briefträger, die einen Brief innehaben, der zuerst an sie gerichtet ist, die vor Gott verloren, und zwar in concreto verloren sind. Nicht so allgemein: „Wir sind alle Sünder“, das interessiert keinen mehr, sondern: „Auf eurem Leben liegt eine Schuld, die ihr überhaupt nicht mehr wiedergutmachen könnt.“ Und sie übergeben Briefe an Leute, die nebenbei – neben der Vergebung der Sünden – auch vor ihre eigene Schuld gestellt werden. Jesus hat bekanntlich nicht gesagt: „Du armer Mensch, der vor mir steht, deine Sünden holen dich ein. Daß du nun gelähmt bist, das ist deine Schuld.“ Sondern er hat gesagt: „Dir sind deine Sünden vergeben.“ Zum Entsetzen vieler. Die Boten des Evangeliums sagten: „Der arme Kerl wird noch an seine Sünden erinnert, aber eingeschlossen in den Zuspruch der Vergebung.“ Das heißt, die Freudenboten haben den „bösen Marxisten“ nicht mitzuteilen, daß sie auf dem falschen Pferd reiten und daß sie böse Kerle sind und daß sie Schuld auf sich geladen haben, was alles richtig ist, sondern sie haben ihnen mitzuteilen, daß sie durch die Barmherzigkeit Gottes vom bösen Tun weggerufen sind. So herum liegt die Sache, so daß also dieser Satz niemals mißbraucht werden kann im Sinne von:

Die Marxisten sind sehr anständige Leute, und das sind wirklich nette Leute usw. Es ist also genau das Gegenteil richtig.

Ein Beispiel aus dem Gefängnis: Mein Vernehmer, ein in Worten brutaler Offizier, aber er hat mich nicht gefoltert, sagte einmal: „Nach Ihrer Meinung brate ich doch in der Hölle, und Sie kommen in den Himmel.“ Ich sagte: „Herr Hauptmann, wollen Sie ein ernsthaftes Gespräch haben?“ „Bitte“, sagte er. Ich sagte: „Ich habe fromme Eltern gehabt, die gelebt haben, was sie geglaubt haben. Ich habe fromme Professoren gehabt. Einige sind bei den Nazis in Gefängnissen gewesen. Die haben gelebt, was sie gelehrt haben. Das alles haben Sie nicht gehabt. Von mir wird viel verlangt, denn wem viel gegeben ist, von dem wird viel verlangt. Mich wird Gott streng richten. Und Ihnen gilt einfach der barmherzige Ruf: Kehre um und lasse ab von dem, was du tust.“ Darauf sagte er ganz erstaunt nach ein paar Sekunden: „Dann ist alles ganz anders, als ich es bisher gedacht habe.“ Ich sagte: „Jawohl, total anders.“ Darum, daß wir Boten sind, um dieses „total anders“ unter Einbeziehung unserer Existenz, geht es in dem Heinemannwort, der natürlich polemisch war. Ich denke an das Wort eines Ministers in der jetzigen Regierung, der in Polen erklärt hat: „Karl Marx ist tot, aber Jesus lebt noch.“ Das ist natürlich ein völliger Mißbrauch des Evangeliums. Das dazu.

Das zweite: Herr Meckel hat sehr direkt nach damaligen Argumenten gegen die Gründung des Bundes gefragt. Jawohl, ich bin gegen den Bund gewesen und würde heute etwas milder sagen: So schief lag ich gar nicht, obwohl der sachliche Freundeskreis sich damals geteilt hat. Bruder Krusche, Bruder Ringhandt waren für den Bund, Hildebrandt und Kreyssig waren gegen den Bund. Ich gehörte also zu dieser Dreiergruppe. Meine damaligen Gründe waren folgende:

1. Die EKD-Synode, Abteilung Ost, hat ein oder zwei Jahre vorher in Fürstentum ein flammendes Bekenntnis zur Einheit der Christenheit abgelegt. Die Propaganda war ja so: Trennt euch von der NATO-Kirche im Westen. Das ist eine NATO-Kirche. Man hat gesagt, wenn wir uns von den Brüdern trennen, würden wir uns von Christus trennen. Besonderer Wortführer war Bischof Krummacher damals. Als diese Botschaft des Ostteils nach Westberlin in den Oberkirchenrat kam, sagte ein guter Freund von mir, Oberkirchenrat Söhngen: „Das ist doch herrlich, was die Brüder da im Osten gesagt haben.“ Darauf sagte der alte Zyniker: „Das ist so wie 'und zum Abschied sag ich leise servus'.“ (Heiterkeit)

Und kurze Zeit später beginnen die Häupter der DDR-Kirchen Geheimverhandlungen über die Gründung eines Bundes. „Geheimverhandlungen“ meine ich in dem Sinne, daß sie nicht den Gemeinden von Anfang an gesagt haben: „Wir sind in einer ganz schwierigen Situation, die DDR spielt verrückt und macht Pressionen. Was sollen wir jetzt machen? Bitte, in jedem Pfarrkonvent, in jedem Gemeindegemeinderat, in jeder Gemeindeversammlung wird dieses

Thema besprochen, sollen wir oder sollen wir nicht, Argumente dafür, Argumente dagegen.“ Nein, die Potentaten haben verhandelt. Herr Seigewasser war über die Akte dieses Bundes viel besser informiert als die Kirchenleitung. Dann war ein Zustand erreicht, wo man, wenn man dagegen gewesen wäre – ich war ja bis zum Schluß dagegen –, die ganzen Häupter der evangelischen Kirche desavouiert und im Grunde nur ein furchtbares Chaos hervorgerufen hätte. Das wäre noch viel schlimmer geworden als dann der Bund. Der Bund ist übrigens gar nicht so schlimm geworden, wie wir alle befürchtet hatten. (Heiterkeit)

Ich muß sagen, was der Bund theologisch da auf die Beine gebracht hat und was er getan hat, hat die schlimmsten Befürchtungen ad absurdum geführt. Wir haben alle gedacht: Die Staatskirche ist da. Ich glaube, Bruder Besier hat das in seinem schönen Buch in irgendeinem Satz auch gesagt: „Staatskirche ist da.“ Nein, die Staatskirche war mit dem Bund nicht da. Das muß ich zu Ehren von Schönherr und Krusche sagen, obwohl ich nach wie vor der Meinung bin: Die Gründung des Bundes ist falsch angesetzt worden. Man hat dem Druck des Staates nachgegeben. Und die Gründe, warum man in Eigenverantwortung sehr viel mehr übernehmen mußte, hätten durch eine vernünftige Regionalisierung, zu der der Westteil der EKD ja bereit war und die er schon beschlossen hatte, auch beseitigt werden können. Ich möchte hier aber folgendes hinzufügen: Keine Instanz aus den Westkirchen, keine Synode, kein Konsistorium, kein Bischof hat den Brüdern im Osten gesagt: „Das dürft ihr doch nicht machen. Ihr dürft doch nicht, wo der Staat sagt, trennt euch von der NATO-Kirche, mit den besten Argumenten einen Bund gründen. Das dürft ihr doch nicht.“ Keiner hat es gesagt, sondern sie haben alle gedacht: „Die armen Schweine, sie können nicht anders.“ Und manche haben es auch offen gesagt. Das heißt, wenn mit der Gründung des Bundes eine Schuld verbunden ist, ist es eine Schuld der gesamten kirchlichen Prominenz in Ost wie West. Es wäre völlig unvernünftig, Ostbischöfe zu beschuldigen. (Beifall)

Außerdem gab es natürlich gute Gründe, die zur Gründung des Bundes beitragen. Das will ich gar nicht verkennen. Heute würde ich sagen, es wäre schön gewesen, traumhaft schön, wenn die Synoden in den Landeskirchen einmütig gesagt hätten: „Wir lassen uns doch nicht von den Brüdern, die als NATO-Kirche beschimpft werden, trennen. Wir machen eine Regionalisierung“, wie es die EKD dann zwei Jahre später gemacht hat. Es wäre traumhaft schön gewesen, aber es war nicht gedeckt, weder von unten, von den Gemeinden her, noch von den Christen in Westdeutschland, so daß ich zum Schluß sagen würde: Es war wahrscheinlich unter allen Gesichtspunkten das kleinste Übel, was die ostdeutschen Kirchen gewählt haben. Und sie haben sich gar nicht schlecht benommen dabei. Also, keine Steine auf Bruder Krusche und andere. Es gibt genug Leute, auf die wir Steine werfen können, nämlich zuerst auf uns selbst.

Ja, warum keine deutliche Kritik gegen die DDR-Diktatur wie im Nazi-Reich? Gestatten Sie einem Mann, der 1911 geboren ist, zu sagen: Wer hat denn gegen die Diktatur im NS-Reich geredet? Wo sind denn die kirchlichen Beschlüsse gegen die NS-Diktatur? (Zwischenruf Abg. Frau Dr. Wilms, CDU/CSU: Moment!) Sie können nachher gleich darauf antworten. Was ist denn aus dem Bischof geworden, der 1941 beim Überfall auf die Sowjetunion als Vorsitzender des Vertrauensgremiums der evangelischen Kirche ein flammendes Telegramm an Hitler geschickt hat, das in seinen Kirchen und den meisten anderen Kirchen von der Kanzel verlesen worden ist – ich habe es natürlich nicht verlesen –, worin steht: „Gott sendet Sie, daß die letzten Reste der Gottlosigkeit und der Unreinheit ausgetrieben werden, daß der gottlose Bolschewismus besiegt wird, der so unendliches Leid über die Menschheit gebracht hat. Gott segne die heiligen Waffen. Gott ist mit Ihnen ...“ usw.? Wissen Sie, wer das war? Das war der Bischof Marahrens, der erste Vorsitzende der vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche. Und nach 1945 wurde auf der Synode mal so ganz schüchtern von einem vorlauten jungen Synodalen angefragt: Wie ist das eigentlich mit diesem Telegramm von 1941? Da hat er unter Beifall der ganzen Hannoverschen Synode gesagt: „Ich habe es für meine Pfarrer getan, denn ich fürchtete Folgen für meine Pfarrer, wenn ich dieses Telegramm nicht eilfertig an den Führer schickte.“ Das war Marahrens, und der hat noch viele Jahre lang als geehrter Bischof fungiert. Und der Bischof Meiser, der nicht viel besser war – in manchen Punkten sogar noch schlechter –, hat eine Straße in München, die Hans-Meiser-Straße. Und wenn Sie in einer Bierstube etwas gegen Hans Meiser sagen, da wird es Ihnen ähnlich gehen, als ob Sie gegen Ludwig II. etwas sagen. (Heiterkeit)

(Zwischenruf Abg. Dr. Müller, CDU/CSU: Da ist ein Unterschied, Ludwig II. kennt man, Hans Meiser nicht.)

Meiser, der sich geweigert hat, für die Juden einzutreten, als Wurm in seinem Brief schreibt: „Wollen wir nicht zusammen ...?“ Genauso, wie der Marahrens gesagt hat: „Es ist nicht das Amt eines lutherischen Bischofs zu spionieren, ob irgendwelche Juden umgebracht werden.“ Im Jahre 1944 immerhin ein starker Tobak. Aber auch die Bekennende Kirche hat sich für die Juden – von Ausnahmefällen abgesehen – ja nicht eingesetzt. Das erste Synodalwort zum Mord an den Juden stammt aus dem Jahre 1943. Das war die Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. Sie hat eine lange, lange Auslegung der zehn Gebote gebracht – alles richtig darin –, und beim fünften Gebot steht dann der Satz: „Es ist Sünde vor Gott, Menschen umzubringen, bloß weil sie einer anderen Rasse angehören.“ Das Wort „Jude“ fehlt. Ich habe Kreyssig, den Präses der Synode gefragt: „Bruder Kreyssig, warum haben Sie statt dieser ellenlangen Auslegung der zehn Gebote nicht ein kurzes Wort gemacht: 'Der Mord an den Juden schreit gen Himmel!'“ Da sagte er: „Bruder

Hamel, das will ich Ihnen offen sagen: Wir haben alle Angst gehabt.“ Wer Steine werfen will, kann Steine werfen.

Das war also kein deutliches Wort, im Gegenteil. Aber die DDR-Synoden hatten solche Worte gegen die Grundsubstanz – eines habe ich ja verlesen, den Brief von 1967. Das hat es im Dritten Reich nie gegeben, nie, so daß man sagen kann: Gerade in diesem Punkt kann die Kirche der DDR im Sinne der organisierten Kirche mit erhobenem Haupt gehen. Und wenn ich einmal auf die westdeutschen Kirchen zu sprechen kommen kann: Warum redet eigentlich keiner von der Schuld der westdeutschen Kirchen und der westdeutschen Christen? Was haben die denn 1945 produziert? Wie haben sie sich denn benommen? Die Lutheraner hatten nur die Idee, jetzt eine große lutherische evangelische Kirche zu gründen. Das ist doch sozusagen aberwitzig, wo sie ihre geistige Kraft investiert haben.

Nun ein anderer Punkt, die Auszehrung der Kirche: Ich will mal ganz böse werden. Wenn ich nicht in der Kirche wäre, würde ich sagen: „Nun geht doch durch die Predigten und dann sagt, wenn ihr 100 Predigten gehört habt, was eigentlich belangvoll dabei ist.“ Ich bin ja nun mit 82 Jahren jeden Sonntag Predigthörer. Ich bin in der glücklichen Lage, daß ich mir die Predigten aussuchen kann. Aber im Ganzen gesehen würde ich sagen, ich höre ganz selten Predigten, wo ich sagen würde: „Schade, daß mein Enkel in Wernigerode oder mein Enkel in Amerika nicht dabei ist, schade.“ Sondern das meiste ist auch bei wohlmeinenden Predigern, auch bei Predigern, die biblisch predigen, sie meinen es wirklich gut, aber aufs Ganze gesehen – belanglos. Der Satz von Heinemann wird kaum jemals in die Praxis umgesetzt. Und das ist der Schaden der Kirche. Deswegen laufen die Leute weg, weil sie einfach sagen: „Was wir da hören, das lesen wir entweder in Zeitungen oder es ist irgendwie frommes Gefasel, oder er will uns was beibringen und beweist, daß er das Leben überhaupt nicht kennt. Das ist jedenfalls überhaupt nichts für uns.“ Und warum ist es nichts für uns? Weil uns die Tiefe des Evangeliums verborgen ist und Gott sein Wort teuer gemacht hat. Wir leben in einer Zeit, wo Amos schreibt: „Das Wort Gottes ist teuer. Sie werden laufen und laufen und gehen und gehen. Sie werden das Wort Gottes suchen und nicht finden.“ Das ist eine Kirche ohne das lebendige Wort Gottes. Wer darauf Steine werfen will, mag Steine werfen, aber es ist nicht zum Steinewerfen gesagt. Wenn man mit Gemeindegliedern spricht, merkt man, daß sie keine Erwartungen an die Prediger haben. Die vollsten Kirchen in Gräfelfing haben die Pastoren, die so predigen, daß man chemisch rein wieder herausgehen und sagen kann: Da wird nichts gefordert, weder innerlich noch äußerlich, da braucht man nicht Buße zu tun, nichts, sondern man kann bleiben, wie man ist, und man ist religiös gestärkt worden. In den schlimmsten Fällen: Wir waren immer bei der CSU und nun haben wir es wieder gehört, daß wir mit gutem Gewissen CSU wählen können. Also nichts gegen CSU! (Heiterkeit)

(Zwischenruf Abg. Dr. Müller, CDU/CSU: Ich habe den katholischen Wahlkreis.)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Bei aller Achtung, Bruder Hamel, ich bitte Sie, straffen Sie. Wir haben heute noch viel vor.

Pfarrer D. Johannes Hamel: Die beste Predigt, die ich in Gräfelfing je gehört habe, war eine phantastische Rede, eine gute politische Rede, die meinem politischen Denken völlig entsprach, aber vom Evangelium war keine Spur.

Zur Entnazifizierung der Pfarrer: Als ich 1946 aus der Gefangenschaft zurückkam, bin ich nach Dresden gereist, um für einen Pfarrer gutzusagen, der sich als radikaler Thüringer Deutscher-Christen-Häuptling seiner Deutschen Christen in Sachsen in der Kriegsgefangenschaft bekehrt und gesagt hatte: „Ich habe zum ersten Mal das Alte Testament verstanden und mich bekehrt.“ Er war nun da, verdiente sich das Brot als Geiger. Die Kirchenleitung hatte ihn also nicht mehr angestellt. Da bin ich zum Konsistorialpräsidenten gegangen und habe gesagt: „Bruder Knospe, können Sie denn den Mann nicht nehmen?“ Da sagte er: „Nein, das geht nicht, denn wenn wir den nehmen, müssen wir die 59 anderen von seiner Gruppe auch nehmen. Wir glauben ihm, daß da Gott ein Wunder getan hat. Er hat sich wirklich zum Evangelium bekehrt. Das glauben wir ihm.“ Da sagte ich ihm: „Wenn ich ihm eine Pfarrstelle in der Provinz Sachsen verschaffte?“ Darauf er: „Wir geben ihm das beste Zeugnis.“ Und dann ist er bis zu seinem Tode ein guter Pfarrer geworden. Das heißt, die Kirchenprovinz Sachsen hatte gesagt: Es dreht sich nicht darum, wie groß deine Schuld ist, was du getan hast, sondern es dreht sich darum: Bist du jetzt geeignet, hast du erkannt, was das Evangelium ist, im Unterschied zu dem, was du bisher törichterweise gedacht hast? Und so sind in der Provinz Sachsen eine ganze Reihe ehemaliger wirklich „brauner“ Pfarrer angestellt worden. Sicher ist da auch einmal ein „falscher Fuffziger“ drunter gewesen, der die Bekehrung geheuchelt hat. Das ist natürlich möglich. Aber im allgemeinen hat man keine Rache geübt. Es waren genug Leute der Bekennenden Kirche da, die sagten: „Wenn wir die anderen steinigen, dann verdienen wir die Steinigung selbst, denn von dem, was wir hätten tun können von hundert, haben wir doch bloß zehn gemacht, die anderen vielleicht bloß acht.“ Das war die beste Art. Dibelius hat es ein bißchen anders gemacht. Da ist es schärfer gemacht worden, aber nicht mit besserem Erfolg.

Nun zum Schluß: Dibelius – Ich habe ihn geliebt und verehrt. Ich habe von ihm nur Gutes empfangen und kann von ihm nur gut reden, aber (Heiterkeit) er war natürlich ein eingefleischter, alter, konservativer Liberaler, liberal theologisch, daß einem die Augen übergingen, so vom Jahre 1890. Er trat wacker für seine Kirche ein. Er hat seinen Kopf hingehalten im Dritten Reich. Er war ein hochanständiger Mann, und er war nicht nachtragend. Er hat auch mir meine Munterkeiten und Frechheiten niemals nachgetragen, ganz im Gegenteil. Aber es ging einfach über sein Vermögen, unter dem Evangelium diese Situation neu

zu erkennen. Daß Gott uns begnadet hat, nun gerade unter den Kommunisten das Evangelium neu zu predigen, war eine Sache, die ihm verborgen war. Nicht weil er bösen Willens war, sondern das waren seine Grenzen. Was er zum Schluß über die Obrigkeit sagte, zeigt ja – wer das Buch oder die Broschüre einmal gelesen hat, wird das gemerkt haben –, daß er theologisch wirklich 40 Jahre zurück war. Er hatte aber, da er ein sehr guter Prediger war, das Ohr der Massen. Und in der Zeit, als alles sagte: „Das kann ja nicht lange dauern mit den Russen, das ist ja zu schrecklich, irgendwie kommt die Wiedervereinigung sehr bald“ – so redete man ja bis in die fünfziger Jahre hinein –, hing das Volk an seinen Lippen, zumal die Folgerungen ja gar nicht da waren, denn die Leute warteten damals einfach ab und sagten: „Wir brauchen nur abzuwarten, irgendwie wird der Adenauer uns schon heimholen.“ Das war bis Anfang der fünfziger Jahre der gesamte Glaube der großen Mehrheit aller DDR-Bürger, auch der Kirche. Und erst 1953 ff. dämmerte es langsam, daß wohl noch ein langer Weg zurückzulegen wäre. Danke schön. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Es ist das Recht eines jeden hier im Raum Befindlichen, eine andere Meinung zu dem einen oder anderen hier Gesagten zu haben. Wir haben jetzt einen Referenten gehört, der sein Recht hatte, das zu sagen, was er möchte. Andere werden das Ihre sagen. Ich möchte diejenigen, die sich provoziert fühlen, bitten, das jetzt hier auszuhalten, und ihnen Mut machen, mit dem Referenten dann selbst zu reden. Ein Blick auf die Uhr sagt mir, daß ich nicht so großzügig sein kann, den Dreien, die noch eine Frage an Prof. Jüngel gestellt haben, hier im Plenum eine Antwort zukommen zu lassen. Ich hoffe aber, daß sich eine Möglichkeit am Rande finden wird, daß die drei ihre Antwort bekommen können. Ich möchte jetzt Markus Meckel die Regie übergeben für den nächsten Bereich.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Wir gehen jetzt zu einem speziellen Bereich kirchlicher Arbeit und kirchlicher Existenz in der DDR über, zur Ökumene. Man mag sich fragen, weshalb die Kommission sich entschieden hat, gerade diesen Themenbereich mitzuverhandeln. Es sei zur Information erwähnt, daß noch weitere Anhörungen stattfinden werden. Am 21. Januar wird es um den deutsch-deutschen Zusammenhang gehen, sofern er über die Kirche gelaufen ist. Am 8. und 9. Februar werden wir in Dresden über „Kirche vor Ort“ reden, das heißt, über die Vielfalt gemeindlichen Lebens in der DDR. Dies als Hinweis, daß dies jetzt zwar der erste, aber nicht der einzige Aspekt kirchlichen Lebens ist, den wir in der Enquete-Kommission behandeln wollen.

Die Ökumene hatte große Bedeutung für die Kirche in der DDR und war eine wesentliche Dimension ihrer selbst. Natürlich gab es auch ein großes Interesse des Staates an den ökumenischen Beziehungen. Er hatte Interesse daran, schon vor der Zeit der internationalen Anerkennung der DDR, und versuchte natürlich, daß diejenigen, die dann ökumenische Reisende waren,

möglichst in seinem Sinne Botschafter der DDR wurden. Doch gab es auch innerhalb der Kirchen Kräfte – die CFK ist angesprochen worden –, die in diesem Sinne ökumenische Arbeit machten. Durch diese Kräfte waren manche ökumenischen Kontakte durchaus ideologisch beeinflusst. In der Ökumene galten die DDR-Kirchen oft als Musterkirchen. Gleichzeitig muß man sehen, daß es für die DDR-Kirchen eine wesentliche Horizonterweiterung war, zum einen sich selbst als Teil der weltweiten Kirche zu verstehen, zum anderen aber auch an weltweiter Verantwortung teilnehmen zu können. Dies ist bei denen, die dann im ökumenischen Geschäft waren, sehr unterschiedlich gewesen. Man könnte hier Namen nennen, eben den von dem schon genannten Otto Dibelius, der einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates war, oder aber Johannes Hempel, der das gleiche Jahrzehnte später war. Es gab vielerlei sehr unterschiedliche ökumenische Akteure. Ich möchte an dieser Stelle besonders auch einen nennen, der nicht mehr lebt, der in ähnlicher Richtung wie Heino Falcke versuchte, ökumenische Fragestellungen von Menschenrechten und weltweiter Verantwortung für die eigene Situation fruchtbar zu machen: Das war Christoph Hinz. Er hatte zwar nicht große Positionen innerhalb der Kirche, war aber für viele durch seine wegweisenden Beiträge wichtig.

Ich will jetzt aber keinen eigenen Vortrag zu dieser Frage halten, sondern zwei Rednern das Wort geben. Der erste ist Dr. Planer-Friedrich. Er war lange Zeit Leiter der Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in Berlin in der Auguststraße und später in Genf für die DDR-Kirchen im Genfer Stab tätig. Er ist also ein Mann, der durchaus mit sehr viel Insider-Kennntnis über diese Arbeit berichten kann und damit auch Zeitzeuge ist. Unmittelbar anschließend, und zwar entgegen dem ausgedruckten Programm, wird Heike Schmall zu uns reden. Sie ist Redakteurin der FAZ, hat sich lange mit diesen Fragen beschäftigt, auch anhand neuerer vorliegender Akten, aber auch früherer persönlicher Kontakte. Ich möchte zuerst Herrn Dr. Planer-Friedrich das Wort geben.

Dr. Götz Planer-Friedrich: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die evangelischen Landeskirchen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands gehörten zusammen mit ihren Schwesterkirchen in der EKD zu den Gründungsmitgliedern des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam. Dabei ist daran zu erinnern, daß die evangelischen Kirchen mit dem Stuttgarter Schuldbekennntnis sehr frühzeitig eine moralische Anwartschaft auf die Rückkehr in die ökumenische Gemeinschaft der Christen erworben hatten. Das klingt aus politischer Perspektive vielleicht etwas bigott und war selbst unter Theologen und Kirchenleitern, wie wir hörten, nie ganz unangefochten. Doch historisch hat sich bestätigt, daß dieses etwas gequälte Bekenntnis eigener Schuldanteile am Bestand des Nazi-Regimes den Einstieg und den Aufstieg der EKD-Gliedkirchen in der Ökumene ermöglicht hat.

Die sowjetische Militäradministratur, die sicher nicht vom Geist christlichen

Versöhnertums angekränkt war, rechnete es den ostdeutschen evangelischen Kirchen nicht an, daß sie zum Teil sehr stark mit den Deutschen Christen identifiziert waren, zum Beispiel Thüringen und Mecklenburg. Im Gegenteil, sie setzten auf die zahlenmäßig geringe Fraktion der Bekennenden Kirche und vertrauten ihren Vertretern und Vertreterinnen die Selbstreinigung der evangelischen Kirchen an. So blieben die ostdeutschen Kirchen, anders als ihre osteuropäischen Schwesterkirchen, von Enteignung und Bestrafung fast vollständig verschont und konnten gerade unter dem Schutz der Roten Armee die kirchliche Organisation und die ökumenischen Verbindungen nahezu ungehindert wieder aufbauen. Schon bei der Gründung des Lutherischen Weltbundes 1947 in Lund waren die ostdeutschen Lutheraner gut vertreten. Damals rechnete jedoch, wenigstens in den deutschen evangelischen Kirchen, noch niemand mit der bevorstehenden lang anhaltenden Spaltung Deutschlands und deren Auswirkungen auf den deutschen Protestantismus.

Bis in die sechziger Jahre haben die kirchlichen Zusammenschlüsse in Deutschland, die EKD, die VELKD bzw. das Reformierte Moderamen, die ökumenische Arbeit der Gliedkirchen koordiniert, programmiert und ausgewertet. Das änderte sich, als die DDR nach dem Bau der Mauer immer entschiedener die Zweistaatlichkeit Deutschlands vertrat und auch international die Hallstein-Doktrin allmählich ausgehöhlt wurde. Mit der neuen DDR-Verfassung von 1968 wurde ein gesamtdeutsches Auftreten in der Ökumene unmöglich. Der 1969 gegründete Kirchenbund richtete eine eigene Ökumenestelle ein, die fortan die ökumenische Arbeit des Kirchenbundes verwaltete. Es ist jedoch bezeichnend, daß die Struktur des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen und auch der ihm später angeschlossenen Studienabteilung sehr stark dem Organisationsprinzip des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf entsprach. Das war natürlich kein Zufall, und somit war die Kommunikation mit dem Genfer Stab wesentlich erleichtert.

Der Ökumenische Rat der Kirchen selbst, der in seiner ersten Phase deutlich vom westeuropäisch-nordamerikanischen Gesellschaftsverständnis geprägt war, hat nach dem Urteil vieler Beobachter seit der Aufnahme der Russischen Orthodoxen Kirche 1962 in Neu-Delhi in seiner gesellschaftspolitischen Orientierung einen Wandel durchgemacht. Seine kirchliche Kommission für internationale Angelegenheiten (CCIA), bereits 1946 in Cambridge gegründet, sah sich freilich von Anfang an kaum in der Lage, sich ausführlicher europäischen Problemen zuzuwenden. Das hat ihr erster langjähriger Leiter, Frederick Nolde, 1974 beschrieben.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß nach dem Urteil von Reinhard Henkys 1982 „Fragen der deutschen Einheit als ein zuweilen lästiges innerdeutsches Problem“ angesehen wurden. Indem nun die deutschen evangelischen Kirchen in zwei staatlich unterschiedlich definierten Vertretungen auftraten, erledigte sich das Problem aus der Sicht des Ökumenischen Rates von selbst. Bei der

Quotenregelung in der Besetzung der Positionen im Genfer Stab oder auch in den Kommissionen wurden die DDR-Kirchen der zweiten Welt zugerechnet und die EKD der ersten. Das haben andere osteuropäische Kirchen oft nur zähneknirschend akzeptiert, denn Kirchenvertreter aus der DDR waren mit den westeuropäisch geprägten Prozeduren und Sprachregelungen noch eher vertraut als z. B. die Orthodoxen, und das wiederum war aus der Sicht des Ökumenischen Rates natürlich ein Vorteil, wenn man die Ostdeutschen auf die zweite Welt verrechnen konnte.

Der Wandel, der sich im Ökumenischen Rat der Kirchen nach der Aufnahme der Russischen Orthodoxen Kirche vollzog, war in der internationalen politischen Großwetterlage begründet. Überall gewannen linke Gesellschaftstheorien an Anziehungskraft. Die Kritik am „american way of life“ entzündete sich an der Wahrnehmung seiner ökologischen und entwicklungspolitischen Folgen. Sozialistische Utopien wurden wieder diskussionswürdig. Die Kirchen unter sozialistischen Regimen waren auskunftsfähig über die Verträglichkeit oder Unverträglichkeit von Sozialismus und Christentum. Das gewaltsame Ende des Prager Frühlings 1968 brachte zwar eine gewisse Ernüchterung, und die Christliche Friedenskonferenz, die CFK, geriet in eine schwere Krise, von der sie sich eigentlich nie richtig erholen konnte. Doch über das, was mit den Kirchen „hinter dem eisernen Vorhang“ wirklich geschah, wollten viele in der Ökumene gar nicht so genau aufgeklärt sein. Was über das Verhältnis von Kirche und Staat aus der DDR zu berichten war, wirkte auch wenig aufregend und wurde bei verschiedenen Gelegenheiten, bei denen ich selbst dabei gewesen bin, sogar Staatsvertretern aus anderen kommunistischen Ländern als beispielhaft vorgehalten.

Das hing natürlich auch damit zusammen, daß die staatlichen Sicherheitsdienste in der DDR mit Hilfe von gewährten oder verweigerten Ausreisegenehmigungen ihrerseits dafür sorgten, daß allzu kritische kirchliche Insider keine Gelegenheit erhielten, sich überhaupt an der internationalen Ökumene zu beteiligen. Dazu versuchte man in der DDR, auch die kirchliche Ökumene-stelle im Bund der evangelischen Kirchen zu instrumentalisieren, indem man ihr Auflagen über Zahl und Art von zu beantragenden Reisen machte. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß sich der Bund solchem Ansinnen hartnäckig widersetzt hat. Die Tatsache allein jedoch, daß einige reisen durften und die große Mehrheit nicht, sorgte für Verdächtigungen, für Mißgunst und auch für Tricks. Es gab immer wieder Fälle, wo bestimmte Leute einen eigenen Draht zum Staatssekretariat für Kirchenfragen benutzten, um ohne Wissen der Bundesstellen in Berlin unvermutet auf ökumenischen Tagungen und Konferenzen aufzutauchen. Ich selbst entsinne mich, auf einer Versammlung ökumenischer Wissenschaftler einem Kollegen aus der DDR begegnet zu sein, von dem es hieß, er sei gar nicht eingeladen gewesen, aber er war erschienen. Die ökumenischen Partner waren meistens nicht in der Lage,

zwischen den einen, die von der Kirche beauftragt waren, und den anderen zu unterscheiden. Während sich die Delegierten des Bundes gegenüber staatlichen Stellen nie der üblichen Berichtspflicht unterwerfen mußten, ist zu vermuten, daß die kirchlich nicht beauftragten Reisenden mit entsprechenden Auflagen unterwegs waren. Die mir bisher zur Verfügung stehende Einsicht in Quellen aus dem Staatssekretariat für Kirchenfragen oder dem Staatssicherheitsdienst sind in dieser Hinsicht für mich nicht besonders aussagekräftig. Vielleicht weiß Frau Schmoll dazu mehr zu sagen.

Als der Kirchenbund gegründet wurde, war die DDR völkerrechtlich noch nicht anerkannt. Die ökumenischen Verbindungen, die die EKD-Gliedkirchen in der DDR noch vor dem Mauerbau hergestellt hatten, sollten nun nach dem Willen der SED auch dem internationalen Geltungsanspruch der DDR zugute kommen. Während alle institutionellen Kontakte zur EKD seitens des Staates mißtrauisch verfolgt und – wenn möglich – unterbunden wurden, zeigte sich der SED-Staat gegenüber den ökumenischen Verpflichtungen der Kirchen aufgeschlossen. Zwar wurde der Kreis der sogenannten „kirchlichen Reisekader“ anfangs sehr eng begrenzt, so daß vorwiegend Bischöfe oder höhere Kirchenbeamte als Delegierte auf Konferenzen auftraten, doch auf Drängen der Kirchen wurde diese Gruppe ständig erweitert und vor allem – evangelischem Kirchenverständnis entsprechend – auch auf die kirchlichen Laien ausgedehnt.

Ich halte es für ziemlich unwahrscheinlich, daß sich Kirchendelegierte aus der DDR via Ökumene für politische Ziele der SED mißbrauchen ließen, obwohl das natürlich nie ganz auszuschließen ist. Ende der sechziger Jahre tendierte die internationale Politik sowieso in Richtung „Anerkennung der DDR“. Der Grundlagenvertrag zwischen DDR und Bundesrepublik wurde im Sinne der Entspannungspolitik prinzipiell begrüßt. Die evangelischen Kirchen in der DDR machten da keine Ausnahme, was sie auch ökumenisch zur Geltung brachten.

In einem inoffiziellen, aber dennoch an verschiedenen Stellen veröffentlichten Arbeitspapier des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU heißt es meines Erachtens zu Recht: „Für die Kirche in der DDR wurde die Ökumene immer mehr zu einem Schutzmantel, den ihr die EKD nicht mehr bieten konnte.“ Viele Aktivitäten und Positionen der evangelischen Kirche wurden vom Staat nur toleriert, weil sie nachweisbar aus der Ökumene hervorgegangen waren oder in diese hineingetragen werden sollten. Dazu gehörte die Menschenrechtsarbeit, die Entwicklungshilfe, die Entwicklungspolitik und die Umweltethik. Es gibt ein Beispiel, das das am besten demonstriert: Als der Ökumenische Rat seine Mitgliedskirchen aufforderte, für die Verlängerung des Programms zur Bekämpfung des Rassismus ein Votum abzugeben, entschieden sich der Bund der Evangelischen Kirchen und die EKD grundsätzlich unterschiedlich. Das ist darauf zurückzuführen, daß in der Erklärung des Kirchenbundes auf

diese Weise zum ersten Mal via Ökumene die Menschenrechtsfrage eingeführt werden konnten. Das wurde auch ausdrücklich im Text markiert, während umgedreht für die EKD die einseitige Fixierung auf den Rassismus in Südafrika ein Ärgernis darstellte und sie es nicht nötig hatte, dies zu benutzen, um die Menschenrechtsfrage überhaupt zu thematisieren. An diesem Beispiel kann man, glaube ich, sehr deutlich erkennen, was es für die Evangelischen Kirchen in der DDR bedeutete, aus der Ökumene Anregungen in das eigene Land hineinzutragen.

Während es mit der Beitragszahlung für die ökumenischen Organisationen nicht recht klappte, kam es in der kirchlichen Entwicklungs- und Nothilfe zu einem interessanten Arrangement. Bevor ich darauf zu sprechen komme, will ich wenigstens einige Worte über die Beitragszahlung verlieren. Obwohl nämlich der Kirchenbund jährlich Millionenbeträge von der EKD zur Aufrechterhaltung seiner Infrastruktur erhielt, gelang es ihm nicht, die Beiträge für die ökumenischen Organisationen über den symbolischen Betrag von 25.000 DM hinaus zu erhöhen. Der Grund war, daß der DDR-Staat behauptete, aus Devisenmangel nicht mehr Geld transferieren zu können. Gleichzeitig jedoch machte er bei der Transferierung der EKD-Zuschüsse an die Kirchen in der DDR bei einem Kurs von 1: 1 ein riesiges Geschäft. Warum die Kirchen nicht auf einen bestimmten Anteil dieser Summe verzichten konnten zugunsten der Ökumene und der Hilfe für noch ärmere Kirchen, kann ich nicht erklären. Es gab immer wieder solche Forderungen von einzelnen Gruppen – auch auf Synoden. Ich kann nur vermuten, daß selbst die EKD mit einem solchen Handel nicht einverstanden gewesen wäre.

Bei der Entwicklungs- und Nothilfe gingen die Kirchen ein stilles Abkommen mit DDR-Organisationen wie „Liga der Völkerfreundschaft“ oder „Solidaritätskomitee“ ein. Das in den Gemeinden gesammelte Geld wurde mit Hilfe solcher Einrichtungen in Waren umgesetzt, die in der DDR aus eigener Produktion zu beschaffen waren. Das gelang nicht auf dem freien Markt, den es bekanntlich nicht gab. Also mußten aus bestimmten Betrieben „Überplanbestände“ oder auch „Ladenhüter“ aufgekauft werden. Die wurden dann in sogenannte befreundete Länder vermittelt. Natürlich standen nicht Länder zur freien Auswahl. Jedoch waren nicht selten gerade solche Länder von Mißernten, Katastrophen und dergleichen betroffen, die dem sozialistischen Modell der Gesellschaft zuneigten. Ihren Kirchen wurden mit Hilfe solcher Kooperation die Güter zuteil, die Gemeindeglieder in der DDR mit ihren Spenden ermöglichten. Das entlastete auf der anderen Seite auch wieder die Ökumene, die ihre stets unzureichenden Mittel nun auf Gebiete konzentrieren konnte, denen aus der DDR heraus nicht materiell geholfen werden konnte.

Das sah für manche natürlich so aus, als würden die Kirchen in der DDR nur Menschen helfen wollen, die unter prokommunistischem Regime lebten, als würden sie nur die staatliche und ideologisch geprägte Entwicklungspolitik

unterstützen und sich den SED-gesteuerten Organisationen unterwerfen. Das alles ist zwar nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, war aber die Bedingung dafür, daß überhaupt etwas geschehen konnte. In der Ökumene konnten Kirchen in anderen Ländern einen Ausgleich für diese Einseitigkeit schaffen, und das ist auch wirklich geschehen.

Was die Inhalte der ökumenischen Arbeit anbelangt, so dominierten theologische und kirchenpolitische Themen. Politisch interessant wurden vor allem die erst 1982 so zusammengefaßten Probleme um „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Der Widerspruch der politischen Klasse zu bestimmten Positionen in diesen Fragen war in der DDR nicht geringer als in der Bundesrepublik oder anderswo. Nur machte sich dieser Widerspruch an unterschiedlichen Stellen und auf verschiedene Weise bemerkbar: Hier etwas deutlicher repressiv – dort etwas subtiler ausgrenzend. In der DDR wurden ökumenische Initiativen beispielsweise für die Behandlung der Menschenrechte gerne als Legitimation gegenüber dem Staat zum Schutze der eigenen Erkenntnisse, der eigenen Einsichten und Aktivitäten benutzt. In den EKD-Kirchen wurden sie dagegen häufig als Sondergut einzelner oder marginaler Gruppen hingestellt, um mit der herrschenden Meinung nicht in Konflikt zu geraten. So kam es, daß die DDR-Kirchen als Musterschüler der Ökumene galten, während die EKD-Kirchen in erster Linie ihre Zahlmeister waren.

Der Respekt, den die DDR-Kirchen in der Ökumene genossen, verhalf ihnen dazu, sich vom Objekt der Hilfe und Betreuung zum selbstbewußten Subjekt mit eigener gesellschaftspolitischer Kompetenz zu wandeln.

Das wurde offenkundig, als die Delegierten des Kirchenbundes auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver 1983 die Anregung für den „Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ mitbrachten. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat sich nur zögernd diesem Vorschlag geöffnet und ihn ziemlich lustlos realisiert. Innerhalb der DDR jedoch gab er den unterschiedlichen Gemeindetypen und Personen Gelegenheit, die bereits vorhandenen Ansätze christlich motivierter Gesellschaftskritik zu einem gesellschaftspolitischen Wandlungsprozeß zusammenzufassen. Die Erstfassung der Texte, die bei der ökumenischen Versammlung in Dresden entstanden, lösten rund 10.000 schriftliche Reaktionen aus. Bedenkt man, daß der Entwurf der Thüringer Landesverfassung von 1993 ein Echo von kaum 400 Änderungswünschen auslöste, so kann man ermessen, welche Resonanz jene ökumenische Initiative wenige Jahre vorher fand. Sie bewirkte über die Grenzen der Kirchen hinaus einen Enthusiasmus zur Veränderung der Gesellschaft, der für viele zum Anstoß wurde, die gesellschaftliche Nische zu verlassen und sich an den friedlichen Demonstrationen im Herbst 1989 zu beteiligen. Damit war aber gleichzeitig die Enttäuschung vorprogrammiert, die 1990 mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit einherging. Die

Visionen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung oder eines Zeitalters der Gewaltfreiheit und der Ächtung des Krieges scheiterten einfach an den politischen Realitäten.

Vielleicht lag es daran, daß die häufige Rede von der Umkehr von vielen als Rückkehr zum Ausgangspunkt der getrennten deutschen Geschichte verstanden wurde. Wahrscheinlicher aber ist, daß die christlich verorteten Visionen der Dresdner ökumenischen Erklärung zwar die Aufbruchstimmung geschaffen haben, die den Abgesang des sozialistischen Ancien régime einleitete; aber für eine eigenständige Umgestaltung der Gesellschaft fehlten die konkreten Vorstellungen ebenso wie die Machtinstrumente. Insofern führte der konziliare Prozeß in der DDR zu einer typisch „protestantischen Revolution“. Die im Protestantismus tief verwurzelte Scheu vor der Macht ließ es gerade noch zu, die Moderation an ungezählten Runden Tischen zu übernehmen. Als es um die Besetzung der politischen Ämter ging bei der Durchsetzung neuer Strukturen und Rechtszustände, da waren die katholischen Christen viel eher bereit mitzuwirken.

In der Ökumene selbst haben die gesellschaftspolitischen Anregungen aus den DDR-Kirchen die Vorstellung genährt, man könne zwischen der Scylla des autoritären Sozialismus und der Charybdis eines Manchester-Kapitalismus einen dritten Weg zur sustainable society bzw. zur „verantwortbaren Gesellschaft“ finden. Von den Vertretern der überwiegend orthodoxen Kirchen aus den anderen sogenannten sozialistischen Ländern waren solche Überlegungen aus ihrem theologischen Selbstverständnis heraus nicht zu erwarten. In den westlichen Ländern, darüber täusche man sich nicht, gab es dagegen viele besonnene Christinnen und Christen, die zwar keine radikale, aber eine graduelle Veränderung der Wirtschafts- und Sozialordnung durchaus für nötig hielten. Daß derzeit alle solche Ideen als Illusionen abgetan werden, ist gewiß nicht das letzte Wort zum Erbe ökumenischer Sozialethik, die zweifellos auch von den evangelischen Kirchen in der DDR bereichert worden ist. Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Planer-Friedrich. Wir schließen unmittelbar an mit Frau Heike Schmoll.

Heike Schmoll: „Die ökumenische Arbeit der Kirchen in der DDR unter politischen Aspekten“

Ich habe zur Vorbereitung dieses Referats die Akten der Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim Politbüro der SED benutzt und die Unterlagen des Evangelischen Zentralarchivs; in einem Fall auch eine Akte aus der Behörde des Bundesbeauftragten bearbeitet. Es handelt sich dabei um die Akte Ulrich von Brück – IM Zwinger. Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, daß die evangelische Kirche von der Staatsführung gezielt eingesetzt wurde, um bestimmte außenpolitische Ziele durchzusetzen. Um dies zu belegen, werde ich mich auf drei politische Aspekte beschränken: erstens, die Vorbereitung zur Aufnahme

in die UN; zweitens, die Bedeutung des Anti-Rassismusprogrammes; drittens, das Engagement für die Menschenrechte. Vor allem über letzteres könnte man ein eigenes Referat halten. Ich bin also auch zu Vergrößerungen gezwungen.

1. Die Aufnahme der DDR in die Vereinten Nationen:

Nachdem der am 28. Februar 1966 vom Staatsrat der DDR gestellte Antrag auf Aufnahme in die UN gescheitert war, gelang es der DDR auch nicht, in einzelne UN-Spezialorganisationen, wie in die WHO, aufgenommen zu werden. Es war nicht nur die politische Großwetterlage, die die völkerrechtliche Anerkennung der DDR vorbereitete. Es waren auch nicht die Beziehungen zur dritten Welt, der DDR-Außenhandel, der in jeder Phase die diplomatische Anerkennung des Staates unterstützen sollte. Vielmehr gab es ganz gezielte Vorbereitungen von seiten des Staates wie der Kirchen bis zur Aufnahme der DDR in die Vereinten Nationen am 18. September 1973.

Die Anfänge einer außenpolitischen Orientierung der ökumenischen Verhältnisse lassen sich bis in die Zeit der sowjetischen Besatzungszone zurückverfolgen. Dort heißt es in einer in den Akten der Arbeitsgruppe Kirchenfragen zu findenden Beschreibung der Verhältnisse der evangelischen Kirche in der SBZ von 1949 im Blick auf die angelsächsischen Länder: „Die ökumenische Bewegung (Weltkirchenkonferenzen) wird besonders durch die angelsächsischen Länder gefördert. Die Politik der angelsächsischen Länder bedient sich der ökumenischen Bewegung zur Förderung ihrer Ziele.“ Die sogenannte Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten des ÖRK (CCIA) war 1946 gegründet worden und unterhielt von Anfang an formelle Beziehungen zu den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen. Es gab enge Kontakte zwischen dem Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf und den Vereinten Nationen. Die CCIA nimmt auch zu den UN-Erklärungen Stellung und hat sich etwa 1964 zu der UN-Erklärung über religiöse Intoleranz geäußert. Die heftigsten Kritiker einer wachsenden Politisierung der Ökumene bereits in den fünfziger Jahren waren Bischof Dibelius und Propst Asmussen, später auch Bischof Scharf und der EKD-Ratsvorsitzende Claß. Dies zeigte eine Analyse über die Politik der Kirchen der DDR, die am 22. Juli 1951 bei Willi Barth einging. Dort heißt es: „Es kann natürlich keinen Zweifel darüber geben, daß auch Dibelius eindeutig auf der Seite der amerikanischen Imperialisten steht.“ Schon 1961 schrieb Dibelius in einem Brief an den damaligen ÖRK-Generalsekretär Visser't Hooft: „Die Bereitschaft, sich der Diktatur des Herrn Walter Ulbricht zu unterwerfen und diese Unterwerfung theologisch zu begründen, fängt allmählich an, eine Ähnlichkeit mit gewissen deutsch-christlichen Entscheidungen zu gewinnen – nur daß sich die Fronten vertauscht haben und gerade solche uns jetzt predigen, 'den Kommunismus totzulieben', die seinerzeit ihre Existenz daran gesetzt haben, daß Jesus Christus der Herr sein müsse, nicht nur auf dem 'christlichen Sektor', sondern für das ganze Leben der Menschen.“ Propst Asmussen aus der Kirchenleitung

von Schleswig-Holstein hat auf seine weitere Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung verzichtet mit der Begründung, „daß die Arbeit in der Ökumene in einem noch nie dagewesenen Maße ... politisiert werde“. In einem Brief vom 20. Mai 1968 fordert der stellvertretende Vorsitzende des Regionalausschusses der CFK, Albrecht Schönherr, die Konferenz der Kirchenleitungen – der Brief ist an Krummacher adressiert – auf, „sich jetzt öffentlich für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR einzusetzen und insbesondere sich an die evangelischen Kirchenleitungen in der Bundesrepublik zu wenden mit der dringenden Bitte, es an ihrem Orte ebenfalls zu tun.“ Ein vom Vorsitzenden des CFK-Regionalausschusses Bernhardt und dem Ausschußsekretär Ordnung unterzeichneter Brief an Bischof Beste ein Jahr später, vom 5. Juni 1969, wird noch massiver. Der CFK-Regionalausschuß wendet sich darin an die KKL mit der Bitte, durch den Ökumenischen Rat der Kirchen bei der UNO dagegen zu protestieren, daß es der Deutschen Demokratischen Republik aufgrund eines diskriminierenden UNO-Beschlusses unmöglich gemacht wurde, sich an der Arbeit der UNO für die Entwicklungsländer zu beteiligen. Dieser Vorstoß diene der Sicherung des Außenhandels mit den Entwicklungsländern, für die die DDR-Kirchen beim ÖRK eintreten sollten. Die Beziehungen des Kirchenbundes zum ÖRK waren um einiges intensiver als zum Lutherischen Weltbund, wiewohl auch dieser eine gewisse Rolle spielt. Die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) hat nur im Zusammenhang mit der KSZE-Schlußakte Bedeutung, der Reformierte Weltbund spielt so gut wie keine Rolle.

Worin ist die Nähe der evangelischen Kirchen der DDR zum ÖRK begründet? Zunächst gibt es eine strukturelle Ähnlichkeit, die zwar äußerlich erscheint, jedoch nicht unterschätzt werden darf. Das Sekretariat des Bundes ist genauso aufgebaut wie die ÖRK-Zentrale in Genf. Das hat die Zusammenarbeit unter den einzelnen Kommissionen und Abteilungen erheblich erleichtert, denn es gab ja immer in Genf die passende Parallelkommission. Der ÖRK war auf der Umweltschutzkonferenz in Stockholm vertreten und wurde auch zur Europäischen Sicherheitskonferenz nach Helsinki als nichtstaatliche Organisation eingeladen. Nicht zufällig gab es auch noch kurz vor der Baseler Versammlung für „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ im Jahre 1989 regelmäßige Kontakte zwischen einzelnen Mitarbeitern des ÖRK und der Genfer DDR-Botschaft, die zunächst der gegenseitigen Information, aber auch Einflußnahme dienten.

In einer Information über Entwicklungstendenzen des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR an Paul Verner konstatiert Barth: „Bei der weiteren Einflußnahme auf die ökumenische Tätigkeit der Kirchen ist davon auszugehen, daß zunehmend mehr ausreisende Geistliche und kirchliche Amtsträger die außenpolitische Konzeption der DDR offen unterstützen müssen.“ Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen hält daher am 11. Februar 1971 fest: „Seitens der leitenden Kräfte des Bundes besteht ein spürbares Interesse an geordneten

Beziehungen zum Staat. Trotz Zurückweichens und vorhandener Illusionen in politischen Grundfragen, insbesondere bezüglich der Herstellung völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, zeigten sich im Bund Ansätze der Unterstützung unserer außenpolitischen Konzeption. Vertreter der evangelischen Kirchen unterstützten Stellungnahmen und bei internationalen Tagungen die Forderung nach Aufnahme der DDR in die UNO und nach Durchführung einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Es sind allseitige Voraussetzungen zu schaffen, daß der Bund der Evangelischen Kirchen und die evangelischen Landeskirchen bei internationalen kirchlichen Veranstaltungen entsprechend ihrem Status als unabhängige, selbständige Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates in Übereinstimmung mit der Friedenspolitik der DDR auftreten.“

Der Einschätzung, daß kirchliche Vertreter sich wirkungsvoll für eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR einsetzten, schließt sich in einer Information von 1972 auch der ehemalige Chefredakteur der Ost-CDU-Zeitung „Standpunkt“, Günther Wirth, an: „Im Verlaufe des letzten Jahres hat die Offensive der sozialistischen Staatengemeinschaft zur Durchsetzung der umfassenden Friedenskonzeption, der friedlichen Koexistenz, der Anerkennung der Grenzen in Europa, der Aufnahme der DDR in die UNO und ihre völkerrechtliche Anerkennung auch in den Kirchen zu einer Profilierung des Standpunktes in außenpolitischen Problemen geführt.“ Der Differenziertheit wegen muß gesagt werden, daß die versuchte Einflußnahme der SED begrenzt blieb. Die Partei hat beispielsweise versucht, eine ÖRK-Tagung in Westberlin zugunsten eines Tagungsortes im Osten zu verhindern. Das ist ihr nicht gelungen. Dafür hat man versucht, den inoffiziellen Mitarbeiter von Brück einzusetzen. Bevor von Brück und Günter Schulz zu einer Tagung des Zentralausschusses nach Genf fahren, sollte Seigewasser mit beiden ein Gespräch führen. Ich lese Ihnen diese Anweisungen vor, weil man da sehr genau sehen kann, wie das Staatskirchensekretariat gearbeitet hat: „Die Kirchenvertreter sollen in Genf zum Ausdruck bringen, daß sie eine Tagung in Westberlin kirchlicherseits für sehr problematisch halten. In der gleichen Weise nimmt Genosse Sgraja Einfluß auf Oberlandeskirchenrat von Brück. Er wird ihn veranlassen, beim ÖRK offiziell in seiner Eigenschaft als Mitglied des Zentralausschusses des ÖRK dafür einzutreten, daß die erwähnte Tagung nicht in Westberlin stattfindet, sondern in der BRD, wie dies ursprünglich beabsichtigt und zugesagt worden ist.“ In demselben Sinne wird auch der Studentenpfarrer Dietrich Gutsch, ebenfalls als IM registriert und bekanntlich auf dem KGB-Befehl mit Stolpe genannt, in Genf tätig werden. Gutsch redet dann tatsächlich in dem geforderten Sinne mit Potter. Bei der VI. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Daressalam 1977 wurde versucht, den inoffiziellen Mitarbeiter von Brück zum Präsidenten oder Vizepräsidenten zu lancieren. Auch das mißlang. Allerdings zeigen die Vorbereitungen auf Daressalam sehr schön, wie die Abteilung „Internationale

Beziehungen“ auf die Delegierten Einfluß zu nehmen versuchte. Es heißt dort unter „einzuleitende Maßnahmen“: „Den Ausreiseanträgen soll zugestimmt werden. Der Staatssekretär für Kirchenfragen führt in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ein vorbereitendes Gespräch mit der Delegation. Dabei ist über folgende Fragen zu orientieren bzw. zu informieren: Politische Situation in Ost- bzw. im südlichen Afrika; Haltung der DDR zu den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika. Politik der DDR in Vorbereitung auf KSZE in Belgrad unter Einschluß der Fragen der Menschenrechte, Religionsfreiheit usw. Mit den zuverlässigsten Teilnehmern werden individuelle Gespräche geführt, um ein profiliertes Auftreten dieser Delegierten zu erreichen. Die politische Einflußnahme auf die Delegation der DDR wird außerdem“ – und das ist wichtig – „in Abstimmung mit den Staatsämtern für Kirchenfragen der CSSR und Ungarns gesichert. Die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen führt mit der Leitung der Delegation ein auswertendes Gespräch.“

Zu einem der wichtigsten Gesprächspartner für die SED wurde der Generalsekretär des ÖRK, Philip Potter. Über ihn heißt es nach einem Besuch in der DDR vom Jahre 1973: „Philip Potters Vater war noch Negersklave auf Jamaica. Einige seiner Familienmitglieder wurden Opfer des weißen Rassenterrors. Seine soziale Herkunft bietet gewisse Ansatzpunkte für eine Einflußnahme im antiimperialistischen Sinne. Potter hat anlässlich seines Aufenthaltes zur Bundessynode 1972 in Dresden bei Gesprächen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen eine positive Stellung zur DDR bezogen. Er gilt als scharfer Kritiker der USA-Aggression in Indochina. Antikommunistischen Kreisen gegenüber hat sich Potter bisher stets zurückgehalten. Mit der Wahl Potters zum Generalsekretär kann sich der Weltkirchenrat progressiv entwickeln im Sinne von Parteinahme für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt.“ Potter und der argentinische Rechtsanwalt Nilus werden für die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED vor allem deshalb interessant, weil sie dem Wunsch der DDR, das Antirassismus-Programm durchzusetzen, nachkommen. Wo es ihnen inhaltlich und taktisch sinnvoll schien, arbeiteten die DDR-Kirchen außenpolitisch eng mit der Staatsführung zusammen. In dem Maße, wie die Übereinstimmung zwischen DDR-Führung und östlichen Kirchen wächst, verstärkt sich die Kritik der EKD. Dies zeigt sich vor allem beim Rassismusprogramm und der Menschenrechtsfrage.

2. Das Antirassismus-Programm:

Das Antirassismus-Programm stammt aus dem Jahr 1969 und war zunächst auf fünf Jahre befristet. Es wurde zu einem der größten Zankäpfel zwischen EKD und Kirchenbund. Wie kontrovers sich beide Seiten in dieser Frage gegenüberstanden, hat Herr Planer-Friedrich bereits erwähnt. Es zeigt sich weiter daran, daß Schönherr in einer Sitzung der Beratergruppe 1974 ausdrücklich darum bittet, daß sich Bund und EKD über der Frage nicht ausein-

anderdividieren mögen. In einem Gespräch zwischen Sindermann, Götting und Seigewasser und namhaften Vertretern des ÖRK heißt es einer Aufzeichnung nach: „Ein Stabsmitglied des ÖRK hob hervor, daß die Ökumene gerade auf diesem Gebiet bei den Kirchen und der Bevölkerung der DDR immer große Unterstützung gefunden und der Staat seit seiner Gründung eine klare antirassistische Politik geführt hat, woran die Kirchen aktiv mitgewirkt haben. Die progressiven Kräfte um Generalsekretär Dr. Philip Potter setzten entgegen des massiven Drucks reaktionärer Kreise, insbesondere aus den Kirchen der BRD und den USA, die Weiterführung des Kampfes gegen den Rassismus und den Neokolonialismus durch.“ Der Rat der EKD war nicht gegen eine Bekämpfung des Rassismus, empfahl aber, die Bekämpfung des Rassismus in den größeren Zusammenhang der Menschenrechte zu stellen. Die EKD könne dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms nicht zustimmen, wenn dieser in Struktur und Zielsetzung unverändert bleibe, hieß es damals. Sie verfolgte das Ziel, das politische Engagement des Weltkirchenrates zu reduzieren. Der Rat hat deshalb auch gefordert, „die Notwendigkeit einer intensiven theologischen Grundlagenarbeit, in der die Frage nach dem alle Kirchen verbindenden Christusbekenntnis den ersten Rang einnehmen müsse. Wichtigste Waffe der EKD zur Verwirklichung ihrer Zielsetzungen ist der Umstand, daß sie den Haushalt des Weltkirchenrates zu 40 Prozent finanziert“, das hat die SED ganz zutreffend konstatiert.

1975 nutzt Potter aufs Neue in einem Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen – auch Stolpe ist anwesend und der mit Ökumene beauftragte Oberkirchenrat des Bundes Pabst – noch einmal die Gelegenheit, die besondere Bedeutung der ostdeutschen Kirchen bei der Unterstützung des Antirassismus-Programmes hervorzuheben. In der Unterstützung dieser Aktivitäten der Kirchen durch den Staat kommt nach seiner Meinung zum Ausdruck, daß Christen und Marxisten gemeinsame Vorstellungen über die Schaffung gerechter Strukturen in der Welt entwickeln können. Am Beispiel von Mocambique, Angola und Guinea-Bissau erläutert Potter die weiteren Vorstellungen des Weltkirchenrates zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen. Potter wirft in diesem Zusammenhang das Problem des spezifischen Beitrags der DDR-Kirchen zur Verwirklichung dieser Vorstellungen auf und stellt die Frage, ob Kirchenvertreter aus der DDR nach Mocambique reisen könnten, um ihre Solidarität zu bekunden und Möglichkeiten einer ökonomischen Unterstützung zu untersuchen. Der Staatssekretär erklärt, daß die Möglichkeit grundsätzlich besteht. Stolpe stellt fest, „daß der Gedanke, die Befreiungsbewegungen auch nach ihrem militärischen und politischen Sieg weiterhin zu unterstützen, neue Perspektiven eröffnet, an deren Verwirklichung auch die Kirchen in der DDR teilhaben sollen.“

3. Das Menschenrechtsprogramm:

Der erste Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegen-

heiten des ÖRK, Frederick Nolde, war an der Erarbeitung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN selbst beteiligt und nahm an der Vollversammlung teil, die am 10.12.1948 diese Deklaration beschloß. Wie Sie wissen, besaß diese als Erklärung der UN einen hohen politischen und moralischen Rang, enthielt jedoch keine völkerrechtliche Verpflichtung und mußte erst mühsam in völkerrechtliche Vereinbarungen umgesetzt werden.

Die Menschenrechtsfrage spielt für die DDR – sie hat die KSZE-Schlußakte 1975 unterzeichnet – eine besondere Rolle in der kirchlichen und ökumenischen Arbeit. Das Interesse der Arbeitsgruppe Kirchenfragen ging immer wieder dahin, den Korb III der Schlußakte, in dem es um religiöse Toleranz und freie Religionsausübung geht, möglichst in den Hintergrund zu drängen. Wie schon auf der 1. Folgekonferenz in Belgrad 1977/78 hatte die DDR in den für die westliche Seite wichtigen Fragen der Realisierung des „Korb III“ der Helsinki-Schlußakte genauso ablehnend reagiert wie ihre Verbündeten. Gezielt werden etwa bei ökumenischen Konferenzen inoffizielle Mitarbeiter eingesetzt, die gemeinsam mit den Vertretern der orthodoxen Kirche dafür sorgen, daß der Staat in keinem Fall wegen der Beschränkungen bei der Religionsfreiheit kritisiert wird. Dies ist, wie westliche Zeitungen meldeten, auch durchaus gelungen. Ähnlich wie in der Antirassismusfrage entzündeten sich auch hier tiefe Konflikte zwischen Kirchenbund und EKD, der vieles, was etwa der unter der Leitung der Oberkirchenrätin Christa Lewek arbeitende Ausschuß für Kirche und Gesellschaft erarbeitete, zu einseitig war. Dies belegt ein Brief des Leiters der Berliner Kirchenkanzlei Behm aus dem Jahr 1975: „Soeben sehe ich Ihren Vermerk über die Sitzung der Beratergruppe am 17. Dezember durch. In dieser Sitzung hat Frau Lewek einen Bericht über die Menschenrechtskonsultation in St. Pölten Ende Oktober 1974 gegeben. Dieser Bericht hat die Konsultation in St. Pölten einigermaßen unkritisch geschildert, viel zu unkritisch, als daß dies hilfreich sein könnte. Wie wenig Frau Lewek die gegenwärtige Diskussion in ihrer Tiefe erfaßt hat, wird daran deutlich, daß sie offenbar mehrfach von der Alternative zwischen den Kollektiven oder sozialen und individuellen Menschenrechten in ihrem starren Entweder-Oder gesprochen hat. Und was ein kollektives Menschenrecht ist, wüßte ich nicht zu sagen. Natürlich haben auch diejenigen, die in der europäischen Tradition des Menschenrechtsverständnisses stehen, längst das aufgenommen, was man, etwas abgekürzt, die sozialen Menschenrechte nennt. Darum geht es in der gegenwärtigen Auseinandersetzung nicht. Es geht vielmehr darum, ob Menschenrechte das bleiben, was sie bisher waren, nämlich definierbare und auch durchsetzbare Rechte. Stattdessen gibt es auch in Genf die Tendenz, das Unaufgebbare am westlichen Menschenrechtsverständnis zugunsten allgemeiner politischer und gesellschaftspolitischer Postulate auszuhöhlen.“ Diese Einsicht bestätigt auch Niilus, der in einer Information meint, „es gelte aus der bisherigen einseitigen nordatlantischen Konzeption in Menschenrechtsfragen herauszukommen. Es

sei deutlich geworden, daß die Zuarbeit der Kirchen aus sozialistischen Ländern wesentlicher als erwartet auf die Vorhaben des Weltkirchenrates eingewirkt hätten.“ Potter soll vor der CCIA erklärt haben, daß die Kirchen in den sozialistischen Ländern Osteuropas einen besseren Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte leisten als die Kirchen im Westen. Deutlich ist dabei, daß die DDR-Kirchen sich der sozialistischen Menschenrechtsauffassung des Staates lückenlos angeschlossen haben, was auch aus folgender Information hervorgeht: „Kirchliche Gremien haben sich seit Beginn der siebziger Jahre zunehmend den Menschenrechtsfragen zugewandt. Dabei vollzog sich eine stetig wachsende Annäherung an sozialistische Menschenrechtsauffassungen, vor allem in der Bewertung von Kollektivrechten, insbesondere sozialer Rechte sowie dem Recht auf Leben und Frieden. Vertreter der protestantischen Kirchen in der DDR haben mit ihrem Beitrag einen bedeutenden Anteil daran, daß in den zentralen kirchlichen Gremien das sozialistische Menschenrechtsverständnis dargelegt und berücksichtigt ist.“ Es gibt also eine Verschiebung von dem angelsächsisch-individualistischen Menschenrechtsverständnis hin zu dem sozialistischen kollektiven Menschenrechtsverständnis. Damit hat es auch zu tun, daß der Freiheitsbegriff später praktisch keine Rolle mehr spielt. Stolpe hat 1981 noch in einem Beitrag über die Menschenrechte in der DDR gesagt: „Die DDR hat sich völkerrechtlich verpflichtet, die universalen Menschenrechte in ihrem Bereich zu verwirklichen. Sie hat diese Verpflichtung in ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung erfüllt. Von den völkerrechtlich vorgesehenen Anwendungsmodalitäten hat sie auf gesetzlicher Grundlage in Güterabwägung Gebrauch gemacht.“ Die Kirchen hätten auch die Notwendigkeit der Einheit aller zehn Prinzipien der Schlußakte anerkannt, wenn Frieden und Sicherheit in Europa gewährleistet sein sollen, heißt es in einer Information. „Da die historische Bedeutung der Dokumente von Helsinki nur abstrakt anerkannt und der Korb III isoliert und unzulässig hervorgehoben wurde, verstärkten sich jedoch auch Illusionen über die Möglichkeit, durch die Verträge das aggressive Wesen des Imperialismus zu verändern“, heißt es in einem Bericht über eine ökumenische Weltversammlung. „Die reaktionären Kräfte in den Kirchen verstärkten Bemühungen, ihrer Behauptung Gehör zu verschaffen, nach der die Religionsfreiheit in der DDR nicht verwirklicht werde, die Menschenrechte für Christen nur verkürzt gewährt würden und die Kirche nur ihrer eigentlichen Aufgabe treu bleibe, wenn sie als Korrektiv gegenüber dem Sozialismus auftrete.“ Konkret wird weiter berichtet: „Der Zusatzantrag des Schweizer reformierten Kirchenvertreters Rossel, in dem von einer Besorgnis über die Beschränkung der Religionsfreiheit, insbesondere in der UdSSR, die Rede ist, wurde von den Vertretern der russisch-orthodoxen Kirche gemeinsam mit politisch vernünftigen Delegierten aus anderen sozialistischen Ländern abgewehrt.“ Wichtig ist, daß Nilus sich ganz im Interesse der DDR offenbar für eine andere Prioritätenliste innerhalb des ÖRK eingesetzt hat. Es wurde ein Sechs-Punkte-Katalog grundlegender Menschenrechte aufgestellt. Den ersten

Platz erhielt hierbei das grundlegende Recht auf Leben, sodann wurden die Grundrechte auf nationale Selbstbestimmung und reale Demokratie genannt, dem folgten die Rechte auf abweichende Meinungsäußerung und auf Unversehrtheit der Person. Erst an letzter Stelle rangiert die Religionsfreiheit, die im ÖRK von 1945 bis 1970, also vor dem Amtsantritt von Niilus, als das wichtigste Menschenrecht behandelt worden war. Dies zeigt, wie sehr sich der ÖRK durch die Mitarbeit der DDR-Kirchen und die Aufnahme der Russisch-Orthodoxen Kirche verändert hat. Die kirchliche Unterstützung bestimmter außenpolitischer Ziele macht neues Nachdenken über das Verhältnis von Staat und Kirche nötig. An der Menschenrechtsdiskussion wird das Dilemma deutlich, das sich für die Kirche zwischen Verweigerung und Identitätsverlust, Anpassung und Widerstand, Glaubwürdigkeit und Ausschaltung auftut. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen, und wir kommen nun zur Diskussion und zum Gespräch darüber mit der Möglichkeit, zu kommentieren und Fragen zu stellen. Frau Dr. Wilms.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich richte mich an beide Referenten mit der Frage: Die Ökologie hat in Genf immer eine große Rolle gespielt. Das haben Sie betont. Man hat immer verwiesen auf die ökologischen Schäden überall in der Welt. Warum hat man nicht verwiesen auf die ökologischen Schäden in Mittelost- und Osteuropa, Sowjetunion und alles, was dazugehört? Ist dieses Thema ausgeklammert, oder ist es bewußt vermieden worden? Können Sie dazu ein paar Anmerkungen machen?

Zweitens: Wir haben gehört, daß es ein Rassismusprogramm, Kampf gegen Neokolonialismus, gab. Man meinte damit wieder die USA oder die westliche Hemisphäre. Hat man nicht darüber diskutiert, daß die Sowjetunion die Länder in Asien, alle sie umgebenden Länder, die heute wieder selbständig sind, ebenfalls kolonialisiert hat? Ist das je thematisiert worden, oder hat das überhaupt keine Rolle gespielt, hat man das überhaupt nicht gesehen?

Dritte Frage: Wir haben schon verschiedentlich gehört, es ist auch allgemein bekannt, daß die evangelische Kirche der DDR finanziell sehr stark abhängig war von der EKD und auch von Mitteln der Bundesregierung. Ist es bei der Ökumene bekanntgewesen, daß das Leben der Kirchen in der DDR sehr stark durch die Bundesrepublik finanziert war?

Eine vierte Anmerkung: Ich fand das letzte, was Frau Schmoll zu Korb III der KSZE und zu dem Begriff Menschenrechte gesagt hat, mit das Interessanteste. Sie hat deutlich gemacht, daß sich offensichtlich die Begrifflichkeit zwischen West und Ost auseinanderentwickelt hat. Ich vermute fast, daß ein Teil des Nichtverstehens zwischen den Kirchen in der Bundesrepublik und der damaligen DDR oder – sagen wir es allgemeiner – zwischen Menschen in der alten Bundesrepublik und der DDR bis in die heutigen Tage hinein darauf beruht, daß wir zwar dasselbe Wort für einiges benutzen, aber den

Worten verschiedene Inhalte geben. Der Menschenrechtsbegriff ist einer dieser Begriffe, der – so habe ich den Verdacht – unterschiedlich unterfüttert wird: Hier – und so war es ja auch bei der KSZE gemeint – der individuelle und durchaus christliche Menschenrechtsbegriff und auf der anderen Seite zunehmend ein mehr kollektivistischer, der von der Personenwürde des Menschen nicht mehr gedeckt oder nur noch teilgedeckt wird, jedenfalls nach meinem Verständnis von Menschenwürde. Ich würde dazu gern hören, ob meine Vermutung richtig ist.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich habe als nächste Frager Herrn Weisskirchen, Herrn Hilsberg, mich selbst und Herrn Hansen, dann Herrn Faulenbach. Der nächste ist also Herr Weisskirchen.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Frau Schmoll und Herr Planer-Friedrich, mich interessiert eine ähnliche Frage, wie sie Frau Wilms gestellt hat, ob Sie meinen Eindruck bestätigen können, daß die Menschenrechtsfrage natürlich eine Angelegenheit ist, die in sich selbst Spannungsverhältnisse hat. Wenn ich mir die UNO-Charta anschau, dann ist dieses innere Spannungsverhältnis angelegt zwischen den an die Personen gebundenen Menschenrechten und zugleich auch darin, daß diese an die Personen gebundenen Menschenrechte in sozialen, gesellschaftlichen Bedingungen durchgesetzt werden sollen. Da gibt es ein inneres Spannungsverhältnis, das zum Beispiel bei der Menschenrechtskonferenz in Wien dazu geführt hat, daß Vertreter der dritten Welt dieses Spannungsverhältnis versuchen aufzulösen, indem sie eher die kollektiven Begründungszusammenhänge sehen und sie weniger auf die individuellen Ansprüche zuspitzen. Inwiefern hat dieses innere Spannungsverhältnis mit dazu beigetragen, daß es immer um das changierende Problem – Sie brachten es im Schlußsatz ihrer Rede auf die Zuspitzung, Frau Schmoll – auf der einen Seite Anpassung und auf der anderen Seite Widerstand ging. Inwiefern wurde dieses innerhalb der Ökumenischen Versammlung reflektiert? Wenn ich einmal ein Detail nennen darf, würde mich, Herr Planer-Friedrich, falls Sie zu diesem Zeitpunkt in Berlin waren, folgendes interessieren: 1988 gab es beispielsweise in Westberlin eine Veranstaltung, die das Thema „Dritte Welt“ behandelt hat. Das Lelio-Basso-Tribunal hat die Industrieländer verklagt und versucht, darüber Urteile zu fällen, inwiefern die Industrieländer die Dritte Welt in die Schuldenfalle geführt hätten. Das wurde im damaligen Ost-Berlin in einer Reihe von Kirchenveranstaltungen reflektiert. Dies wurde im Zusammenhang mit der ökumenischen Versammlung debattiert, so daß eine Verknüpfung stattfand zwischen dem konziliaren Prozeß, dann dem, was in den Kirchengemeinden an der Basis geschehen war und zugleich mit einem Ereignis, das in West-Berlin stattfand. Mir schien, daß dieses Modell des ineinander vernetzten Denkens und Handelns ein ganz typisches Modell für den konziliaren Prozeß gewesen ist. Ich erinnere zum zweiten daran, daß der IKV – der Interkirchliche Friedensrat in Holland – einen ganz wesentlichen

inhaltlichen und organisatorischen Impuls gesetzt hat, der parallel zu der Entwicklung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vergleichbare Impulse gesetzt hat. Die Frage noch einmal zugespitzt: Wie haben Sie empfunden, daß dieses Spannungsverhältnis Anpassung und Widerstand nicht doch möglicherweise in eine andere Ebene mündete, nämlich in der Ebene der Adaptionsprobleme? Adaptionsprobleme nämlich, auf der einen Seite innerhalb einer Gesellschaft agieren zu müssen – die war ja vorgegeben – und auf der anderen Seite dennoch genügend Widerstandspotentiale in diesem Adaptionsprozeß zu ermutigen und zu ermuntern, die dann schließlich dazu geführt haben – vielleicht nicht als Absicht, aber dennoch als Wirkung –, daß etwa beim Zusammenbruch der Konstruktionen und der Strukturelemente der damaligen DDR nicht gerade kirchliche Verhaltensmuster, Moderatormuster übertragen wurden auf den Prozeß der Veränderung, der dann nachher 1989 im November und den Folgemonaten typisch gewesen war.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Der nächste ist Herr Hilsberg.

Abg. Hilsberg (SPD): Frau Schmoll, ich habe folgende Frage: Sie haben relativ klar dargelegt, wie es der DDR offenbar gelungen ist, den ÖRK mit eigenen außenpolitischen Zielvorstellungen auszustatten, also eigene außenpolitische Positionen dort hineinzutragen. Da gibt es dann zwei Wirkungen an der Stelle. Die eine Wirkung ist die Innenwirkung, in die DDR hinein. Und in der Tat findet man gerade Vorstellungen über die Menschenrechte in der Art und Weise, wie Sie sie geschildert haben, den kollektiven Aspekt beispielsweise, durchaus noch in Ostdeutschland, auch in Reihen der Kirche, auch an anderen Orten. Aber die zweite Frage, die sich mir stellt: Welchen Einfluß hatte denn der ÖRK politisch nach außen? Was hat die DDR damit gewonnen, daß sie ihre Position dort hineingetragen hat, beispielsweise in der Frage der Anerkennung der DDR respektive der Eintritt in die UNO? Können Sie dazu etwas sagen?

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Der nächste bin ich selbst. Ich möchte drei Fragen stellen, die erste an Frau Schmoll. Sie sagten am Anfang, welche Akten Sie benutzt haben. Inwieweit haben Sie kirchliche Akten benutzt, um zu versuchen, in ein entsprechendes Verhältnis zu stellen, was Sie da in den staatlichen Akten gefunden haben? Haben Sie mit den handelnden Personen gesprochen? Mein Eindruck ist, daß Sie mehr einen Kampf zwischen Gut und Böse beschreiben, der dann so oder so ausgeht, und die differenzierte Wirklichkeit des Zusammenarbeitens der DDR-Kirche mit der Ökumene vielleicht nicht genau genug in den verschiedenen Schattierungen wahrnehmen. Ich denke, daß auch der Streit, den es innerhalb der DDR-Kirchen um ökumenische Fragen gegeben hat, hätte dargestellt werden müssen. Wenn man bedenkt, daß in der Kommission „Kirche und Gesellschaft“, die sich stark mit solchen Fragen, die Sie angesprochen

haben, beschäftigt hat, Heino Falcke der Vorsitzende war und Frau Lewek die Geschäftsführerin – da merkt jedenfalls der Insider, welche Welten dazwischenliegen und auch welche Bedeutung die ökumenische Arbeit jeweils für das Umgehen mit der konkreten Wirklichkeit der DDR hatte. Wichtig ist auch, wie weit die Frage der weltweiten Verantwortung, die in der Ökumene an zentralen Fragen unserer Zeit diskutiert worden ist, auf die Auseinandersetzung mit der eigenen Wirklichkeit übertragen wurde. Dies geschah wahrhaftig sehr unterschiedlich. Es gab Leute, die in der Ökumene aktiv waren, bei denen man den Eindruck einer gewissen politischen Einäugigkeit hatte. Sie sprachen in weltweiten Fragen von Menschenrechten, aber wenn es die eigene Gesellschaft betraf, nahmen sie diese Probleme nicht wahr bzw. verschwiegen sie. Es gab aber eben auch andere, die ihre Kontakte unmittelbar fruchtbar gemacht haben für die eigene Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, in der wir lebten – in der ganzen Breite der Probleme, die im konziliaren Prozeß Thema waren.

Wenn hier gesagt wird, daß das Thema „Freiheit“ keine Rolle spielte, muß ich sagen: Das stimmt nicht. Frau Dr. Wilms, lesen Sie einmal die Texte, und Sie werden feststellen, daß die Frage nach Beteiligung und der Möglichkeit, sich hier frei zu bewegen und seine eigene Haltung ins politische Geschäft einzubringen, in diesem Prozeß wahrhaftig eine wesentliche Rolle gespielt hat, wenn auch unter dem Stichwort „Gerechtigkeit“, das heißt Partizipation und Beteiligung. Auch ein anderer Punkt, den Sie ansprachen, bedarf der Richtigstellung: Die DDR-Kirchen hätten den Ökumenischen Rat im Sinne der SED gelenkt. So jedenfalls haben Sie hier den Anschein erweckt. Das sind, jedenfalls für mich, deutlich einseitige Verzerrungen, die bei allen Problemen im einzelnen so nicht haltbar sind.

Mich würde von Herrn Dr. Planer-Friedrich interessieren, wie Sie das konkret in Genf selbst erlebt haben. Ich meine, Sie sind mit dem, was hier gesagt worden ist, konkret angefragt: Wie haben Sie es erlebt, zum einen den Einfluß in Genf durch die DDR-Kirchen, ich nannte das Stichwort „Musterknabe des ÖRK“, zum anderen aber auch: Welche Fragestellungen sind – durch Sie selbst oder durch andere – Ihrer Meinung nach durch die Ökumene in die Diskussion und Arbeit der DDR-Kirchen hineingekommen? Vielen Dank. Der nächste ist Herr Hansen.

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich zitiere Clemens Vollnhals, den wir nachher noch hören werden, der unter anderem neulich geschrieben hat: „Ein konstruktives Verhältnis zu den Errungenschaften des bürgerlichen Liberalismus, namentlich der vorstaatlichen individuellen Grund- und Menschenrechte und dem Prinzip der Gewaltenteilung, ist in den Verlautbarungen des DDR-Kirchenbundes nicht zu finden.“ Und da schließe ich an die Frage von Herrn Hilsberg an nach der Binnen- oder Innenwirkung, wenn es um die möglicherweise unterschiedlichen Begriffe und die unterschiedliche Sprache ging, was man jeweils darunter zu verstehen hat. Wie ist denn die Innenwirkung nach Ihrem Urteil, Frau

Schmoll, gewesen zwischen den Vertretern in der Ökumene, die aus den beiden deutschen Staaten kamen und insofern, jedenfalls scheinbar, die gleiche Sprache sprachen und sich dann über die Begriffe dieser gemeinsamen Sprache miteinander auseinandersetzten, so gesehen, die deutsch-deutsche Binnenwirkung in der Ökumene? Und dann frage ich Herrn Planer-Friedrich: Wenn Sie Frau Schmoll gehört haben, wie habe ich dann Ihren Satz zu verstehen: „Ich halte es für ziemlich unwahrscheinlich, daß sich Kirchendelegierte aus der DDR wie der Ökumene für politische Ziele mißbrauchen ließen, obwohl das nie ganz auszuschließen ist“? Das schließen Sie dann noch an. Können Sie Ihren Satz für die Kirchendelegierten aus der DDR mit Blick auf das Referat von Frau Schmoll so noch aufrechterhalten, oder wird sich die salvatorische Klausel erweitern müssen?

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Der nächste ist Herr Faulenbach.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Erste Frage an Herrn Planer-Friedrich. Sie haben davon gesprochen, daß die Ökumene zunehmend der Schutzmantel für die Kirche der DDR gewesen sei, den die EKD nicht mehr habe darstellen können. Vielleicht können Sie einmal näher erläutern, in welchen Hinsichten Sie diesen Schutzmantel sehen. Das ist für meine Begriffe etwas vage geblieben, worin diese Schutzfunktion bestanden hat.

Eine Frage an Frau Schmoll: Die Problematik des sogenannten realsozialistischen Menschenrechtsbegriffs ist natürlich nicht in Abrede zu stellen, aber es gab in dieser Zeit sowohl in der Bundesrepublik als auch im Westen überhaupt eine Diskussion über die Verknüpfung der Menschenrechtsfrage im engeren Sinne mit der Bürgerrechts- und der Sozialrechtsfrage. Gerade bezogen auf die dritte Welt ist natürlich die letztere Dimension auch immer diskutiert worden, so daß von daher auch auf der internationalen Ebene die Fragen vielleicht doch etwas mehr changiert haben, als das hier schien. Die ganz apodiktische Gegenüberstellung jedenfalls, wie sie manchmal vorgenommen wird, entspricht nicht dem westlichen Diskussionsstand dieser Jahre, wie mir scheint.

Die zweite Frage an Sie: Ist denn die ökumenische Politik der DDR-Kirche die Politik von einigen wenigen Einzelnen gewesen, oder ist es nicht doch so gewesen, daß sie eine stärkere Rückbindung gehabt hat? Das ist im Grunde genommen die Frage, die Herr Meckel schon gestellt hat. Bei Ihnen erschien das so, als ob das lediglich gleichsam eine Form der geheimen Diplomatie gewesen sei. Aber es handelte sich doch wohl um mehr. Auch die Kirche der DDR war stärker engagiert, als daß man jetzt einige bestimmte Punkte zu Kernfragen gleichsam des Engagements der DDR-Kirche machen könnte.

Dann eine Frage an an Frau Schmoll und Herrn Planer-Friedrich: Diese Antirassismusprogrammatik, das Antirassismus-Programm, das Engagement in der Ökumene: Welche Rückkopplung hat das aus Ihrer Sicht, bezogen auf die Gesellschaft der DDR, gehabt? Inwieweit waren damit auch bestimmte

Formen im Hinblick auf den Umgang mit Ausländern in der DDR verbunden? Das wäre ja so einer der Tests gewesen, inwieweit dieses gleichsam nur etwas abstrakt war oder doch auch eine bestimmte Funktion, bezogen auf die DDR, hatte. Denn es gab doch trotz der geringen Anzahl von Menschen anderer Länder in der DDR gewisse Spannungen. Es gab Spannungen gegenüber den Arbeitskräften aus Ostasien und ähnlichen Gruppen. Inwieweit hat die Kirche sich zu diesen Dingen geäußert? Inwieweit hatte dies gleichsam, auch bezogen auf den Umgang der Menschen in der DDR, eine Auswirkung, daß man sich im Bereich der Ökumene engagiert hat?

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen, Frau Wisniewski und Herrn Poppe. Gibt es weitere, denn sonst würde ich die Liste schließen? Danke. Dann schließen wir die Liste. Die nächste ist Frau Wisniewski.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Eine Frage an beide Referenten. Es hat den Anschein, nach dem, was Sie gesagt haben, daß sich der direkte Dialog zwischen EKD und DDR-Kirche im wesentlichen oder zu einem guten Teil auf diesem internationalen Parkett abgespielt hat. Man gewinnt nun auch den Eindruck, daß so ein gewisses Übergewicht oder ein gewisser positiver Effekt für die DDR eher zu verzeichnen ist. Ist das richtig, oder ist das ein falscher Eindruck, muß der korrigiert werden? Aber wenn es heißt, daß die Kirche in der DDR sich zu einem selbstbewußten Subjekt mit eigener gesellschaftspolitischer Kompetenz entwickeln konnte und daß auch so etwas wie eine schleichende Umwandlung der individuellen Menschenrechte zu sozialistischem Menschenrechtsverständnis zu verzeichnen war, dann sind das ganz gravierende Aussagen. Die Frage ist: Ist der Eindruck richtig? War das so oder ist das jetzt nur eine Überzeichnung, die sich vom Thema her ergibt? Danke schön.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Als letzter Herr Poppe.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Frage richtet sich auch an beide Referenten. Sie haben von den Versuchen gesprochen, die ökumenische Menschenrechtsarbeit in außenpolitischer Hinsicht zu instrumentalisieren. Der Streit lag eigentlich nicht so sehr zwischen dem Thema der individuellen und der kollektiven Rechte als vielmehr zwischen den individuellen und kollektiven politischen Rechten einerseits und dem, was immer „soziale Rechte“ genannt wurde andererseits. Der Versuch, diese beiden Gruppen von Menschenrechten gegeneinander auszuspielen, ist auch nach Ihren Aussagen von einem Teil der ökumenischen Vertreter übernommen worden oder ihm ist mindestens nicht widersprochen worden. Nun gab es in der DDR zunehmend Gruppierungen im kirchlichen Rahmen und am Rande der Kirche, die sich in den achtziger Jahren mit Menschenrechtsfragen intensiv befaßt haben und die sich immer sehr stark dagegen gewehrt haben, diese Rechte

gegeneinander auszuspielen. Mich würde nun interessieren: Wie weit reichen Ihre Erkenntnisse, daß hier auch eine innenpolitische Instrumentalisierung stattgefunden hat, nämlich diese ökumenische Arbeit gegen die Arbeit von Menschenrechtsinitiativen in der DDR zu setzen? Ich erinnere mich, daß mehrfach der Versuch unternommen wurde, Begegnungen herbeizuführen zwischen dieser Arbeitsgruppe beim Bund der Evangelischen Kirche, wo die genannte Frau Lewek und andere dabei waren, und Menschenrechtsgruppen, die in den achtziger Jahren entstanden. Diese Begegnungen haben nie stattgefunden. Sie wurden immer nur angekündigt und dann unter ziemlich fadenscheinigen Gründen abgesagt von seiten des Bundes. Da würde mich jetzt einfach interessieren, wie weit Sie dort bei Ihren Recherchen regelrechte Instrumentalisierungsversuche oder staatliche Aufträge gefunden haben?

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Wir kommen zur Beantwortung der Fragen. Ich schlage vor, daß wir dies in umgedrehter Reihenfolge machen, so daß Frau Schmoll beginnt und dann Dr. Planer-Friedrich abschließt.

Heike Schmoll: Zunächst zu Frau Dr. Wilms: Ist das Thema „Ökologie“ bewußt vermieden worden? Damals war das Ausmaß der ökologischen Verseuchung der DDR und auch der UdSSR noch gar nicht klar, deshalb hat man über die ökologische Verseuchung im eigenen Land nicht geredet. Herr Planer-Friedrich wird das vielleicht noch korrigieren, aber mir sind keine Äußerungen über die ökologische Verseuchung im Osten bei den Akten untergekommen. Es ist nicht so, daß ich nur staatliche Akten studiert hätte. Man hat natürlich nicht darüber diskutiert, daß auch die UdSSR Länder kolonialisiert hat. Das war ein Tabuthema. Herr Jüngel hat heute morgen schon darauf hingewiesen, daß es bei ökumenischen Versammlungen usus war – das ist auch jetzt noch so, das hat man vor zwei Jahren in Prag studieren können –, daß orthodoxe Kirchenvertreter ans Mikrofon gehen und sagen: „Unser Synodos hat beschlossen, daß das soundso gemacht wird, und wenn es nicht so gemacht wird, treten wir aus.“ Es gab von Anfang an diesen massiven Druck, dem sich meistens die anderen Delegierten gebeugt haben, um diesen Auszug zu verhindern. In der Ökumene ist natürlich bekannt gewesen, daß die Kirchen in der DDR finanziell von der EKD abhängig sind, aber es hat so etwas wie eine Selbstimmunisierung gegeben. Das heißt, man redete nicht darüber, und es hat diese Selbstimmunisierung vielleicht auch in der eigenen Wahrnehmung der DDR-Kirchen gegeben. Man hat zwar irgendwie gewußt, daß man abhängig ist, aber man hat es nicht wahrhaben wollen. Es war in der Tat so, daß die ökumenischen Versammlungen für das Selbstbewußtsein dieser ostdeutschen Kirchen ungemein wichtig waren. Ich glaube, es ist keine Überschätzung der DDR-Kirchen innerhalb des ÖRK, daß sie in der Tat die viel wichtigere Rolle gespielt haben als die EKD, und zwar von ihren theologischen Aussagen her, weil man wußte: Sie leben unter

der Repression, während die EKD meistens als die korrumpierte kapitalistische Kirche erschien. Ich karikiere jetzt etwas, aber so ähnlich war das.

Sie haben noch nach der Entwicklung des Menschenrechtsbegriffs gefragt. Ich möchte nur eines sagen, auch im Blick auf Sie: Natürlich hat auch der Menschenrechtsbegriff der Dritten Welt im ÖRK eine entscheidende Rolle gespielt, als nämlich die Dritte-Welt-Kirchen aufgenommen wurden. Das war in erster Linie ein revolutionärer Menschenrechtsbegriff, also Theologie der Revolution usw. Ich führe das jetzt nicht weiter aus, aber es gab dieses Spannungsfeld der drei Begriffe im ÖRK und natürlich auch in der westlichen Diskussion. Es ist auch nicht in Abrede zu stellen, daß es auch im Westen Unterstützer des sozialistischen Menschenrechtskonzepts gab.

Herr Weisskirchen, Sie haben nach der Verknüpfung konziliarer Prozesse und Ereignisse in West-Berlin gefragt und ob es nicht Adaptionprobleme gegeben hat. Diese Anpassung und der Widerstand in der ökumenischen Bewegung haben nicht dazu geführt, daß die DDR-Kirchen zu reinen Erfüllungsgehilfen des Staates geworden wären. Ich glaube, das habe ich auch nicht gesagt. Es kommt ein bißchen darauf an, da gehe ich auch gleich auf Herrn Meckel ein, was man betrachtet. Ich habe den Kirchenbund betrachtet, und das ergibt ein völlig anderes Bild als die Betrachtung der jeweiligen Landeskirchen. Das gilt übrigens in jeder Frage. Man muß gelegentlich den Kirchenbund betrachten, weil er die zentrale Organisation war und, wie ich auch gesagt habe, die entscheidende Kommission des ÖRK im Kirchenbund, während die Ökumene in den Landeskirchen eigentlich eine geringe Rolle spielte. Es gibt im Zusammenhang mit Brüsewitz Kritik von Pfarrern daran, daß ständig die Bischöfe ins ökumenische Ausland fahren. Die Gemeindeglieder haben gefragt: „Wie kommt das eigentlich, daß wir hier unter diesen Zuständen leben und unsere Großkopfeten nach Neu-Delhi und sonstwohin fahren?“ Es gab durchaus einen sehr großen Zwiespalt zwischen dieser zentralistisch vom Kirchenbund organisierten Ökumene und der Ansicht in den Gemeinden und den Gruppen.

Herr Hilsberg, Sie haben danach gefragt, welchen Einfluß der ÖRK politisch nach außen hatte, ob er denn etwas zu sagen hatte. Die Kontakte zwischen ÖRK und UNO waren in der Tat sehr eng. Der ÖRK ist in Genf eine der wichtigsten Organisationen und hat quasi politischen Charakter. Ich glaube, das darf man nicht unterschätzen. In letzter Zeit hat das sehr abgenommen, aber in den siebziger Jahren war er eine äußerst wichtige Organisation. Das sieht man übrigens auch daran, daß in den siebziger Jahren sowohl in der EKD als auch in der öffentlichen Wahrnehmung die ökumenischen Versammlungen eine geradezu politische Bedeutung hatten, was inzwischen nicht mehr der Fall ist. Das Interesse läßt merklich nach. Natürlich gab es auch in den DDR-Kirchen Streit über die Ökumene. Einzelne Landeskirchen konnten zum

Beispiel nichts mit dem anfangen, was die Kommission, was der Ausschuß für Kirche und Gesellschaft unter Frau Lewek gemacht hat.

Herr Meckel, zu solchen Differenzierungen reichen einfach 20 Minuten nicht, aber ich sehe die durchaus. Auch zum Beispiel dieses Zitat von Schönherr – Aufnahme in die UN usw. – das sind alles kirchliche Akten gewesen, das waren keine SED-Akten. Das heißt also, ich habe im wesentlichen kirchliche Akten benutzt. Ich habe auch mit Frau Lewek ein Gespräch geführt. Es ist aber, wie Sie wahrscheinlich wissen, äußerst schwierig, mit Zeitzeugen von damals selbstkritische Gespräche zu führen. In jedem Fall darf man nicht den Eindruck erwecken, daß die DDR-Kirchen in irgendeiner Weise gelenkt waren. Es gab einzelne Vertreter, die sich haben instrumentalisieren lassen, so wie von Brück, wie Gutsch und einige andere. Es ist eine ähnliche Konstruktion, wie sie Herr Jüngel heute morgen dargestellt hat. Es waren einzelne, die sich haben instrumentalisieren lassen. Es ist nur die Frage, welche Rolle die einzelnen auf diesen Ökumenischen Versammlungen gespielt haben. Ich glaube, daß auf den Ökumenischen Versammlungen der Einfluß dieser einzelnen größer war als bei einer Synode in der DDR. Es gibt in der FAZ einen Zeitungsbericht von Herrn Odin, wo von Brück zusammen mit Juvenali, der, wie wir inzwischen wissen, KGB-Mann ist, systematisch den Versuch einer Kritik an den Beschränkungen der Religionsfreiheit in der DDR niedergeknüpelt hat. Darüber wurde danach nicht mehr geredet. Man hat diesen Antrag auf eine kritische Äußerung abgewürgt. Natürlich gab es da auch Formen der Geheimdiplomatie, das ist ganz klar. Die Rückkopplungen auf die Gesellschaft, Herr Faulenbach, waren gering. Man hat, das ist eine Grundtendenz während dieser ganzen Zeit gewesen, wirklich lieber nach Südafrika gesehen, ich karikiere jetzt etwas, und dort die rassistischen Unterdrückungen kritisiert als im eigenen Land danach gefragt. Das heißt nicht, daß in ökumenischen Erklärungen nicht auch Dinge gesagt werden konnten, die man sonst so nicht hätte sagen können in der DDR. Die Ökumene hat gewissermaßen etwas abgesichert, was als kirchliche Erklärung in der DDR nicht durchgegangen wäre. Aber die Tendenz aus Genf war eindeutig: Wir kritisieren weit weg, aber kritisieren nichts im Osten, sondern da arrangieren wir uns eher.

Frau Wisniewski, der Anschein, daß sich der Dialog zwischen EKD und DDR-Kirche nur auf internationalem Parkett abgespielt habe, trägt, glaube ich. Wie Sie wahrscheinlich wissen, gibt es zwei Gremien, die sehr vertrauliche Gespräche auch über solche sensiblen Punkte geführt haben, das ist die Konsultationsgruppe und die Beratergruppe. Aus beiden Gruppen, die Akten sind erst seit kurzem offen, stammt auch die Kritik von Behm. Dort hat man Klartext geredet, dort hat man auch sehr kritische Dinge über die ostdeutschen Kirchen gesagt. Dort haben sich auch ostdeutsche Kirchenvertreter getraut, kritisch über die EKD zu reden. Beides hat man öffentlich vermieden, um die Lage des jeweils anderen nicht noch schwieriger zu machen.

Herr Poppe, Sie haben nach den Bürgerrechtsgruppen und dieser Menschenrechtskommission gefragt. Die ganzen Akten des Ausschusses für Kirche und Gesellschaft belegen in der Tat, daß es eine Ablehnung gegenüber den Bürgerrechtsgruppen gibt. Man versucht, mit denen möglichst wenig zu tun zu haben. Herr Falcke sitzt ja dabei, und man hat versucht, ihn aus diesem Ausschuß herauszudrängen. Andererseits gab es offenbar auch von der KKL eine gewisse Distanz diesem Ausschuß gegenüber, denn man hat sich bis zum Ende gewehrt, ihn zu einer regelrechten Kommission der KKL zu machen. Der Kommissionsstatus der Synode wurde ihm nie zugestanden.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Herr Dr. Planer-Friedrich.

Dr. Götz Planer-Friedrich: Auf alles brauche ich jetzt nicht mehr zu antworten. Es gibt ein paar Dinge, bei denen ich etwas anderer Meinung bin als Frau Schmoll, aber im ganzen würde ich einmal mit einer methodischen Frage beginnen. Ich habe das Gefühl, bei manchen Fragen steht dahinter: Weil das jetzt nicht zur Sprache kommt, hat es das auch nicht gegeben. Das ist dieses *argumentum e silentio*. Mein alttestamentlicher Lehrer erzählte dazu das Beispiel: Weil im Deborahlied keine kleinen Kinder vorkommen, hat es zur Zeit, als das Deborahlied geschrieben worden ist, keine Kinder gegeben. Was nicht direkt gesagt ist, könnte es trotzdem gegeben haben, das wollte ich damit sagen. Warum also wurden Umweltfragen allgemein angesprochen, und warum wurde nicht dezidiert auf die osteuropäischen Länder gezeigt, weil dort die Umweltsituation besonders schlecht ist? Auf der einen Seite hat natürlich Frau Schmoll recht: Das war nicht ganz deutlich, wie schlimm es wirklich aussah. Auf der anderen Seite ging es ja in den siebziger Jahren, als Charles Birch das auf die Tagesordnung des Ökumenischen Rates setzte, überhaupt erst einmal darum, sensibel für die Frage zu machen. Es ist doch nicht so, daß damals im Westen alles in Ordnung war. Warum muß man dann unbedingt mit den östlichen Ländern anfangen? Die Frage scheint mir zu sein: Muß man gleich mit dem Finger auf ganz bestimmte Leute zeigen? Das wurde im Ökumenischen Rat der Kirchen deutlich vermieden. Das Antirassismus-Programm war eindeutig auf die Entkolonialisierung gerichtet und hat dafür gesorgt, daß diese sich etwas beschleunigen sollte. Wie stand es in der Sowjetunion? Es ist in der Tat so, Sie haben völlig recht, daß die Unterdrückung der Völker in der Sowjetunion – aber wo denn überhaupt? – nicht richtig thematisiert wurde. Sie wurde ja auch in der Politik nicht thematisiert, und man steht jetzt ziemlich erschrocken davor, welche Nationalismen wieder auftauchen.

Dann hatten Sie danach gefragt, wie die Finanzierung der DDR-Kirchen durch die EKD in Genf aufgenommen wurde. Das war natürlich bekannt, das wußte man. Aber was sollte Genf dazu sagen? Genf konnte ja nicht in die Bresche springen und sagen: „Von nun an finanzieren wir euch statt der EKD“, wo der

ÖRK ja selbst von der EKD zu 50 Prozent finanziert wurde. Was sollte man daraus für einen Schluß ziehen?

Die Menschenrechte: Da ist mir etwas verwunderlich. Es geht ja nicht um die Begrifflichkeit. Die Kommunisten haben nicht einen anderen Begriff für Menschenrechte erfunden, sondern es ging darum, welche Prioritäten man setzt. Das war die Frage. Sind die sozialen oder die individuellen Rechte an erster Stelle? Darum ging die ganze Diskussion, darüber hat man auch immer wieder gestritten. Nützt es dem Menschen etwas, wenn er verhungert, aber in Freiheit lebt und seine Meinung äußern kann, oder ist er, wenn er in Freiheit lebt, in der Lage, sich selbst zu ernähren? Darüber gingen die politischen Streitigkeiten. Das Ganze hat sich auch im Ökumenischen Rat der Kirchen niedergeschlagen.

Herr Weisskirchen, im Ökumenischen Rat ebenso wie im Lutherischen Weltbund wurde in bezug auf die Entwicklungstheorien die Dependenztheorie bevorzugt. Daran haben sich alle sowohl theoretischen also auch politischen Schritte angeschlossen, und das ist eigentlich via ökumenische Dokumente verstärkt worden. Es waren, das ist für mich wichtig, nicht etwa nur die „Ossis“ in Genf, die ständig vom Sozialismus geredet haben, es war eher umgedreht. Ich war manchmal geradezu erschrocken, wieviel andere Stabsmitglieder aus der Dritten Welt oder sogar aus den USA mit Sozialismustheorien, mit Dependenztheorien kamen, mit denen wir uns auseinandersetzen mußten. Es war also nicht die Übertragung kirchlicher Modelle auf politische, sondern es haben da natürlich auch politische Optionen eine Rolle gespielt.

Herr Meckel, Sie haben gefragt, wie stark nun wirklich der Einfluß war, wenn man es aus der Nähe betrachtet? Da kann ich eigentlich nur aus eigener Erfahrung reden und dazu ein Beispiel erzählen. Ich mußte immer wieder in das Staatssekretariat für Kirchenfragen, solange ich in Genf mit einem DDR-Paß lebte, um mir dort mein Visum erneuern zu lassen. Das machte ich immer mit jemandem aus dem Kirchenbund. Bei einer solchen Gelegenheit, 1987 war es, holte der Vertreter des Staatssekretariats Kopien meiner Arbeiten aus Genf aus dem Schreibtisch, legte sie mir auf den Tisch und sagte: „Was haben Sie denn da geschrieben, wie kommen Sie dazu, so etwas zu schreiben?“ Da habe ich gesagt: „Ich verbitte mir das. Sie sind nicht mein Arbeitgeber. Solange der Lutherische Weltbund oder sein Generalsekretär nichts dagegen hat, daß ich dies schreibe, werde ich das tun.“ Damit war die Sache erledigt. Wir haben nie wieder darüber geredet. Er hat mich nie wieder nach so etwas gefragt. Es hat natürlich eine andere Wirkung gehabt. Als ich 1988 in den „Evangelischen Kommentaren“ geschrieben habe, man sollte endlich den Begriff „Kirche im Sozialismus“ einziehen, da hat Herr Leich hinterher ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen über diese Frage führen müssen, dann wurde nicht mehr mit mir geredet. Sie sehen an diesem Beispiel,

wie kompliziert es war, sich diese Freiheit zu erlauben. Es wurden dann immer wieder andere dafür verantwortlich gemacht.

Da komme ich auf die andere Frage von Herrn Hansen, wie das eigentlich mit den Vertretern des Kirchenbundes war, inwieweit sie beeinflussbar waren, wenn man hört, was Frau Schmoll aus den Akten liest. Da muß ich sagen: Das Beispiel Gutsch, das sie erwähnt, ist ein besonders bezeichnendes. Für mich war Gutsch immer ein „fauler Fuffziger“, ohne daß ich irgendeine Stasiakte gesehen habe. Es war einer jener Typen, die bei irgendwelchen ökumenischen Ereignissen auftauchten, ohne eingeladen zu sein. Was soll da der Kirchenbund denn machen? Wie soll er sich dagegen wehren? Es war immer nur möglich, die ökumenischen Gremien darauf aufmerksam zu machen: Da kommt jemand, den wollen wir gar nicht da haben, der hat an sich auch nicht in unserem Namen zu sprechen. Aber mir ist es selbst in den USA begegnet, daß mir jemand erzählt: „Ja, wir haben doch da jemanden aus der DDR hier gehabt, der hat hier ein Jahr gearbeitet.“ Und dann fragte ich, wer das war, denn das war natürlich niemand vom DDR-Kirchenbund, sondern das war ein Mensch, der aus eigener Initiative mit Beziehungen zum Staat für Jahre in den USA gelebt und dort erzählt hat, was die Kirchen in der DDR tun, wie sie denken, was sie sollen. Das hat eine ziemlich breite Wirkung gehabt. Das ist aber nicht von den Kirchen ausgegangen, und das, finde ich, muß man daher sehr vorsichtig beurteilen.

Ich gehe noch ein auf die Frage von Herrn Faulenbach in bezug auf die Rückkopplung des Antirassismus-Programms in die eigene Gesellschaft. Es hat jahrelang die Debatten gegeben – ich habe in dieser kleinen Arbeitsgruppe gegessen –, wie man daraus Erkenntnisse für die eigene Situation ziehen könnte. Da müssen Sie aber folgendes beachten: Die DDR hatte eine Strategie, mit der sie das Ausländer- oder das Rassismusproblem zu lösen versucht hatte: Sie stellte eine Art Apartheid her. Die Ausländer lebten in Ghettos, wurden von allen anderen isoliert, und wo sie zusammentrafen, krachte es jedesmal. Man hatte selbst die Kinderheime der namibianischen Kinder fast wie ein Gefängnis eingerichtet. Niemand konnte hinein ohne Passierschein. Deshalb war es eine Strategie des Kirchenbundes, diese Ghettoisierung wenigstens aufzuheben. Wir hatten größte Mühe, überhaupt mit diesen ausländischen Menschen ins Gespräch zu kommen. Das war also eine Wirkung des Antirassismus-Programms in die Gesellschaft hinein, daß die Kirche immer intensiver den Kontakt zu diesen ausländischen Menschen suchte und es dann allmählich auch schaffte, sie mit ins Gespräch zu ziehen. Sie sehen den Erfolg an dem, was wir jetzt haben, daß es also nichts Besonderes bewirkt hat. Das ist sehr bedauerlich, aber die Versuche sind in der Tat dagewesen. Aus dem, was ich bisher gesagt habe, Frau Wisniewski, sehen Sie, daß ich der Meinung bin, daß der Einfluß, den der Geheimdienst oder die DDR-Regierung auf die ökumenische Arbeit genommen hat, meiner Ansicht

nach tatsächlich überschätzt wird. Ich bin nicht der Meinung, daß er so groß war. Es gab, und das habe ich in meinem Beitrag versucht darzustellen, aber Übereinstimmungen. Es war nicht so, daß man erst mit der Knute gedrückt werden mußte, um eine bestimmte Meinung zu vertreten, sondern es bildeten sich gemeinsame Meinungen heraus. In bezug auf die Menschenrechte würde ich noch einmal sagen, war es einfach so, daß man immer wieder versuchte, bei den staatlichen Stellen auch Anknüpfungspunkte zu finden, und der Anknüpfungspunkt war die soziale Lage der Menschen, darauf bildete sich die Regierung enorm viel ein, daß sie die soziale Sicherheit schaffte. Also knüpfte man bei den Menschenrechten da an und sagte: „Wenn ihr aber die soziale Sicherheit schafft, dann müßt ihr doch auch individuelle Menschenrechte dazu gelten lassen können.“ Es war also nicht so, daß sich die DDR-Kirchen dem einfach angeschlossen hätten, sondern sie haben das als ein Vehikel benutzt, als eine Möglichkeit, die völlig verkrampfte Gesprächslage über die Menschenrechte überhaupt in diesem damaligen Staat aufzubrechen. Natürlich, Herr Poppe, ist Instrumentalisierung auf allen Seiten immer wieder passiert. Ich weiß, daß es in den Debatten um den Einsatz der Menschenrechte, um bestimmte Fragen im Kalten Krieg darum ging: Sollen wir sie wirklich instrumentalisieren lassen und dem einen vorwerfen, Sie machen das falsch, und dem anderen, Sie machen das falsch? Diese Art von Instrumentalisierung ist passiert, obwohl man sie immer vermeiden wollte.

Dann noch etwas zu dem, was Sie zu Recht sagen: Die offizielle Kirche war im wesentlichen im ÖRK und im Lutherischen Weltbund vertreten. Es waren immer die offiziellen Vertreter. Die Gruppen, die eigene Initiativen entwickelten, kamen dort fast gar nicht zur Geltung. Das hat sich aber gegen Ende der achtziger Jahre geändert. Ich kann es nur mit Hilfe eines Beispiels erzählen. Ich mußte selbst mit dem Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes eine Besuchsreise durch die Mitgliedskirchen in der damaligen DDR machen, das war 1987. Da hat er sich ausdrücklich ausbedungen, er wolle eine dieser Gruppen kennenlernen. Wir sind im tiefen Thüringer Wald in einer Umweltgruppe gewesen. Er hat bewußt mit der Kirchenleitung in Thüringen durchgesetzt, daß er mit diesen Leuten ins Gespräch kommt und nicht nur auf offizieller Ebene mitredet. Aber das ist natürlich immer mühsamer, denn im Ökumenischen Rat wie im Lutherischen Weltbund sind die Kirchen Mitglied und nicht einzelne Personen. Diese Kirchen können natürlich nach ihren eigenen Maßstäben auch die Leute dort als Vertretung hinschicken, die sie haben wollen.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ganz herzlichen Dank möchte ich denen sagen, die hier referiert haben. (Beifall)

Es ist klar, daß dieser Nachmittag nur eine Problemannonce sein konnte für das, was uns künftig in der Auseinandersetzung und Aufarbeitung mit diesen Fragen nicht nur in der Kommission beschäftigen wird, sondern auch in den

Kirchen selbst wird Thema werden müssen. Ich möchte aber zum Schluß noch einen Gesichtspunkt nennen: Man muß natürlich die Rolle der DDR-Kirchen im Ökumenischen Rat und die Rückwirkung ökumenischer Arbeit für die Arbeit der Kirchen selbst in ein Verhältnis setzen zu dem, wie es in anderen sich sozialistisch nennenden Ländern damals war. Ich erinnere mich sehr gut, wie man seit den sechziger Jahren den DDR-Kirchen versucht hatte zu suggerieren, daß es doch sehr viel besser wäre, die Pfarrer würden vom Staat bezahlt und die gesamte Kirchenstruktur wäre ähnlich wie in Ungarn, weil dort die Einflußnahme des Staates auf die Kirchen viel unmittelbarer geschah. Deswegen erscheint auch bei unseren östlichen Nachbarn der Begriff „Ökumene“ heute sehr viel stärker diskreditiert, weil die Instrumentalisierung der ökumenischen Kontakte und Zusammenarbeit sehr viel stärker wirksam werden konnte, als dies bei uns der Fall war. Bei allen Fragen, die ganz gewiß im einzelnen auch bei uns zu stellen sind, auch hier noch einmal zum Schluß: Das, was dann wirklich im Vorfeld des Herbstes 1989 durch die Ökumenische Versammlung aller Kirchen – das waren ja nicht Einzelkämpfer, sondern das waren die Kirchen, die sich hier zusammengeschlossen haben – gesagt worden ist, hat alles, was früher von ihnen zu den gesellschaftlichen Fragen gesagt worden ist, in den Schatten gestellt. Man kann schon von einer Vorbereitung dessen reden, was dann wenige Monate später im Herbst 1989 geschehen ist. Herzlichen Dank an die Vortragenden und die Fragenden. Wir gehen weiter in der Tagesordnung.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bitte unseren Kollegen Karl Wilhelm Fricke, die Gesprächsleitung und Moderation für das Thema „Kirche und Stasi“ zu übernehmen. Bitte schön.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! In einer Anhörung über die Haltung der evangelischen Kirchen zum Staat der SED kann selbstverständlich das spezifische Beziehungsgeflecht zwischen der Kirche und dem Ministerium für Staatssicherheit nicht fehlen. Es ist im Gegenteil Ausdruck der permanenten Konfliktsituation, in der sich die Kirche in der DDR befunden hat. Nach einem Wort von Albert Norden, das ich hier zitieren darf – es stammt vom 11. Februar 1958 –, galt die Kirche als der „letzte organisierte Feind in der DDR“. Das war die Auffassung der Ära Ulbricht, aber ich glaube, sie hat sich prinzipiell auch in der Ära Honecker nicht geändert, auch wenn Honecker eine Art geregelte Koexistenz favorisierte, den Kirchen beider Konfessionen gegenüber gewisse Freiräume beließ. Für das Ministerium für Staatssicherheit ergab sich daraus zwingend, daß die Kirchen nicht in geringerem, sondern in stärkerem Maße in den siebziger und achtziger Jahren Zielobjekt sogenannter politisch-operativer Arbeit waren. Es galt also dann gerade auch in den siebziger und achtziger Jahren, kirchliche Hierarchien und Strukturen mit inoffiziellen Mitarbeitern zu durchdringen, um einerseits innerkirchliche Entscheidungen zu beeinflussen,

andererseits die innerkirchliche Entwicklung unter Kontrolle zu halten, zumal sich unter dem Schutz der evangelischen Kirche vor allem oppositionelle Gruppen zu bilden begannen, daß eine Basis für Opposition also gegeben war, die nach Auffassung der Staatssicherheit besonders zersetzungswürdig war. Ich möchte mich nicht mit einer langen Vorrede aufhalten, sondern darf den ersten Referenten des heutigen späten Nachmittags aufrufen, Herrn Pfarrer Ehrhart Neubert. Er wird uns über die Kirchen und den Staatssicherheitsdienst etwas zu sagen haben. (Beifall)

Pfarrer Ehrhart Neubert: Sehr verehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Das Thema auf 20 Minuten zu bringen, ist schwierig, und ich will auch nur versuchen, einige Schneisen in diesen Komplex zu schlagen, muß aber einleitend bemerken, daß die Intensität, mit der die Arbeit an diesem Thema gegenwärtig vorangetrieben wird in der Publizistik, in der Forschung, sich sicherlich auch dadurch erklärt, daß in die Diskussion zahlreiche politische und kirchenpolitische Interessen mit eingetragen werden. Es wird oft bedauert, aber ich denke, man sollte es als ehemaliger DDR-Bürger endlich auch einmal begrüßen, daß wir politische Interessen haben dürfen und nicht mehr unter Konsensdruck stehen. (Beifall)

Es gibt wohl auch kaum einen Beteiligten an dieser Diskussion, der sich nicht irgendwelchen Vorwürfen ausgesetzt sieht. Einerseits wird unterstellt, Aufklärer wollten spektakuläre Enthüllungen vollbringen und sich damit profilieren, oder sie wollten gar den Kirchen schaden oder würden aus Verletztheit unangemessene Motive eintragen. Andererseits wird kritisiert, daß verharmlost wird, wichtige Daten unterschlagen werden oder belastendes Material uminterpretiert wird. Diese der Aufklärung abträgliche Situation wird aber so lange noch anhalten, solange die Beteiligten in den Kirchen zum Teil noch arbeiten, und zwar auf beiden Seiten. Das ist auch etwas, was ich positiv empfinde im Gegensatz zu der Diskussion oder zu der verdrängten Diskussion nach dem Krieg. Wir haben zum ersten Mal in Deutschland in den Kirchen unmittelbar nach dem Geschehen eine Diskussion um die Vergangenheit. Solange die Bedeutung der Kirchen als moralische Instanz in unserer Gesellschaft noch da ist und solange sie eine hervorragende verfassungsrechtliche Stellung hat, ist auch die Öffentlichkeit berechtigt, Fragen an die Kirchen zu stellen, und die Kirchen müssen sich diesen Fragen nicht nur im eigenen, sondern auch im Interesse der Gesellschaft stellen, denn es geht weit über innerkirchliche Angelegenheiten hinaus, was da passiert ist. Es ist eine Frage der politischen Kultur unseres Landes, ganz Deutschlands, was damals geschehen ist und wie wir damit fertigwerden. In methodischer Hinsicht hat sich ja auch schon seit den Anfängen der Aufklärung viel getan. Einmal hat sich gezeigt, daß wir sorgsam mit dem Aktenmaterial umgehen müssen, daß wir eine Hermeneutik entwickeln müssen mit dem MfS-Schriftgut. Ich denke, da hat sich schon vieles getan, daß man weder

das Schriftgut mit der Realität verwechselt noch sagen kann: Was da steht, ist überhaupt nicht verwertbar. In meiner Kurzdarstellung will ich in sechs Punkten 1. den Wandel und die Kontinuität konspirativer Kirchenpolitik kurz thematisieren, 2. Aspekte der IM-Problematik, 3. der Opferfrage, 4. möchte ich auf ein bislang wenig bearbeitetes Thema eingehen, auf die mit den Kirchenfragen befaßten MfS-Offiziere und andere staatliche Funktionäre. 5. soll bedacht werden, inwieweit die SED und das MfS erfolgreich soziale und kulturelle Muster nutzen konnten, die in den Kirchen verankert sind, waren und schon viel älter als die SED und das MfS selbst sind. Und 6. möchte ich abschließend ein paar Bemerkungen noch zu den Grenzen des Einflusses des MfS machen.

1. Von der Konfrontation zur „Partnerschaft“

Während der schrittweisen Machtergreifung der Kommunisten nach dem Krieg – wir haben schon einiges gehört, das will ich radikal kürzen – hat die SED sofort die stalinistische Religions- und Kirchenpolitik übernommen und wurde sogar aus der Sowjetunion selbst von der dortigen Führung gebremst, weil es dort noch andere deutschlandpolitische Interessen gab. Wichtig aber war, daß von Anfang an in gesellschaftspolitischer Hinsicht die Kirchen aus der Öffentlichkeit verdrängt werden sollten und religiöse Betätigung privatisiert werden sollte. Die demokratische Formel von der Trennung von Staat und Kirche wurde für diesen Zweck eingesetzt und mißbraucht. Diese beiden Elemente kommunistischer Religionspolitik durchzusetzen ist bis zum Ende, bis 1989, auch stets immer und ungebrochen von der SED versucht worden. Aber die Bandbreite der Strategien war natürlich groß, und auch der Staatssicherheitsdienst hat in den verschiedenen Phasen sehr unterschiedlich agiert. Bis zum Krisenjahr 1953 hat er im wesentlichen sich einfach nur an der maßlosen Unterdrückung und Verfolgung von Christen und kirchlichen Aktivitäten beteiligt, aber er hat selbst noch keine kirchenpolitische Rolle gespielt, wie er es dann später tun konnte. Erst nach 1953 suchte die SED, was Prof. Wilke auch herausgearbeitet hat, neue Wege in der Kirchenpolitik. Es war einfach unumgänglich, daß man diese offene Konfrontation nicht so ohne weiteres weiterführen konnte. Zwar setzte die SED auch administrative Mittel ein: Verhaftungen, Zwangseinführung der Jugendweihe, propagandistische Angriffe gegen Kirchenleiter und Bischöfe, Verbot von ganzen Arbeitszweigen, z. B. der Bahnhofsmissionen usw. Aber es sollte als wichtigeres Element nun versucht werden, die Kirchen von innen heraus aufzuweichen. Auf der einen Seite wurde dann eine offizielle Kontaktebene schrittweise eingeführt, an der Spitze das Staatssekretariat für Kirchenfragen oder der Staatssekretär für Kirchenfragen, ihm nachgeordnet die verschiedenen zuständigen Abteilungen Inneres mit ihren Referenten für Kirchenfragen dann in den Territorien, und vor allen Dingen wird in dieser Zeit dann das MfS besonders intensiviert oder angeregt, seine kirchliche Arbeit zu

intensivieren. Dann entsteht das, was wir dann später die Hauptabteilung XX/4 nennen. Die Stasi hat in den fünfziger Jahren aber, so hat jetzt gerade ein alter Haudegen aus der XX/4 gesagt, doch ein wesentliches Problem gehabt. Sie hat nämlich fast keine geheimen Informatoren, wie damals noch die IM hießen, in der Kirche plazieren können; und er formuliert das wirklich so: „Die Kirche schien uns damals eine uneinnehmbare Festung zu sein.“ Erst Mitte/Ende der fünfziger Jahre gelingt es dann in größerem Maße durch bestimmte Strategien, die ich aber jetzt nicht hier im einzelnen ausführen will – es waren auch sehr viele Erpressungen dabei, Anknüpfungen an NS-Belastungen –, die inoffizielle Basis in der Kirche zu erweitern. Wir werden ja nachher vielleicht einen der bekanntesten und deutlichsten Fälle vorgeführt bekommen, nämlich den des Thüringer Oberkirchenrats und Bischofstellvertreters Gerhard Lotz.

Die Ausweitung der inoffiziellen Basis brachte nun für die Arbeitsweise des MfS schrittweise auch Veränderungen, die in enormem Maße folgenreich für die Kirche waren. Eine der Folgen ist, daß die Institution Kirche dadurch geschwächt wurde, daß nun eine Privatisierung des Staat-Kirche-Verhältnisses einsetzte. Bei Kontaktanbahnung, Werbung und während der Aufrechterhaltung der Kontakte wurde dem IM vermittelt, daß durch seinen individuellen privaten Beitrag für die Kirche und die Gesellschaft, in der er lebte, etwas Gutes getan würde. Darauf haben sie sich im wesentlichen ja eingelassen und diese Vertraulichkeiten oder – in der Sprache des MfS – Konspirationen waren eben im Grunde Privatkontakte von einzelnen und nicht Kontakte der Kirche. Die Aufgaben, die die IM hatten, sind alle bekannt: die innere Spaltung und Fraktionierung, die Beeinflussung von Entscheidungen, die Förderung staatsloyaler Personen, die Zersetzung von Kritikern – oft auch noch mit kirchenrechtlichen Mitteln –, die Ausschaltung von Öffentlichkeit auf allen Gebieten, vor allen Dingen auch von Westmedien. Darüber will ich hier im einzelnen nicht sprechen, und wenn ich von den Aufgaben spreche, die diese Leute gehabt haben, so sage ich zugleich, daß die auch ausgeführt worden sind. Über die IM war das MfS überhaupt arbeitsfähig. Zugespitzt heißt das: Nicht das MfS als solches, sondern die IM waren das MfS in den Kirchen. Sie waren die Schneide des Schwertes und der Buckel des Schildes der Partei. Da die Kirche der einzige Bereich war, der nicht in das Organisationsgefüge des SED-Staates integrierbar war und sich in ihr auch daher bevorzugt kritische Potentiale sammelten, waren die kirchlichen IM in besonderem Maße Stützen der SED-Gesellschaftspolitik – mehr noch als die IM in Wirtschaft, Medizin, Sport oder sonstwo. Die treuherzige Erklärung eines ehemaligen IM, er sei ein Partner des MfS gewesen, ist zutreffend. Es handelt sich allerdings um eine Partnerschaft, die allein zum Vorteil der SED war. Hilfswilligkeit wurde belohnt. Die SED hatte dazu ein gestaffeltes Privilegiensystem geschaffen, darauf will ich auch im einzelnen nicht eingehen, obwohl ich darüber mit einem ungeheuren Ärger berichten

könnte, wie das gelaufen ist. Wir erfahren jetzt erst, mehrere Jahre nach der Wende, daß etwa in diesem Haus, in dem wir hier sitzen, regelmäßige Zahlungen, Geschenke und alles mögliche geleistet wurde, und die MfS-Privilegien und Belohnungen waren davon ja nur ein Teilstück. Daß wir nichts davon wußten oder daß die meisten in der Kirche davon nichts wußten, hing einfach damit zusammen, daß das allgemeine Bewußtsein verbreitet war, daß vom MfS und von der SED im Grunde nichts Gutes kommen konnte. Daß das auch von vielen angenommen worden war, zeigt, wie weit Kirche schon privatisiert, wie weit Kirche schon enteignet war.

2. IM-Problematik

Die im MfS-Schriftgut dokumentierten Registrierungen von IM sind natürlich verschriftliche Verwaltungsakte und nicht mehr. Naturgemäß spiegeln Verwaltungsdokumente immer nur eingeschränkt und reduziert Haltungen und Verhalten von Menschen, Abläufe und komplexe Willens- und Meinungsbildungsprozesse wider und sind nicht sofort mit der Realität zu identifizieren. Zudem hatte das MfS ja auch nur ein begrenztes Arsenal von stereotypen Erfassungsarten für IM und konnte natürlich nicht die einzelnen, die Spannweite, die Spielbreite persönlicher Motivation auch noch jeweils in stereotypen Kategorien erfassen. Es gibt da in vielen Fällen sehr viel komplizierte Einzelfälle, die ich hier auch nur andeuten kann. Etwa ein Fall, der mir jetzt zum zweiten Mal wieder begegnet ist: Ein Angeworbener – oder ich sage lieber vorsichtig: ein Gesprächspartner – wird vom MfS registriert, nachdem es festgestellt hat, daß beim Gesprächspartner die Konspiration hinreichend eingehalten wurde. Denn der Angeworbene ist pflichtgemäß zu seinem Vorgesetzten gegangen und hat ihm gesagt: Die waren bei mir. Der Vorgesetzte ist selbst IM und sagt: „Na, sprich nur weiter mit denen“, spricht es mit der Stasi ab, und in dem Moment wird er registriert. Das ist natürlich ein Unterschied zu dem, was dann in den Stasi-Akten erscheint und wie man es nachträglich bewerten muß. In der nachträglichen Bewertung müssen eigentlich immer zwei grundsätzliche Fragen gestellt werden: 1. Was hat der Registrierte selbst und eigenständig zur Einhaltung der Konspiration beigetragen? 2. Hat er überschauen können, welche Folgen die von ihm geführten Gespräche hatten? Nur wenn diese Fragen positiv beantwortet werden können, muß der IM als belastet gelten. Man kann in den Akten, denke ich, auch ohne daß ich das jetzt im einzelnen ausführen kann, noch sehr gut auch gerade diese beiden Fragen abklären, denn das MfS hat sowohl sorgfältig beobachtet, wie der IM seine Konspiration einhielt und sicherte, als auch, wie er selbst damit umgegangen ist, mit den Folgen etwa, die seine Zusammenarbeit hatte. Eine oft gestellte, aber dennoch falsche Frage möchte ich hier noch erwähnen. Das ist die Frage, auf welcher Seite eigentlich der IM stand oder ob er durch seine IM-Tätigkeit die Seiten gewechselt hätte. Die DDR-Kirchen waren ja schließlich kein Geheimdienst. Es kam ja nicht darauf an, sich gegenseitig die Agenten abzuwerben oder zu

überwerben. Sondern wenn schon vom Seitenwechsel die Rede ist, kann man ihn nur von der ideologisch-religiösen Einstellung her benennen, und da gibt es natürlich Leute, die ihren Glauben verloren haben und dann den marxistischen Sektenglauben annehmen. Bei den eingeschleusten Kadern des MfS ist es natürlich auch vorzusetzen. Aber im Grunde zeigt sich bei einem Aktstudium, auch bei Gesprächen mit Betroffenen, daß allein die Leidenschaft an geheimdienstlichen Dingen noch nicht dazu beitragen konnte oder nicht sofort bedeutet, daß die Leute die ideologische Seite gewechselt haben. Man muß die Frage des Seitenwechsels wieder auf die Konspiration beziehen, und da gilt eigentlich, daß in der konspirativen Wohnung es nur eine Seite gibt, die verdeckte, die nichtöffentliche, die Seite des MfS. Das MfS hat zusammen mit und im Interesse des IM versucht, die vielen Schutzbarrieren, die die Kirchen selbst geschaffen hatten, um MfS-Eingriffe abzuwehren – rechtliche Verpflichtungen, Beschwerden, wir haben vorhin von einigen gehört – zu überwinden, um dem IM das Gefühl zu geben, daß er im Grunde etwas Gutes tut und daß er seinen Rechtsbruch durch ein anderes positives Motiv kompensieren könnte. Daß es gelungen ist, so viele IM zum Rechtsbruch – etwa das Disziplinarrecht, Verfassungsrecht und viele andere – zu verleiten, hängt mit der erfolgreichen Anwendung und Einsetzung einer operativen Psychologie zusammen. Auch dazu nur einige wenige Sätze: Es kam für das MfS immer darauf an, auch in den Fällen von erpreßter Mitarbeit, daß der IM in irgendeiner Weise eine Bindung an den Führungsoffizier entwickelte, und über diese Bindung konnte dann die Bindung an das Organ, wie es in den einschlägigen Texten hieß, hergestellt werden. Damit das gelang, wurden die individuellen Eigenschaften, die charakterlichen Eigenschaften etwa, und zwar die positiven, erforscht und eingesetzt. Die Wünsche zur Konfliktminimierung, der Abbau gegenseitiger Mißverständnisse, die unbürokratische Lösung von Einzelfragen wurden in den Vordergrund gerückt, um die Motive herzustellen. Selbst wenn der IM im Laufe seiner IM-Karriere schwere Entsolidarisierungsleistungen gebracht hatte und sein kirchliches Umfeld schlicht verriet und Rechtsbrüche beging, waren immer noch die Motive tragend. Die Bindung an den Führungsoffizier übrigens hat meistens die Wende überstanden, in sehr vielen Fällen jedenfalls, und ich habe manche herbe Enttäuschung von ehemaligen IM erlebt, die nach der Wende bei Kontaktaufnahme zu ihrem Führungsoffizier merkten, daß sie von dem nur als Funktion oder als Objekt behandelt worden sind und daß die Bindung eben eine operative Leistung war.

3. Opfer der Kirchenpolitik

Der Aufarbeitungsprozeß nach der Wende war vorwiegend an den Verstrickungen der IM in der Kirche orientiert, er war täterorientiert. Dazu trugen einmal die Enthüllungen bei, die die Öffentlichkeit überraschten. Als Opfer galten zunächst einmal nur die Leute, die lange Zeit in den Gefängnissen gesessen hatten, dann aber meistens ja auch schon wieder im Westen waren, oder eine

kleine Anzahl kritischer Theologen und Bürgerrechtler, die über Jahre hinweg Widerstand geleistet hatten. Aber damit ist eigentlich das Opferproblem noch nicht hinreichend thematisiert, abgesehen von dem Begriff selber, der natürlich auch nicht so eindeutig ist. Es steckt ja eigentlich ein ethisches Urteil darin, und damit ist noch nicht die Realität erreicht. Die Quellenlage ist äußerst ungünstig. Die MfS-Offiziere hatten 1989 natürlich ein besonderes Interesse, diese einschlägigen Materialien zu vernichten. Man muß auch sagen, daß die gebräuchlichen Kategorien für bearbeitete Personen ZOV, OV, OPK nicht die gesamte Bandbreite widerständigen Handelns und politischen Konfliktgeschehens erfassen konnten. Die lautlose Ausgrenzung und Benachteiligung ganzer Gruppen der Bevölkerung und Kirchenmitglieder werden fast überhaupt nicht dokumentiert. Zahlreiche Gemeindemitglieder, deren Kinder und deren Angehörige sind automatisch benachteiligt gewesen, weil das System in der Schule, in den Arbeitsstellen und in vielen gesellschaftlichen Bereichen reflexartig reagiert hat, wenn irgendwo zu spüren war, daß es sich um einen Christen handelte.

Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Vereinfachung des Täter-Opfer-Schemas. Wir wissen, daß es zahlreiche Opfer gibt, die dann zu Tätern geworden sind, wo diese Kategorien also fließen. Wir wissen, daß es zahlreiche Täter gibt, die selbst in einem erheblichen Maße auch Opferbiographien haben. Da liegt immer noch der Schwerpunkt öffentlichen und wissenschaftlichen Interesses auf der kleinen Gruppe von Menschen, die Zielscheibe der Bearbeitung des MfS waren. Sicherlich ist es so, daß die Kirchen- und Gesellschaftsgeschichte der DDR nicht geschrieben werden kann, ohne deren Rolle zu würdigen. Das ist auch etwas, was ich hier erwähnen muß. Man kann jetzt schon wieder den Eindruck gewinnen, daß eine Gesellschaft mit den Opfern nie gut umgehen kann und daß sie auch jetzt schon wieder, wenigstens moralisch, in irgendeiner Form ausgegrenzt werden, weil sie sich natürlich nicht am Konsens des Vergessens und Verdrängens beteiligen. Der Begriff „Bürgerrächer“ in Anspielung auf den Begriff „Bürgerrechtler“ spricht hier für vieles. Große Lücken weist die öffentliche Diskussion und die Forschung noch in der Erfassung der Opfer auf, die nie prominent genug geworden sind, um die Aufmerksamkeit damals und heute auf sich zu lenken. Darunter befinden sich zahlreiche kirchliche Mitarbeiter und Theologen; auch Theologen, die in den Westen gegangen sind, dort mit Berufsverbot belegt wurden. Im Einzelfall ist es nicht so gewesen, daß sie gehen wollten, sondern sie sind auch oft genötigt worden und durch lange Maßnahmepläne eigentlich erst in diese Lage gekommen. Im ganzen möchte ich einmal das ungelöste Opferproblem als den nicht gelösten „Brüsewitz-Komplex“ der Kirche bezeichnen.

4. Die operativen Mitarbeiter

Eine Personengruppe, die bei der Behandlung des Themas nicht übersehen werden darf, sind die hauptamtlichen Offiziere der MfS-Kirchenabteilung und

die Mitarbeiter der SED, des Staatssekretärs oder der Abteilung Innere Angelegenheiten in den Organen, die ebenfalls von IM oder OibE durchsetzt waren. Sie sind eigentlich die wichtigste Tätergruppe und haben mit Leidenschaft und Pflichtbewußtsein der früheren Offiziere die Bearbeitung der Kirchen organisiert und gestaltet. Viele von ihnen beteiligen sich inzwischen an der Geschichtsschreibung, und das halte ich für gefährlich. Von anderen Gefahren, etwa der immer noch bis in die Kirchen hineinreichenden informellen Kontakte dieser Leute, will ich hier nicht sprechen. Wir wissen, welche Folgen es hat, wenn die Täter Geschichte schreiben. Das wissen wir schon aus dem Nachspiel zum Ersten Weltkrieg. Sie verbreiten ihre Sicht der Dinge nicht nur als Zeugen vor Gerichten und Untersuchungsausschüssen, sondern erhalten in seriösen Veröffentlichungen Gelegenheit, ihre Legenden, worin sie Meister sind, weiterzuspinnen. So ist es politisch und wissenschaftlich nicht akzeptabel, wenn vor einem Untersuchungsausschuß, wie jetzt in Potsdam, das MfS als eine Art „Technisches Hilfswerk“ der Kirche beschrieben wird. (Beifall)

Auch wird in einer bestimmten Literatur heute noch, nicht nur damals, von diesen Autoren verbreitet, die DDR sei ein Hort der Menschenrechte und der Religionsfreiheit gewesen, und mögliche Einschränkungen seien nur dem Kalten Krieg zu schulden. Um deren Interessen abzuklären und ihre Denkweise zu verstehen, muß diese Gruppe besonders untersucht werden, denn sie hat in besonderem Maße ihre Handschrift in der realen Politik und in den Dokumenten hinterlassen. Dazu will ich drei Gesichtspunkte nennen:

- a) Die MfS-Offiziere und die anderen mit Kirchenfragen befaßten Funktionäre waren Überzeugungstäter. Sie glaubten, am weltweiten Klassenkampf als „Sieger der Geschichte“ teilzunehmen. Ihre tschekistische Rituale, dieser „Bannerträger der Weltrevolution“ und ihre oft bis zur Selbstverleugnung reichende Disziplin war Ausdruck dieses Bewußtseins. Obwohl sie zu den Bestinformierten in der DDR gehörten, waren sie selbst unfähig, dieses Wissen über die Dauerkrise des Staates DDR an die SED weiterzuvermitteln, denn das hätte ja bedeutet, daß sie nicht nur gegen Vorgesetzte, sondern gegen die Weltgeschichte selbst opponiert hätten. Daraus bildet sich auch im wesentlichen, das läßt sich an den Akten gut verfolgen, eine prinzipielle Einstellung zur Kirche und deren Mitarbeitern, also nicht nur die Ideologie, sondern die verinnerlichten Bilder meine ich hier. Die Kirche war der Feind, zum Absterben verurteilt. Das legitimierte alle Schritte, die gegen die Kirchen, in den Kirchen unternommen worden sind, prägte eine Sprache und entthob sie jedes individuellen Verantwortungsbewußtseins. Mir ist nur ein einziger Fall eines MfS-Offizieres, der im Kirchenbereich arbeitete, bekannt, der den Dienst quittierte, weil ihm das Gewissen schlug.
- b) Die operativen Mitarbeiter konnten nur in Segmenten das System der Herrschaftssicherung überschauen. Auch hier muß gesagt werden, daß Machtausübung in viele Verhandlungsschritte zerlegt war. Getreu des geheim-

dienstlichen Grundsatzes, daß nur jeder das wissen darf, was er unbedingt wissen muß, waren sie von den politischen Zusammenhängen eigentlich weit abgeschnitten. Das erhöhte die Abhängigkeit von den Vorgesetzten, führte aber auch zu einem Schematismus in der Informationsgewinnung und -verarbeitung. Das war eigentlich ein bißchen die Chance derer, die versucht haben, sich die Stasi vom Leibe zu halten. Das Halbwissen dieser Leute muß heute bei der Bewertung von Schriftgut und Zeugenaussagen beachtet werden.

- c) Sind auch subjektive Faktoren, die in der operativen Arbeit eine große Rolle spielten, zu berücksichtigen? Immer wieder stößt man auf eigenartige Affektäußerungen. Ein Führungsoffizier schreibt über seinen IM immer: „Der Patriot XY berichtete ...“. Oder ein anderer schreibt über die Bearbeitung eines Pfarrers: „Wie Sie, Herr Genosse Oberst, richtig bemerken, ist der A. das Oberschwein von Sachsen.“ Für manche der unter strengem Kuratel der Partei- und MfS-Disziplin gehaltenen Offiziere war das Bearbeiten von Personen eine Art Ventil, ihre eigenen Verdrängungen abzureagieren. Oft haben sich höchste Offiziere an der Formulierung übelster Verleumdungsbriefe und an der Erfindung schmutzigster Zersetzungsaktionen lustvoll beteiligt. Doch in den Akten schlägt einem nicht nur der Zynismus des Apparates entgegen, sondern auch die Komplexe dieser Menschen. Manche Offiziere entwickelten ihrem IM gegenüber, der ihnen in Bildung und Weltläufigkeit, schon weil er reisen konnte, weit überlegen war, zahlreiche Bindungen. Es gibt auch viele Fälle, wo man sehr schön nachweisen kann, daß der Führungsoffizier sogar eine heimliche Verehrung zu seinem IM pflegte. In diesen Fällen bereitete er die Treffen liebevoll vor, kochte für den IM, suchte gewählte kleine Aufmerksamkeiten aus und erweiterte sein Wissen und seine Bildung, um einigermaßen in Gesprächen mithalten zu können. Das alles bedeutet ja nicht eine Schwächung der operativen Ziele, sondern es konnte hilfreich sein, denn die gemütlichen Plaudereien auf dem Sofa lösten die Zungen. Aus diesen gegenseitigen Bindungen erklärt sich auch, daß sich die Führungsoffiziere und IM noch bis zum letzten Atemzug des MfS im Spätherbst 1989, ja bis in den Januar 1990 trafen, auch wenn es dann nur noch darum ging, sich gegenseitig zu trösten. Ein Sonderproblem ist, daß in die Kirchen eingeschleuste IM, HIM und OibE offiziell eine kirchliche Haltung einnehmen mußten. Das ist auch etwas, was wir innerkirchlich noch einmal diskutieren müssen. So wurde eine Reihe von ihnen getauft – ich selbst habe einen getauft –, mußten ihre Kinder christlich erziehen oder gar selbst das Wort Gottes verkündigen. Ich kenne Leute, die schwärmen heute noch von Andachten eines OibE. (Heiterkeit) Es mag wohl für diese nur eine geringe Erleichterung gewesen sein, daß das MfS ihnen in der Regel die Kirchensteuer zurückerstattete. (Heiterkeit)

An einigen ist es aber nicht spurlos vorübergegangen. Ich habe jetzt einen Fall – nämlich den des OibE, der die schönen Andachten gehalten hat –, mit einem Opfer identifizieren können. Dabei stellt sich heraus, daß dieser Mann zugunsten einer Person gehandelt hat, die er eigentlich bearbeiten sollte. Hier muß die Fähigkeit zu einer differenzierten Würdigung der Täterpersönlichkeiten von uns noch erworben werden. Das heißt natürlich nicht, daß deren persönliche Verantwortung in Zweifel gestellt werden darf oder sie gar zu glaubwürdigen Zeitzeugen erhoben werden dürfen.

5. Begünstigende Faktoren für die Durchdringung der Kirchen:

Schon zu Beginn der theologischen Debatte um die MfS-Verstrickungen haben sich verschiedene Autoren – Götz Planer-Friedrich und Heino Falcke sind auch hier – dazu geäußert und zu den theologischen Einfallstoren gesprochen. Ich kann das leider nicht alles ausführen. Ob es nun die falsch verstandene Zwei-Reiche-Lehre Luthers ist oder verschiedene andere theologische Figuren, die in der DDR eine Rolle gespielt haben und hier erwähnenswert sind. Ich denke, daß die Theologie nicht nur orientiert, sondern daß sie auch nachträglich immer deutet und legitimiert. Insofern ist es ein altes Übel der Theologie, daß sie auch gebraucht und mißbraucht werden kann. Selbst das MfS hat sich daran kräftig beteiligt. Ich habe erst jetzt festgestellt, daß das MfS in Berlin, also die Hauptabteilung XX/4, zwei Außenstellen in Pankow und Karlshorst hatte, und daß diese beiden Einrichtungen funktionierten wie theologische Institute. Dort standen etwa 35.000 Titel und Periodika theologischer Literatur zur Verfügung. Theologisch ausgebildete HIM und IM werteten theologische Veröffentlichungen aus, und kirchliche Beschlüsse wurden theologisch nachgearbeitet. Dort erhielten diese Theologen oder diese IM Auftragsarbeiten, und sie mußten sie anschließend in kirchlichen Zeitschriften und theologischen Veröffentlichungen officialisieren. Unabhängig von der Frage, wieweit Theologie gebraucht und mißbraucht wurde, möchte ich stichwortartig auf einige soziale und kulturelle Muster und Orientierungen verweisen, die in den Kirchen vor der SED-Zeit schon verbreitet waren und es auch heute wahrscheinlich noch sind, die sich teilweise verhängnisvoll auswirken, weil sie die MfS-Aktivitäten begünstigten, über die wir in den Kirchen auch sprechen müssen.

- a) Die Verinnerlichung der Unterdrückung: Die MfS-Mitarbeit und die bedingungslose Loyalität mancher Kirchenleute gegenüber dem Staat ist nur als Folge der Verinnerlichung der Repression zu erklären. Das MfS selbst war ein wichtiger Angstfaktor, und in dieser Bedrohungssituation schien es entlastend, wenn man in irgendeiner Form Bundesgenosse dessen war, der ständig mit den Zähnen fletschte. Dabei konnte das Gefühl aufkommen, daß man selbst an der Macht beteiligt war, und die Welt schien in Ordnung zu sein, wenn die Machtfrage nicht gestellt wurde. Angst wurde zum Signal, das anzeigte, daß man sich in die

vorgegebene und verlangte Ordnung nur noch nicht richtig eingefügt hatte. Die Suche nach dem Platz in der Gesellschaft, um den die Kirchen ja gerungen haben, geriet so zwangsläufig zur Unterwerfung unter den Staat. Aber das ist eben ein Verhalten, das älter ist als die SED selbst. Es ist Ausdruck eines kulturellen Defizites in Gesellschaft und Kirche, Ausdruck einer tief angelegten Konfliktunfähigkeit.

- b) **Gemeinschaft statt Gesellschaft:** Die SED hatte sich den Staat und seine Funktionen restlos unterworfen und zugleich die Gesellschaft auf das Parteimachtzentrum hin durchorganisiert. Das Staatsvolk wurde zu einer Art abgegrenzter „sozialistischer Menschengemeinschaft“, zu einer „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ mit homogenen Strukturen, ohne Öffentlichkeit, ohne innere Widersprüche, ohne soziale und kulturelle Auseinandersetzungen umdefiniert. Und die Kirchen sollten in dieser als Gemeinschaft gedachten Gesellschaft nicht Konfliktpartner sein, keine Gegenöffentlichkeit darstellen, keine Veränderungen einklagen dürfen. Sie sollten allenfalls wiederum eine Gemeinschaft in der Gemeinschaft sein dürfen. Sie sollten ein Freiraum sein können, eine Vakuole innerhalb der sozialistischen Zelle. Tatsächlich entwickelte sich auch ein Kirchenverständnis oder ein kirchliches Selbstverständnis, das dieser Rollenzuweisung gerecht wurde, indem der Gemeinschaftsgedanke als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft, als Lerngemeinschaft usw. Vorrang vor einem Kirchenverständnis hatte, das in dem Anspruch auf Öffentlichkeit und Einmischung in gesellschaftliche Angelegenheiten zum Zuge kam. Die Kirchenpolitik der SED war darauf ausgerichtet, die Kirche auf ihre Gemeinschaft festzulegen und auf Innerlichkeit zu beschränken. Und in den Kirchen kam es deswegen zu einem unaufhörlichen Konflikt und einer Dauerdiskussion um die Frage des gesellschaftlichen Engagements. Allein daß diese Diskussion geführt werden konnte, ist ja schon Zeichen eines unterentwickelten Gesellschaftsverständnisses in den Kirchen. Auch in vorkommunistischen Zeiten waren die Kirchen wesentlich stärker auf den Staat als auf die Gesellschaft fixiert. Damit will ich aber nicht sagen, daß es in der Kirche starke Gegenkräfte und Vorstellungen gegeben hat.
- c) **Konspiration und Vertraulichkeit:** Das konspirative, nichtöffentliche politische Handeln des SED-Staates wurde nicht von vornherein in Kirche und Gesellschaft als sittenwidrig empfunden. Damit widerspreche ich der These, daß das immer so gewesen wäre. In den Kirchen und in der gesamten vormodernen altmodischen DDR-Kultur, in der Pädagogik, in der Wirtschaft, im Alltag, in den Familien waren ja patriarchale, autoritäre, antiemanzipatorische Muster und Orientierungen fest verankert. Auch in den Kirchen konnte vertraulich entschieden und ohne Wissen und Wollen Betroffener gehandelt werden, wenn es hinreichend als Für-

sorge deklariert werden konnte. Bis heute, das ist ja zu bemerken, ist in den Kirchen ein merkwürdiges Unbehagen an Öffentlichkeit vorhanden. Das ist ein altes Problem der Kirchen und unserer Gesellschaft, und das MfS konnte daran anknüpfen.

- d) Zivilisationskritik und Klassenkampf: Auch da ist schon einiges gesagt worden. Ich möchte nur noch einmal daran erinnern, daß der Kulturschock, den die Aufklärung und der frühe Kapitalismus auslösten, viele verschiedene zivilisationskritische Bewegungen hervorgebracht hat. Sowohl der Faschismus als auch der Kommunismus wurzelten in dieser Reaktion. Sie versuchten noch einmal, die Welt einheitlich zu gestalten, und suchten dann natürlich auch die jeweiligen Feinde, die Verursacher des Chaos. Im Falle des Kommunismus war es der Kapitalismus, der in einem ritualisierten Dauerklassenkampf bekämpft wurde. Aber auch in den Kirchen waren die Folgen von Aufklärung und industriegesellschaftlicher Enttraditionalisierung nicht oder unzureichend verkraftet worden. Die Sehnsucht nach einer nach ethischen Prinzipien geordneten und gehorchenden Welt war in den Kirchen stark ausgeprägt, und darin sehe ich die Affinität zur Kapitalismuskritik, und zwar sowohl der Nationalsozialisten wie später der Kommunisten. Das war ein Anknüpfungspunkt. Allerdings muß auch ergänzt werden, daß auch solche Vorstellungen nicht MfS-Verstrickung determinieren, es muß auch ergänzt werden, daß die zivilisationskritischen Elemente auch von Oppositionellen benutzt und bedient worden sind, und indem sie auf den DDR-Staat selbst angewendet werden konnten, waren sie eigentlich ein wichtiges Instrument von Opposition. Hier muß auch immer noch die politische Option in solchen Orientierungen gesucht werden.
- e) Weltflucht und Realitätsverlust: Eine der religiösen Grundfunktionen ist, die Erfahrung zu transzendieren, die Wirklichkeit nicht bei sich selbst zu lassen, sondern sie symbolisch zu verändern. Aber es gibt natürlich auch verkürzte Wege der religiösen Wahrnehmung. Ein solcher Weg ist, die Erfahrungen mit Wirklichkeit gar nicht an sich herankommen zu lassen, also die Religion zur Illusion zu machen, die Not zur Tugend und die Flucht aus der Welt als Erlösung anzupreisen. Für derartige religiöse Kurzschlüsse sehe ich auf seiten der SED-Kommunisten Vergleichbares, denn auch die Selbstdarstellung des DDR-Sozialismus erfolgte ja in einem solchen Kurzschluß, in solchem Umgehen von Wirklichkeit, nämlich aus den Texten der marxistischen Klassiker und nicht aus der Erfahrung. Nicht nur Honecker und das Politbüro litten unter Realitätsverlust, sondern der gesamte DDR-Alltag war offenbar für alle Seiten nur dadurch zu ertragen oder erträglicher zu machen, daß man in die Illusion, einschließlich des Westfernsehens, floh. Auch in der konspirativen Wohnung konnten Führungsoffiziere und IM sich

von der Realität weit entfernen, wenn sie gemeinsam daran gingen, die letzten noch störenden Übergangserscheinungen vor dem Endglück abzubauen. Mir scheint, daß der kurze Blick hinter die Kulissen nach der Wende schon wieder vorbei ist, und daß in Ostdeutschland die Laterna magica wieder neu angeschaltet wird, gerade wenn es um die MfS-Frage geht. Das „Nicht-wahr-haben-wollen“ hat sich schon wieder sehr breitgemacht.

- f) Grenzen des Einflusses des MfS auf die Kirchen: Der Einfluß des MfS war weitgehend, aber man muß auch die ganz eindeutigen Grenzen sehen, die dieses Organ und die SED auch den Kirchen gegenüber hatten. Das sind zunächst Gründe, die eigentlich im MfS selbst liegen, die ich hier weglasse, die einfach damit zusammenhängen, daß die Arbeitsweise eines Geheimdienstes schwer mit der einer Kirche zu verkoppeln und zu verbinden ist. Viele operative Handlungen waren ineffektiv, weil ein solches Verhältnis einfach nicht stimmte. Das MfS hat sich auf das Zielobjekt Kirche nicht hinreichend einstellen können. Es hat zwar versucht, mit ungeheuerem operativen Aufwand und einer breiten inoffiziellen Basis in der Kirche vorbeugend mißliebige Personen zu beeinträchtigen und Öffentlichkeit an Kritik zu hindern, aber es konnte niemals vorrausschauend kommende Entwicklung schon einkalkulieren oder selbst konstruktiv Kirchenpolitik machen, sondern es war eben ein zersetzendes Organ. In dem komplexen Organisationsgefüge der Kirche sind immer wieder spontan in vorher nicht absehbaren Konstellationen Entwicklungen eingetreten, auf die das MfS nur im Nachgang reagieren konnte. Auch war ein Teil der geheimdienstlichen Aktivitäten schon deswegen irrelevant, weil sich die Kirche oder die Mehrheit der in den Kirchen Handelnden ja selbst überhaupt nicht konspirativ verhielten, sondern öffentlich und offen agierten. In den achtziger Jahren setzt überdies ein sehr gut nachzuvollziehender Kontrollverlust ein, wenn man nur an die kirchliche Opposition denkt. Die Gruppen haben sich damals schneller entfaltet und neugebildet, als es dem MfS gelang, sie zu zersetzen. Die wichtigsten Barrieren für den MfS-Einfluß waren aber die, trotz aller Mangelhaftigkeit, ausgebildeten pluralen Organisationsstrukturen und die synodaldemokratische Verfassung der Kirche. Weiterhin hat auch das intakte Rechtssystem der Kirche viele MfS-Aktivitäten blockiert. Meinungs- und Willensbildungsprozesse waren eben nicht durchstellbar, auch wenn der IM an einer ganz wichtigen Stelle saß. Die Mehrheit der kirchlichen Mitarbeiter hat sich rechtsförmig verhalten und damit dem MfS die kalte Schulter zeigen können.

Gestatten Sie mir, abschließend einen letzten Satz zu sagen: Natürlich geht es einem, wenn man über Jahre hin solche Akten liest, so, daß man auch wissen möchte: Was ist eigentlich Kirche, wenn wir über Einfluß des MfS auf

die Kirche sprechen? Kirchen haben ja viele Ebenen: Die Kirchenleitungen, die Verwaltung, ihre Werke und Einrichtungen, Gemeinden, Gruppen und Einzelpersonen. Aber sie waren nicht alle gleich in Abhängigkeit geraten. Nach meinem subjektiven Urteil sehe ich aber in den OV- und OPK-Akten etwas von dem, was verdient, Kirche genannt zu werden. In den einschlägigen IM-Akten lese ich von den ungeheuerlichen Beschädigungen, die die Kirche erfahren hat. Zu den Beschädigungen gehört auch der ungeheure Substanzverlust, der Mitgliederschwund, der Ausdruck eines gebrochenen Willens zur Selbstbehauptung war. Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Ich danke Ihnen, Herr Neubert, für Ihr Referat. Der Beifall hat Ihnen gezeigt, wie dankbar Ihre hochinformativen Ausführungen aufgenommen wurden. Sie haben, indem Sie einige Skurrilitäten in der operativen Arbeit der Staatssicherheit zur Sprache brachten, gezeigt, wie schnell die Banalität der Stasimacht ins Lächerliche umkippen konnte. Sie verlor darüber dennoch niemals ihren Schrecken. Ich darf nun Herrn Dr. Vollnhals aufrufen zu seiner Fallstudie „Die Stasi-Akte Gerhard Lotz“.

Dr. Clemens Vollnhals: Herzlichen Dank. Nun eine Fallstudie, das heißt, das Thema in kleiner Münze. Ich berichte über Gerhard Lotz, sein Wirken, soweit es aus der Aktenlage erkenntlich ist. Hierbei beziehe ich mich nicht ausschließlich auf die MfS-Akte, sondern auch auf Akten der SED, der Arbeitsgruppe für Kirchenfragen des Rates des Bezirkes und andere erreichbare Quellen. In der gebotenen Kürze werde ich vieles auslassen müssen und auf einige Punkte, die mir wesentlich erscheinen, hindeuten. Eine etwas längere Fassung wird im Anschluß an das Referat verteilt werden.

Gerhard Lotz, 1911 in Altenburg geboren, trat bereits 1938 als Assessor in den Dienst des Landeskirchenamtes der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen. 1942 wurde er zum Kirchenrechtsrat befördert; und obgleich an einer Hochburg der radikalen Deutschen Christen angestellt, gehörte Lotz aus Überzeugung keiner NS-Organisation an. Nach der Rückkehr aus Kriegsdienst und Gefangenschaft war er bis zu seinem Ruhestand 1976 als Oberkirchenrat und Leiter des Landeskirchenamtes tätig. Ab 1948 amtierte er auch als Stellvertreter des Landesbischofs in weltlichen Angelegenheiten. Weiterhin gehörte Lotz von 1956 bis 1976 dem Hauptvorstand der CDU an. Im selben Jahr wurde er in das Präsidium des Weltfriedensrates berufen. Wenig später wirkte er als Vizepräsident des Friedensrates der DDR. Von 1968 bis zu seinem Ruhestand war er als Volkskammerabgeordneter für die CDU tätig. Erste Hinweise, daß Lotz enge Verbindung zum MfS hielt, gab es seit Anfang der sechziger Jahre. Das ganze Ausmaß der gemeinschaftszersetzenden Tätigkeit wurde jedoch der Öffentlichkeit erst im Juni letzten Jahres bekannt, als der „Spiegel“ einen langen Bericht aus der Akte publizierte.

Die Anwerbung von Gerhard Lotz als „Geheimer Mitarbeiter“ – das ist eine Vorläuferbezeichnung des IMB, sozusagen des Adels unter den inoffiziellen

Mitarbeitern – fand im Laufe einer vierstündigen Unterredung mit Franz Sgraja, der damals Referatsleiter im MfS für die evangelische Kirche war, am 21. März 1955 statt. Von einer schriftlichen Verpflichtung wurde ausdrücklich abgesehen, was nach den MfS-Richtlinien bei hochgestellten Personen, vor allem bei kirchlichen Würdenträgern, zulässig war. Lotz erklärte sich zur konspirativen Zusammenarbeit bereit und charakterisierte bereits beim zweiten Treffen „kirchliche Würdenträger, die die Möglichkeit einer Anwerbung bieten“, so der Bericht Sgrajas. Auch nach Kenntnis zahlreicher IM-Akten stellt diese sofortige bedingungslose Zusammenarbeit einen außergewöhnlichen Vorgang dar. Die Zusammenarbeit mit dem MfS erfolgte vornehmlich auf der Basis politischer Überzeugung. Lotz hatte sich frühzeitig auf lokaler und überregionaler Ebene in der SED-gesteuerten Volkskongreß- bzw. der späteren sogenannten Friedensbewegung engagiert, was ihm bald in kirchlichen Kreisen den Spitznamen „der rote Lotz“ eintrug. Auch die Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim ZK der SED beurteilte sein politisches Engagement sehr positiv und ließ beispielsweise im Februar 1955 einen Rundfunkkommentar, in dem sich Lotz scharf gegen die Pariser Verträge ausgesprochen hatte, an alle SED-Bezirksleitungen verteilen mit der Maßgabe, das doch in der propagandistischen Arbeit mit Kirchenvertretern zu benutzen. Ich übergehe hier nun einen längeren Abschnitt, der den Anwerbungsvorgang detailliert schildert, werde auch nachher Passagen zur konspirativen Zusammenarbeit mit dem MfS, zur Überlieferung der Akte, ihres Umfangs, Archivierung und dergleichen übergehen. Sie können das bei Interesse nachlesen.

Oberkirchenrat Lotz lieferte dem MfS alle gewünschten Informationen, soweit die Beschaffung in seiner Macht stand. Er übermittelte von Anfang an personalpolitische Interna jeglicher Art, erteilte aus kirchlichen Personalakten Auskünfte über NS-belastete Pfarrer und Oberkirchenräte, ermittelte im Auftrag seines Führungsoffiziers, ob der Bischof Frauenbekanntschaften unterhalte. Er übergab dienstliche Schreiben, Protokolle von Bischofskonferenzen, Ratstagungen der EKD oder Referentenbesprechungen, Haushaltspläne und Statistiken, oder teilte deren Inhalt mit. Franz Sgraja, der gleichzeitig den Dresdner Kirchenjuristen Konrad Müller – IM Konrad – und den Greifswalder Kirchenjuristen Dr. Hans-Joachim Weber – IM Bastler – führte, schätzte den Wert der von Lotz übermittelten Informationen als sehr hoch ein, „da durch ihn Informationen dem MfS zugänglich waren, die bisher von keiner anderen Seite gebracht wurden“. Lotz berichtete nicht nur über kirchenpolitische Interna. Er nahm auch persönlich an einer Aktion zur heimlichen Durchsuchung des Arbeitszimmers von Bischof Mitzenheim teil. Er unterstützte den Staatssicherheitsdienst bei der Ermittlung jener Personen, die als Kuriere und Geldboten die Verbindungen zwischen Ost- und Westdeutschland aufrechterhielten und damit nicht selten ein großes persönliches Risiko eingingen. Für seine Verdien-

ste bei der operativen Bearbeitung des Direktors der Evangelischen Akademie in Eisenach sowie eines Pfarrers, die angeblich in Verbindung mit dem BND gestanden haben sollen, erhielt Lotz Sach- und Geldgeschenke im Wert von 400 DM. Als sich Akademiedirektor W., der unter Druck erneut für das MfS geworben werden sollte, dem Bischof offenbarte, teilte dies Lotz, wie auch in anderen Fällen, umgehend seinem Führungsoffizier mit.

Wenn es nötig war, wurde er auch im Ausland für seine Auftraggeber aktiv. Als etwa die Bischöfe Mitzenheim und Noth aus Dresden und Jänicke aus Magdeburg im September 1959 die UdSSR bereisten, hielt Lotz, der ebenfalls der Delegation angehörte, die Verbindung zu den „Freunden“ vom KGB, „wo laufende Auswertungen vorgenommen und Detailfragen durchgesprochen wurden“. Lotz, und das scheint mir nun das Interessante, war kein gewöhnlicher Informant der Staatssicherheit, auch wenn er in der Spitzeltätigkeit eine beachtliche kriminelle Energie an den Tag legte. Seine eigentliche Bedeutung für das MfS lag auf einem anderen Gebiet. Lotz besaß einen scharfen politischen Verstand, er vermochte strategische Konzeptionen zu entwickeln und sie mit taktischem Geschick umzusetzen. Damit wurde Lotz zu dem vermutlich bedeutendsten MfS-Einflußagenten der fünfziger und frühen sechziger Jahre. Als Ziel der inoffiziellen Zusammenarbeit hatte Sgraja schon in seinem Bericht über das Werbungsgespräch am 21. März 1955 drei Punkte herausgestellt:

- a) Informationsquelle,
- b) Bearbeitung mit dem Ziel der Anwerbung des Bischofs Mitzenheim,
- c) Organisierung von Maßnahmen durch die Kirchenleitung Thüringen, die sich für die gesamte Republik positiv auswirken können.“

Diese Aufgabenstellung verweist auf eine langfristig angelegte Konzeption, die das MfS im Auftrag der SED bereits in den fünfziger Jahren avisierte – die Unterwanderung und mittelbare Steuerung der evangelischen Kirche durch inoffizielle Mitarbeiter. Die geplante Anwerbung des Landesbischofs, um dies vorwegzunehmen, kam nicht zustande. Dennoch gelang es dem MfS, Mitzenheim über Lotz und andere IM in seiner Umgebung so zu beeinflussen, daß er seine ursprüngliche Distanz zum SED-Staat allmählich aufgab und sich schließlich zum Vorreiter einer besonders staatsloyalen Haltung entwickelte. Dies läßt sich nun anhand der SED- und MfS-Akten beispielhaft an der Entstehungsgeschichte der schon angesprochenen gemeinsamen Erklärungen des berühmten Kommuniqués vom 21. Juli 1958, belegen, die als politische Loyalitätserklärung – die Christen „respektieren die Entwicklung zum Sozialismus“ – für die SED von großem Nutzen war, der aber keine Taten zur Beendigung der Diskriminierung christlicher Bürger folgten. Trotz dieser bitteren Enttäuschung ließ sich Mitzenheim immer wieder überreden, weitere propagandistisch ausnutzbare Erklärungen abzugeben. So setzte Lotz den offenen Brief Mitzenheims an Ministerpräsident Grotewohl vom April 1959 auf, was zusammen mit der Stellungnahme Mitzenheims zum 10. Jahrestag der

DDR und anderer Äußerungen die Kluft zu Bischof Dibelius und den übrigen Landeskirchen weiter vertiefte. Nicht zuletzt war es der Überredungskunst Lotz' zuzuschreiben, daß Mitzenheim am 17. August 1961, vier Tage nach dem Mauerbau, aus der Hand Walter Ulbrichts den Vaterländischen Verdienstorden in Gold entgegennahm, obwohl er das zwei Tage zuvor telegrafisch abgesagt hatte. Vollends deutlich wurde die sich nun anbahnende Isolierung Mitzenheims, als er 1962, ungeachtet massiver staatlicher Pressionen, von der Kirchlichen Ostkonferenz nicht mehr zum Stellvertreter Krummachers gewählt wurde. Seinen Sitz im Rat der EKD hatte er bereits ein Jahr zuvor verloren. Diese Niederlage, von Mitzenheim als tiefe Demütigung empfunden, trieb ihn, so meine Einschätzung, endgültig auf die Seite jener „positiv realistischen“ Kräfte, die wenig später den „Thüringer Weg“ als Modell für die gesamte evangelische Kirche propagierten. Lotz beriet vor und nach dem Erlaß wichtiger staatlicher Maßnahmen die zuständigen MfS-Offiziere der Hauptabteilung V bzw. ab 1964 der Hauptabteilung XX/4, schätzte kirchliche Reaktionen ein, unterbreitete detaillierte Vorschläge, wie der innerkirchliche Differenzierungsprozeß am besten zu befördern sei. Diese konzeptionelle Zuarbeit war für das MfS von außerordentlicher Bedeutung, besaßen doch anfangs die für Kirchenfragen zuständigen Mitarbeiter nur geringe Kenntnisse über die evangelische Kirche, ihre Organe und internen Verhältnisse. Lotz war mit seinem Wissen auch ein gefragter Gesprächspartner staatlicher Stellen. Er beriet die Referenten beim Rat des Bezirkes in Erfurt ebenso wie das Staatssekretariat für Kirchenfragen, namentlich die Staatssekretäre Eggerath und Seigewasser, oder den Hauptvorstand der CDU, der jedoch bei der Ausformulierung der SED-Kirchenpolitik zunehmend an Einfluß verlor. Ein wichtiges Beratungsgremium der frühen Jahre stellte auch die Herausgeberkonferenz der 1955 gegründeten Zeitschrift „Glaube und Gewissen“ dar, die ihre Existenz einem Beschluß des SED-Politbüros verdankt. An den monatlichen Besprechungen nahm auch Willi Barth teil, der von 1957 bis 1976 die Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim ZK leitete. In all diesen Kreisen wirkte Lotz als unentbehrlicher und geschätzter Ratgeber. Lotz agierte nicht als Einzelgänger, sondern versammelte in Thüringen zielgerichtet einen Kreis Gleichgesinnter, um den schwankenden Landesbischof kirchenpolitisch festzulegen. Dem Führungsgremium des Anfang 1958 gegründeten „Weimarer Arbeitskreises“ gehörten neben Lotz an: Oberkirchenrat Gerhard Säuberlich, bis 1943 Leiter der Lutherischen Bekenntnisgemeinschaft, der Rektor des Predigerseminars Dr. Karl Brinkel, der Weimarer Superintendent Ingo Braecklein, ab 1959 Oberkirchenrat und Professor Walter Grundmann, der von 1955 bis 1975 das Eisenacher Katechetenseminar leitete. Im Dritten Reich war Grundmann als radikaler Deutscher Christ und Leiter des Institutes zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben in Erscheinung getreten. Der Weimarer Arbeitskreis organisierte auf innerkirchlicher Ebene die damals noch heftig umstrittene Annäherung an den SED-Staat. So führte

er Ende 1958 gegen den Willen des Landesbischofs den Synodalbeschuß zur „praktischen Vereinbarkeit von Jugendweihe und Konfirmation“ herbei, womit die bis dahin geschlossene Ablehnungsfront durchbrochen war. Hierfür gab es sicherlich gute Gründe, da die Gemeinden dem staatlichen Druck in der Regel nicht standhielten. Es läßt sich an diesem Beispiel aber auch die gezielte Einflußnahme des MfS nachweisen. Der Weimarer Arbeitskreis wurde mit inoffiziellen Mitarbeitern durchsetzt. Im Führungsgremium hatte das MfS mit Lotz, Braecklein – IM Ingo –, der seit 1956 als Kontaktperson geführt und 1959 angeworben worden war, und Grundmann – IM Berg – ohnehin die Mehrheit. Dabei sollte es auch künftig bleiben. Im Mittelpunkt aller Bemühungen stand die kirchliche Personalpolitik, auf die das MfS in enger Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen einzuwirken versuchte. Häufig mit Erfolg, wie eine von Pfarrer Walter Schilling herausgegebene Dokumentation eindrücklich aufweist. Das mit den Jahren immer dichter werdende IM-Netz, das eine beachtliche Anzahl von Oberkirchenräten, Superintendenten und Kirchenjuristen umfaßte, erlaubte eine wirksame Einflußnahme auf innerkirchliche Entwicklungen und Entscheidungen. Den wohl größten Triumph der Staatssicherheit stellte in dieser Hinsicht die Wahl Braeckleins zum Landesbischof 1970 dar, den Lotz schon 1959 dem MfS als potentiellen Bischofsnachfolger empfohlen hatte. Als Braecklein acht Jahre später aus Altersgründen in den Ruhestand trat, versuchten SED und MfS, Oberkirchenrat Walter Saft – IM Salzmann – als Nachfolger aufzubauen. Seine Nominierung wird im Landeskirchenrat von Braecklein sowie von vier Oberkirchenräten, die ebenfalls als IM geführt wurden, unterstützt. Die Synode wählte jedoch nach langem Ringen den als reaktionär geltenden Kandidaten Werner Leich.

Bei allen Erfolgen, die das MfS bei der Infiltration der Thüringischen Landeskirche erzielte – eine völlige Kontrolle der innerkirchlichen Entwicklung blieb der Staatssicherheit versagt. Die plurale Verfassung der evangelischen Kirche und vor allem das an demokratischen Spielregeln ausgerichtete Synodalprinzip stellten für die Außensteuerung eine nur schwer zu überwindende Barriere dar. Das MfS war omnipräsent, aber bei weitem nicht allmächtig. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Auch Ihnen, Herr Vollnhals, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Vor allem danke ich Ihnen, daß Sie sich an die Zeit gehalten haben. Ich glaube, es war sehr sinnvoll, daß Sie mit Ihrer Fallstudie am konkreten Beispiel dargetan haben, was der Herr Neubert generell ausgeführt hat. Ein Blick auf die Uhr zeigt, daß wir für die Diskussion knapp 40 Minuten Zeit haben. Ich erlaube mir die Bitte an die Fragesteller, sich auf Fragestellungen zu beschränken, (Beifall) damit die Referenten noch eine Chance haben, auf die an sie gerichteten Fragen zu antworten. Ich eröffne meine Fragenliste. Die erste Wortmeldung liegt mir von Herrn Dehnel vor.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Aus den vorangegangenen Ausführungen wie auch

aus vorangegangenen Anhörungen früherer Stastätigkeiten ist uns aufgefallen, daß die Stasi spinnennetzartig auf allen Gebieten gesellschaftlichen Lebens gearbeitet hat. Für mich ergibt sich hier die Frage: Inwieweit ist dieses Spinnennetz auch in die Kirchen Westdeutschlands getragen worden? Denn wir hatten und haben heute noch hervorragende Partnerschaften mit Kirchen in Ostdeutschland. Die Partnerschaften mit Kirchen waren ja mit Leben gefüllt, es kam dann zu personellem Austausch, so daß die uns besucht haben und wir sie, sofern das möglich war; am Anfang waren es nur Rentner, später auch kirchliche Mitarbeiter. Inwieweit wurde das vom MfS genutzt, und inwieweit gab es auch die konspirativen Tätigkeiten in der westdeutschen Kirche? Das ist noch nie betrachtet worden. Ich kenne da noch keine Ausführungen.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Dehnel. Als nächster hat Rainer Eppelmann das Wort.

Abg. Eppelmann (CDU/CSU): Ich habe mehrere Fragen an Ehrhart Neubert.

1. Vielleicht kannst du uns sagen, wie viele IM es in etwa nach heutigem Erkenntnisstand innerhalb der evangelischen Kirche gegeben hat. Wir wissen, daß es in etwa 110.000 IM in der ganzen DDR gegeben hat, also im Verhältnis zu 12,9 Mill. Erwachsenen hat es 110.000 IM gegeben. Wie viele davon waren im Raum der evangelischen Kirche, zu der schätzungsweise 5 Mill. gehörten?
2. Welchen Einfluß hat die Staatssicherheit auf Wünsche und Erwartungen nehmen können, die ihnen von kirchenleitenden Personen entgegengebracht worden sind? Ich habe das Argument immer wieder gehört: „Ich mußte mit der Staatssicherheit reden, um etwas verändern zu können.“
3. Was war eigentlich der Unterschied zwischen einem IM, der sich schriftlich dazu bereiterklärt hat, konspirativ zu arbeiten und einem solchen, bei dem diese schriftliche Bereitschaftserklärung fehlte?
4. Wie viele schriftliche Beauftragungen kennst du von Leuten, kirchlichen Mitarbeitern, die im Auftrag der evangelischen Kirche mit der Staatssicherheit konspirativ verhandeln sollten?
5. Was sagst du zu der These – ich knüpfe an das an, was Herr Fricke zur Einleitung gesagt hat –, daß der größte Irrtum, möglicherweise auch das größte Versagen kirchenleitender Personen darin bestand, daß sie annahmen, mit dem Gespräch vom 6. März werde aus einer Feindschaft, aus einer Gegnerschaft, so wie es Walter Ulbricht verstanden hat, eine Partnerschaft?

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Rainer Eppelmann. Martin Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Ich habe drei Fragen an Ehrhart Neubert.

1. Sie haben die Bedeutung der Konspiration bei der Arbeit mit IM her-

vorgehoben. Nun ist für mich die Frage: Wie ist diese Art konspirativen Verhaltens durch IM, wenn man das einmal theologisch beurteilt, zu sehen? Ich denke auch auf dem Hintergrund der rechtlichen Verfassung der Kirche. Wie ist dieses Eingehen auf konspiratives Verhalten kirchenrechtlich zu betrachten?

2. Sie haben von den Opfern geredet, sowohl der Arbeit des MfS als auch insgesamt der SED-Kirchenpolitik. Welche Aufgaben sehen Sie hier für die evangelische Kirche, die jetzt aktuell noch anstehen, aber vielleicht auch für den Staat Bundesrepublik?
3. Sie haben von den Einfallstoren zur Werbung von IM, aber auch für die Tätigkeit des MfS, jener Anfälligkeit der Kirche gesprochen. Wenn ich mir diese Einfallstore anschau, frage ich mich: Inwieweit hat die gegenwärtige Theologie und Kirche die Probleme, die Aufgaben, die hier vor ihr liegen, schon begriffen und in welcher Richtung müßte sie da etwas tun? Vielen Dank.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Gutzeit. Als nächster hat das Wort Dr. Armin Mitter.

Sv. Dr. Armin Mitter: Eine Frage an Herrn Neubert. Sie haben bei der Bewertung von IM-Tätigkeit als zweiten Punkt die Überschaubarkeit seiner Arbeit genannt. Ist es nicht aber vielmehr so, daß der IM eigentlich überhaupt nicht einschätzen konnte, was mit den von ihm berichteten Ergebnissen geschah, daß gerade die Nichtüberschaubarkeit eines der wichtigsten Motive für das MfS war, den IM zu benutzen?

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Danke, Herr Mitter. Herr Superintendent Passauer.

Sv. Superintendent Martin-Michael Passauer: Eine Vorbemerkung und eine Frage: Wenn ein Mensch wie ich hier den ganzen Tag sitzt und das alles hört, besonders am Nachmittag und diesen Teil, dann kann ich eine gewisse Bewegung in mir nicht verbergen. Ich versuche, mich auch in die Lage derer hineinzusetzen, die hier auch noch sitzen: Hier sitzt der emeritierte Landesbischof Dr. Leich unter uns, der ja nicht erst seit gestern in der Thüringischen Landeskirche lebt, sondern schon seit vielen, vielen Jahren. Er wird das nachher sicherlich noch selber sagen. Was das auch für Menschen bedeutet, die hier heute anwesend sind, und nicht nur als Zeitzegen über etwas reden, sondern als Menschen, die in dieser Kirche weiterleben, das wollte ich wenigstens als Vorbemerkung sagen.

Die Frage, die ich habe, bezieht sich auf Punkt 1 von Ehrhart Neubert, wo es um die Privatisierung des Staat-Kirche-Verhältnisses ging. Was die Konspiration und die Einzelkontakte anbelangt, so habe ich das, auf den Punkt gebracht, noch nie für mich gedacht, aber darin ist eine Menge Nachdenkliches. Wenn das Staat-Kirche-Verhältnis innerhalb dieser sogenannten Partnerschaft zu

einer gewissen Privatisierung geführt hat, dann ist man verführt zu sagen, hat es vielleicht diese Privatisierungen, dieses Verhältnis auch auf anderen Ebenen gegeben? Ich will es ganz radikal formulieren: Wir reden immer von einem Staat-Kirche-Verhältnis und nennen dabei kirchliche Gremien, z. B. Synoden und Kirchleitungen. Ist nicht der Begriff des Staat-Kirche-Verhältnisses unter diesem Aspekt, unter dem Aspekt der Privatisierung des Gespräches von zwei Menschen, die davon auch wenig weitererzählen, nicht noch einmal neu zu bedenken? Könnte man möglicherweise das Verhältnis des DDR-Bürgers zu seinem Staat oder zu seiner Gesellschaft, in der er damals gelebt hat, auch auf diesen Privatisierungsbegriff bringen und damit einen sehr manipulierbaren Gedanken noch einmal benennen? Danke.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Passauer. Ich glaube, daß Ihre einleitende Bemerkung viele hier im Raum so angerührt hat wie mich. Frau von Renesse.

Abg. Frau von Renesse (SPD): Beide Referenten haben gegen Ende dargestellt, daß trotz der Vielfalt und der Omnipräsenz des Stasieinflusses die Kirchen insgesamt ein erstaunliches Beharrungsvermögen oder eine gewisse Widerstandskraft gegen diese Einflußnahmen hervorgebracht haben. Mich würde interessieren, und zwar von beiden Referenten:

1. Worin und mit welcher Wirkung solche Strukturen des „Sich-irgendwo-Bewahrens“ lagen und wie sie sich ausgewirkt haben?
2. Speziell an Herrn Neubert: Hat in den Gesprächen zwischen den Kirchenleitungen des Bundes und der EKD das Thema IM, oder wie immer man das nannte, eine Rolle gespielt? War das Thema heiß, hat man darüber Informationen ausgetauscht? Wie ist es erklärbar, daß zum Beispiel ein schlichtes Gemeindemitglied wie ich, mit 20jähriger Partnerschaft von Gemeinde West zu Gemeinde Ost, mit Kaffeesenden, Besuchen, von diesem ganzen Komplex nichts wußte?

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Danke, Frau von Renesse. Ich habe hier noch zwei Wortmeldungen. Darf ich damit die Rednerliste schließen? Frau Wilms noch? Dann hat als nächstes Herr Weisskirchen das Wort.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Herr Neubert hat die Rollenbeschreibung der Evangelischen Kirchen in der DDR mit dem kulturellen Prozeß der Modernisierung und der Moderne verknüpft.

1. Es würde mich interessieren, inwiefern und wie er dann die Emanzipation, die zum Teil auch innerhalb der Kirche stattgefunden hat und schließlich dann im November 1989 zum Ausdruck und zum Ausbruch gekommen ist, interpretiert. Inwiefern hat diese Emanzipationsbewegung etwas mit diesem Prozeß der kulturellen Moderne zu tun?
2. Die Frage, die damit zusammenhängt und ein Stückchen weitergeht als die Frage von Frau von Renesse: Wenn es so ist, daß die Formalisie-

rungskonzepte der innerkirchlichen Willensbildung rechtsförmige Anknüpfungspunkte waren, widerständig zu sein, was hat darüber hinaus noch zu der Wirkung geführt, daß schließlich – wie auch immer, und welchem Anpassungsdruck die Kirche verfallen blieb oder verhaftet blieb – es dennoch Möglichkeiten gegeben hat, Widerstandspotentiale zu entwickeln? Inwiefern konnten über die formalisierten Prozesse hinaus noch andere Gedanken, Ideen oder auch Impulse zur Geltung kommen, die darüber hinausschossen? Noch eine Frage dazu, Ehrhart Neubert: Inwiefern haben Bewegungen, die es außerhalb der Kirche gab, mit dazu beigetragen, daß es ein Innen-Außen-Zusammenspiel gegeben haben mag?

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Danke, Gert Weisskirchen. Frau Wisniewski bitte.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Eine Frage an Herrn Neubert. Sie haben festgestellt, daß die operativen Mitarbeiter das marxistische Geschichtsbild verinnerlicht hatten und eben als Sieger der Geschichte am Klassenkampf teilnahmen, und haben davon die IM abgesetzt und gemeint, daß viele von ihnen, eigentlich alle, bis auf Ausnahmen, nicht die Seite – ideologisch gesehen – gewechselt haben. Wenn man jedoch die Fälle, die man kennt, betrachtet, kann man sich nicht recht vorstellen, daß es irgendwelche materiellen oder nur spielerischen oder welche Momente auch immer waren, die sie zu ihrem Handeln veranlaßten. Frage: Gab es nicht doch eine, sagen wir, ideologische Affinität bei solchen IM? Ist die Brücke hier nicht etwa der Atheismus, sondern – ich wiederhole jetzt meine Frage, die ich an Herrn Jüngel gestellt habe und die er nicht beantwortet hat – ist hier nicht doch die Frage nach den anthropologischen Grundlagen, nach dem sozialistischen Menschenbild und diesen Dingen zu stellen? Liegt hier nicht ein ganz wesentlicher Punkt, den wir in der Diskussion beachten müssen?

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank. Frau Wilms bitte.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Herr Neubert, ein bißchen naiv gefragt: Kann es auch so gewesen sein, daß man sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte des Lebens in der DDR auch an den Staat und seine Organe und Verbindungen zu den staatlichen Organen gewöhnt hatte – und die Stasi war zwar ein besonders Organ, aber es war ein staatliches Organ – und daß vielleicht ein bißchen das Empfinden verlorenging, was es bedeutete, sich mit diesem Staat, der ein totalitärer Staat war, einzulassen? Aber vielleicht war auch das Empfinden nicht mehr so deutlich, daß es ein totalitärer Staat war. Können Sie dazu noch einmal etwas sagen? Die zweite Anmerkung: Inwieweit ist innerhalb der Kirche, etwa auf Gemeindeebene oder bei Pfarrerkonferenzen, die Frage, inwieweit man mit der Stasi oder anderen politischen oder staatlichen Organen in Kontakt treten soll oder nicht oder unter welchen Konditionen, thematisiert worden?

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Ich bedanke mich bei allen Fragestel-

lern und erlaube mir angesichts dieses kleinen Zeitbudgets, das wir erarbeitet haben, eine Frage anzuschließen. Herr Professor Jüngel hat heute morgen von der gutgläubigen, blauäugigen Absicht gesprochen, den Staatssicherheitsdienst für kirchliche Interessen und allgemeine humanitäre Intentionen zu funktionalisieren, wenn man sich an die Konspiration hielt. Nun meine Frage an Herrn Neubert: Wie lange konnte man so gutgläubig bleiben? Wann mußte man mißtrauisch werden?

Nun darf ich die beiden Referenten bitten, zu den an sie gerichteten Fragen Stellung zu nehmen. Ich darf dem Beispiel von Markus Meckel folgen und zunächst den zweiten Referenten, Herrn Vollnhals, bitten, die Antworten zu geben und danach Herrn Neubert.

Dr. Clemens Vollnhals: Soweit meine Thematik angefragt ist: Es gibt sehr viele Bürger, die als Mitarbeiter geworben werden sollten, die, wie es in der Fachsprache heißt, einen IM-Vorlauf haben, sich aber nicht verpflichtet haben. Die haben gesagt: „Das mache ich nicht“, haben ausweichende Auskünfte gegeben oder sich gar – und das war die wirkungsvollste Methode – in ihrer Umgebung, wie es heißt, dekonspiriert, haben gesagt: „Die Stasi versucht, mich anzuwerben“, und damit war so jemand als Quelle nahezu nutzlos. Das haben auch sehr viele getan. Das heißt, wenn wir über Leute sprechen, die sich zur konspirativen Zusammenarbeit verpflichtet haben, sollten wir immer mitbedenken, daß nicht jeder, der angesprochen wurde, eingewilligt hat, sondern daß wahrscheinlich die Fälle, wo Leute nicht mitgemacht haben, mindestens gleich hoch sind, wenn nicht höher. Das sei immer dazu gesagt. (Beifall) Mein Eindruck ist, daß sehr viele sich, ganz grob gesprochen, vielleicht aus Fehleinschätzungen auf die Zusammenarbeit mit der Stasi eingelassen haben. Es gibt den Fall Lotz, wo es eindeutig scheint, als sei es sozusagen aus politischer Überzeugung oder doch weitgehender Teilüberzeugung mit dem SED-Regime geschehen, wobei auch beim Fall Lotz durchaus noch ein potentiell Druckmittel der Erpressung in der Rückhand gehalten worden war. Dann gibt es die materiellen Motive, Vergünstigungen, daß die Tochter doch studieren darf, daß man vielleicht Westreisen genehmigt bekommt. In der Regel sind die inoffiziellen Mitarbeiter aber schlecht bezahlt worden. Unsere Erfahrung aus der Behörde ist, daß materielle Motive vorkommen, aber die Masse der inoffiziellen Mitarbeiter ohne materielles Entgelt oder nennenswertes materielles Entgelt gearbeitet hat. Dann gibt es bei Kirchenleuten doch immer wieder die Sache, daß Leute aus kirchenpolitischen Motiven mit dem MfS konspiriert haben. Hier in Thüringen war es eine offensichtlich öfters angewandte Strategie, daß man gesagt hat: „Wenn ihr an dem Erhalt des besonderen 'Thüringer Weges' interessiert seid und den damit auch als Gegenleistung gebotenen staatlichen Vergünstigungen“ – die Thüringer Kirche hat ja einiges bekommen, was andere widerspenstigere Landeskirchen nicht bekommen haben, – „dann habt ihr in uns einen Partner,

der versucht, die Konflikte im Vorfeld so zu bereinigen, daß wir erst gar nicht in die Konfrontation hineinkommen“, wo man also durchaus sagen kann: „Vielleicht aus einem kirchenpolitischen Motiv heraus bin ich bereit, auf diese Schmutzarbeit einzugehen.“ Die Frage, die sich dann stellt, ist: Wann hat jemand erkennen können, was er da tut, und warum hat er sich dann eben nicht dekonspiriert? Ich denke, für mich persönlich ist so eine Scheidegrenze, wenn jemand detaillierte Personen- und Charaktereinschätzungen gibt, wo man weiß, weshalb sich die Staatssicherheit überhaupt dafür interessiert, wie jemand seinen moralischen Lebenswandel gestaltet. Hier ist einfach eine Grenze überschritten, wo man nicht mehr guten Glaubens tätig sein konnte. Es kommt als Gesamtkomplex noch hinzu, daß möglicherweise bei vielen das Bewußtsein, in einer Diktatur zu leben, und das Wissen, was Freiheit bedeutet, im Zuge des Generationenwechsels und des Hereinwachsens in die DDR-Gesellschaft und ihre besondere Sozialisation verlorengegangen ist. Daß möglicherweise bei nennenswerten Teilen sozusagen die Kontakte mit der Staatssicherheit nicht so anrühlich waren, wie sie uns heute erscheinen.

Zur Zahl, wieviel inoffizielle Mitarbeiter im Kirchenbereich tätig waren: Ich weiß nicht, ob Herr Neubert genaue Zahlen hat, ich kann Ihnen keine nennen. Es gibt Teilstatistiken, aber eine Gesamtsumme ist mir nicht bekannt. Was der Kollege Müller-Enbergs in einigen Wochen publizieren wird, ist eine quantitative Aufstellung des gesamten IM-Bestandes, aus der hervorgeht, daß einschließlich der Leute, die konspirative Wohnungen zur Verfügung gestellt haben oder konspirativ als Deckadressen oder dergleichen tätig waren, und der gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit, die auch eine IM-Kategorie bilden, 1988 etwa 170.000 inoffizielle Mitarbeiter für das MfS tätig waren. Damit möchte ich es bewenden lassen.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Herr Neubert bitte.

Pfarrer Ehrhart Neubert: Die Frage nach den Zahlen: Ich kenne auch nur die von Enbergs. Es gibt noch keine gute Übersicht, wie diese Zahlen aufgeschlüsselt auf die Kirchen aussehen, aber von den Relationen her kann man quantitativ schon einiges nennen. Es ist auffällig, daß in den oberen Etagen – das hängt mit der Personalpolitik, einer langfristigen Strategie des Einschleusens und Bevorteilens von Personen zusammen – besonders unter den Juristen die Prozentsätze sehr hoch sind. In den mittleren Ebenen von Kirche werden sie geringer. Und unter den Pfarrern und Kirchenmitarbeitern sind es dann oft wenige oder noch weniger Prozent. Dann muß man die Sache noch auf 40 Jahre DDR umrechnen; ich denke, man soll sich quantitativ nicht zu sehr erschrecken lassen, weil das auch für die Stasi kein Kriterium war, sondern da kam es tatsächlich auf Qualität an. Der richtige Mann an der richtigen Stelle ersetzte manchmal sehr viel anderen Aufwand.

Die zweite Frage von Rainer Eppelmann: Welchen Einfluß hatten die IM, oder welche Wünsche und Erwartungen konnten sie bei ihren Treffs und

ihren Gesprächen durchstellen? Tatsächlich ist es so, obwohl das ganz unterschiedlich ist, es hängt an der Bedeutung des IM, daß klar war, daß jeder IM persönliche Wünsche äußern konnte. Es gibt auch kaum einen der prominenten IM, die wir kennen, oder die auch über die Akten wenigstens für manchen zu lesen sind, die nicht auch darum gebeten haben, in bestimmten Fällen jemandem zu helfen. Ich könnte Ihnen skurrile Dinge erzählen. Dann anschließend berät das MfS, der Führungsoffizier: „Sollen wir ihn nun ausreisen lassen, er hat darum gebeten? Wenn wir das machen, erhöhen wir das Selbstbewußtsein des IM, der hat dann das Gefühl, er tut was, er kann etwas erreichen.“ Ich denke, auch Gewährungen von solchen Bitten und Erwartungen der IM waren Teil des politischen Kalküls des MfS. Daß unzähligen Menschen geholfen worden ist, ist damit, denke ich, überhaupt nicht entwertet. Aber ich denke, im großen und ganzen ist den Leuten nicht in den konspirativen Wohnungen geholfen worden, sondern dadurch, behaupte ich, ist es sogar erschwert worden. Geholfen worden ist in den offiziellen Kontakten, es kann auch mit der Stasi oder mit sonst jemanden von denen gewesen sein, aber da, wo die Kirche Leute beauftragt hatte, für Ausreisewillige, für Eingespernte usw. Ich kann das auch aus Akten des Staatssekretariats entnehmen: Wenn sich dort Bischöfe für Verhaftete eingesetzt haben, fühlte sich der Staatssekretär immer unter Druck. Das kann man eindeutig verfolgen. Das Argument ist eigentlich prinzipiell zurückzuweisen, daß private MfS-Kontakte nötig waren, um humanitäre Leistungen zu erbringen; dafür gab es andere Kanäle.

Drittens: Welcher Unterschied ist zwischen schriftlichen und nichtschriftlichen Bereitschaftserklärungen? – Keiner. Das hat die Stasi in Abwägung des IM-Kandidaten entschieden, ob man so weit gehen konnte, von ihm eine Unterschrift zu verlangen. In der Regel wurde das von kirchlichen IMs nicht erwartet, auch in anderen Bereichen nicht, aber besonders nicht, weil man sie damit gleich am Anfang darauf hingewiesen, gestoßen hätte, daß sie einen Rechtsbruch begehen. Da mußte es natürlich einen softigen, einen langsamen Einstieg geben. Aber es gab natürlich auch schriftliche Erklärungen. Es gibt sogar im Namen Gottes Erklärungen. Es gibt Leute, die das theologisch erklären oder auch schriftlich niederlegen.

Zum Irrtum von 1978 will ich wenig sagen, Rainer. Ich denke, es ist so, daß der Druck, die Erwartung, die Hoffnung, daß sich etwas ändern müßte, etwas ändern sollte, ja in den siebziger Jahren latent vorhanden war. Ich denke, viele haben gehofft, daß es zu einer Erleichterung kommt. Das hat man, glaube ich, immer gehofft, aber auch da. Viele haben zugleich gewußt, daß es auch eine trügerische Sache ist. In diese Zeit fallen ja die Brüsewitz-Ereignisse, 1979 oder 1978, im selben Jahr, Wehrkundeunterricht. Ich denke, wer an der Basis gearbeitet hat, und wer unmittelbar mit Kindern und Jugendlichen zu tun hatte, wer 1978 erlebt hat – ich kann mich erinnern, als Pfarrer damals habe ich mich ungeheuer gefreut, plötzlich war in unserer Kirchenkasse ein

Loch gestopft, weil wir ein Stück Wald hatten, eine konkrete Vereinbarung. Im März war die Verhandlung, ich erhielt die erste Überweisung am selben Tag, als der Wehrkundeunterricht war. Ich wurde zum Direktor bestellt und bekam dermaßen eine übergezogen! Da konnte ich mich über das Geld schon nicht mehr freuen. Ich denke, es war Hoffnung und Enttäuschung, Neuanfang, auch der Versuch, ihnen entgegenzukommen; das, denke ich, war allgemein verbreitet. Und der Irrtum ist noch etwas anderes als die Illusion. Man konnte politisch irren, vielfältig, aber in dem Moment der Illusion ist es noch eine Steigerung, weil man dann nämlich eine eigenständige Leistung zur Selbsttäuschung erbracht hat und auch zufrieden war mit diesen vielen Illusionen, die man hatte, daß man die Wahrheit nicht mehr an sich herankommen ließ. Das hat es auch gegeben und gerade auch von IM.

Schriftliche Beauftragung an Leute, mit der Stasi konspirativ zu verhandeln, hat es nicht gegeben, und wo es die gegeben hat, war der Kontakt nicht mehr konspirativ. Ich kenne keine solche Beauftragung. Sie wäre ja auch kirchenrechtlich nicht abgedeckt gewesen. Es gab selbstverständlich Beauftragungen für bestimmte Inhalte, humanitäre Fragen und die Sachen, die ich vorhin schon genannt habe. Da gibt es eine Fülle, eine Bandbreite von Aufträgen, die sich auch aus Geschäftsordnungen ergeben. Zu konspirativen Sachen gibt es natürlich keine, das widerspräche dem Kirchenrecht in jeder Hinsicht.

Martin Gutzeit, zur theologischen Beurteilung will ich nur sagen: Konspiration müßte vielleicht theologisch einmal unter dem Gesichtspunkt – das hat ja Herr Jüngel heute gesagt – des Öffentlichkeitscharakters des Evangeliums betrachtet werden. Es ist ja ein Lebensnerv unserer Kirche, daß wir den Öffentlichkeitsanspruch stellen, und zwar nicht motiviert aus Machtgelüsten, sondern weil er das Zentrum unseres Glaubens ist und des Auftrages aus dem Neuen Testament. In juristischer Hinsicht müßten die Kirchen das in der DDR damals gültige Kirchenrecht anwenden. Die Vermischung von juristischen, rechtlichen und theologischen Kategorien halte ich theologisch und juristisch ohnehin für falsch. Klare Rechtswidrigkeiten, die im Disziplinar- und Verfassungsrecht niedergelegt sind, müssen auch mit rechtlichen Mitteln geahndet, das heißt untersucht werden. Ordentliche Verfahren müssen eingeleitet werden. Das heißt nicht in jedem Fall, daß jeder, schon gar nicht jeder Registrierte, rechtlich belangt werden könnte oder müßte, aber die rechtlichen Kategorien müssen angewandt werden. Das ist auch eine politische Funktion, die die Kirche in diesem Land hat, hier im Osten, wo die Leute ein schweres Mißtrauen gegenüber der Rechtsstaatlichkeit haben, daß sie zeigt: Recht ist etwas Verlässliches, wir zeigen euch, wie das geht. Wenn wir auch nicht in jedem Fall Gerechtigkeit herstellen, aber die Verlässlichkeit des Rechts muß da sein. Ich verstehe das überhaupt nicht, daß man mit einer großen theatralischen Vergebungsgeste Recht außer Kraft setzt. (Beifall)

Das zweite ist: Ich denke, es gibt ja – und das muß man ehrlicherweise sagen –

keinen Bereich in der Gesellschaft, der bis jetzt so weit in der Aufarbeitung gegangen ist wie die Kirche. Das hat natürlich auch mit der besonderen Situation der Kirche in der DDR zu tun. Sie war damals Ersatzöffentlichkeit im weitesten Sinne des Wortes, und sie muß, auch aus ethischen Gründen und aufgrund des Öffentlichkeitsanspruchs des Evangeliums, diese Funktion hier wieder, quasi im Ersatz für die unfähige Gesellschaft, übernehmen. Das heißt, auch wenn der Sport und die Medizin alle es nicht schaffen: Wir müssen es versuchen, und wir müssen die Schmerzen ertragen.

Zu den Einfallstoren: Ja was tut die gegenwärtige Theologie? Ich denke, da ist eine interessante Diskussion im Gange. Ich hatte vorhin ein paar Namen genannt, aber auch, was Jüngel heute hier vorgeführt hat, daß wir zum Beispiel das Thema Öffentlichkeit heute theologisch thematisieren, das ist eine neue Geschichte. Das hat auch Rückwirkungen auf das Verhältnis der Beurteilung von totalitären Staaten, Staat – Gesellschaft – Gemeinschaft. Ich denke, das wird eine interessante und wichtige Sache. Denn unmittelbar damit zusammen hängen die ungeheuren Schwierigkeiten, die die Kirchen, besonders die evangelischen, im Umgang mit der Umstellung dieser neuen Gesellschaft haben, die auf uns gekommen ist – mit der Konfliktunfähigkeit, dem Jammern und der Ostsehnsucht zurück, die politisch ja auch wieder auf üble Weise instrumentalisiert werden kann. Das heißt: Vergangenenheitsaufarbeitung auch theologischer Natur ist Zukunftsarbeit. (Beifall)

Herr Mitter, ich weiß, daß die Überschaubarkeit ein etwas schwieriges Kriterium ist, dennoch will ich Ihnen folgendes zu bedenken geben. Natürlich hat das MfS, der Führungsoffizier, versucht, den IM nicht die Folgen seiner Informationstätigkeit überschauen zu lassen, also er konnte nicht alles wissen. Aber ich könnte Ihnen Beispiele nennen, der Kapiske, dieser Mensch in der mecklenburgischen Kirchenzeitung ehemals, der hat Leute verraten, und das kann man eindeutig rekonstruieren, hat anschließend gemerkt, daß ein westlicher Journalist Einreiseverbot bekam, ein ostdeutscher Künstler nicht mehr verkaufen, nicht mehr ausstellen darf, der hat also die unmittelbaren Folgen übersehen. Das, denke ich, ist in jedem Fall zu ahnden. Wenn dies tatsächlich nicht überschaubar war, dann muß man rechtsstaatlich sagen, kann man es nicht ahnden. Wenn also die Stasi, das MfS, jemanden reingelegt hat, dann ist immer noch die Konspiration da. Aber sonst, wenn jemand eine Information weitergegeben hat und nicht unbedingt die Folgen überschaute, da muß halt in einem Verfahren getrennt werden, ob es vorsätzlich ist, oder ob es bedingt vorsätzlich war, oder fahrlässig. Ich denke, da gibt es Möglichkeiten. Ein Kriterium der Überschaubarkeit ist: Jeder IM wußte in der DDR, mit wem er es zu tun hatte. Es ist einfach eine Legende, daß wir das nicht wußten. Selbstverständlich gab es ein breites Wissen darüber. Im Gegenteil, die Leute hatten ja Angst, selbst die IM hatten Angst, sonst hätten sie wahrscheinlich gar nicht mit denen geredet, die meisten jedenfalls.

Michael Passauer, weißt du, es ist so, du hast es eindrücklich noch einmal gesagt mit der Bewegung. Ich hoffe nicht, ich denke, bei dir ist das nicht der Fall. Mir und vielen anderen geht es so, als würde diese Arbeit und dieses Wissen von uns benutzt werden gegen die Kirche. Ich muß sagen, wenn schon solche emotionalen Dinge hier zur Sprache kommen: Ich weiß – die Kirche besteht aus Menschen –, daß die reine, saubere, ideale Kirche, in der ethisch und rechtlich und überhaupt alles theologisch in Ordnung ist, ein Traum ist. Das sollten wir uns auch gar nicht vornehmen. Es gibt Grenzen. Eine dieser Grenzen ist die Zerstörung der Kirche. Was wir 1990 an Kirche übernommen haben aus der DDR, ist eine weitgehende Zerstörung. Ich lasse mich nicht durch eine Illusion beruhigen. In Berlin gehört nur noch unter ein Prozent der jungen Leute zur Kirche, ich könnte noch vieles andere sagen, denn der Erosionsprozeß ist ja längst weiter. Wir wissen ja, auch zur DDR-Zeit wäre die Kirche organisatorisch zusammengebrochen ohne das Westgeld, und heute wären wir auch nicht lebensfähig. Das ist ein Supergau der Kirche. Warum nehmen wir das einfach nicht wahr? Aus diesen Trümmern, diesen Schmerzen, die ich empfinde, müssen wir suchen, warum das gewesen ist, und wie wir da raus kommen. Für mich ist die Aufarbeitung der Vergangenheit, Kirche in dieser Gesellschaft wieder einen Platz einnehmen zu lassen, den sie auch verdient, einzunehmen.

Die Privatisierung des Staat-Kirche-Verhältnisses oder die Privatisierung auch der religiösen Betätigung im weitesten Sinn ist natürlich ein Urprinzip überhaupt der DDR-Herrschaft, da wurde alles in den privaten Bereich gepackt, was nicht verträglich war. Das Politbüro wußte, daß die Leute im Raum Dresden unbedingt Westfernsehen sehen müssen, deswegen wurde sogar der RTL zu DDR-Zeiten installiert, aber natürlich nur im privaten Bereich. In dem Moment, wo wir gesellschaftliche Aktivitäten, Öffentlichkeit oder auch Kirche in den Privatbereich genommen haben, haben wir sie so gut wie abgeschafft, das heißt Kirche ist Institution. Wer die Institution Kirche nicht ernst nimmt, der ist ein verrückter Spinner, also ein Schwärmer, aber die Kirche kann überhaupt nicht anders existieren als auch als Institution. Die Zerstörung der Institution Kirche beginnt dort, wo die Leute individuell privat über diese Institution verfügen. Das war Absicht, und das ist auch zum Teil erreicht worden. Es betraf eben nicht nur Kirche, es war Herrschaftsprinzip.

Die Frage war: Wie weit war denn doch Widerstandshandeln möglich? Wenn ich das jetzt alles aufzähle, möchte ich betonen – das muß ich immer dazusagen, was kann man in so einer kurzen Zeit schon sagen –, daß es natürlich selbstverständlich in den Kirchen immer ein aktives Wehren gegeben hat gegen die Privatisierung, gegen das Verdrängen aus der Öffentlichkeit, daß selbstverständlich aus der Theologie heraus versucht worden ist, den Auftrag der Kirche in der Öffentlichkeit auch politisch und auf andere Weise, diakonisch, sozial wahrzunehmen und zu verteidigen, allerdings immer mit

Konflikten. Immer an der Stelle, wenn es öffentlich wurde, wenn es wirklich in die Gesellschaft hineinging, gab es Konflikte. Dort, wo das geschehen ist – und das muß manchmal gar nicht so großartig gewesen sein –, wo der Dorfpfarrer einfach treu seinen Dienst gemacht hat und sich nicht davon hat beeindrucken lassen, daß er immer weiter aus der Dorfföfentlichkeit verdrängt worden ist, war das eigentlich im Grunde schon widerständig, und er hat darauf warten können, daß auch er bearbeitet wurde.

Gert Weisskirchen, natürlich, ich bin ja ein Verfechter der Theorie der protestantischen Revolution. Selbstverständlich, der Widerstand war ebenso. Werner Krusche hat gesagt, daß die Kirche im Visier der Stasi war, aber natürlich nicht in ihrer Hand. Die Emanzipation in der Kirche, die innerkirchlichen Konflikte haben so viel Sprengkraft gehabt, daß sie dann einen wichtigen Beitrag zur Aufhebung des totalitären Regimes geleistet haben. Das ist aber eine Frage, die man nicht nur institutionell-kirchlich klären kann, die kann man noch nicht einmal soziologisch allein klären, indem man sagt: „Zu den Gruppen sind von draußen welche hereingekommen, das hat sich mit verschiedenen Motiven von Widerständigkeit gemischt“, sondern das muß man auch auf der Ebene der politischen Kultur einer längeren Tradition sehen. Zum Beispiel hat doch der Kommunismus natürlich nicht unsere Kultur vollständig vernichten können. Schon die Einstellung des Menschen zur Arbeit hat der Kommunismus ja nie für ein eigenständiges sozialistisches Arbeitsbewußtsein schaffen können. Die Leute waren todunglücklich, daß sie nicht rational arbeiten konnten. Noch im September 1989 hörte ich einen Flüchtling in Ungarn, der in Sachsen in einer Kleinstadt als kleiner Fuhrunternehmer zwei Autobusse und zwei Lastwagen hatte, auf die Frage eines Reporters aus dem Westen, warum er nicht fliehe, sagen: „Ich will endlich einmal arbeiten.“ Der hat genug zu tun gehabt hier, er kam gar nicht nach. Das heißt, der Rationalitätsverlust, den es hier in dieser Gesellschaft durch dieses System gab, ist natürlich nicht von der Kirche organisiert worden, er ist die säkularisierte Form von Protestantismus. So könnte ich viele andere Beispiele nennen, auch die Frage der individuellen Menschenrechte und so etwas. Natürlich haben die Leute beansprucht, Individuen zu sein und wollten diese Rechte auch wahrnehmen. Der Staat hat das gewußt und hat sie durch ein Prämiensystem und andere Dinge kaufen wollen. Hier haben Orientierungen gewirkt und sich in verschiedenen Ebenen auch im widerständigen Handeln gezeigt. Eine wichtige Stelle war, daß dann die Kirche auf unterschiedlichen Ebenen wenigstens noch als Vermittlungsinstanz mit an den runden Tischen war.

Immer wieder wird gefragt, Frau Wilms war das, ob es nicht doch eine Art Opportunismus gegeben habe. Ich will dazu noch einmal auf das Alltagsverhalten von IM zurückkommen: Ich kenne einen Prominenten, den können wir längst nennen, Wolfgang Schnur, dessen Biographie auch eine Tragik hat, das ist ganz eindeutig. Aber alle, die mit ihm zu tun hatten – Rainer Eppelmann war

auch intensiv mit ihm befreundet –, haben gesagt: „Wir haben diese andere Anbindung nicht für möglich gehalten, weil wir ihn als religiös gebundenen, ja pietistischen Menschen kennengelernt hatten.“ Ich meine, in dieser Biographie ist das so, daß diese Sache eine echte Doppelbindung ist. Wir sind doch nicht so naiv, daß wir nicht wissen, daß es Doppelbindungen geben kann. Das heißt also, jeder Mensch unterhält Beziehungen zu unterschiedlichen und widersprüchlichen Menschen. Ich selbst habe Freundschaften sowohl zu Menschen, die in der CSU sind wie auch zu Menschen aus dem Bündnis 90. Es gibt solche Bindungen, die SPD warnt hier zwar, (Heiterkeit) aber es ist so. Denken Sie einmal an das private Leben, da sind selbstverständlich Doppelbindungen möglich. Das ist ein Schutzmechanismus. Es wäre schrecklich, wenn wir nur auf eine Sache festgelegt wären. Insofern gab es auch bei den IM natürlich die Bindung an den Führungsoffizier, es gab aber auch die Bindung an den Gemeindepfarrer usw., das konnte alles nebeneinander laufen. Die ideologische Affinität sehe ich auch, aber man darf aus diesen Orientierungen, von denen ich eine genannt hatte, nicht zu stark die zivilisationskritische so festlegen, als daß sie in jedem Fall Verhalten determiniert. Wenn ich mir vorstelle, die Masse der Oppositionellen in der DDR waren natürlich ganz schlimme Kapitalismus- und Zivilisationskritiker, aber sie hatten, indem sie gerade das auch auf die DDR-Zivilisation, um es einmal verkürzt zu sagen, anwandten, in einer doppelten Weise die Legitimation der DDR-Kommunisten enteignet. Darin bestand die eigentliche Wirksamkeit dieser Opposition, daß sie offen versuchte, dies zu tun. Es gab auch Leute, ich denke an Edelbert Richter, die haben Fragen nach Liberalismus der Gesellschaften und Differenzierung wieder sehr früh hereingebracht. Aber das war im Grunde nicht besonders wirksam, weil man dann sofort auf die politische Gegenposition im Kalten Krieg festgelegt worden ist. Die Enteignung der Legitimation war eine politisch wirksamere Geschichte und das ist, denke ich, so passiert. Das ist natürlich, wenn ich so an die Theologie von Carl Ordnung denke, (Heiterkeit) auch Kapitalismuskritik, aber eine Form, die sich dann im Klassenkampf der Realsozialisten verbindet.

Eine interessante Frage, das waren Sie, Frau Wilms: War das Thema MfS in den Kirchen der DDR eine Frage? Ja, immer, immerzu. Daß man diese Tatsache in Frage stellt, ist auch ein Stück nachträglicher Verdrängung, die seit 1990 passiert ist. Denken Sie einmal daran, daß die Leute als erstes auf den Straßen gerufen haben: „Stasi in die Produktion“, nicht „Macht die Grenze auf“. Man lebte damit, man war nicht erdrückt, aber ich kann mich auch an absurde Situationen erinnern. In Weimar, in der Studentengemeinde, haben wir einmal eine ganze Nacht gedacht, wir hätten eine Wanze, nachdem eine Mitteilung aus dem Kreis der Vertrauensstudenten rausgegangen war, und ich natürlich nicht auf die Idee gekommen bin, daß da einer unter uns sein könnte. Wir haben die ganze Nacht bis früh um 4.00 Uhr nach

Wanzen gesucht, dabei hatten wir solche Aluminiumrohrstühle. Da haben wir jedes Rohr durchgeblasen, das hat die ganze Nacht gedauert. (Heiterkeit) Es gab also auch absurde Situationen, es war jedenfalls ein Problem, es wurde darüber gesprochen. Es gab Kollegen, die das erzählt haben. Es gab Fälle, 1988 haben wir einmal im Haus von Heino Falcke so einen Fall erlebt, von Dekonspiration, wo IM schlappmachten, nicht mehr konnten, wo sie es gesagt haben; und die Kirchen haben selbst Schutzmaßnahmen ergriffen. Es gab Unterschriftsverpflichtungen von Leuten, die nicht ordiniert waren, also Studenten oder kirchlichen Mitarbeitern. Ich habe gerade jetzt gelesen, daß Manfred Stolpe so eine Unterschriftenaktion im Bund durchgeführt hat. Dann hat die Konferenz der Kirchenleitung sich beschwert. Sie haben vorhin einen Brief vorgelesen, von 1958 glaube ich, Grotewohl, wo man sich über die MfS-Geschichte beschwert. Es war ein Dauerthema. Wissen Sie, allein die Beschwerde der Konferenz der Kirchenleitung von 1977 ist ein Genuß zu lesen, weil sich da nämlich Schönherr, der auch vorher schimpft, weil ein Loch im Bund ist, energisch beschwert und sagt: „Ich will herauskriegen, wo das ist.“ Das kriegt er nicht heraus, dann beschwert er sich im Staatssekretariat. Und dann beschwert sich Herr Präsident Domsch aus Dresden ebenfalls heftig und zählt genau das auf, was auch die wissenschaftliche Aufarbeitung jetzt gebracht hat: 1. Einflußnahme vor Synoden, 2. Anwerbungsversuche und 3. Technik. Genau die Sachen, die wir immer wußten. Das Erschrecken war bloß, daß die quantitativen Fragen etwas ganz anderes waren als die neue Situation, in der wir die konkreten Namen kannten. Es war Dauerthema. Man lebte damit, und damals jedenfalls hat niemand behauptet, man könne durch Kontakte mit dem MfS humanitäre Fragen lösen, sondern es wurde einem immer geraten, was man machen soll, um diese Leute loszuwerden, und da gab es viele Möglichkeiten. Hier sitzt unser ehemaliger Bischof Werner Leich, der selbst auch viele Ratschläge gegeben hat. Meinen ersten Ratschlag habe ich als Student von Gottfried Forck bekommen, der damals Studentenpfarrer war, da war ich 19 Jahre alt. Er hat uns in Wittenberg eindringlich eingeschärft, daß wir keinesfalls solche Beziehungen aufnehmen sollten. Wann mußte man mißtrauisch werden? Ich denke, man mußte mißtrauisch werden, wenn sie kamen. (Heiterkeit und Beifall)

Das zweite ist, daß natürlich klar war: Keine Mitteilungen über Personen und über laufende Vorgänge. Zu mir kam einmal einer, weil ein Zeuge Jehovas in der Studentengemeinde Weimar gepredigt hatte. Vielleicht war das auch ein Stasimann, das weiß ich heute nicht, aber das war eine Provokation. Den habe ich natürlich weggeschickt, aber er hat versucht, es so zu drehen, als müsse er ermitteln. Da wußte man: Auch da kann ich zu einem kirchlichen Vorgesetzten gehen – wo man in Weimar Glück haben mußte, oder wo man da hingehet –, (Heiterkeit) um mit ihm die Sache zu besprechen. Da gab es Verhaltensregeln. Ich denke, wer es nicht wollte, mußte nicht und konnte es überschauen, und

es klingelte schon, wenn die den ersten Schritt über die Türschwelle machten. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Neubert, wir haben mit der gleichen Faszination Ihren Antworten gelauscht wie Ihrem Referat, Ihnen nochmals Dank, auch Ihnen, Herr Vollnhals. Die letzten zwei Stunden haben wieder in einer Weise, die betroffen macht, gezeigt, wie das Verhältnis von Staatssicherheit und Kirche gewesen ist. Tatsächlich war die Kirche bis zuletzt im Visier der Stasi. Noch am 26. Oktober 1988 hielt Mielke auf einer zentralen Dienstkonferenz des MfS eine Rede zu Aspekten der Lage in der Evangelischen Kirche in der DDR. Es war Ausfluß eines Denkens, in dem das Weltbild zum Feindbild verkommen war. Die Konsequenz war eine jahrzehntelange Zersetzungsstrategie gegenüber der Kirche. Gemessen an dem Einsatz, an dem Aufwand, war der Erfolg minimal. Es gab viele schwarze Schafe, gewiß zu viele, aber es gab sehr viel mehr Menschen in der Kirche, die Nein gesagt haben, die sich verweigert haben. Auch diese Erkenntnis wird am Ende unserer Diskussion über das Verhältnis von Kirche und Staatssicherheit stehen. Ich danke Ihnen und gebe das Wort zurück an Rainer Eppelmann. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir wollen versuchen, um 19.30 Uhr hier weiterzumachen. (Pause)

Wir kommen heute und morgen zusammen, zumindest von unserer Planung her, um uns zu fragen, wie das gewesen ist mit dem Verhältnis der Kirchen. Auch wenn bisher nur von evangelischer Kirche geredet worden ist, muß noch einmal deutlich gesagt werden, daß es in diesem Themenfeld 5 um das Verhältnis der Kirchen zu den Regierenden in der Deutschen Demokratischen Republik geht. Welche Absichten haben die Regierenden verfolgt? Wo und wie wollten sie Kirche benutzen, instrumentalisieren, auskundschaften? Welchen Auftrag hat die Kirche selbst gesehen, und an welchen Stellen haben die Regierenden Einfluß genommen auf das, was in der Kirche geschah? Ein Reizwort in diesem ganzen Spannungsfeld, das, wenn ich es richtig sehe, in den Jahren auch unterschiedlich interpretiert und gefüllt worden ist, ist das Wort „Kirche im Sozialismus“. Dem soll unsere Diskussionsrunde heute abend gelten, und ich bitte jetzt Michael Passauer, die Moderation und Einführung zu übernehmen. Bitte, Michael.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Kaum eine Anhörung, die wir von der Enquete-Kommission bisher gemacht haben, ging ohne ein Podiumsgespräch aus, so daß wir auch heute abend wieder eines haben, wiewohl wir hinterher oft merken, daß einem die Grenzen eines solchen Podiumsgesprächs sehr schnell ins Auge fallen. Wir waren aber der Meinung, wir sollten nicht nur die Formel „Kirche im Sozialismus“, sondern auch deren Inhalt mit Menschen diskutieren, die nach der Meinung der Vorbereitungsgruppe dazu unterschiedliche Positionen haben.

Wir haben, wie das vorher Ehrhart Neubert gesagt hat, hier keinen Konsensdruck, im Gegenteil – ich möchte gerne, daß wir kontrovers diskutieren. Und wer die Menschen, die jetzt hier vorne sitzen, ein bißchen kennt, der weiß, daß sie auch kontrovers diskutieren können, weil sie unterschiedliche Positionen haben. Ich stelle Ihnen Herrn Bischof Werner Krusche vor. Bischof Werner Krusche ist Bischof im Ruhestand; ich habe hier eine ganze Vita von ihm, ich kann also alle Daten vorlesen, die mit seiner Person in Verbindung zu bringen sind. Wichtig ist vielleicht, daß er stellvertretender Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen von 1977 bis 1981 war, daß er bei dem berühmten Grundsatzgespräch am 6. März 1978 mit am Tisch gesessen hat, also jemand ist, der die Gründung des Bundes von Anfang an in verantwortlicher Position miterlebt hat, und der als Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, in der wir uns ja hier befinden, auch wichtige kirchenpolitische Entscheidungen mitgetroffen hat. Er ist derjenige gewesen, der auf der letzten Bundessynode 1991 ein vergangenheitsbetrachtendes Referat gehalten hat zum Thema „Kirche im Sozialismus“ – Werner Krusche. Neben ihm sitzt Herr Reinhard Steinlein. Reinhard Steinlein ist Superintendent in der Kirche Berlin-Brandenburg gewesen, Superintendent im Kirchenkreis Finsterwalde und Superintendent im Kirchenkreis Nauen. Er ist gleichzeitig Konsistorialrat im evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg gewesen, und er gehörte lange Zeit der Kirchenleitung unserer Kirche Berlin-Brandenburg an. Er hat ein Buch geschrieben mit dem Titel „Die gottlosen Jahre“. Darin hat er beschrieben, was für ihn kennzeichnend war, als Bischof Schönherr seinerzeit in der Kirchenleitung gesagt hat: „Ach, übrigens wollte ich euch noch erzählen, der 6. März steht ins Haus, wir haben ein Grundsatzgespräch“, da ist Steinlein aufgestanden und hat gesagt: „Jetzt ist das Faß übergelaufen, ich trete aus dieser Kirchenleitung aus.“ Deshalb hat er zu dem Begriff und zum Verhältnis „Kirche im Sozialismus“ eine besondere Position, und zu der wird er auch gleich etwas sagen.

Der dritte ist Herr Landesbischof i.R. Werner Leich. Er ist der Landesbischof der Kirche, die hier vorher besonders auf dem Prüfstand stand. Er war lange Zeit Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitung und damit Vorsitzender des Vorstandes der Konferenz der Kirchenleitung, besonders in den achtziger Jahren, und er war derjenige, der öffentlich, als das noch nicht in Mode war, den Begriff „Kirche im Sozialismus“ versucht hat zu relativieren bzw. ihn ganz zu vermeiden. Er hat damals ein wichtiges Gespräch mit Erich Honecker geführt, wo es um das menschlichere Antlitz der Gesellschaft ging und hat von daher wichtige Positionen, die er uns heute in einem kurzen Statement noch zu Gehör bringen wird.

Richard Schröder ist Professor an der Humboldt-Universität in Berlin und zur Zeit Dekan. Sie kennen ihn vielleicht aus ganz anderen als aus kirchlichen Bezügen. Für uns ist er heute interessant als Professor der Theologie und

als jemand, der auf der letzten EKD-Synode in Suhl 1992 ein Referat über „Kirche im geteilten Deutschland“ gehalten und dort wichtige inhaltliche Sätze formuliert hat zum Begriff „Kirche im Sozialismus“, einen davon werde ich nachher zitieren.

Ganz außen sitzt Herr Prof. Gerhard Besier. Er ist der einzige in unserer Runde, der kein gelernter DDR-Bürger ist, sondern jemand, der aus den alten Bundesländern kommt mit einer hohen Kompetenz, mit einer großen Sachkenntnis. Er hat zwei Bücher geschrieben, die in unseren Ländern zumindest nicht ganz unumstritten gewesen sind. Das eine hieß „Pfarrer, Christen und Katholiken“, das war ein Ausspruch von Mielke, den er zur Klassifizierung der Kirche zitiert hat, und das andere ist „Der SED-Staat und die Kirche: Der Weg in die Anpassung“. Er vertritt eine These, die für unser Gespräch heute abend ausgesprochen wichtig ist.

Zur linken Seite sitzen noch Herr Prof. Beintker und Ehrhart Neubert, theoretisch sollte auch noch Herr Dr. Hamel hier sitzen. Frau Schmoll, wir wollten Sie ein bißchen abseits setzen, weil Sie heute schon ganz viel geredet haben. Wir haben gedacht, wenn wir eine Podiumsdiskussion durchführen, dann diskutieren wir erst einmal mit denen, die extra zum Podium gekommen sind. Wenn Sie aber jetzt noch wichtige Einwände haben und sagen: „Das wollte ich immer schon einmal gesagt haben“ oder „Dazu muß ich mich jetzt melden, sonst komme ich hier nicht heil aus dem Saal“, dann kriegen Sie natürlich auch das Wort. Die Struktur des Abends ist so gedacht, daß wir bis 22.00 Uhr, das ist so der Terminus ad quem, also der letzte Zeitpunkt, aus diesem Saal gehen wollen. Wir wollen zunächst zwei kurze Statements hören von Bruder Steinlein und Bruder Leich, und dann diskutieren wir hier vorn, so denke ich jedenfalls, eine Stunde hoffentlich kontrovers. Dann möchte ich gern, daß das Gespräch überschwappt auf Sie als die Mitglieder der Enquetekommission, und Sie dann Fragen stellen oder etwas unterstreichen oder sagen: „Das wollte ich immer schon mal sagen.“ Bruder Leich, darf ich Sie bitten?

Landesbischof em. Dr. Werner Leich D.D.: Auch bei mir werden Sie eine leichte Veränderung bemerken, ich spreche von Erfahrungen mit der Formel „Kirche im Sozialismus“.

1. Worum es ging: Im Jahr 1988 zeigte mir Prof. Roberts Feldmanis die Sehenswürdigkeiten seiner geliebten Stadt Riga. Feldmanis gehörte zu den Trägern des Widerstandes gegen die sowjetische Kirchenpolitik. Wir sprachen über die Lage unserer Kirchen. Plötzlich blieb mein Begleiter stehen, sichtlich erregt sagte er: „Bruder Leich, die im Westen wissen doch gar nicht, worum es bei uns geht. Hier tobt der Kampf um die Seele unseres Volkes.“ An diese Worte muß ich denken, wenn mir die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit begegnet. Wie selbstverständlich werden die geläufigen Maßstäbe politischen Denkens angelegt. Als ob die

Bürger der DDR lediglich in einem anderen politischen System gelebt hätten. Wir begegneten einem Herrschaftsanspruch, der die Seelen der Menschen ergreifen und gefügig machen wollte. Freiwillig und aus eigener Überzeugung sollten sich die Bürger vom Kleinkind bis zum Greis selbst aufgeben und nur noch denken, fühlen und wollen, was die staatlich verordnete Weltanschauung vorgab. Mit dieser Situation hat auch die Formel „Kirche im Sozialismus“ zu tun. Sie steht für den Versuch, in einer extremen Situation durchzuhalten und Volkskirche zu bleiben.

2. Entstehung der Formel „Kirche im Sozialismus“: Die Worte Kirche im Sozialismus wurden fast zufällig zusammengefügt. Hans Seigewasser, Staatssekretär für Kirchenfragen, zog im Februar 1969 nach der Verabschiedung der neuen Verfassung der DDR Schlußfolgerungen für die Zukunft der Kirchen. Die Verantwortlichen könnten dem geistlichen Auftrag der Kirche im Sozialismus nur gerecht werden, so sagte er, wenn sie die humanitäre Staatspolitik der DDR nicht negierten. Die Redewendung, damals noch ohne terminologischen Anspruch gebraucht, wurde in Gesprächen aufgegriffen und entwickelte sich so zu der Formel „Kirche im Sozialismus“.
3. Die Eigenart der Formel: Die Zusammenstellung jener drei Worte ist von den evangelischen Kirchen nie im Sinne eines Begriffes gebraucht worden. Von einem Begriff ist zu erwarten, daß er das Wesentliche gegenüber dem Zufälligen hervorhebt. Die Formel „Kirche im Sozialismus“ blieb immer verschwommen. Nie wurde definiert, was „Kirche“ oder „Sozialismus“ in ihr bedeuten. Unter Sozialismus zum Beispiel verstand ein Teil der Kirchenleute einfach die gegebene Gesellschaftsform, ein anderer Teil verband damit eine positive Wertung im Sinne der Möglichkeit einer gerechteren Form des Zusammenlebens. Durch den „Aufruf für unser Land“ mit kirchenleitenden Persönlichkeiten unter den Erstunterzeichnern wurde dies noch einmal deutlich unterstrichen. Die Formel mußte auch für gegensätzliche Zielvorstellungen herhalten. Staat und Partei verstanden sie als Integrationsformel: Die Kirche ist ein Bestandteil des Sozialismus, wie die Wohnung im Haus Bestandteil einer größeren Einheit ist. Der zufällige Initiator der Formel hatte ja auch beabsichtigt, die Kirchen zur Anerkennung der humanitären Staatspolitik der DDR zu ermahnen. Der Bund der Evangelischen Kirchen sah in dem mißverständlichen Wortspiel eine Kurzformel, die nahezu von jeder Tagung der Bundessynode neu und gegenwartsbezogen ausgelegt wurde. 1973 erklärte die Synode in Schwerin: „Wir wollen nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein.“ Nicht ein einziges Mal taucht die Formulierung „für den Sozialismus“ auf. 1979 betonte die Synode in Dessau: „Wir dürfen glauben, daß auch die sozialistische Gesellschaft unseres Landes unter unserem Herrn Jesus Christus steht. Hier ist unser Auftragsfeld und unsere Dienstchance.“ In

einem weiteren Auslegungsschritt sprach die Synode des Bundes 1980 in Leipzig aus: „Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirche in der DDR wird ihren Ort genau zu bedenken haben – in dieser so geprägten Gemeinschaft nicht neben ihr, nicht gegen sie. Sie wird die Freiheit ihres Zeugnisses und ihres Dienstes bewahren müssen.“

Die beiden Hauptaussagen der Auslegungen gehen aus den Zitaten hervor:

Erstens: Auftragsfeld und Dienstchance sind anzunehmen, eine Kirche kann sich nicht aussuchen, wo sie Gott dienen will. Sie muß es dort tun, wo Gott sie hingestellt hat. Sie darf darauf vertrauen, daß ihr Herr in jeder gesellschaftlichen Situation seine Vollmacht zum Dienst geben will.

Zweitens: Das bedeutet aber, daß die Kirche die Freiheit ihres Zeugnisses und ihres Dienstes in jeder Staats- oder Gesellschaftsform verteidigen muß.

4. Die Fremdformel im Leben der Gemeinden: Die Formel „Kirche im Sozialismus“ fand nie Aufnahme in das geistliche Leben der Gemeinden. Nur in wenigen Ausnahmefällen begegnete sie in Predigten und Fürbitten. Die wenigen bewußten Vertreter einer sozialistisch ausgerichteten Kirche waren in dem von der Partei geförderten „Evangelischen Pfarrerbund“ und in der von den Ostblockstaaten unterstützten „Christlichen Friedenskonferenz“ organisiert. Nur nebenbei bemerke ich, trotz beständiger, vom Staat unterstützter Werbung ist keine der evangelischen Landeskirchen in der DDR je Mitglied in der „Christlichen Friedenskonferenz“ geworden. Noch gibt es keinen belegbaren Überblick, wie in den evangelischen Kirchen in der DDR gepredigt wurde und wie die Fürbittgebete in den Gottesdiensten gestaltet waren. Nach meiner Erfahrung stellten die Predigten bewußt den Absolutheitsanspruch des Weltanschauungsstaates, den Griff nach der Seele des Volkes in Frage. Ein steter Tropfen, der den Stein in vier Jahrzehnten gehöhlt hat. In den Fürbittgebeten fanden die vom Staat Verfolgten nach meiner Erfahrung stets ihren Platz. Immer wurde Wert darauf gelegt, sowohl für die östlichen wie für die westlichen Staatsmänner zu beten und die Gefahr eines Atomkrieges nicht, wie es die DDR-Propaganda tat, einseitig dem Westen anzulasten. Für das geistliche Leben der evangelischen Kirchen hatte die Formel „Kirche im Sozialismus“ keine Bedeutung. Sie beschrieb das Verhältnis der Kirche gegenüber dem Staat. Damit war sie freilich eine Hilfe für Bürger, die als Arbeiter und Angestellte in sozialistischen Kollektiven Christen bleiben wollten und sich darauf berufen konnten, daß die Kirche aus einem geistlichen Auftrag heraus handelt und nicht aus der Aufgabe der politischen Opposition heraus.
5. Die Vermeidung der Alternativformel „Kirche im Kapitalismus“: Für die Partei- und Staatsführung der DDR gab es Sprachregelungen. In der propagandistischen Auseinandersetzung hießen die Kirchen in der Bun-

desrepublik Deutschland „NATO-Kirchen“ oder „kapitalistische Kirchen“. Die Kirchen in der DDR nahmen solche Alternativformulierungen, „Kirche im Kapitalismus“ etwa, nie auf – im Gegenteil. Auch nach der weitgehend erzwungenen organisatorischen Trennung der evangelischen Kirchen Deutschlands unterstrichen sie die besondere Gemeinschaft mit den evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik aufgrund der gemeinsamen Bindung an Schrift und Bekenntnis und der gemeinsamen Kirchengeschichte, besonders in der Zeit des Kirchenkampfes während des Nationalsozialismus. Acht Mal veröffentlichten die Evangelische Kirche in Deutschland und der Bund der Evangelischen Kirchen gegen den Widerstand der DDR „Gemeinsame Worte“ zu Lebensfragen unseres Volkes und der Völkergemeinschaft. Nie übernahmen dabei die Evangelischen Kirchen in der DDR die Behauptung der SED, die nationalsozialistische Vergangenheit sei in der DDR überwunden und belaste dagegen weiterhin die Bundesrepublik.

6. Die Gefahr der Formel „Kirche im Sozialismus“: Von der Formel „Kirche im Sozialismus“ ging eine große Gefahr aus. Eindeutig erkannt wurde sie erst im Verlauf der friedlichen Revolution. Die Formel sollte den Standort für den Dienst der Kirchen bestimmen. Aber die Nötigung zu einer solchen Standortbestimmung lebte aus der Erwartung, daß die sozialistische Staategemeinschaft gestützt auf den mächtigen Warschauer Pakt sehr lange bestehen würde und der Friede in der Welt nur in einem Ausgleich der Ost-West-Spannung erhalten werden könne. Meine eigene Erfahrung ist, daß ich mich von der Menschenmacht blenden ließ und die verborgene Macht Gottes in der Menschengeschichte kleingläubig unterschätzte. Wer regelmäßig das Magnifikat betet und darin vor Gott ausspricht: „Du stürzt die Gewaltigen vom Thron und erhebst die Niedrigen“, hätte es besser wissen müssen und mit der Vergänglichkeit eines gott- und menschenfeindlichen Staates rechnen müssen. Die Formel „Kirche im Sozialismus“ hat die Langzeiterwartung gegenüber dem Bestand des sozialistischen Macht-systems ausgesprochen und damit ungewollt unterstützt. Das war die größte Gefahr, die von ihr ausging. Die andere lag in ihrer Mißverständlichkeit. Nur wenige kannten die beständigen Klarstellungen durch die Synoden des Bundes. Die große Mehrheit mußte die Formel mißverstehen und die Kirche als einen Bestandteil der größeren Einheit des Sozialismus sehen. Um die Jahreswende 1988/89 erschienen in westdeutschen Zeitschriften kritische Auseinandersetzungen mit der Formel „Kirche im Sozialismus“. Prof. Dr. Richard Schröder und Dr. Planer-Friedrich waren die namhaften Autoren aus der DDR. Ich selbst, damals Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen, setzte mich am 4. März 1989 – ein Ende der DDR war überhaupt noch nicht in Sicht – in einem öffentlichen, von der Presse begleiteten Vortrag in der Kirchengemeinde Jena mit der Formel auseinander und riet,

sie nicht mehr zu gebrauchen. Das Echo in den westdeutschen Medien war damals ebenso stark wie die Bestürzung im Politbüro der SED.

7. Das Handeln der Kirche unterscheidet sich von dem einer politischen Partei. Häufig werden bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit an die Kirche Maßstäbe gelegt, die eine politische Partei zu beachten hat. Dazu gehört der kompromißlose Kampf gegen den politischen Gegner. Eine Kirche muß auch in denen, die gegen Gott kämpfen und gewaltsam nach der Seele des Volkes greifen, immer noch von Gott gesuchte und noch nicht aufgegebene Menschen sehen. Ihr Verhalten kann nicht ausschließlich von Feindschaft und Gegnerschaft bestimmt sein. Mühsam versuchten wir, den bewährten Grundsatz anzuwenden: *Suaviter in modo, fortiter in re* – gemäßigt in der Art, unnachgiebig in der Sache. Dieses oft durch Schwachheit belastete Verhalten allgemein als *Kumpanei* zu bezeichnen, beleidigt viele, die in der Verantwortung vor Gott handeln wollten. Noch bestimmender für das Handeln der Kirche ist, daß sie unter ihren Gliedern die verschiedensten und zum Teil gegensätzlichsten politischen Überzeugungen vorfindet. Eine Kirche kann nicht einfach politisch Andersdenkende an den Rand drängen, es sei denn, ihr Denken steht im Gegensatz zu den Geboten Gottes. Die große Zahl der Christen führte ein ganz normales Arbeitsleben und mußte mit der Staatshörigkeit ihrer Umgebung fertigwerden. Die Kirche konnte sich nicht einfach nur an den Gruppen orientieren. Gleichwohl ist sie nach meiner Erfahrung immer für die Menschenrechts-, Friedens- und Umweltgruppen gegenüber dem Staat eingetreten.

Eine Nachbemerkung: Zum Schluß muß ich dies aussprechen, entschuldigen Sie, aber ich muß es tun. In der einseitig auf die DDR bezogenen Aufarbeitung deutscher Gegenwartsgeschichte sehe ich eine Gefahr für das Zusammenwachsen der über 40 Jahre getrennten Teile Deutschlands. Es wird dadurch der Eindruck erweckt, wenn auch ungewollt, es gäbe nur für die ehemalige DDR Aufarbeitungsbedarf. Ohne Zweifel ist der vorhanden. Er findet meine Unterstützung, aber es gibt ebenso für die Bundesrepublik Deutschland vor der Wiedervereinigung Aufarbeitungsbedarf. Was ist zum Beispiel aus den Startbedingungen der Anfangsjahre geworden? Wohin ist der freiheitlich-soziale Rechtsstaat, einst von Aufbauwillen, Leistung und Gemeinsinn seiner Bürger getragen, abgetrieben? Hat vielleicht auch hier ein völlig anders gearteter Kampf um die Seele des Volkes stattgefunden, der rational viel schwerer zu erfassen ist als der in der DDR? Wie ist es zu einer grundlegenden Werteverchiebung zugunsten des Besitzstandes des einzelnen unter Zurückdrängung des Gemeinsinnes für die Gemeinschaft gekommen? Wie lange kann sich eine Demokratie halten, wenn diese Entwicklung nicht aufgehalten wird? Was bedeutet dieser schwerwiegende Vorgang für eine der größten Herausforderungen in unserer Geschichte, unter friedlichen Bedingun-

gen im Zusammenwachsen ehemals getrennter Teile Solidarität zu üben? Diese Fragen nicht gleichzeitig mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu stellen, verführt dazu, durch die angeprangerte DDR-Vergangenheit stellvertretend die eigene Vergangenheit zu rechtfertigen. Im Ergebnis sagt dann der eine: „Ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener.“ Er schlägt an die Brust des anderen, damit der die Augen niederschlägt und spricht: „Sei mir Sünder gnädig.“ Ein solcher Vorgang entzweit. Ich hoffe, daß wir ohne den hohen Anspruch des Aufarbeitens in unsere Geschichte hineinhören, die falschen Weichenstellungen, Versagen und Schuld erkennen und so vor der je eigenen Geschichte zu einer neuen Gemeinsamkeit finden. Damit erschlosse sich, vorausgesetzt wir befließigen uns eines Mindestmaßes an Ehrlichkeit gegenüber uns selbst, ein Beitrag für das Zusammenwachsen und den gemeinsamen Weg unseres Volkes in die Zukunft. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Steinlein, schließen Sie gleich an?

Superintendent i.R. Dr. Reinhard Steinlein: Verehrte Damen und Herren! Wer erwartet hat, daß jetzt ein Referat kommt, das in eine ganz andere Richtung zielt als das erste, der wird enttäuscht sein. Wenn die Veranstalter bei der Auswahl der beiden Koreferenten solches erhofft haben, dann hätten sie nicht zwei dezidierte Lutheraner mit der Aufgabe betrauen dürfen. So ist es unvermeidlich, daß sich manches von dem, was wir beide sagen, überschneidet – nicht alles. Und was zweimal gesagt wird, das sitzt besonders gut. Vielleicht bin ich noch ein wenig selbstkritischer, was den Weg unserer Kirche betrifft. Es ist sicher gut, daß wir uns bei der Behandlung unseres Hauptthemas viel Zeit nehmen für diese Formel „Kirche im Sozialismus“, diese schwammige Formel. Denn es zeigt sich hier besonders deutlich die Problematik des Weges unserer Kirche in der einstigen DDR.

Bevor ich meine persönlichen Erfahrungen mit diesem Begriff kurz schildere, muß ich etwas zur Vorgeschichte sagen. Ich gehörte nicht nur der letzten EKD-Synode vor der Trennung im Jahre 1968/69 an, sondern auch der ersten Synode des neugeschaffenen Kirchenbundes in der DDR. 1967 hatte ich, und das war eines meiner größten Erlebnisse, die Fürstenwalder Tagung der östlichen EKD-Synodalen erlebt, die ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Festhalten an der EKD-Einheit brachte. Es war ein Schock für viele von uns, als wir wenige Monate danach von Geheimverhandlungen hörten, die zur Abtrennung von der EKD führten. Auf das Für und Wider dieses Vorgangs kann ich jetzt nicht eingehen, obwohl das Nachdenken darüber eine Hilfe zum Verstehen der weiteren kirchlichen Entwicklung wäre. Es ist nämlich mit ganz großem Ernst, auch mit theologischem Ernst, über diese Frage gestritten worden. Und ich bekenne mich zu der Einstellung, die vorhin Pfarrer Hamel geäußert hat, zu der kritischen Einstellung, zur Trennung von der EKD. Und nun, bei den ersten Synodaltagungen des entstehenden Kirchenbundes

ging es um die Klärung seines Selbstverständnisses. Worin unterschieden sich eigentlich EKD-West und Kirchenbund Ost? Man hätte sich ja auf die einfache Feststellung beschränken können: Unter Drohung und Druck seitens der staatlichen Stellen blieb kein anderer Weg mehr übrig. Wir hatten nicht die Kraft, der geforderten Trennung zu widerstehen. Das wäre eine eindeutige Antwort auf viele Fragen gewesen und hätte vielleicht auch einen gewissen Respekt gefunden. Es bestand aber, wie bei Theologen oft, das Bedürfnis, einen erzwungenen Schritt nachträglich theologisch zu rechtfertigen. Der Kirchenbund wollte „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“ sein, eine Kirche für andere. Wollte man damit der bisherigen EKD unterstellen, daß sie so etwas nicht gewesen wäre? In dem Bemühen, das Spezifische des Kirchenbundes herauszuarbeiten, kam der Begriff „Kirche im Sozialismus“ auf. War dann also die West-EKD „Kirche im Kapitalismus“? Von zwei Rednern heute ist das als mögliche Alternative energisch zurückgewiesen worden. Es drängte sich natürlich dieser Gedanke auf, und schon der Gedanke an diese Möglichkeit läßt ahnen, daß man hier einen schiefen Weg eingeschlagen hatte. Zur Ehrenrettung der Erfinder des umstrittenen Begriffs, Seigewasser war nicht der einzige Erfinder, muß festgehalten werden, daß sie ihn nicht im Sinne einer Unterwerfungsformel gebrauchen wollten. Man sprach sogar von einer Konfliktformel. Es sollte wohl gesagt werden, und nun wiederhole ich das, was heute mehrfach schon gesagt wurde: Wir sind nicht Kirche neben dem Sozialismus, das heißt nicht in einem Winkel existierend, nicht gegen den Sozialismus, das heißt nicht eine politische Widerstandsorganisation, womöglich konspirativ arbeitend, aber auch nicht Kirche unter dem Sozialismus, das heißt nicht sozialistische Kirche. Das war den Erfindern und den Förderern dieser Formel durchaus bewußt, daß hier einer Gefahr widerstanden werden mußte. Dann wäre dieser Begriff also mehr geographischer oder territorialer Natur. Warum hieß es dann aber nicht „Kirche in der DDR“? Die freundlichste Deutung wäre, daß der Gebrauch des anstößigen Wortes DDR vermieden werden sollte. (Heiterkeit)

Näher aber lag schon damals die Vermutung, daß hinter allem eine gewisse Sympathie für einen wie auch immer gearteten Sozialismus stand. Gegen den Begriff „Kirche im Sozialismus“ hat es von Anfang an Widerstand gegeben. Besonders wurde seine Unklarheit, sein schillernder Charakter kritisiert. War dieser womöglich bewußt gewollt? Es klang vorhin schon etwas davon an. Den kritisch fragenden Gemeindemitgliedern konnte gesagt werden: Regt euch nicht auf, die von uns benutzte sehr vorsichtige Formulierung deutet auch eine bestimmte Distanz an. Der staatlichen Seite gegenüber konnte wiederum betont werden, daß so etwas wie eine Loyalitätserklärung in diesem Wort stecke. So ist es dann auch verstanden worden. (Heiterkeit und Beifall)

Die Wahl eines schillernden Begriffes war nach meiner Meinung gerade für eine reformatorische Kirche unerträglich und war kennzeichnend für den

weiteren Weg des Kirchenbundes, der nach meiner Beobachtung oft – nicht immer, aber oft – weniger vom eindeutigen Zeugnis als vom vorsichtigen Taktieren gegenüber der SED-Diktatur bestimmt war. Man kann sagen, daß die Situation uns dazu zwang, aber man soll es nicht beschönigen. An einem Beispiel möchte ich deutlich machen, wie stark die Kritik an der Formel „Kirche im Sozialismus“ war. Im Jahre 1974 gab es auf der berlin-brandenburgischen Synode über dieses Thema eine lange Aussprache. Die meisten stimmten darin überein, daß die umstrittene Formel nicht eindeutig und darum zu präzisieren sei. Der entsprechende Beschluß lautete: „Die Synode erkennt als Aufgabe den Begriff 'Kirche im Sozialismus', den sie aufnimmt und bejaht, so eindeutig zu klären, daß damit allen Christen zu einem dem Herrn Jesus Christus gehorsamen Leben geholfen ist.“ Ich habe danach den Antrag gestellt, die Parenthese „den sie aufnimmt und bejaht“ zu streichen. Die Abstimmung darüber ging äußerst knapp aus. Bei Stimmengleichheit, 39: 39 Stimmen, galt geschäftsordnungsgemäß der Antrag als abgelehnt. Erneut war sichtbar geworden, daß zumindest ein großer Teil der Synode gewillt war, einem in der Kirche sich abzeichnenden Trend zu widerstehen. Ich hebe das absichtlich hier so hervor, weil oft der Eindruck erweckt worden ist, als ob die Kritiker von „Kirche im Sozialismus“ eine verschwindend kleine Minderheit von unverbesserlichen Reaktionären gewesen seien.

Es ist mir die Aufgabe gestellt worden, in meinem Kurzreferat auf persönliche Erfahrungen und Eindrücke einzugehen, die subjektive Seite soll also nicht ausgeklammert werden – dabei wird es erst interessant bei der subjektiven Seite. (Heiterkeit) Ich denke da zunächst an die vielen Gespräche mit Vertretern des jeweiligen staatlichen Gegenübers, übrigens nie mit der Staatssicherheit. Wir waren vergattert worden und haben alle, mit denen wir es dienstlich zu tun hatten, vergattert, Jahr für Jahr in dem Sinne, daß ein Kontakt mit der Stasi niemals und unter keinen Umständen in Frage kommt. Uns waren ganz genaue Richtlinien gegeben, wie man sich verhalten soll, um die Leute sofort abzuwimmeln, indem man nur sagt: „Ich werde meiner vorgesetzten Dienststelle noch heute telefonisch darüber Bericht erstatten.“ Unser Gegenüber waren die berufenen staatlichen Vertreter, an die wir uns gehalten haben, etwa auch das Staatssekretariat für Kirchenfragen. Wenn da auch viele Stasileute waren, für uns waren sie jedenfalls die Vertreter des Staates. Da sollte man doch die Dinge etwas differenziert sehen. Und in diesen Gesprächen, die in der Form freundlich, in der Sache hart waren, erwies sich zuweilen der Begriff „Kirche im Sozialismus“ als eine Waffe in der Hand des Gesprächspartners. So habe ich es erlebt. Da konnte es zum Beispiel heißen: „Sie stellen unseren Staat und seine Weltanschauung in Frage.“ Denn darum ging es auch, leider nicht immer, bei solchen Gesprächen: „Sie stellen das in Frage, Sie wissen doch, daß Ihre Kirche sich zum Sozialismus positiv gestellt hat. Merken Sie nicht, wie Sie sich hier selber isolieren?“ Dabei wußte ich

zum Glück, daß ich nicht isoliert war, wußte übrigens auch, wenn ich mir mein staatliches Gegenüber betrachtete, daß viele von diesen Leuten das im Grunde respektierten, wenn man ihnen mit dieser Eindeutigkeit entgegentrat, denn mit dem Scharfblick eines Außenstehenden haben die Leute klarer als viele Kirchenleute erkannt, daß ein bewußter Christ einem totalitären Sozialismus nur ablehnend gegenüberstehen kann. (Beifall)

Und im übrigen, auch die Staatsvertreter hatten schnell gemerkt, daß mit „Kirche im Sozialismus“ etwas Undeutliches gemeint ist und vermuteten hinter den Verfechtern dieser Formel, oft sicher unbegründet, eine besondere Hinterhältigkeit. (Heiterkeit)

Wichtiger ist nun aber, davon etwas zu sagen, wie sich die Diskussion um „Kirche im Sozialismus“ innerkirchlich ausgewirkt hat. Sicher, da kann ich nur das von Bischof Leich Gesagte unterstreichen: Unsere Gemeindeglieder haben das Wort nicht benutzt, und da kam es wohl kaum vor, aber man sollte nicht die innerkirchliche Bedeutung des vielfachen Gebrauchs dieser Formel auch in amtlichen kirchlichen Verlautbarungen unterschätzen. In den Anfangszeiten der DDR hatte es in Gemeinden und Pfarrerschaft noch eine weitgehende Geschlossenheit in der Ablehnung eines totalitären Sozialismus gegeben. Das kann ich wirklich sagen. In unseren Pfarrkonventen waren Leute, die anders dachten, eine Seltenheit – was diesen Punkt betrifft. Später kam es zunehmend da und dort und dann immer mehr zu Zersetzungserscheinungen. Die innere Widerstandskraft ließ nach – der Zahn der Zeit. Die Widerstandskraft ließ nach gegenüber einem Staat, der sich in seinem Absolutheitsanspruch an die Stelle Gottes setzen wollte. Jetzt komme ich zu dem theologisch entscheidenden Punkt, denn, wo ein Staat, eine Partei und eine Weltanschauung sich über alles setzen und sagen, sie bestimmen über Gut und Böse, sie setzen die obersten Normen und erkennen nichts über sich an, da setzen sich die Betreffenden an die Stelle Gottes, und da haben wir schlicht und einfach zu erkennen und zu erklären, daß es um das erste der Zehn Gebote geht: „Du sollst nicht andere Götter haben neben mir.“ Das war der Kern auch der innerkirchlichen Diskussion um diese Problematik. Es ging nicht in erster Linie, das muß festgehalten werden, um politische Beurteilungen, ob man für oder gegen den Sozialismus ist. Darüber kann man als Christ verschiedener Meinung sein. Es ging um die theologische Kernfrage des ersten Gebotes. Gerade für einen reformatorisch geprägten Christen ist das erste Gebot von allerentscheidendster Bedeutung. Daß die Widerstandskraft nachließ, hatte mehrere Gründe. Eine Rolle spielte, daß auch in kirchlichen Kreisen eine antiwestliche Grundstimmung ziemlich stark verbreitet war und daß eine Propaganda etwa im Zeichen der Worte Friedenskampf und Antikapitalismus doch teilweise Erfolg hatte. Außerdem ging vom Wort Sozialismus eine verführerische Kraft aus. Es ist heute schon mehrfach gesagt worden: Erstens war immer die Frage latent vorhanden: Gibt es

nicht eine besondere Affinität zwischen Sozialismus und Christentum? Aber es wurde dabei meist übersehen, daß man mit dem Wort Sozialismus so ziemlich alles machen kann. Ging es nun um den marxistisch-leninistischen Sozialismus, ging es um den demokratischen Sozialismus, ging es um einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung, ging es etwa um den Nationalsozialismus – na, das natürlich nicht, aber auch sie haben das Wort Sozialismus gebraucht, was ihnen immer peinlich war, wenn man nicht Faschisten, sondern Nationalsozialisten sagte – oder war damit nur einfach eine soziale Gesinnung gemeint, die man allerdings von jedem Christen erwartet? Die Unklarheit des Begriffes Sozialismus machte die Formel „Kirche im Sozialismus“ unmöglich. Manchmal ist auch durch den Gebrauch dieser Formel die harte Tatsache verschleiert worden, daß unser Gegenüber nicht ein menschenfreundlicher Sozialismus war, sondern eine knallharte Diktatur. Manchmal ist auch gesagt worden, daß es in der Diskussion hilfreich sei, wenn man den Partner von der SED mit seinen eigenen Begriffen anspreche, um ihn an einen „besseren“ Sozialismus zu erinnern. Die Praxis hat gezeigt, daß gerade diese Art des Diskutierens zu äußerster Verhärtung geführt hat. Nein, das Reden von „Kirche im Sozialismus“ hat nach meiner Beobachtung weder der Klärung noch der Entspannung gedient. Es hat unter anderem auch dazu beigetragen, daß der fundamentale Gegensatz im Menschenbild zwischen Marxismus und christlichem Glauben bagatellisiert wurde. Bezeichnend für die Gespräche zwischen Staat und Kirche in der Zeit der späteren DDR war, daß die eigentlichen Grundfragen fast völlig ausgeklammert wurden. Zwar gab es immer wieder Kritik an Übergriffen, auch mutige Kritik an massiven Menschenrechtsverletzungen, aber der Protest gegen den Totalitätsanspruch von Partei und Staat verstummte immer mehr. Davon war auch nicht bei dem sogenannten Gipfelgespräch vom 6. März 1978 die Rede, bei allem Guten, was dabei im übrigen gesagt worden ist. Natürlich kann man dazu entschuldigend sagen, daß es zum Erreichen konkreter Erleichterungen ratsam war, Grundsatzfragen zu vermeiden. Leider muß dazu bemerkt werden, daß diese allerwichtigsten Fragen auch bei anderen Gelegenheiten kaum noch zur Sprache kamen. Dies änderte sich erst, als sich in der Ära Gorbatschow eine generelle Veränderung des Klimas andeutete, besonders unmittelbar vor der Wende. Da war es dann ja auch nicht mehr ganz so gefährlich.

Auch noch in einer anderen Hinsicht hat sich die Verwendung des Wortes „Kirche im Sozialismus“ als bedenklich erwiesen. Durfte zur Selbstbezeichnung der Kirche ein Begriff benutzt werden, der aus dem politischen Bereich kommt? Es ist nicht erstaunlich, daß im Zeichen dieses Begriffes die Politisierung der Kirche, und zwar in einem ganz bestimmten Sinne, erhebliche Fortschritte gemacht hat. Erschrecken Sie nicht, wenn ich hier von Politisierung der Kirche mit negativem Beiklang rede. Ich habe wohl im Ohr, was heute alles gesagt worden ist, daß man Politik und Glauben nicht auseinanderreißen

kann, daß wir nicht ein Nischendasein führen dürfen, und daß das Evangelium auch mit Politik zu tun hat – das selbstverständlich, aber es bestand dabei die Gefahr, daß das Eigentliche des Evangeliums nicht mehr zur Sprache kommt oder nicht mehr als das Wesentliche erkannt wird, auch von Außenstehenden, weil in der Kirche anscheinend nur noch um diese Dinge diskutiert wird. An einer Stelle sagte heute Prof. Beintker auch etwas über die Bedeutung des Glaubens bei dieser ganzen Thematik. Warum waren wir denn so nachgiebig? Warum das Umfallen in Massen bei der Frage der Jugendweihe? Weil kein Glaube da war oder zu wenig Glaube. Und die entscheidende Aufgabe der Kirche ist nicht die Proklamierung, Unterstützung oder Kritisierung einer bestimmten Gesellschaftsordnung, sondern ihre Aufgabe ist, den Glauben zu stärken, weil das die zentrale Aufgabe für die Menschen ist, die das Evangelium auszubreiten haben. Und das hat indirekt eine große politische Bedeutung. Aber das Wort „Kirche im Sozialismus“ hat auch dazu beigetragen, uns in diese Richtung zu lenken. Jedenfalls, und da greife ich etwas auf, was Bischof Leich eben gesagt hat, hat das häufige Reden von einer „Kirche im Sozialismus“ dazu beigetragen, daß die Zwangsvorstellung sich weithin durchsetzte, man müsse sich mit diesem Herrschaftssystem unter allen Umständen arrangieren. Wer anderer Meinung war, wurde zuweilen auch in kirchlichen Kreisen als „kalter Krieger“ beurteilt. Ein Wort, das ich auch von einem Generalsuperintendenten an meine Person gerichtet hören mußte. Dabei ging es ja nicht um einen gewaltsamen Sturz dieses Systems. Es ist niemals die Aufgabe einer Kirche, politische Widerstandsorganisation im engeren Sinne des Wortes zu sein. Es ging schlicht und einfach um die Wahrnehmung des Auftrags der Kirche, auch im politischen Bereich die Geltung des ersten Gebots zu bezeugen. Rückschauend muß festgestellt werden, daß weder der Begriff „Kirche im Sozialismus“ noch die daraus entspringende kirchenpolitische Linie eine durchgreifende Entspannung im Verhältnis von Kirche und Staat gebracht haben. Auch nach dem Gipfelgespräch vom März 1978 gab es immer neue und sich steigernde Schwierigkeiten, besonders auf den Gebieten der Jugendarbeit und des Friedensdienstes. Aus meinen Erlebnissen als Pfarrer und Superintendent könnte ich gerade aus diesen Jahren nach 1978 noch mancherlei berichten, wozu aber die mir zugewiesene Zeit nicht reicht.

Wer meinen Ausführungen zugehört hat, könnte daraus eine herbe Kritik an den leitenden Männern unserer evangelischen Kirche heraushören. Ich möchte betonen, daß in allem, was ich gesagt habe, auch Selbstkritik liegt. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten der Aufgaben, vor die die Kirchenleitungen gestellt waren, die ja schließlich auch für eine Organisation mit Tausenden von Mitarbeitern einzustehen hatten, wo unter anderem auch die materielle Existenz geklärt sein mußte. All diese Dinge habe ich als langjähriges Mitglied einer Kirchenleitung durchlebt, habe Verständnis für viel taktisches Verhalten, aber es bleibt dennoch die Frage, ob wir bei der Gratwanderung – um ein

beliebtes Wort von Bischof Schönherr zu gebrauchen –, die uns auferlegt war, nicht manches Mal erheblich abgerutscht sind, und zwar im Sinne einer zu weitgehenden Anpassung an den real existierenden Sozialismus. Waren und sind wir nicht überhaupt zu oft an den Zeitgeist angepaßt – auch heute? Leicht wird dabei vergessen, daß die Kirche das ganz andere vertritt, eine ganz andere Dimension. Davon muß immer etwas durchleuchten.

Heute klang mehrfach die Frage an, damit komme ich zum allerletzten, ob wir nicht als Kirche wieder ein Schuldbekennntnis abzulegen hätten. Da bin ich sehr zurückhaltend, denn Bekennen von Schuld ist zunächst einmal etwas sehr Persönliches. Jeder muß sich selber fragen, an welcher Stelle er versagt hat. Da wird jeder Punkte finden, wo er zugeben muß: Du bist der Situation nicht gerecht geworden. Unsere evangelische Kirche hat im Mittelpunkt das Wort „Rechtfertigung“, wie hoffentlich nicht nur die Fachleute wissen. Damit ist nicht die Selbstrechtfertigung gemeint. Ich finde es deprimierend, wenn auch im Blick auf diese „Kirche im Sozialismus“ so viel Selbstrechtfertigung betrieben wird in dem Sinne: Es ging nicht anders, und wenn noch einmal dieselbe Situation käme, würden wir es genauso machen. Nicht Selbstrechtfertigung, sondern Rechtfertigung aus dem Glauben, aus der Gewißheit der Vergebung heraus. Davon geht eine befreiende Kraft aus, das macht uns Mut zur Ehrlichkeit, auch vor uns selber, und diese brauchen wir. Ganz besonders brauchen wir sie nicht zuletzt bei der Behandlung unseres Themas. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Vielen Dank, Bruder Steinlein. Es ist schön, daß auch Lutheraner so unterschiedlicher Meinung sein können. Bruder Besier, Bruder Steinlein hat gerade gefragt, und das war nicht nur eine rhetorische Frage: Sind wir bei der Gratwanderung abgerutscht? Und Manfred Wilke, das sachverständige Mitglied unserer Enquete-Kommission, vertritt öffentlich die These, daß die SED mit ihrer Kirchenpolitik die Bedingungen bestimmte, unter denen die Kirche handelte. Hat also die Kirche eigentlich nur auf einem ihr vorgegebenen Weg gehandelt und ist sie, so ist ja Ihre These, dann in ein Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnis geraten, von dem sie nachträglich erst gemerkt hat, wohin sie geraten ist? Die Frage an Sie: Ist das so? Wie sehen Sie das?

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier: Zunächst einmal möchte ich bei der Frage der Selbst- und der Fremdbezeichnung anknüpfen. Es ist mit Recht gesagt worden, daß der Kirchenbund von der EKD nicht als einer „Kirche im Kapitalismus“ gesprochen hat, und die EKD hat auch keine Selbstbezeichnung gewählt, also „die Kirche in der sozialen Marktwirtschaft“ oder „die Kirche in der bürgerlichen (westlichen) Gesellschaft“ oder ähnliches. Dies ist nicht der Fall gewesen. Sie verstehen vielleicht, daß ich im folgenden den Versuch unternehme, aus westlicher Sicht zu beschreiben, wie man dort auf kirchenleitender Ebene die Kirche im Sozialismus gesehen hat. Da gibt es

Schlüsselszenen, in denen die EKD seitens des DDR-Kirchenbundes mehr oder weniger deutlich als Parteigängerin des westlichen Systems angesprochen und zum Umdenken aufgefordert wurde. Es ist richtig, Bischof Leich, daß keiner öffentlich von einer Kirche im Kapitalismus geredet hat, aber in diesen Schlüsselszenen haben Repräsentanten des Kirchenbundes die Westkirche gemahnt, sich nicht von der Bundesregierung vereinnahmen zu lassen. Umgekehrt ist interessant, darauf hat Frau Schmoll schon hingewiesen, daß in internen Gesprächen, etwa in der sog. Konsultationsgruppe, also in einer kleinen Gruppe besetzt mit kirchenleitenden Persönlichkeiten aus dem Kirchenbund und der EKD, sehr wohl auch von seiten westlicher kirchenleitender Persönlichkeiten das gesagt worden ist, was vielleicht Sie hätte zum Nachdenken veranlassen können. Beispielsweise sagte Bischof Binder (Bonn) 1983 – ich zitiere aus dem kirchlichen Protokoll: „Einseitige Äußerungen aus dem Bereich der Kirchen in der DDR könnten dazu führen, daß der Verdacht unter den Menschen in der Bundesrepublik nicht mehr abzuwehren ist, daß in der DDR eine gleichgeschaltete Kirche existiert.“ Es gab bestimmte Themen, bei denen im Westen der Eindruck entstand, daß die Kirche in der DDR mehr ist als nur die Kirche in der DDR, sondern eine Kirche im Sozialismus, die in der Tat eine sehr viel größere Nähe zu dem System aufwies, als sie vielleicht deutlich sagte. Im Zusammenhang mit der Friedensfrage etwa hat es verschiedene Kontroversen gegeben. Wie aus den kirchlichen Protokollen hervorgeht und wie mir westliche kirchenleitende Persönlichkeiten aus dem internen Kreis bestätigt haben, wurden die offenkundigen Differenzen der Voten zwischen den westlichen und östlichen Teilnehmern auf die Verschiedenheiten in den gesellschaftlichen Verhältnissen zurückgeführt. Auch die kirchlichen Berichte, die auf westlicher Seite über Vorträge östlicher kirchenleitender Mitglieder mit ausdrücklichen Stoßseufzern dann nach Bonn weitergegeben wurden, sprechen Bände. Es war also durchaus so, daß aus der Perspektive der EKD, vor allem derjenigen Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise mit der DDR-Kirche befaßten, und zwar bei inhaltlichen Fragen – es führt ja zu nichts, daß wir uns um die bloße Formel Kirche im Sozialismus streiten – immer und immer wieder der Eindruck entstand, hier habe eine Annäherung an das Regime stattgefunden, die zu einer ganz charakteristisch anderen Sichtweise führte, als das im Westen der Fall war.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Vielen Dank. Bruder Schröder, Sie haben auf der EKD-Synode in Suhl 1992 unter dem Stichwort „Diktatur des Proletariats“, „Diktatur des Politbüros“, die Diktatur mit Geiselnemern und Geiseln verglichen. Sie haben das Bild gebraucht und gesagt: „Eine Diktatur ist zu vergleichen mit Geiselnemern und mit Geiseln. Und da gibt es eigentlich nur drei Möglichkeiten, sich halbwegs anständig zu verhalten. Entweder man gibt sich still oder man übergibt sich ganz den

Geiselnern, also man paßt sich an, oder man versucht, indem man mit Geiselnern Kontakt aufnimmt und auf freundliche Weise versucht, mit ihnen zu reden, dann doch noch etwas für sich und für andere zu erreichen.“ Wie würden Sie, nach dem, was Sie jetzt wissen und gehört haben und auch nach dem, was wir heute diskutiert haben, die Formel „Kirche im Sozialismus“ in dieses Schema einordnen?

Prof. Dr. Richard Schröder: Ich stimme denen zu, die sagen, sie sei spezifisch unklar gewesen. Das sage ich auch nicht erst hinterher, sondern das habe ich 1988 auch in Westberlin drucken lassen. Sie ist spezifisch unklar gewesen. Sie ist nie dazu geeignet gewesen, das zu sein, was sie für manche sein sollte: Eine echte Ortsbestimmung. Sie ist zweifellos eine Aufnahme der Sprache der Genossen. Das kann man vor allen Dingen, finde ich, an diesem eigentümlichen Gebrauch des Wortes Sozialismus nachweisen. Dieses hier schon zitierte Wort von Seigewasser stammt nämlich noch aus der Zeit, wo das Wort Sozialismus – man hat ja sozusagen die sozialistische Staatlichkeit noch nicht so sehr hochgehängt – zunächst ein Name für die Gesellschaft in ihrem Status quo, für den Staat DDR, für das sozialistische Weltlager und irgendwie auch noch für die Weltanschauung war. Das Ja, das Seigewasser da von der „Kirche im Sozialismus“ erwartet, ist konkret, wenn man den Text genauer nachliest, die Akzeptanz der Zweistaatlichkeit. Es ist zweifellos ein Entgegenkommen gegenüber dem Staat, eine Übernahme von Terminologie, die nicht auf theologischem und auch nicht innerkirchlichem Boden gewachsen ist. Das ist in meinen Augen ganz selbstverständlich. Die Formel hat sich aber gerade in diesem Charakter um den Preis der Klarheit auf die Sprache der anderen Seite eingelassen. Die Formel ist in dieser Hinsicht aber nicht geeignet, zu beschreiben, wie in der Kirche mehrheitlich gedacht worden ist. Mir ist jetzt erst wieder ein Papier in die Hände gefallen, das, glaube ich, für unsere Frage: Wie ist denn nun „Kirche im Sozialismus“ konkret gedacht worden, aufschlußreich ist. Eine Synode des Bundes hat Anfang der siebziger Jahre dem Ausschuß Kirche und Gesellschaft zwei Fragen gestellt. Die erste Frage hieß, wie sich Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft vollziehen müßten. Und die andere Frage lautete, wie sich die christliche Botschaft des Evangeliums zur Ideologie, speziell zur marxistisch-leninistischen Ideologie verhalte. Dazu sind dann von dem Ausschuß zwei Ausarbeitungen gemacht worden, die, muß ich nun sagen, fatalerweise nie veröffentlicht worden sind, sondern am 12./13. Januar 1973 von der Konferenz der Kirchenleitung zur Kenntnis genommen und freigegeben wurden für die Diskussion von Gremien und Einzelpersonen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen wollen. Der letzte Satz des Vorspruchs lautet: „Eine Veröffentlichung, auch auszugsweise, ist nicht gestattet.“ Ich will einmal ausdrücklich auf diese Papiere hinweisen, weil sie den ersten Versuch eines synodalen Gremiums dokumentieren,

die Situation, die durch die Konstitution des Bundes entstanden ist, zu thematisieren. Was heißt das konkret: Wir sind „Kirche in der DDR“? Ich will kurz sagen, diese beiden Papiere sind sehr kritisch. Das dürfte dann auch der Grund sein, was ich nicht gutheißen kann, daß sie nie veröffentlicht worden sind. Die Formel war so etwas wie ein Plakat nach außen, und wir haben nun außerdem noch die Papiere, in denen das steht, was mehrheitlich – jedenfalls in diesem Ausschuß – zum Thema gedacht worden ist, auf dem Tisch liegen und haben mit dem Problem zu tun, daß offenbar die Kirche nicht stark genug war, das wieder zusammenzubringen.

Noch ein Detail zu dem Status dieses Papiers. Mir ist erzählt worden, man habe es dann der Synode des Bundes vorgelegt, habe aber große Angst gehabt, daß die anwesenden Staatsvertreter es in die Hand bekämen, weshalb jeder Synodale es in einem geschlossenen Umschlag auf den Tisch gelegt bekommen habe. Es ist den Synodalen bekannt gemacht worden, aber man hat nicht einmal den Mut gehabt zu einer nicht dirigierte innerkirchlichen Öffentlichkeit. Obwohl, wenn das Papier eine größere Verbreitung gefunden hätte, wir sehr viel mehr von den Klärungsprozessen hätten durchlaufen können, die nötig gewesen sind und die, das muß ich nun auch noch sagen, in bestimmten Räumen der evangelischen Kirche auch immer betrieben worden sind, namentlich an den Kirchlichen Hochschulen, auch an den Evangelischen Akademien zum Teil. Der langen Rede kurzer Sinn: Wir haben mit dieser Formel einen Preis der Unklarheit geliefert, den wir lieber nicht hätten zahlen sollen. Ich habe immer die Meinung vertreten, mit „Kirche in der DDR“ wären wir viel besser gefahren. Aber die Behauptung, daß dieser Name nun für das stehen könne, was in der Kirche mehrheitlich gedacht und gesagt worden ist, diese Behauptung, die dann manchmal, wenn es auf Schlagzeilenniveau kommt, in die Welt gesetzt wird, der kann man getrost widersprechen. Dazu sind nun diese beiden Dokumente auch ganz hilfreich.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Krusche, Sie gehörten zu den Architekten oder zumindest zu denjenigen, die bei der Gründung des Bundes mit dabeigewesen sind. Sie galten und gelten bei vielen unter uns als ein sehr integerer Mann, der die Klarheit in der Sprache gewählt hat, und Sie haben in diesem schon von mir vorher erwähnten Vortrag 1991 den Satz gesagt: „Kirche im Sozialismus war ein Weg, der erst im Gehen zum Weg geworden ist.“ Das heißt, zu Beginn dieses Weges und zu Beginn des Begriffes ist offensichtlich Ihnen und anderen der Weg, den Sie zu gehen hatten, noch nicht deutlich genug gewesen. Ob Sie uns ein bißchen von diesen Erfahrungen, die Sie gemacht haben, erzählen?

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche: Ich kann kein Heldenepos erzählen. Ich würde vielleicht unter die Anpasser gezählt. Ich gestehe, ich hatte einige Mühe, heute bei manchem zuzuhören, aber nun habe ich bis zum Schluß warten müssen. Es war eine ziemliche Strapaze für mich. Der Weg im Sozialismus

war natürlich längst zu gehen, ehe es die Formel gab. Das möchte ich erst einmal sagen. Wir waren „Kirche im Sozialismus“ nicht erst, seit es die Formel gegeben hat, sondern wir waren „Kirche im Sozialismus“ selbstverständlich seit Gründung der DDR. Natürlich hatten sich schon Wegerfahrungen gezeigt, die man gemacht hat. Ich gehöre ja zu den seltenen Exemplaren, die aus der Bundesrepublik 1954 in die DDR eingewandert sind. Ich war Assistent an der Universität in Heidelberg und bin hier hinübergegangen mit Frau und einem eineinhalb Jahre alten Kind, nicht, weil die DDR so schön war, sondern weil der Bischof rief, und damals hörte man noch auf Bischöfe. (Heiterkeit)

Ich kam nach Dresden, weil ich mir sagte: Ein Pfarrer, der das Wort Jesu zu verkündigen hat: „Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit“, kann nicht am ehesten danach trachten, wo es ihm am besten geht. Wir sind in die DDR gegangen. Damals gab es noch keine Ostzuschläge. (Heiterkeit) Und keine Prämienzusagen für die Karriere, sondern wir mußten unseren Umzug selbst bezahlen. Das muß ich sagen: ich bin als ausgesprochener Antikommunist in die DDR gegangen. Ich hatte das Bild der DDR, wie es hier in der Bundesrepublik, in der Presse usw. da war, und ging trotz dieses Bildes hinüber. Das war eine Entscheidung aus Glaubensgehorsam. Die entscheidendste Entscheidung meines Lebens. Es wäre sonst das Leben sehr anders gegangen. Die erste Erfahrung auf diesem Weg in Dresden war 1954 die Einführung der Jugendweihe. Ich weiß noch, wie Bischof Noth alle 1.200 sächsischen Pfarrer nach Dresden einlud und fragte, ob wir das wollten: Entweder – oder. Entweder Jugendweihe oder Konfirmation. Und sie haben alle gesagt: Jawohl, entweder – oder. Nur einer, ein Halbjuden, rief in die Kirche, ich höre es heute noch: „Seid barmherzig.“ Er wußte, was da folgen würde. Ich bin dann noch vier Jahre in Dresden Pfarrer gewesen und habe den Kampf miterlebt. Die Erfahrung, daß zwar ein kleiner Teil sehr tapfer geblieben ist und dieses Entweder-Oder angenommen hat, daß aber im Verlauf von fünf Jahren die Konfirmation kaputt war und 90 oder 95 Prozent aller Schulabgänger dann an der Jugendweihe teilnahmen, war eine so schockierende Erfahrung, die sich für meine Generation in einer so lähmenden Weise ausgewirkt hat. Wir waren der Meinung: hier hat die Kirche einmal gestanden. Hier hat sie vor das Entweder-Oder gestellt, und die Gemeinden haben sie im Stich gelassen, sie sind nicht gefolgt. Wir standen als die Blamierten da. Wir mußten einen Schritt um den anderen zurückgehen. Ich weiß noch, wie manche unserer Pfarrer damals von denen, die dann zur Konfirmation gehen wollten, nachdem sie jugendgeweiht worden waren, verlangten, daß sie die Urkunde öffentlich verbrannten. Das hat es gegeben. Dann mußten wir Schritt um Schritt zurückgehen, so daß immer, jedenfalls dann, als ich in der Leitung der Kirchen war, die Frage kam: Können wir das eigentlich den Gemeinden zumuten? Gehen sie mit oder nicht? Sie haben uns spürbar im Stich gelassen. Von daher hat jedenfalls für die Entscheidung in

meiner Generation immer diese Frage eine Rolle gespielt: Ist das zumutbar, gehen sie diesen Weg mit, diesen schweren Weg? Das müssen Sie vielleicht ein bißchen mitbedenken. (Beifall)

Heute frage ich manchmal, ob unsere Entscheidung richtig war mit dem Entweder-Oder, jedenfalls in dieser Situation für Jugendliche, ob sie nicht woanders hätte gestellt werden müssen. Aber damals haben wir es versucht. Das hat sich lähmend ausgewirkt, und ich erinnere mich an Johannes Hamel, den ich damals noch für den „roten Hamel“ hielt – das muß man sich einmal vorstellen! Inzwischen sind wir kritische Freunde geworden –. Hamel hat damals das schöne Bild gebraucht, er sähe die Kirchenleitung wie Offiziere mit geschwungenem Säbel gegen den Feind losziehen und hinten säße die Mannschaft und schaue aus dem Schützengraben. „Donnerwetter, die wagen ja was“, aber sie sind nicht mitgegangen. Diese Situation war immer im Kopf bei allen Entscheidungen: Gehen sie mit? Ich habe auch noch Antworten oder Fragen des Staatssekretärs im Ohr: „Für wen reden Sie eigentlich? Wen haben Sie denn hinter sich?“ Und dann – ich will nicht viel weiter erzählen – wurde ich Bischof. Ich habe nie an so etwas gedacht und war nicht darauf vorbereitet, hatte keine Ahnung, wie die Synode funktioniert. Wenn ich nach vorn an das Pult gehen mußte, zitterte ich, weil sie ein goldenes Wort erwarteten. Ich hatte nur ein hölzernes. Dann meine erste Amtshandlung, die allererste, das will ich Ihnen doch erzählen, weil sie mit Erfurt zusammenhängt. Mit diesem Haus hier hängt sie zusammen. Ich machte meine Antrittsbesuche. Den ersten machte ich beim Staatssekretär, der mich fragte, was für eine Vision von Kirche ich habe. Ich sagte: „Eine, die nicht in der marxistischen Dogmatik vorkommt, nämlich eine Kirche, die nicht gegen Sie ist.“ Dann kam ich hierher. Man muß sich einmal klarmachen, was für eine Zeit das Jahr 1968, in dem ich Bischof wurde, war: Es war das Jahr des Einmarsches in die CSSR, der Sprengung der Leipziger Universitätskirche, die mich bis heute so bewegt, daß ich noch nicht wieder nach Leipzig fahren kann. In einem Dokument aus diesen Tagen, das mir kürzlich zugeing, las ich wieder, daß der Stellvertreter für Inneres des Rates des Bezirkes erklärte: „Krusche verhielt sich so aggressiv, daß ich ihn nach fünf Minuten rausgeschmissen habe.“ Als Anpasser zu gelten, tut weh. Ich mußte also 1969 hier in Erfurt in diese Etage hoch. Die DDR war ja völkerrechtlich noch nicht anerkannt. Der Vorsitzende des Hohen Hauses sagte mir: „Herr Bischof, Sie sind doch selbstverständlich für die Anerkennung der DDR, insbesondere durch die Bundesrepublik?“ Ich habe ihm gesagt: „Ja, ich bin für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, aber nicht insbesondere durch die Bundesrepublik, sondern da gibt es ein ganz besonderes Verhältnis, was gesondert zu regeln sein wird. Ich bin kein Diplomat“, habe ich gesagt, „aber es wird da Briefe geben“, wie es dann auch gekommen ist. Ich war damals also ein Prophet. Dann habe ich die Unvorsichtigkeit begangen zu sagen: „Herr Vorsitzender, es gibt doch nur einen Grund für die Westmächte,

die DDR nicht anzuerkennen: Weil Sie nicht frei gewählt sind. Es ist doch für Sie kein Risiko, Sie haben doch 95/96 Prozent. Das ist also kein Problem.“ Dieses Gespräch wurde noch nicht abgebrochen, aber mein nächster Besuch in Halle beim Rat des Bezirkes wurde abgesagt. Einen solchen Bischof empfangen man nicht. Aber ich verteidige noch heute, und das würde ich zu Frau Schmoll gesagt haben, daß ich es nicht für ein Verbrechen halte, daß Kirchenleute in der DDR für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die anderen Staaten waren. Ich tue keine Buße dafür, daß ich nicht so gedacht habe wie Sie. (Beifall)

Diese ganze Geschichte hatte schwere Folgen. Ich durfte eineinhalb Jahre nicht ausreisen, bis dann Bischof Schönherr vermittelte und beim Staatssekretär fragte, ob das Verhältnis zu mir nicht wieder normalisiert werden könne. Da wurde mir in einem erneuten Gespräch in diesem Hause noch einmal die Frage vorgebracht: „Herr Bischof, Sie sind doch dafür, daß die DDR völkerrechtlich anerkannt wird, insbesondere durch die Bundesrepublik?“ Und ich habe wieder Nein gesagt. Das wurde ganz schwierig, ich habe es noch in Erinnerung. Da hat Bischof Schönherr gesagt – und auch das sage ich öffentlich, weil wieder erzählt worden ist, wir hätten in der Ökumene, auf ökumenischen Begegnungen, die DDR-Politik vertreten -: „Bischof Krusche hat nächstens in der Vollversammlung der Konferenz europäischer Kirchen einen Hauptvortrag zu halten. Vielleicht kann er dazu etwas sagen.“ Da habe ich gesagt: „Das ist möglich, aber wenn ich hier mit einem Auftrag gehen sollte, dann sage ich heute noch meinen zugesagten Vortrag ab. Mit einer Auflage werden Sie mich nicht ins Ausland gehen sehen.“ Ich habe dann dort einen Satz gesagt. Ich bin eingetreten für eine Zusammenkunft der europäischen Staatsoberhäupter, längst vor Helsinki, an der alle Staaten gleichberechtigt teilnehmen können müßten – mehr nicht. Das hatte ich ja vorher auch schon gesagt. Das wurde dann von der DDR für ausreichend anerkannt, und man redete wieder mit mir. Dann mußte ich vor der Synode erstmalig die künftige Ordnung des Bundes erklären. Der bestand noch nicht. Ich kam gerade in den Entstehungsprozeß hinein. Ich hatte die Verhandlungen nicht mitgemacht, wußte gar nicht, was vorausgegangen war. Ich habe die Gründung des Bundes bejaht mit drei Formulierungen:

1. Es lag eine staatliche Nötigung vor deswegen, weil die neue Verfassung eine Kirche in der DDR, über die auch nicht in der DDR wohnende Bürger würden mitbestimmen können, ausschloß.
2. Es gab auch eine praktische Notwendigkeit, die damit zusammenhing, daß die EKD keine Leitungsfunktion mehr wahrnehmen konnte. Seit dem Militärseelsorgevertrag wurde es immer schwieriger. Die Ratsmitglieder, die aus der DDR stammten, durften nicht hinüber, die anderen durften nicht herüber. Es gab keine gemeinsame Synode. Eine wirkliche Wahrnehmung von Kirchenleitungen war nicht mehr möglich. Das war das zweite.

3. Das war die geistliche Notwendigkeit – nun sage ich wieder etwas ganz Böses, aber das ist mir egal. Nachdem wir eingesehen hatten, daß nach dem Mauerbau von seiten der Westmächte nichts geschah und wir preisgegeben wurden an das sowjetische politische System, wurde klar: Diese DDR ist kein Interim, kein Intermezzo, sondern wir haben uns dauerhaft auf die Situation hier einzustellen. Denn das war unser Grundsatz: Wer anderen das Evangelium mitteilen will, muß mit ihnen die Situation teilen, und zwar ganz und gar.

Nun kam die berühmte Formel. Aber dieser Weg war schon gegangen. Die Formel ist ganz sicher eine Kurzformel, ein Kürzel, sie ist mißverständlich – dazu ist genug gesagt worden. Aber wir haben sie interpretiert. Und das muß man jetzt doch einmal sagen, wie wir sie interpretiert haben. Das habe ich heute noch nicht gehört. Wir haben, ich jedenfalls und viele mit mir, sie so interpretiert: „Kirche im Sozialismus ist eine gesellschaftliche Ortsbeschreibung“, eine gesellschaftliche, nicht bloß eine geographische DDR. Und darum ist die Frage: Warum nicht Kirche in der Marktwirtschaft? gar nicht so unangemessen, denn es gab ja dauernd die Gegenformulierung „Kirche im Sozialismus“ oder „Kirche im Pluralismus“. So hieß es meistens. Der Pluralismus ist zwar der Ausdruck für Vielfalt, aber er läßt die Dominanz des Wirtschaftlichen nicht erkennen. Wir haben gesagt: „Kirche im Sozialismus“ heißt, daß wir jetzt nach Gottes Willen in dieser Gesellschaft und diesem Staat leben, für den sich der Begriff Sozialismus eingebürgert hat, und daß wir diesen Raum als die uns von Gott zubestimmte Situation der Bewährung unseres Glaubens, unseres Auftrags in dieser sozialistischen Gesellschaft annehmen. Wir wollten diese Gesellschaft nicht ohne das beste lassen, was es gibt, nämlich ohne das Evangelium. Darum ist diese Formel zunächst einmal eine provokatorische Formel gewesen, denn die Kirche hatte im Sozialismus nichts zu suchen. Wir erklärten: „Wir haben die Absicht, hier zu sein, und wir haben die Absicht, hier das Evangelium zu verkündigen und uns einzumischen mit dem Evangelium.“ Und darum hat Heino Falcke sehr recht, wenn er diese Formel für eine Konfliktformel erklärt hat. Denn wer in der DDR den Auftrag, das Evangelium zu verkündigen, übernommen hatte, der wußte, daß er damit in Konflikte gerät. Und Heino Falcke hat dann gesagt, daß das nicht eine Zustandsbeschreibung für den Status quo war. Das ging doch schon aus der nächsten Synode, wo Heino Falcke sein Referat gehalten und von der Kirche im „verbesserlichen Sozialismus“ geredet hat, hervor. Wie das heute klingt: „verbesserlicher Sozialismus“! Damals klingelten bei diesem Wort beim ZK sämtliche Alarmglocken, denn das war eine Losung, die aus der CSSR kam. Falckes Vortrag durfte in der DDR nicht gedruckt werden. Die Synode hat lange gewackelt. Es wurde verlangt, daß dieser Vortrag als nicht gehalten erklärt wurde. So war das. Vom „verbesserlichen Sozialismus“ hat Falcke doch nicht gesprochen, weil er im Sozialismus so wunderbare Erfahrungen

gemacht hätte, daß er ihn für „verbesserlich“ gehalten hätte, sondern weil er diesen Sozialismus unter der Herrschaft des dreieinigen Gottes wußte und darum Hoffnung für ihn hatte. Darum, nicht aus den Erfahrungen, die er mit ihm gemacht hatte, ist diese Hoffnung erwachsen. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Ich würde gerne jedem von Ihnen noch einmal eine Möglichkeit geben zu reagieren. Sie haben jetzt alle fünf geredet, und ich könnte mir vorstellen, daß dieser oder jener, wenn es irgend geht, knapp, aber ruhig provokatorisch sagt: „Hier muß ich widersprechen“ oder „Hier muß ich noch einmal ergänzen“. Ich habe schon einige Wortmeldungen hier, so daß wir dann das Gespräch eröffnen. Bruder Leich.

Landesbischof em. Dr. Werner Leich D.D.: Ich möchte gerne etwas zu Professor Besier sagen. Sie haben gesagt, es gäbe Schlüsselereignisse und Schlüsselaussagen, die die Affinität der evangelischen Kirchen zum System des Sozialismus belegen. Ich will zuvor sagen, daß ich mich in einer ganz schwierigen Situation befinde. Wenn uns Vorwürfe in solcher Richtung gemacht werden und wir dagegen sprechen, erscheint das immer so, als wollten wir uns selbst rechtfertigen, als seien wir zu verstockt, um zuzugeben, was wir falsch gemacht haben. Im Grunde genommen wäre immer die gefälligste Antwort: „Ja, du hast recht.“ Aber das kann ich nicht. In der Sache muß Klarheit herrschen. Nun ist ganz gewiß die Beurteilung von Schlüsselereignissen oder -aussagen eine subjektive Sache. Jeder hat auch das Recht, diese Wertungen zu setzen. Nur steht dem folgendes entgegen: Wir haben in der gesamten Zeit der organisatorischen Trennung von EKD und Bund der Evangelischen Kirchen zwei Gremien gehabt, die von beiden Seiten in engster Weise paritätisch besetzt beraten haben. Das war die Beratergruppe, die sehr geheim gearbeitet hat. Ich habe übrigens immer nur Kurzprotokolle verfertigt, die auch nie von der Beratergruppe bestätigt wurden, sondern das hat immer der Sekretär gemacht, der dabei gewesen ist. Das war die Konsultationsgruppe, in der jede Landeskirche Ost und West möglichst durch eine Person vertreten war. Ich war in beiden Gremien. Ich habe nicht ein einziges Mal erlebt, daß der Eindruck entstanden sein könnte, es werde von den Brüdern aus der DDR, den Brüdern in der Bundesrepublik abverlangt, einen anderen Weg zu gehen, einen Weg, der unserem angeglichen wäre. Ich erinnere mich noch sehr genau an die leidenschaftliche Debatte um die Frage, ob es eine eigene DDR-Nationalität gäbe. Wir hatten damals einen Staatsrechtler aus der Bundesrepublik, der uns einen Vortrag darüber gehalten hat. Da war uns völlig klar, daß jeder seinen eigenen Weg gehen mußte und vor den anderen zu verantworten hatte. Wir waren auf der DDR-Seite durchaus nicht für die DDR-Nationalität. Aber das war unter uns ein ungeschriebenes Gesetz. Jeder achtet die Meinung des anderen, wir reden offen darüber, aber wir erkannten an, daß jede Kirche in einer anderen gesellschaftlichen Formation

lebte und sich dort zu bewähren hatte. Da habe ich immer nur eine wirklich faire Brüderlichkeit erlebt. Das sage ich, um „Schlüsselereignisse“ mit einem Fragezeichen zu versehen.

Der zweite Punkt. Ich bin in meinem Leben immer geprägt durch meine lange Zeit als Gemeindepfarrer und durch die Gemeinden, denen ich gedient habe. Dort habe ich Menschen erlebt und weiß daher, daß unsere Kirche doch nicht aus leidenschaftlichen Bekennern bestand. Übrigens auch nicht die Kirchen in der Bundesrepublik. Das waren ganz normale Leute, die durch Traditionen in die Kirche hineingewachsen sind und die plötzlich vor der Frage standen, sich in ihrem sozialistischen System, in ihrem Kollektiv, vor den Arbeitskollegen, dafür verantworten zu müssen, daß sie einer Kirche angehören. Die waren hilflos – noch und noch. Die brauchten von uns zumindest den Nachweis: Die Kirche ist nicht, wie die SED behauptet, der verlängerte Arm der NATO oder der Bundesrepublik, sondern sie geht einen Weg, indem sie den Menschen in diesem gesellschaftlichen System ernstnimmt und zeigen will, daß sie die Menschen mit ihren besonderen Nöten und Anfechtungen, die von den Arbeitern und Angestellten viel intensiver durchlebt worden sind als von uns, nahe sein will und sie nicht allein lassen will. Auch das war ein Grund, so zu reden und die Formel „Kirche im Sozialismus“ nicht sofort zu beseitigen. Danke sehr.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Besier.

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier: Ich habe versucht, Herr Bischof, Beobachtungen aus kirchlichen Quellen vorsichtig wiederzugeben. Ich nehme an, die Protokolle der sog. Konsultationsgruppe werden veröffentlicht. Im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte, der Friedensfrage, der Haltung zum Sozialismus und der deutschen Zweistaatlichkeit hat es in der Tat ausweislich der Protokolle, vielleicht geben diese ja die Diskussion verkürzt, solche Schlüsselszenen gegeben, wonach man ihnen energisch widersprochen hat. Dann sind solche Sätze, auch noch Ärgeres, gefallen wie: „Wenn ihr das so sagt, wenn ihr darauf beharrt, dann entsteht bei uns der Eindruck der Gleichschaltung.“ Dies kann ich nur so wiedergeben. Das ist eine Beschreibung dessen, was sich in den Protokollen findet. Wichtig zu bemerken ist vielleicht noch, daß die Formel „Kirche im Sozialismus“, auf die ich als Formel ja gar nicht eingehen wollte, jedenfalls auf Seiten der Religionspolitiker der SED ganz klare Erwartungen geweckt hat. Man hat nämlich von einer inhaltlichen Ausfüllung dieser Formel geredet und sie als eine dynamische Wachstums-Formel verstanden. Und ein Religionspolitiker wie Gerhard Lewerenz (Dresden) formulierte: „Es ist sicher richtig, daß die Kirchen diese Formel noch nicht weit genug interpretiert haben, aber die Tatsache, daß es sie gibt, gibt uns die Möglichkeit, immer wieder zu insistieren: Was meint ihr denn nun eigentlich?“ Man war also seitens der SED der

Überzeugung, man könne Schritt für Schritt eine inhaltliche Ausgestaltung vorantreiben.

Ein Satz noch zur Frage der Auseinanderentwicklung der beiden Kirchen, der Kirchen im westlichen und östlichen Deutschland. Es gibt eine große Zahl zeitgenössischer schriftlicher Zeugnisse, die belegen, daß im östlichen Deutschland jedenfalls ein Teil dessen, was an Propaganda über den Westen veröffentlicht wurde, vielleicht auch die Handlungsweisen westlicher kirchenleitender Persönlichkeiten, so etwas wie eine weltanschauliche Distanzierungsbewegung von der satten Westkirche und der Bundesrepublik hat eintreten lassen. Es hat eine Reihe kirchenleitender Persönlichkeiten gegeben, die etwa seit Mitte der sechziger Jahre, als genaueren Einschnitt könnte man wohl die „Betheler Beschlüsse“ von 1963 benennen, gesagt haben: „Wir müssen einen eigenen Weg gehen, einen unabhängigen Weg, die EKD majorisiert uns und sie hindert uns, den für uns in dieser Gesellschaft nötigen Weg zu gehen.“ Das Stichdatum für diese Entwicklung war nicht erst die neue DDR-Verfassung von 1968.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Ich habe schon sieben Wortmeldungen. Bitte erst Herr Steinlein und dann Herr Schröder.

Superintendent i.R. Dr. Reinhard Steinlein: Ganz kurz. Es hatten viele Gemeindeglieder doch eine Art Enttäuschung empfunden, als es zur Trennung der beiden Kirchenkörper gekommen ist. Ich habe noch die Stellungnahme eines Mannes aus unserer Gemeinde in Erinnerung, der sagte: „Sie haben uns damals Vorwürfe gemacht, als wir unser Kind zur Jugendweihe geschickt haben und haben gesagt, man müsse um des Glaubens willen auch Konsequenzen auf sich nehmen. Das ist mir sehr zu Herzen gegangen. Aber jetzt, wo es um die Organisation der Kirche und um die Sicherstellung ihrer Arbeit geht, da denkt man genauso, wie wir in der Jugendweihefrage gedacht haben.“ Ich gebe nur wieder, was der Mann gesagt hat. Und ich habe auch immer noch im Ohr, was bei der EKU, der Kirche der Union, wo man ja auch die Trennung verlangt hat, zu der selben Fragestellung gesagt worden ist. Da hieß es: „Auch wenn wir räumlich nicht mehr zusammenkommen können, ist die Trennung eben etwas Erzwungenes und uns Auferlegtes. Aber wir wollen nicht durch korrespondierendes Handeln unsererseits den Eindruck erwecken, als ob wir das gutheißen und als richtig empfinden.“ Das muß man dabei im Blick haben. Im übrigen möchte ich nichts kritisch sagen zu dem, was meine beiden Bischöfe hier neben mir gesagt haben. Nein, ich möchte deshalb nichts sagen, weil es persönliche Zeugnisse gewesen sind, die zu respektieren sind. (Beifall)

Und es ist gut, daß Sie sehen, daß es sich hier um ein vielschichtiges Problem handelt, mit dem man nicht mit ein paar Sätzen fertig werden kann.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Danke schön. Richard Schröder.

Prof. Dr. Richard Schröder: Es ist ganz richtig, daß die staatlichen Stellen, das kann man auch dokumentieren, hohe Erwartungen an diese Formel gehabt haben. Aber man kann auch aus den staatlichen Akten, und ich beziehe mich da auf die des Staatssekretariats, sehen, wie weit im Staatssekretariat die Situation analysiert und Mitte der achtziger Jahre in einem Jahresbericht resümiert wurde. Die Kirchen hatten sich mit der Existenz des Sozialismus abgefunden, was noch nicht heißt, daß sie Mitte der achtziger Jahre für den Sozialismus waren. Und dann wird gesagt, die Formel „Kirche im Sozialismus“ sei es eigentlich nicht, womit man sich zufriedengebe. Man möchte eigentlich eine Formel, wie sie im Grundgesetz der ungarischen reformierten Kirchen stehe, „in Anerkennung der legitimen Ordnung des sozialistischen Staates“. Da gibt das Staatssekretariat zu erkennen, daß die Formel „Kirche im Sozialismus“ seinen politischen Erwartungen überhaupt noch nicht entspricht, sondern es nur einen ersten Schritt darin sieht, und daß selbst den die Kirche noch nicht gut genug geht. So haben die das beurteilt. Das kann ich Ihnen alles schriftlich liefern.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Jetzt rufe ich noch einmal Wortmeldungen auf, damit wir die Liste vervollständigen können. Dann ist jetzt Herr Weisskirchen dran. Bruder Hamel, ich habe Sie nicht übersehen. Jetzt wollen wir erst einmal die Mitglieder der Enquete-Kommission hören: Weisskirchen, Wilke, Meckel, von Renesse, Weber. Prof. Weisskirchen.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Erstens eine Bemerkung: Ich finde, wenn man jetzt beurteilt, was wir schon alles in der Enquete-Kommission gemacht und erlebt haben, daß diese Auseinandersetzung die schonungsloseste und ehrlichste ist, die in dieser Enquete-Kommission bisher stattgefunden hat. (Beifall) Das heißt nämlich, daß die Kirche sich überhaupt nicht zu verstecken braucht. Nicht nur deswegen, weil sie hier ganz offen mit sich selbst umgeht, wie sie es auch schon vorher getan hat, sondern man muß es auch einmal ins Verhältnis setzen zu dem, was die Politik bisher gezeigt hat oder diejenigen, die als politische Zeitzeugen von uns gehört worden sind. Da war die gleiche Form und die gleiche Härte der Selbstkritik nicht zu hören. Hier ist sie deutlich. Und ich finde, das sollte auch gesagt werden. Die Kirche braucht sich deswegen vor sich selbst nicht zu verstecken und braucht auch keine Sorge zu haben, sie könnte sich hier bloßlegen. Gerade in dem, was hier geschieht, wird ein Stück Aufarbeitung der Vergangenheit, auch der schrecklichen Vergangenheit, in einer wirklich fast, das darf man so sagen, schon klassischen Form geleistet, anders, als die Politik das bisher getan hat.

Zweitens: Ich bin auch nicht dafür, daß man dem Verrat der Intellektuellen, Julien Benda, in Auseinandersetzung mit dem Stalinismus nun einen zusätzlichen Verrat hinzufügen muß, und ich sage das einmal für mich selbst, wenn man so will, wie Schillers Marquis de Posa: „Ich vergesse und dementiere den

Traum meiner Jugend nicht.“ Ich bin sehr wohl ein Anhänger des Sozialismus. Nicht des totalitären, sondern des demokratischen. Und hier sollte dem ersten Verrat ein zweiter nicht hinzugefügt werden. Man kann schließlich auch so interpretieren, daß „Kirche im Sozialismus“ nicht heißen muß „Kirche im totalitären Sozialismus“ oder „als Affinität zum totalitären Sozialismus“. Da kann es auch noch etwas anderes geben. Nun meine Frage, die sich an Sie, Herr Besier, richtet. Ich erinnere an die Potsdamer Bundessynode, die „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ hieß. Erwinnere ich mich richtig, Herr Besier? Wo können Sie an dieser Stelle behaupten, das wäre eine Affinität zur damaligen DDR? Das ist ein vollständiger Bruch dessen, was in der damaligen DDR gedacht, militärisch geplant und überlegt war, und es ist übrigens auch ein klarer Bruch gegenüber dem, was im Westen von der politischen Seite her interpretiert worden ist. Auch hier kann ich nicht sehen, wo in irgendeiner Weise eine Affinität zu einem politischen System stattfindet. Nein, das ist die Absage an das militärische System. Das war sehr mutig. Das hat keine Kirche des Westens gemacht. Und es war sehr mutig, es besonders hier in der DDR zu machen. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Die Reformierten haben es auch jeweils zum Teil gemacht. Ich meinte das Reformierte Moderamen. Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich werde mich auf zwei Beispiele beziehen, die ich aus den Akten kenne. Ich will dann noch ein Beispiel erzählen, das mich beim Aktenstudium sehr bewegt hat. Das betrifft Bischof Werner Krusche. Meine Aktenkenntnisse sind in der Regel die der Abteilung Kirchenfragen beim ZK der SED bzw. die des Politbüros.

1. Friedensfrage: Das paßt als Kontrapunkt ganz gut zu dem, was Gert Weisskirchen eben ausgeführt hat. 1980 hatten am Buß- und Betttag der Bund und die EKD ein gemeinsames Friedensgeläut vor. Zu diesem Zweck wurden Bischof Schönherr und, ich glaube, Stolpe war noch dabei, zu Gysi einbestellt. Gysi hat in schroffer Weise deutlich gemacht, daß dieses zu unterbleiben habe. Nach dem Protokoll der SED haben die kirchlichen Amtsträger zugestimmt, daß das nicht stattfindet. Weiterhin wurde in schroffer Weise deutlich gemacht, daß sie Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik seien und daß auch für sie die Strafgesetze gelten – die Gesetze, Strafgesetze hat er nicht ausgesprochen – und daß es nicht geduldet werde, wenn gegen die sowjetische Rüstung Stellung genommen werde. Das sei Antisowjetismus und der sei strafbar. Daraufhin hat Gysi Schönherr besonders ermahnt und Schönherr hat auf der Tutzinger Rede, die er als sein Testament angesehen hat, genau den von Gysi geforderten Schuldspruch über die westliche Hochrüstungspolitik getan und ist daraufhin belobigt worden. Soweit Aktenstand 1.
2. Herr Bischof Leich, ich habe im Herbst 1989 in Berlin den Prozeß der

Implosion sehr genau verfolgt. Ich denke, es wird im nachhinein immer klarer, daß wir doch vor der Implosion einer Gesellschaft stehen, obwohl ich es meinen Freunden von der Bürgerbewegung gerne gönnen würde, von einer Revolution im politisch aktiven Wortsinn zu sprechen. Mittlerweile habe ich auch das Protokoll Ihres Gesprächs mit Krenz gelesen. Sie haben sich in diesem Gespräch unter anderem, Sie haben ja vorhin auch den Aufruf „Für unser Land“ angesprochen, auf die Reform des Sozialismus bezogen. Noch war das Ende der DDR nicht absehbar. Das würde ich aus Ihrer Perspektive noch hinzufügen. In dem Protokoll wird eines ganz deutlich: Daß Sie damals mit Vehemenz für die Reform der Zustände in der DDR eingetreten sind. Aber da es hier auch um die Frage des Zusammenhalts der Nation ging – für mich ist dies immer eine zentral wichtige Frage gewesen und bis heute geblieben –, gab es auch einen Kirchenvertreter in dieser Runde, der Krenz zugesagt hat, daß er seine Beziehungen in Bonn nutzen werde, um sicherzustellen, daß die Frage der Staatsbürgerschaft geklärt werde und damit das – ich glaube, ich zitiere es sinngemäß richtig – Wiedervereinigungsgequatsche im Westen. Trotz dieser Perspektive, wo gewissermaßen nicht mehr die von Steinlein und Ihnen ja hinlänglich klar beschriebene Notsituation vorlag, sondern wo es sozusagen eine Öffnung hin zu der Neuordnung der deutschen Dinge gab, bleibt die Kirche auf der Linie eines reformierten Sozialismus. Ich hätte ganz gerne, daß Sie Ihre persönliche Stellungnahme dazu hier der Kommission noch einmal zu Protokoll geben.

3. Ich möchte die Anwesenheit von Bischof Krusche gerne „ausnutzen“. Wir, meine Kollegen und ich, haben uns für den Stolpe-Untersuchungsausschuß unter anderem das Gespräch von 1978 aus den Akten der SED sehr genau angesehen, und wir haben es auch dem Untersuchungsausschuß übergeben. Ich habe bei der Lektüre dieser Akten, Herr Krusche, sehr oft an Sie denken müssen, obwohl ich Sie heute zum ersten Mal sehe, denn es ist ein bedrückendes Stück, und Sie spielen darin schon eine sehr große Rolle. Sie sind auch 1978 seitens der SED klar positioniert. Sie sind alles andere als ein Anpasser in den SED-Akten. Sie werden als Feind klassifiziert. Aber es geht auch darum, diesen Feind im Sinne der SED, entschuldigen Sie diesen Ausdruck von denen, umzudrehen. Darum geht es bei diesen Gesprächen auch, und ich würde es begrüßen, Sie würden sich vom Untersuchungsausschuß in Brandenburg diesen Band besorgen und sich ansehen, wie das gelaufen ist. In den Gesprächen über „Kirche und Sozialismus“ ist auch noch offen, was Sie heute abend angesprochen haben, daß das Verhältnis nicht schlechthin nur zum Staat oder nur zum MfS war, sondern auch zur SED. Die Verhandlungen des Bundes zur Vorbereitung des Gesprächs vom 6. März laufen zwischen dem BEK-Sekretariat und der Abteilung Kirchenfragen beim ZK. Der

Staatssekretär hat dabei überhaupt nichts mehr zu tun. Hier gibt es auch eine sehr eindrucksvolle Illustration des Zusammenspiels der Apparate von SED-Kirchenabteilung und MfS. Das MfS taucht zweimal in diesem ganzen Papier auf. Einmal, um die kirchlichen Rededispositionen und Verhandlungspositionen zu besorgen, und das MfS berät – das ist für mich das bedrückende, Herr Krusche – ganz ausführlich, was die SED tun muß, um Krusche zu beeindrucken und umzudrehen. Dieses wird mit Hilfe von kirchlichen Amtsbrüdern ins Werk gesetzt. Ich denke mir, daß diese Art der Inszenierung eines Gesprächs auf der SED-Seite eine Sache ist, von der die Kirche allen Grund hat, sie zu prüfen. Als letzten Satz: Im Vorfeld wurde, weil Neubert das angesprochen hat, schon die Frage geklärt, ob man zum Erziehungswesen etwas sagen darf. Da hat die SED der Kirche klar und deutlich gesagt: „Wenn ihr auf diesem Punkt besteht, wird es kein Gespräch geben“ – und die Kirche hat verzichtet. Danke.

[Zwischenruf eines Zuhörers]

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Betrachten wir das als einen Zwischenruf. Vielleicht wäre es ganz wichtig, wenn Sie sich nachher noch einmal mit Herrn Wilke zusammensetzen, der hat sehr intensive Arbeit geleistet, so daß Ihre berechtigte Erregung noch einmal ein Gespräch nach sich zieht. Ich vermittele nachher gerne, so daß wir das danach noch einmal zustandebringen. Ich danke Ihnen aber auch für den Zwischenruf. Jetzt bitte Markus Meckel.

Abg. Meckel (SPD): Ich glaube nicht, zu denen zu gehören, die alles, was die DDR-Kirchen getan haben, für richtig halten. Ich habe mich auch damals schon mit manchen Fragen kritisch auseinandergesetzt. Trotzdem erscheint es mir manchmal schwierig, in welcher Weise und in welchem Tonfall hier Fragen gestellt werden. Ich will das erst einmal nur so feststellen. Ich würde an Richard Schröder die Bitte richten, daß er uns die von ihm erwähnten Papiere des Ausschusses „Kirche und Gesellschaft“ aus dem Jahr 1973, die damals versucht haben, das Verhältnis zum Staat darzustellen, zur Verfügung stellt. Sie sollten dann als Anlage ans Protokoll geheftet werden.

Ein zweites: Ich habe den Eindruck, als würde man manchmal wieder einige alte ideologische Debatten führen und sie am Begriff Sozialismus festmachen. Man versucht dann auf der einen oder anderen Seite, ihn zu verteidigen oder draufzuschlagen. Was zu diesem Begriff „Kirche im Sozialismus“ zu sagen war, ist hier schon recht plastisch dargestellt worden. Mein Eindruck ist trotz mancher Kritik, die wir an diesem Begriff schon in der Vergangenheit hatten, daß dies nicht die eigentliche Konfliktlinie in der Kirche war. Wir hatten ganz andere Konflikte, in denen wir uns auseinandersetzten. Herr Besier, dazu gehört wahrhaftig die Friedensfrage. Daß es die Friedensfrage war, auf deren Hintergrund dann auch eine DDR-Opposition entstanden ist, sollte zu denken geben. Wenn zwei in einem bestimmten Punkt – der Ablehnung

der Nachrüstung – das gleiche sagen, es ist noch lange nicht dasselbe. Die Auseinandersetzungen hatten einen sehr viel umfassenderen Horizont, den Gert Weisskirchen schon angesprochen hat.

Ein zweiter Punkt. Nehmen wir die Wehrdienstfrage. Die Konflikte liefen doch innerhalb der Kirche, wie z. B. die Anerkennung der Wehrdienstverweigerung als ein deutlicheres Friedenszeichen. Ob dies von uns als Kirche zu sagen ist oder nicht, das war ein Konfliktpunkt, um den es dann ging, weil dies natürlich etwas war, was der Staat nicht allzugern sehe, aber auch in westlichen Ländern nicht unbedingt als das richtige angesehen worden wäre. Nehmen wir die Fragen der Ökologie, wo es dann in solchen Problembereichen weltweiter Verantwortung Konflikte gab, die natürlich auch mit Menschenrechten zu tun hatten oder mit der Verflochtenheit auch der DDR in diese Weltsituation. Das waren Fragen, über die wir uns auseinandergesetzt haben und bei denen die Frage war: Wie offen oder wie verhalten wird dies gesagt? Und das war bis in die Kirchenleitungen hinein heftig umstritten. Wenn ich einmal erwähnen darf, wer hier ganz profilierte Position bezogen hat: Das waren Leute aus der CDU und der CFK. Also, bei den CDU-Pfarrern war alles klar. Die haben solche Konflikte nicht führen müssen, weil feststand, daß die SED-Positionen vertreten werden. Das war aber in der Kirche allen bekannt. Wenn es dann um konkrete Basisaktivitäten ging, gab es natürlich öfter die kritische Frage an die Kirchenleitungen, wie sie damit umgegangen sind. Dazu gab es öffentlichen Protest. Ich denke an einen Fall in Thüringen, an Pfarrer Reinhard Weidner. Dazu würde ich dann noch ganz gerne von Ihnen, Herr Leich, eine Position hören – Weidner war Pfarrer, der sich hier sehr engagiert hatte und von der Stasi wirklich kaputtgemacht worden ist. Er wurde nach meinem Eindruck dann auch von der Kirche ziemlich verlassen. Er hat bis heute große Schwierigkeiten in der Ost- und der Westkirche. Solcherart waren die Fragen, mit denen wir uns auseinanderzusetzen hatten und wo ich denke, daß wir manches auch noch miteinander besprechen und aufarbeiten müssen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Frau von Renesse.

Abg. Frau von Renesse (SPD): Ich habe seit geraumer Zeit ein Problem mit der Diskussion um die und mit der Kirche, wobei ich den Professor der Theologie, Herrn Schröder, bitten würde, mir da vielleicht zu helfen. Manches klang bei den Statements der an diesem Podium Beteiligten schon ein bißchen an. Mein Problem ist, in welcher Eigenschaft ich welche Kritik äußern und welche Maßstäbe verwenden kann. Wenn ich mich als Mitglied meiner Kirche, als Kirchensteuerzahlerin, mit der Kirche auseinandersetze – auch mit meiner inzwischen gesamtdeutschen evangelischen Kirche, wenn wir auch nur Landeskirchen haben, aber immerhin eine EKD –, inwieweit das erste Gebot möglicherweise außer acht gelassen ist, dann kommt mir

das zu. Kommt mir das auch als Mitglied der Enquete-Kommission, als Steuerzahlerin, zu? Ich frage mich, ob ich das Benutzen schillernder Formeln in einer Art Kirchendiplomatie, die möglicherweise etwas mit diesem ersten Gebot oder seinem Außerachtlassen zu tun hat, in meiner Eigenschaft als Kirchensteuerzahlerin kritisieren kann. Kann ich es als Mitglied dieser Enquete-Kommission kritisieren? Wobei wir durchaus alle wissen, daß die Mißverständlichkeit solch schillernder Formeln im Osten, wenn sie auch noch in die Theologie eingeflossen sind, wahrscheinlich problematischer war, als das im Westen der Fall gewesen ist. Ein Mißverständnis über die Nötigung, die dem zugrunde lag, ist mir jedenfalls bei der Diskussion um diesen Begriff nicht begegnet. Aber ich erinnere mich noch an die Drucksituation derer, die im Osten waren, an die Scharen von Studenten in meiner Studentengemeinde Ende der fünfziger Jahre, die aus Leipzig oder Jena kamen, und alle, wie sie kamen, Gefängniserfahrung hinter sich hatten. Ich erinnere mich an die Vorstellung, die mich damals mit vielen anderen beherrschte, daß wir im Westen das Gefühl hatten, wenn wir ihnen einen Rat gegeben hätten, hätten sie gesagt: Ihr habt gut reden, wenn ihr von Mut und Märtyrertum sprecht, die euch nie betroffen haben. Ich denke, daß die Frage, in welcher Eigenschaft ich Kritik üben kann, für mich wirklich ein Problem sein kann, ob ich es hier tue oder in meiner Gemeinde oder bei einer Synode, und welche Maßstäbe dann anzusetzen sind. Wir haben hier in der Enquete-Kommission ein Thema, nämlich die Folgen und die Geschichte des SED-Unrechts. Wir haben das Recht, den Einfluß der SED und der Stasi auf die Kirche zu untersuchen. Haben wir auch das Recht und die Pflicht, mögliches Versagen von Kirche gegenüber SED und Stasi zu untersuchen und zu kritisieren? Wenn ja, mit welcher Legitimation? Vorhin hat Herr Neubert gesagt, daß Kirche eine besondere Funktion in ihrem Staat hätte. Sie hat sie im Westen immer gehabt, grundrechtlich positioniert. Sie hatte sie meines Wissens im Osten nicht. Sie war groß. Sie war wichtig. Sie war nicht ein beliebiger Kaninchenzüchterverein, kein Zweifel. Aber welche Maßstäbe zählen und gelten, und welche würden Sie uns zugestehen in welcher Eigenschaft?

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Danke sehr. Professor Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich glaube schon, daß die Enquete-Kommission sich nicht zu Unrecht mit dieser Frage beschäftigt, eben weil die Kirche die einzig autonome Institution in diesem System war. Es ist schon ganz wichtig, sich dann zu fragen, wo diese Autonomie gefährdet war. Was gab es für innere Probleme bei einer solchen Autonomie? Ich möchte hier auch persönlich als jemand, der der Kirche sehr fern steht, sagen, daß mich dieser Tag beeindruckt hat, weil ich unter Aufarbeitung von Geschichte genau das verstehen möchte, was hier heute geschehen ist. (Beifall)

Ganz im Sinne von Gert Weisskirchen fand ich diesen Tag als eine der

besten Anhörungen, die wir bisher hatten, weil hier wirklich um die Probleme gerungen wird, und die Leute sich nicht immer nur auf andere beziehen, sondern Verantwortlichkeiten benennen. In dem Zusammenhang wollte ich nur einen Hinweis und eine Frage bringen. Der Hinweis ist folgender: Wir vergessen manchmal, daß niemand bis kurz vor dem Ende der DDR gewußt hat, daß dieses System zusammenbricht. Das heißt also, daß diejenigen, die Verantwortung für diese Kirche getragen haben, doch davon ausgehen mußten, daß sie über einen längeren Zeitraum hinweg in der DDR Politik machen. Danach mußten sie sich richten. Ich werde immer etwas unruhig, wenn wir heute so viele Leute haben, die schon sehr lange wußten, daß in Kürze die DDR zusammenbricht. (Beifall)

Ich darf dazu eine kleine Anekdote bringen. Ich bin von Mannheim gestern nach Erfurt gefahren und habe gesehen, daß die Strecke von Bebra bis zur früheren DDR-Grenze noch am schlimmsten aussieht. Wenn wir gewußt hätten, daß irgendwann die Vereinigung so rasch kommt, dann hätte die Bundesbahn damals längst auch dieses Stück reparieren können. (Heiterkeit und Beifall)

Dies nur als Anmerkung. Meine Frage – ich habe es heute früh schon einmal versucht, ich glaube aber, hier sind vielleicht kompetentere Beobachter und Mitdiskutanten und Mitträger der Diskussion: Bischof Krusche hat darauf hingewiesen, daß auf einer Konferenz vom „verbesserlichen Sozialismus“ gesprochen wurde. Nun kann man sagen, daß wir im Jahr 1968 die Situation in der CSSR gehabt haben, wo Ansätze eines, ich habe es immer genannt, demokratischen Kommunismus sichtbar schienen, die dann zerschlagen worden sind. Hat das in Ihren Diskussionen eine Rolle gespielt oder war es nur auf der abstrakten Ebene, wie wir das bisher gehört haben, wenn es um diesen Begriff „Kirche im Sozialismus“ ging?

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Danke schön.
Frau Dr. Wilms.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Eine Frage an die drei Herren, die Gemeindefarbeit erlebt und getragen haben. Mich interessiert – wir haben jetzt so viel von Politik gesprochen –, wie sich denn die Gemeindefarbeit in dieser Kirche in Stil und in Form entwickelt hat. Hat sie sich sehr unterschiedlich entwickelt von dem, was sich dann im Rahmen der EKD vollzogen hat? Das heißt, hat sich hier theologisch, aber auch in der praktischen Arbeit, etwas auseinanderentwickelt? Empfinden Sie das heute, oder hat sich das alles parallel weiterentwickelt?

Zweite Frage: Mich wundert es ein bißchen, daß heute der Fall Brüsewitz überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist. Wie ist die Kirche damit umgegangen? Da sind die Meinungen sehr unterschiedlich. Ich weiß nicht, Herr Bischof Krusche oder Herr Bischof Leich, wer von Ihnen mir darauf eine Antwort geben kann. Danke sehr.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Herr Hansen zum Schluß.

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich komme auch noch einmal auf die Formel zurück, weil hier mehrfach in Übereinstimmung gesagt wurde, sie sei schwammig, schillernd, uneindeutig oder sonstwie gewesen. Da waren Sie sich ja im Grunde alle einig. Aber ich meine, wenn man so will, eine advokatorische Frage. Gegenfrage ist, ob nicht bei allem Schillern dieser Formel, die man dann anreichern kann – so wie Herr Weber das mit dem „verbesserlichen Sozialismus“ schon angeführt hat –, zu fragen, wäre „verbesserliche Kirche im unverbesserlichen Sozialismus“ nicht auch eine nützliche Formel gewesen im Umgang zwischen Kirche und System, Kirche und Staat, was unser Thema der Enquete-Kommission ist, das Verhältnis von Kirche und Staat. Ich habe zwei wesentliche Quintessenzen aus diesem Tag gezogen. Einerseits, wie Neubert ganz wesentlich darauf hingewiesen hat, zu sagen, der Supergau der Kirche ist, daß man zunehmend den Kontakt zur Kirche als Institution verliert, daß die am Untergehen ist, und andererseits, was Herr Steinlein gesagt hat, Kirche bedeutet zunächst und vor allem und an allererster Stelle, das erste Gebot zu beachten. In diesem Spannungsfeld zwischen den Fragen „Was hat Kirche zu leisten?“ und „Wo ist Kirche verbesserlich im unverbesserlichen Sozialismus oder im angeblich vorgeblichen Sozialismus gewesen?“ frage ich, ob die Formel, die vielleicht schillernd war, nicht doch auch nützlich gewesen ist. Nützlich vielleicht nicht im Sprachgebrauch derer, die heute abend im Podium versammelt sind, also der kirchlichen Würdenträger, aber der diplomatischen Beamten oder sonstigen Amtsträger der diplomatischen Funktionärszebene zwischen Staat und Kirche, zwischen denen, die täglich das Leben gestalten oder durchsetzen mußten, auch gegen Widerstände.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Können wir mit der Beantwortung der Fragen so vorgehen, daß wir erst Richard Schröder bitten. An ihn sind zwei Fragen gerichtet worden. Einmal die Bitte um die Papiere und zum anderen die Frage von Frau von Renesse, in welcher Eigenschaft die Enquete-Kommission hier reden kann.

Prof. Dr. Richard Schröder: Die Bitte um die Papiere wird erfüllt. Die Frage nach den Maßstäben ist interessant. Ich denke, wir, die wir selbst aus dem Raum der Kirche stammen, können Ihnen nicht antworten. Da nehmen Sie einmal nur den Maßstab derer, die da vorn sitzen und die damals agiert haben, Bürger wie alle anderen. Wir müssen uns als Kirche und als Christen gefallen lassen, daß wir an den Maßstäben gemessen werden, denen wir uns unterstellt haben. Es ist dann Ihre Sache, zu prüfen, ob etwa diese Einladung von Ihrer Seite zu heuchlerischen Urteilen mißbraucht wird, bei denen zweierlei Maß angewandt wird. Ich habe, wenn ich manche Magazine lese, den Eindruck, wir müßten die allerschlimmsten Kollaborateure in der DDR gewesen sein. Ich bekomme bloß Schwierigkeiten, dann meine eigene

Biographie richtig zu verstehen. Ich will noch einmal sagen: Wir hier vorn, ich glaube, daß ich für alle sprechen kann, werden uns hüten, Ihnen zu sagen: „Ja, beurteilen Sie unser Handeln einmal nicht nach den Maßstäben, denen wir uns selbst unterstellt haben.“ Wir sind sicher bereit, das auszuhalten, daß wir hier unter Maßstäbe gestellt werden, die man nicht bei jedermann anlegen kann, weil sie nicht jedermann für sich gelten läßt. Eine kleine Zwischenbemerkung in Ihrer Frage will ich noch zurechtstellen. Sie haben von der schillernden Formel gesprochen, die dann vielleicht auch in die Theologie eingeflossen sei. An der Stelle will ich einmal klipp und klar sagen: Das hat es nicht gegeben. Wir haben in der DDR keine sozialistische Theologie oder Theologie im Sozialismus gemacht. Nun zitiere ich das eine Papier einmal, weil es an der Stelle einen Konsens beschreibt, den sogar die SED-Genossen – offiziell jedenfalls – akzeptiert haben. Da fängt es nämlich mit dem Satz an: „Theologie und Verkündigung für die sozialistische Gesellschaft können nicht sozialistische Theologie und Verkündigung werden.“ Das hat nicht einmal die SED von uns verlangt. Deswegen ist es um so absurder, wenn hier jemand nichtsahnend denkt, es sei geleistet worden. Ich meine, ich kann von einem bestimmten Herrn Hanfried Müller etwas erzählen, den wir aber alle nicht für voll genommen haben. (Beifall)

Ob es eine nützliche Formel für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche gewesen sei, die Frage war auch an mich gerichtet. Ich würde dazu sagen: Sofern damit gemeint war, daß wir den Ort, an dem wir leben, seine Probleme, Konstellationen usw. wirklich ernst nehmen und hier nicht nur untergetaucht sind, bis es sich einmal ändert, sofern dies mit der Formel gemeint war, akzeptiere ich das auch. Bloß, man hätte sich besser ohne diese Formel ausdrücken sollen, weil man falsche Erwartungen und Mißverständlichkeiten vermieden hätte. Ich gehöre auch zu denen, die gesagt haben: Wir sind hier in der DDR nicht die fünfte Kolonne von irgend etwas anderem – Sympathien zum anderen Teil Deutschlands und dem, was da politisch geschieht, stehen auf einem anderen Blatt –, wir wollen das, was wir als Christen sind, tatsächlich sein. Und diese Gesellschaft ist so, wie sie ist, es sei denn, es gelingt uns oder es geschieht dank Gottes Hilfe, daß sie sich etwas ändert oder sogar sehr ändert. Sie hat sich dann so schnell derart geändert, wie wir es nicht erwartet haben. Das hatten wir aber nicht der Dynamik in der DDR zu verdanken, sondern Gorbatschow. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Gehen wir in der Beantwortung der Fragen weiter. Bruder Besier, Sie haben von Gert Weisskirchen die Frage nach der Potsdamer Synode in Potsdam-Hermannswerder konkret bekommen, wo die Absage an Geist, Theorie und Praxis der Abgrenzung zumindest angefangen wurde, öffentlich zu diskutieren. Verabschiedet wurde sie erst 1987.

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier: Der Abgeordnete Weisskirchen hat sein Votum

mit einem Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus begonnen, wenn ich mich recht erinnere. Dies ist besonders interessant vor dem Hintergrund der Diskussion zur Nachrüstungsdebatte, denn unter den westdeutschen Sozialdemokraten gab es im Blick auf die Abschreckungstheorie auch solche, die die Dinge – wie Helmut Schmidt – ganz anders gesehen haben. An diesem setzt die Mitteilung meiner Beobachtungen aus kirchlichen Quellen ein. Es hat in Westdeutschland auch innerhalb der Kirchen höchst unterschiedliche Meinungen über die Nachrüstungsfrage gegeben. Hier spiegelte sich eben das, was Herr Jüngel neuerdings als „Kirche im Pluralismus“ bezeichnet. Das Interessante, worüber wir nachdenken sollten, ist nun, daß es etwa nach der Synode der EKD in Worms 1983 in der schon mehrfach erwähnten Konsultationsgruppe zu einer sehr heftigen Diskussion kam. Ausgangspunkt war das kritische Votum eines westlichen Kirchenmanns über die Rede Bischof Hempels in Worms. Daraufhin erklärte ein anderer Bischof aus dem östlichen Deutschland, was er eigentlich von der EKD-Synode in Worms erwartet habe: eine Stellungnahme gegen die westliche Kreuzzugsideologie gegen den Kommunismus. Wohlbemerkt: Ein Bischof aus dem östlichen Deutschland erwartete von der EKD-Synode ein Wort gegen die Kreuzzugsideologie gegen den Kommunismus! Darauf entgegnete der Präses der EKD-Synode, es werde die ganze Zeit über die Pershing-Nachrüstung gesprochen, man müsse doch in den Blick nehmen, daß es eine Voraussetzung gegeben habe, nämlich die Aufrüstung mit SS-20-Raketen. An diesem Punkt wurde das Gespräch mit dem Satz abgebrochen, es sei eben doch deutlich, daß die Unterschiede in der Friedensfrage, jetzt zitiere ich wörtlich: „auf die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen“ seien. Das ist eine Beobachtung . . . (Zwischenruf Abg. Meckel, SPD: Der hat überhaupt nichts begriffen, der Mann.)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Gut, aber lassen wir ihn vielleicht zu Ende reden.

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier: Nur verstehen Sie, was ich Ihnen damit mitteilen will? Es war offensichtlich so, daß trotz aller Pluralität innerhalb der EKD in einer ganz anderen Weise über das Problem geredet wurde, als Vertreter des Kirchenbundes dies taten. (Zwischenruf: Der Präses.) Der Präses für die EKD. Wir bewegen uns in dem, was ich sage, ohnehin nur auf kirchenleitender Ebene. Das ist ja implizit deutlich geworden. Und worum es noch geht. (Zwischenruf Prof. Schröder: Das ist doch persönliches Gespräch. Das ist doch Gespräch in kleiner Gruppe.)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Lassen wir doch lieber Professor Besier noch zu Ende reden.

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier: Es hat ja auch wenig Sinn, wenn wir jetzt hier reden „Gespräche in kleiner Gruppe“. Es sind die Repräsentanten der beiden Bünde gewesen. Die haben nicht einfach nur so geredet. Aber das

ist es eben mit dem Argumentieren. Worum es doch jetzt hier nur geht, ist, deutlich zu machen, daß es zwei unterschiedliche Positionen gegeben hat, die auf gesellschaftliche Unterschiede zurückgeführt wurden. Es gibt eine ganze Reihe solcher Szenen, die ich als Schlüsselszenen bezeichnet habe, in der es solche Gegensätze gegeben hat.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Ein Zwischenruf von Prof. Schröder.

Prof. Dr. Richard Schröder: Darf ich sagen: Ich kann Ihnen an dieser Frage sagen, daß es ein Windei ist. (Beifall) Innerhalb der Diskussion in der DDR haben wir auch gesagt, daß die SS 20 doch den Anfang gemacht haben, und im Westen sagte man es vielleicht umgekehrt. Ich halte den Schwanz, der da hinten von den verschiedenen gesellschaftlichen Systemen angehängt ist, für einen blöden Spruch, denn die Frage, um die es vorher ging, an der es bewiesen werden sollte, war nicht eine solche, wo sich EKD und Bund konträr gegenübergestanden hätten, und wir hätten gesagt, die SS 20 sind Friedensbringer und Pershing ist das Schlimme. Das haben wir nicht gesagt, mehrheitlich.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Jetzt wird es noch einmal lebendig, obwohl wir nur noch sieben Minuten Zeit haben. Jetzt wird noch Bischof Krusche etwas dazu sagen.

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche: Ich habe zu dieser Sache nur ganz kurz etwas zu sagen. Unsere Synode der Kirchenprovinz Sachsen hat 1982 erklärt: Es genügt nicht, daß in der DDR der Friedensbewegung in der Bundesrepublik applaudiert wird. Die war ja richtig. Sondern wir haben zu fragen: Was haben wir hier in der DDR für den Frieden zu tun? Da ist von der Synode erklärt worden – Reduzierung der SS 20 und der Panzerüberlegenheit. Nun können Sie sich vorstellen, was in den westlichen Zeitungen stand. Ich mußte daraufhin zum Staatssekretär, er sagte mir: „Herr Bischof, Sie sind wieder einmal der Held des Tages.“ Dann legte er mir eine Mappe mit vielleicht 30 Seiten von Ausschnitten aus bundesrepublikanischen Zeitungen vor, wo man den Eindruck hatte, die ganze Bundesrepublik rede nur von der „hallischen Synode“, daß wir dies gefordert haben. Und er sagte mir: „Sie müssen überlegen, wo Sie stehen wollen.“ Ich wollte nur sagen, daß an diesem Punkt eine Synode ausgesprochen hat: Einsatz für den Frieden heißt in der DDR Reduzierung der SS 20 und der Panzerüberlegenheit. Das ist ausgesprochen worden.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Krusche, ob Sie noch auf die Frage von Herrn Prof. Wilke antworten, zu dieser Buß- und Betttagsgeschichte? Da ging es nicht nur um das Friedensgeläut, sondern auch um die Sirene, die heulen sollte, und um den Aufruf zum Generalstreik.

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche: Ja, das kann ich tun. Wenn ich Sie

richtig verstanden habe, Herr Professor, haben Sie gesagt, in diesem Protokoll habe gestanden, daß der Bund bzw. die Gruppen, die diese Friedensdekade vorbereitet hatten, für den Buß- und Betttag ein Geläut für eine kurze Gebetsstille in beiden deutschen Staaten planten. Und dann haben Sie erklärt, die Amtsträger der Kirche hätten gesagt: Das kommt überhaupt nicht in Frage. So habe ich Sie verstanden. Das mag möglicherweise so im Protokoll stehen, aber da steht nicht der Grund drin. Der Grund war nämlich der, daß „Die Welt“ einen Artikel brachte mit der Schlagzeile „Läuten zum Friedensgebet oder zum Generalstreik“ und daraufhin haben wir es absetzen müssen. Das war es. Das steht natürlich nicht in so einem Protokoll. Das weiß ich ganz genau.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Jetzt die andere Frage von dem Feind, der 1978 umgedreht werden sollte mit Hilfe kirchlicher Schwestern und Brüder.

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche: Das wußte ich nicht. Daß ich so klassifiziert worden bin, das weiß ich. Ich höre hier zum ersten Mal, daß auch das MfS beteiligt war. Wir wußten nur, daß Stolpe die Verhandlungen im Auftrag des Bundes führt. Wer sich eingeschaltet hat, wußten wir nicht. Natürlich mußte solch ein Gespräch vorbereitet werden. Es war das erste Gespräch. Es mußte geklärt werden, worüber geredet wird. Wenn das gesagt worden ist: Wenn über Erziehung gesprochen wird, findet es nicht statt. Dann hätten wir es ausfallen lassen müssen. Ich wußte nichts davon. Ich wußte nur, daß wir uns unter den Teilnehmern abgesprochen haben, was jeder zu welchem Problemkreis spricht. Gar nicht, was er sagt, sondern „Du sprichst über Diakonie, du sprichst über das.“ Ich hatte den Punkt „Das Verhältnis der Staatsorgane zu den Bürgern“. Ich weiß noch, vielleicht haben Sie das gelesen, daß ich gesagt habe: Herr Staatsratsvorsitzender, ich nehme wahr, daß es in der DDR Verletzungen von Bürgern durch die Staatsorgane gibt. Ich habe ein Beispiel angeführt: Wenn ein junger Mann zu seinem todkranken Vater in die Bundesrepublik fahren will, bekommt er zur Auskunft: Sie fahren nicht, Ihr Vater stirbt auch ohne Sie. Ich weiß nicht, ob es dort protokolliert wurde, ich nehme es aber an. Ich sehe noch, wie die Genossen sich von den Plätzen erhoben. Ich wußte nicht, was das für eine Reaktion ist. Das konnte heißen: Dieser unverschämte Lummel, der wagt es, uns bei einem ersten Gespräch so einen Brocken hinzuhauen. Es konnte aber auch heißen, und das wird es geheißen haben: Das ist doch nicht möglich, das gibt es doch gar nicht. Soviel zu dieser Sache.

Ich hoffe, sie haben mich nicht umkrepeln können, denn von 1983 gibt es jedenfalls noch ein Dokument, in dem steht, daß Krusche ein Feind des Staates ist. Wie ich mich nie gefühlt habe übrigens – als Gegner schon, aber nicht als Feind. Daran hat sich auch nichts geändert, als ich Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitung geworden bin. Im übrigen lasse

ich mich auf Katalogisierungen der Staatssicherheit nicht ein, weder im guten noch im bösen. (Beifall) Es ist mir völlig egal, ob sie schreiben: Er war wunderbar oder er war sonst etwas. Ich lasse mich auf die Kategorisierung von Menschenverächtern grundsätzlich nicht ein.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Ob Sie noch etwas zu Brüsewitz sagen?

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche: Das ist natürlich ein Abend für sich. Ich hoffe, Sie haben den Film „Der Störenfried“ gesehen. Er ist am Bußtag mindestens in sechs Kanälen im Fernsehen gekommen. Von einem westdeutschen Filmemacher – ein ausgezeichnete Film. Wenn Sie ihn noch nicht gesehen haben, sehen Sie sich diesen Film an, der einen Preis bekommen hat. Wie ein westdeutscher Mann sich in die Gedankenwelt der DDR-Bürger eingefühlt hat! Es war für mich unglaublich, wie man die DDR noch einmal vor sich hatte. Es hat ein Politbüromitglied, Herr Hüttner, die Haltung der Kirchenleitung und der Kirchenprovinz Sachsen mit drei Stichworten richtig charakterisiert:

1. Die Kirchenleitung war zuerst schockiert. Das kann man uns wahrlich nicht übelnehmen. Der Feuertod von Brüsewitz war der erste Fall seit Beginn der Christenheit, seit 2.000 Jahren, daß einer selbst das Martyrium auf sich nahm. Das hat es vorher nicht gegeben. Die ganze Alte Kirche hat vor dem Suchen des Martyriums gewarnt. Daß man da schockiert war: „Wie ordnet man eigentlich solch einen Fall ein, Selbstmord?“ Daß es da keine schnelle Stellungnahme gab, ist nicht verwunderlich.
2. Das nächste Stichwort ist: Sie hat laviert. Das ist wohl so gewesen. Wir hatten keinerlei Erfahrung mit westdeutschen Presseleuten. Die waren erst gekommen, so daß man sehr vorsichtig war mit dem, was sie da machen würden. Das wäre auch ein Thema „Wie hat sich die westdeutsche Presse auf die Entscheidungen des Bundes ausgewirkt?“ (Beifall)
Ambivalent würde ich sagen – es war auf der einen Seite nötig, auf der anderen Seite hat sie uns in eine fatale Situation gebracht, daß wir dauernd als die Zulieferer von Munition im Kalten Krieg erschienen.
3. Sie hat sich gegen uns gestellt. Ich habe auf der Synode der Kirchenprovinz Sachsen abschließend Stellung genommen. Wir haben dazu eigens in den Dom eingeladen. Das hat man sehr übel genommen. Es kamen ca. 600 Leute. Da habe ich aus den Briefen vorgelesen, die uns zugekommen waren – sehr kritische Briefe gegen die Kirchenleitung. „Schleimscheißer“ und „Bastarde“, ich habe alles vorgelesen, was die gesagt haben. Das wurde übelstgenommen. Ich mußte dann zum Rat des Bezirkes kommen. Da gibt es drei verschiedene Dokumente. Eins, das wir geschrieben haben, ein Gedächtnisprotokoll; eins, das der Staat geschrieben hat, und ein mitgelaufenes Tonband. Nun kann man einmal die drei vergleichen. Das ist eine schöne Aufgabe für historisch-kritische Forscher. (Heiterkeit)

Ich denke, wir haben an diesem Punkt ein gutes Gewissen. Wir haben uns von diesem Bruder nie distanziert. Mein Stellvertreter, der die Beerdigungsrede gehalten hat, hat ausdrücklich gesagt: „Wir distanzieren uns von dem Menschen Oskar Brüsewitz nicht!“ Das war das letzte Wort. Aber wir mußten uns wehren. Ich wurde in der westlichen Presse als Mitarbeiter der Stasi benannt, weil ich protestiert hatte gegen das „Brüsewitz-Zentrum“, in dem ich tatsächlich eine Institution des Kalten Krieges sah, wo man den Tod eines Pfarrers vermarktete und als Munition im Kalten Krieg gebrauchte. Das hat man mir sehr übelgenommen. Ich hatte Frau Brüsewitz vorher gefragt, ob sie einverstanden sei mit dieser Namensnennung. Sie hat gesagt: Nein, und hat das biblisch begründet. Sie war eine fromme Frau. Sie habe gerade die Geschichte vom „Turmbau zu Babel“ gelesen und da heißt es: „Sie wollten sich einen Namen machen.“ Und da hat sie mir gesagt: „Sie wollen nicht meinem Mann einen Namen machen, sondern mit dem Namen meines Mannes wollen sie sich einen Namen machen.“ Und genau das war es. Es gibt im 1 Kor. 13 eine Stelle von der Liebe. Da heißt es: „Und wenn ich meinen Leib verbrennen ließe und hätte die Liebe nicht, so wäre es mir nicht nütze.“ Und die Frage war: War das ein Fanal gegen die Kommunisten, dann war es gegen die Liebe, oder war es ein Signal, das aufmerksam machte auf Mißverhältnisse im Staat und auf eine Kirche, die nach seiner Meinung zumindest in der Gefahr war, zu leise zu reden? Das war es ganz zweifellos. Ich habe es immer, weil das evangelisch ist, nicht als Anklage gegen den Staat, sondern als Anfrage an uns interpretiert. Seid Ihr noch die Kirche des Herrn, der gesagt hat: „Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden, und was wollte ich lieber, daß es schon brennt.“ Warum seid Ihr so kalt? Warum brennt Ihr so wenig? Warum läßt es Euch kalt, wenn Eure Kinder nicht mehr zur Christenlehre kommen? Das waren unsere Fragen.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Steinlein, wenn Sie noch auf die Frage von Frau Dr. Wilms nach der Gemeindegearbeit antworten, dann würde ich Bruder Leich das Schlußwort geben mit der konkreten Frage von Herrn Wilke an Sie nach dem Prozeß der Implosion und dem Gespräch mit Krenz damals. Dann würde ich Ihnen gern noch die Frage von Herrn Weber geben nach dem verbesserlichen Sozialismus. Ist das diskutiert worden? Wie ist das diskutiert worden? Aber dies alles in der gebotenen Kürze. Wollten Sie noch eine Ergänzungsfrage stellen? Nein. Herr Steinlein, antworten Sie doch jetzt bitte auf die Frage von Frau Dr. Wilms nach der Gemeindegearbeit.

Superintendent i.R. Dr. Reinhard Steinlein: Wir reden dauernd über die Unterschiede zwischen Ost und West. Es gibt erfreulicherweise auch viele Dinge, die sich ähneln in Ost und West, und dazu gehört das Leben einer normalen christlichen Gemeinde. Es gibt da keine fundamentalen Unterschiede, nur daß wir etwas eingeschränkt waren, was die Öffentlichkeitsarbeit der

Kirche anbetrifft. Wir mußten uns mehr auf die klassischen Formen kirchlicher Arbeit konzentrieren, was nicht immer unbedingt ein Nachteil zu sein braucht. Jedenfalls freuen wir uns darüber, daß es Gemeinsamkeiten immer noch gegeben hat, besonders im kirchlichen Raum. Hervorheben möchte ich die große Bedeutung der Partnerschaft und die Verbindungen zwischen den Gemeinden. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Leich.

Landesbischof em. Dr. Werner Leich D.D.: Herr Prof. Wilke, Sie haben mich auf das Gespräch angesprochen, das einen Tag nach der Amtsübernahme von Egon Krenz stattgefunden hat. Sie haben wahrscheinlich die Akten des Politbüros gelesen. Es gibt auch eine Aktennotiz von Oberkirchenrat Ziegler, der ein sehr guter Stenograf ist und das Gespräch mitstenografiert hat. Das nur als Hinweis. Ich will zunächst sagen, daß man das Gespräch in einem Zusammenhang sehen muß. Es war gar nicht mit Egon Krenz geplant, sondern mit Erich Honecker. Es entsprang unserer Sorge, daß in der DDR bürgerkriegsähnliche Zustände ausbrechen könnten, wenn das Politbüro und die Staatsführung nicht endlich auf die Forderungen eingehen, die von allen Seiten kamen. Eine der wichtigsten und klarsten Forderungen war im Herbst 1989 von der Synode des Bundes ausgesprochen worden. Da ist ganz unverblümt gesagt worden, die DDR müsse sich zu einer pluralistischen Demokratie verändern, und es müsse freie Wahlen geben. Das ist als Kanzelabkündigung von allen Kanzeln verlesen worden. Am Samstag, bevor diese Kanzelabkündigung verlesen werden sollte, ist der Staatssekretär für Kirchenfragen, Löffler, nachts in Berlin aufgebrochen, um mich in Eisenach zu besuchen und zu beschwören, ich möchte diese Kanzelabkündigung zurücknehmen. Sie ist verlesen worden. Nur, als wir uns verabschiedeten, und wie das so ist, man möchte nicht in äußerster Spannung auseinandergehen, sagte ich zum Staatssekretär: „Möglicherweise begegnen wir uns einmal wieder in einer Situation, die weniger angespannt ist.“ Seine Antwort war: „Wenn es dann überhaupt noch eine evangelische Kirche gibt.“ Das war damals die Situation.

Nun zu diesem Gespräch: Nach meiner Erinnerung hat das Gespräch selbstverständlich unter dem Gesichtspunkt stattgefunden, es müßten in der DDR entscheidende Veränderungen geschehen. Ich habe damals noch nicht ahnen können, daß der mächtige Ostblock die DDR freigeben wird. Übrigens einen Monat später, und das war ein Monat, in dem sich die Ereignisse überschlagen haben, hat Helmut Kohl gerade von einer Konföderation der beiden deutschen Staaten sprechen können. Natürlich, einer Kirche kann man prophetische Qualität abfordern, aber ich habe das damals nicht gewußt. Wir wollten in der Tat um der Menschen in der DDR willen entscheidende Verbesserungen haben. Das Gespräch hatte drei äußerst kritische Sachpunkte:

Punkt 1: Es darf nach den Demonstrationen und öffentlichen Protesten der

Bürger kein Zurück geben, wie wir das nach dem Arbeiteraufstand in der DDR erlebt hatten. Jetzt muß etwas geschehen.

Punkt 2: Egon Krenz war im Politbüro verantwortlich für den Staatssicherheitsdienst. Wir hatten eine ganze Reihe von Dokumentationen über Mißhandlungen von Demonstranten durch den Staatssicherheitsdienst bei den friedlichen Demonstrationen. Wir hatten uns vorgenommen, dies Egon Krenz vorzuhalten mit den Dokumentationen, die wir dazu aus den Gemeinden hatten. Das war äußerst bedrängend. Er hat gesagt, er müsse sich kündigt machen. Er wisse nichts davon.

Punkt 3: Das waren die Kommunal- und Kreistagswahlen in der DDR vom Mai. Da hatten nämlich wache kirchliche Gruppen die Auszählung der Stimmen beobachtet und sich Notizen gemacht. Wir hatten solche Protokolle aus verschiedenen Städten der DDR. Und selbst unter dem völlig undemokratischen, totalitären Zustand der damaligen Wahl hatten die Beobachter festgestellt, daß das amtliche Wahlergebnis überhaupt nicht mit den Auszählungen, die beobachtet worden sind, übereinstimmen kann. Das haben wir Egon Krenz vorgehalten. Er war der oberste Wahlleiter der DDR in der damaligen Zeit. Das war ein äußerst hartes Gespräch. Ich habe überhaupt keine Erinnerungen, daß da von „Wiedervereinigungsgequatsche“ geredet worden ist. Uns ging es darum, daß es jetzt Verbesserungen geben muß, oder es kommt zum Bürgerkrieg.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Vielleicht noch zu Prof. Webers Frage zum verbesserlichen Sozialismus. Es muß aber jetzt nicht sein.

Landesbischof em. Dr. Werner Leich D.D.: Ich möchte dazu anmerken, daß das noch eine milde Formel gewesen ist. Die Synode in Dessau 1988 oder 1987 hat von einem „Sozialismus mit menschlichem Angesicht“ gesprochen, den wir brauchten. Das hat einen Mordsaufstand gegeben. Der Staatssekretär für Kirchenfragen bestürmte uns, wir sollten doch wenigstens sagen „mit einem menschlicheren Angesicht“ und nicht dokumentieren, daß es überhaupt kein menschliches Angesicht gibt. Auf dem Kampfgruppenappell, bei dem Erich Honecker immer eine Rede hielt, hat er dann von dem „verantwortungslosen Gefasel“ kirchlicher Leute, von einem „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ gesprochen. Da war die Konfrontation schon vollkommen im Gang, seit Anfang 1988.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Vielen Dank. Wir sind am Ende unserer Podiumsdiskussion. Wir sind am Ende dieses Tages. Ein Diskussionsleiter macht sich immer schuldig. Heute Abend habe ich mich schuldig gemacht gegenüber Bruder Hamel. Er hatte sich ziemlich zeitig zu Wort gemeldet und gesagt, er wolle auch noch etwas sagen. Ich fürchte seinen Zorn. Ich habe aber gedacht, es sei vielleicht doch jetzt sinnvoller, dieses Podiumsgespräch hier zu führen, und auch die Fragen der Mitarbeiter

und Mitglieder der Enquete-Kommission zu hören. Der Vorsitzende, Rainer Eppelmann, hat heute früh in seiner Rede gesagt: „Wir müssen nach den Verstrickungen fragen, die die Stasi in die Kirche hinein aufbaute. Wieviel Vertrauen ist da mißbraucht worden von einzelnen? Wie gehen die Kirchen mit dieser Vergangenheit um? Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben“, so hat er gesagt, „daß die Kirchen auch hier Wege aufzuzeigen vermögen, die aus einer schwierigen und manchmal auch dunklen Vergangenheit in die Zukunft führen können.“ Das ist ein bißchen auch das Interesse dieser Anhörung, die morgen noch weitergeht. Wir wollen uns morgen mit dem sehr schwierigen, aber auch spannenden Thema beschäftigen „Die Kirche und die Gruppen“. Dazu wollen wir zwei Vorträge hören und dann wiederum eine Podiumsdiskussion. Wir wollen am 21. Januar 1994 in Bonn eine zweite Anhörung zum Thema „Kirche“ haben. Die beschäftigt sich besonders mit dem Verhältnis der EKID und des Bundes zueinander. Da wird die katholische Kirche miteingeladen, und aus der Sicht der katholische Kirche werden wichtige Fragen des Ost-West-Verhältnisses thematisiert. Wir werden, dazu möchte ich Sie sehr herzlich einladen, am 8. und 9. Februar 1994 in der Drei-Königs-Kirche in Dresden eine öffentliche Anhörung zum Thema „Kirche“ durchführen, wo all diejenigen zu Wort kommen, die heute nicht zu Wort gekommen sind. Heute war es die konzeptionelle Ebene, und da soll es gehen um die Frage „Kirche vor Ort: Wie haben Gemeindeglieder, wie haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Kirche erlebt?“ So daß da alle, die zu Worte kommen, die heute vielleicht innerlich ein bißchen ungehalten sind, und sagen: Nun fahren sie da so viele prominente Leute auf, aber wo ist unsere Stimme zu hören? Die wird am 8. und 9. Februar 1994 in Dresden zu hören sein. Ich danke Ihnen allen, daß Sie gekommen sind. Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie uns treulich zur Seite gestanden und offen geredet haben. (Beifall)